



gress Dortmund **Dokumentation** Familienkongress Dortmund
kongress Dortmund **Familienkongress Dortmund** Familien
ess Dortmund **17.-18.06.2009** Familienkongress Dortmund

Familien stärken und unterstützen

ress Dortmund **Dokumentation** Familienkongress Dortmund

ongress Dortmund **Familienkongress Dortmund** Familienk

ss Dortmund **17.-18.06.2009** Familienkongress Dortmund

Einführung

Karin Beher, Manfred Bröring, Jens Pothmann, Erich Sass, Agathe Wilk
Familien stärken und unterstützen – über die konzeptionelle Architektur des Familienkongresses 9

Waltraud Bonekamp, Klaus Burkholz
Familien-Projekt Dortmund – der Weg zu einer familienfreundlichen Kommune 13

Thomas Rauschenbach
Familie ist Zukunft und über die Zukunft der Familie 22

Forum

Klaus Peter Strohmeier
Familien stärken und unterstützen durch aktive Familienpolitik von Kommunen, (freien) Trägern und Vereinen 33

Thomas Olk
Familien stärken und unterstützen durch freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement 44

Irene Gerlach
Familien stärken und unterstützen durch familienfreundliche Maßnahmen von Unternehmen 46

Forschungsverbund DJIITU Dortmund
Sinus Elternstudie 2008 – Eltern unter Druck.
Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten 51

Gemeinsam im Dialog: Workshops

Workshop 1: Netzwerke: Ressourcenbündelung für mehr Familienfreundlichkeit 61

André Altermann
Das Beispiel der Familienzentren 61

Bettina Weist
Gladbecker Bündnis für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft 66

Workshop 2: Prävention im Kinderschutz – zwischen Unterstützung und Kontrolle 68

Holger Ziegler
Hilfe und Kontrolle im Kinderschutz 68

Reinhild Schäfer
Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen: Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte 73

Workshop 3: Familienbildung für alle? 74

Barbara Thiessen
Familienbildung für alle? Perspektiven durch Netzwerkarbeit und mit Blick auf neue Adressat(inn)en 74

Sybille Krüger
„Elternbildung stärkt Kinder“ – Systematisierung und Intensivierung der Elternbildung in Essen 78

Workshop 4: Fit durch den Alltag – Gesundheitsförderung in öffentlicher Verantwortung 80

Kerstin Clausen
Fit durch den Alltag – Gesundheitsförderung in öffentlicher Verantwortung – am Beispiel präventiver ernährungsbezogener Projekte für Kinder in Dortmund 80

Klaus Balster
„schwer mobil“ – Landesweite Umsetzung 83

Workshop 5: Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen und (Ganztags-) Grundschulen – niederschwellige Zugänge 84

Karin Beher, Nicole Börner
Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen und (Ganztags-) Grundschulen – niederschwellige Zugänge 84

Cornelia Jirowitz
Informationen zum Projekt „Elterncafé“ 89

Angelika Ströbner
„Gesundes Frühstück“ – ein Projekt zur Gesundheitserziehung, Elternmitarbeit und Elternarbeit an der Vincke-Grundschule 90

Diler Senol-Kocaman, Sabine Langer
Das Rucksack-Kita-Projekt: Ein Konzept zur Sprachförderung und Elternbildung 91

Workshop 6: Vereinbarkeit von Familie und Beruf – keine Frage der Konjunktur!? 92

Karin Jurczyk
Neue Blicke auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie 92

Hildegard Kaluza
In der Krise trotzdem familienfreundlich? 95

Workshop 7: Schwierige Kinder in der offenen Ganztagschule – was tun? 96

Stephan Maykus
„Schwierige“ Kinder im Ganztags – was tun? 96

Ralf Bouerdieck-Thiem, Bettina Brunswicker
Jugendhilfe an Schule 100

Workshop 8: Culture Clash: Kulturelle Diversität als Herausforderung für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule 102

Erika Schulze
Culture Clash (?) Kulturelle Diversität als Herausforderung für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule 102

<i>Maria Kestermann</i> Culture Clash: Kulturelle Diversität als Herausforderung für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule	106
Workshop 9: Zwischen Erkenntnislücken und Handlungsdefiziten: Armut als Bildungs- und Erziehungsrisiko	110
<i>Andreas Lange</i> Armut und Bildung im Kindesalter. Abriss des Forschungsstandes und kindheits- sowie familienpolitische Schlussfolgerungen	110
<i>Hermann Schultenkämper</i> Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund	116
Workshop 10: Familienfreundliche und -gerechte Kommune	118
<i>Eva-Marie Frings</i> Familienfreundliche und -gerechte Kommune	118
<i>Ina Woelk</i> Konzept der Familienförderung in Gelsenkirchen	121
Workshop 11: Inszenierte Großelternschaften. Generationenbegegnung außerhalb der Familie	122
<i>Monika Reichert</i> Inszenierte Großelternschaft – Generationenbegegnung außerhalb der Familie	122
<i>Markus Warnke</i> Inszenierte Großelternschaften: Praxisbeispiele aus Nordrhein-Westfalen für die Generationenbegegnung außerhalb der Familie	126
Workshop 12: Familiennahe Dienstleistungen – ein Markt?	128
<i>Indre Zetzsche, Ilka Nofz</i> Der Markt für familienunterstützende Dienstleistungen (FUD)	128
<i>Martina Meurer</i> SAFE – Serviceagentur für Familie und Eltern	132
Bilanz	
<i>Forschungsverbund DJI/TU Dortmund</i> Familie ist kein Auslaufmodell, Familie ist Zukunft! Thesen des Dortmunder Familienkongresses zum Aufwachsen zwischen öffentlicher und privater Verantwortung	134
Abschluss	
<i>Uta Rotermund</i> Was sind die Bausteine von einer Familie?	140

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Familien stärken und unterstützen“ – unter diesem Motto veranstalteten die Stadt Dortmund sowie die Technische Universität Dortmund am 17. und 18. Juni 2009 im Signal Iduna Park in Dortmund einen landesweiten Fachkongress. 500 Teilnehmer/-innen aus Praxis, Politik und Wissenschaft diskutierten zum Thema Familie in all seinen Facetten. Ausgerichtet worden ist die Veranstaltung gemeinsam vom Familien-Projekt der Stadt Dortmund und dem Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut /Technische Universität Dortmund.

Das Thema Familie steht in Dortmund schon seit längerer Zeit hoch im Kurs. Die Stadt Dortmund hat in den letzten Jahren große Anstrengungen zum Thema Familienfreundlichkeit unternommen, zahlreiche Innovationen eingeleitet und so Verbesserungen für Familien erreicht. Die Technische Universität Dortmund hat ihre familienbewusste Personalpolitik sogar auditieren lassen. Dafür hat sie im Juni 2008 das Zertifikat „audit berufundfamilie“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung erhalten, das sie als familienfreundliche Hochschule ausweist. Die Kooperation zwischen der Stadt Dortmund und der Technischen Universität bei der Ausrichtung eines Familienkongresses stand demnach ganz im Zeichen einer wichtigen, von beiden Partnern geteilten Einstellung: Familie wird (bei uns) groß geschrieben!

Der Familienkongress hat den fachlichen Austausch von Politik, Praxis und Wissenschaft in Familienfragen weiter vorangetrieben und gezeigt, wie wichtig eine verstärkte Fokussierung auf Familie ist. Anerkannte Experten/-innen wie Bernhard Bueb, Thomas Olk, Klaus Peter Strohmeier, Irene Gerlach oder Thomas Rauschenbach haben in Vorträgen und einer Podiumsdiskussion ihre Sichtweisen eingebracht. In den 12 Workshops wurden nicht nur interessante und innovative Projekte und Initiativen zu Themen wie z. B. familienfreundliche und -gerechte Kommune, Ganztagsbetreuung, Prävention, Familienbildung, Integration und familiennahe Dienstleistungen vorgestellt. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis wurde hierbei ebenfalls vorgebracht.

Eine wesentliche Botschaft des Kongresses ist: Familie ist unsere Zukunft und wir müssen uns (weiterhin) gemeinsam für die Zukunft von Familien stark machen. Familien brauchen zweifelsohne eine solide ökonomische Basis. Es bedarf aber auch Angebote, die institutionelle Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsleistungen verbinden und die in den Sozialraum hineinwirken. Zusätzlich müssen Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung und -kompetenz gestärkt werden. Familien in diesem Sinne in ihren unterschiedlichen Lebens- und Problemlagen zu stärken und zu unterstützen ist eine gemeinsame Aufgabe und Verantwortung. Das gilt nicht nur für die Kommune allein, sondern für alle gesellschaftlichen Akteure.

Die vorliegende Dokumentation fasst die Ergebnisse des Familienkongresses zusammen und zieht Bilanz für die Zukunft. In diesem Sinne bedanken wir uns bei allen Referierenden und Teilnehmenden des Familienkongresses. Ein großer Dank gilt auch dem Dortmunder Familien-Projekt und dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, die gemeinsam den Familienkongress erfolgreich konzipiert, organisiert und durchgeführt haben.

Den interessierten Lesern/-innen dieser Dokumentation wünschen wir, dass sie durch die Ergebnisse der Veranstaltung Anregungen und Motivation für ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich bekommen sowie weiterhin Bewegung in den Dialog über und mit Familien bringen.



Prof. Dr. Ursula Gather
Rektorin der TU Dortmund



Ullrich Sierau
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Karin Beher, Manfred Bröring, Jens Pothmann, Erich Sass, Agathe Wilk

Familien stärken und unterstützen – über die konzeptionelle Architektur des Familienkongresses

Verbesserte Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen für Familien als gesellschaftliche Zukunftsaufgabe

Es ist ein weitgehend verallgemeinerbares Kennzeichen der europäischen Gesellschaften am Anfang des 21. Jahrhunderts: Sowohl Partnerschafts- und Familienbiografien als auch Erwerbsverläufe differenzieren sich aus, werden vielfältiger, aber auch unsicherer. Es sind Prozesse einer Destandardisierung sowie einer Enttraditionalisierung zu beobachten. Es gehen Selbstverständlichkeiten und Automatismen für das gesellschaftliche Zusammenleben, die individuelle Lebensführung sowie die Bewältigung des Alltags verloren. An deren Stelle treten – gewollt oder ungewollt – institutionell gerahmte Optionen, Anforderungen, aber auch Zwänge, zwischen unterschiedlichen Handlungsoptionen auszuwählen und Entscheidungen zu treffen. Biografie wird zu etwas, was man in einem höheren Maße als bislang selber herstellen kann und muss. „Die Normalbiographie wird damit zur ‚Wahlbiographie‘, zur reflexiven Biographie, zur ‚Bastelbiographie‘“ (Beck/Beck-Gernsheim 1994, S. 13), und zwar neben den damit einhergehenden Chancen auch mit all den damit verbundenen Risiken des Scheiterns.

Eine Folge dieses gesellschaftlichen Wandels ist auch, dass sich das Erscheinungsbild, die Strukturen und das Selbstverständnis von Familien verändern, zumindest aber ausdifferenzieren haben. Wie Familie als Verantwortungsgemeinschaft verschiedener Generationen und in der Regel unterschiedlicher Geschlechter tatsächlich gelebt und gestaltet wird, kann heute sehr vielfältige Vorstellungen und Formen umfassen. Das Erscheinungsbild von Familien wird längst nicht mehr nur durch die klassische Kernfamilie mit ihren traditionellen Geschlechterrollen und Arbeitsteilungen geprägt. Dabei übt Familie als Teil eines Lebensentwurfs nach wie vor eine erhebliche Faszination bei den nachwachsenden Generationen aus – für eine Mehrzahl stellen nach wie vor Ehe, Partnerschaft und Kinder den zentralen Lebensentwurf dar. Familie bietet immer noch den Ort mit den wohl größten Potenzialen für die Entwicklung von Individuen und deren Wohlbefinden. Familie ist aber sicherlich auch aufgrund ihrer Privatheit ein Raum mit erheblichen Risiken (siehe Rauschenbach in diesem

Band). Diese Ambivalenz müssen wir gesellschaftlich zunächst einmal zur Kenntnis nehmen und aushalten.

Neben diesen Kontinuitäten hat sich allerdings verändert, dass im Horizont des gesellschaftlichen Wandels Familie wohl immer weniger als ein sich selbst regulierendes, in sich selbst ruhendes und von außen unbeeinflusstes Beziehungsgefüge betrachtet werden kann und darf. Die Vorstellung, dass Familie dann am besten funktioniert, wenn man sie in Ruhe lässt, scheint in dieser Form längst nicht mehr zu gelten (Rauschenbach 2009). Hierfür sind die An- und Herausforderungen für Familien zu groß. Das „Doing Family“ (Rauschenbach in diesem Band), die permanent geforderte Herstellungsleistung von Familie im Alltag muss folglich gesellschaftlich nicht nur geschätzt, sondern auch unterstützt und geschützt werden.

Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Alltagssituationen zu begleiten, sie bei möglichen Problemen zu unterstützen und durch ein familienfreundliches Umfeld umfassend zu stärken, bildet heute daher eine der zentralen Aufgaben von Staat und Gesellschaft. Das gilt für Bund und Länder und erstreckt sich vor allem bis hinunter auf die kommunale Ebene. Wesentliche Herausforderungen beziehen sich dabei beispielsweise auf

- die Bewältigung des demografisch bedingten Umbruchs in den Bevölkerungsstrukturen, um dem Rückgang an Kindern entgegenzuwirken und zugleich die Voraussetzungen für ein generationenübergreifendes Miteinander zu schaffen (z. B. Gerlach in diesem Band),
- die Weiterentwicklung der Regionen zu attraktiven und zukunftstauglichen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorten mit familienfreundlichen Beschäftigungsstrukturen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen (z. B. Kaluza, Jurczyk in diesem Band),

Familie ist Zukunft

- die Stärkung der lokalen Ökonomie, insbesondere in Stadtteilen mit sozialem Erneuerungsbedarf, zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage der Familien, zum Abbau von Kinderarmut und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche (z. B. Lange, Schultenkämper in diesem Band),
- die Schaffung generationsübergreifender Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten im öffentlichen Raum (z. B. Reichert, Warnke in diesem Band),
- die Verbesserung der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsqualität in Kindertageseinrichtungen und Schulen, um Kindern und Jugendlichen – unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft – größere Bildungschancen zu eröffnen (z. B. Beher/Börner, Altermann in diesem Band),
- die Überwindung sozialer und ethnischer Segregation in den Städten und die Förderung des sozialen Zusammenhalts im Gemeinwesen (z. B. Strohmeier in diesem Band),
- die Initiierung sozialer Netzwerke, die zu einer stärkeren Einbindung von Bürger/-innen mit und ohne Kinder in die solidarische Stadtgesellschaft beitragen und eine Identifikation mit dem Quartier fördern (z. B. Olk in diesem Band)
- sowie der Aufbau einer familienfreundlichen sozialen und gesundheitsbezogenen Infrastruktur, die Eltern, Kindern und Jugendlichen jeweils die Unterstützung bietet, die sie brauchen, sowie Gelegenheiten für Kultur und Freizeit, Sport und Spiel in einer gesunden Umwelt ermöglicht (z. B. Frings, Clausen in diesem Band).

Um diese Anforderungen zu meistern, ist eine aktive Familienpolitik erforderlich. Familienpolitik ist jedoch eine Aufgabe, die nicht allein von Politik und Verwaltung gestaltet werden kann. Wohlfahrtsverbände und Kirchen, Vereine und Initiativen, Wirtschaftsverbände und Unternehmen sowie Bürger/-innen tragen bereits heute mit ihrem Engagement wesentlich zu einem familienfreundlicheren Umfeld und einer familienunterstützenden Infrastruktur vor Ort bei. Um die Lebensbedingungen für Familien weiter zu verbessern, ist jedoch auch in Zukunft die Beteiligung und Initiative der verschiedenen Akteure erforderlich.

Das gilt erst recht für die Städte und Gemeinden sowie für die Stadtteile. Hier wird es konkret: Kinder und Familien zu unterstützen und zu stärken, dafür entspre-

chende Ressourcen zu erschließen sowie diese für den bedarfsgerechten Ausbau der sozialen und räumlichen Infrastruktur zielorientiert und passgenau einzusetzen, erfordert verstärkte Anstrengungen von allen Beteiligten. Dieses Ziel kann nur als gemeinsame Aufgabe von Kommune, Wirtschaft und sozialen Netzwerken in Angriff genommen werden. Der Dialog mit den Familien selbst und die Einbindung von Kindern, Jugendlichen und Eltern in kommunale Planungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse, spielt dabei für Familienfreundlichkeit eine entscheidende Rolle.

Für die Konzeption und die Durchführung des Familienkongresses war dies handlungsleitend. Die Veranstaltung zielte generell darauf ab, aus kommunaler Perspektive Informationen zu aktuellen, innovativen und zentralen Fragestellungen rund um das Thema Familie zu vermitteln, um einen fachlichen Austausch von Politik, Praxis und Wissenschaft in Familienfragen weiter voranzutreiben. Ausgehend von dem zentralen Motto „Familien stärken und unterstützen“ war der Familienkongress dabei konzeptionell auf drei Themenschwerpunkte ausgerichtet:

1. Familien stärken und unterstützen durch Kommunen

Die örtlichen Lebensbedingungen entscheiden in hohem Maße darüber, wie Familien ihren Alltag gestalten und organisieren können. In den Familien werden die Weichen für den Lebensweg und die Bildungschancen der Kinder gestellt. Sie sind das soziale und kulturelle Kapital des Gemeinwesens und zugleich ein wesentlicher Wirtschafts- und Standortfaktor. Für die Kommunen ist eine aktive Familienpolitik deshalb sowohl Ausdruck öffentlicher Verantwortung für die Gesellschaft als auch eine Investition in die eigene Zukunft. Damit das vorhandene Potenzial in und von den Familien abgerufen und die Attraktivität des Gemeinwesens für diese Bevölkerungsgruppe erhöht werden kann, ist eine integrative und ressortübergreifende Familien-, Sozial- und Standortpolitik erforderlich, bei der die lokalen Ressourcen, Dienstleistungen, Maßnahmen und Projekte in innovativer Form miteinander koordiniert und vernetzt sowie weiterentwickelt werden (siehe Strohmeier in diesem Band). Dies stellt gleichermaßen eine anspruchsvolle Aufgabe und einen innovativen Ansatz für die Kommunen dar.

2. Familien stärken und unterstützen durch Bürger/-innen

Das freiwillige, bürgerschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße in den Blick von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit geraten. Bürgerschaftliches Engagement wird heute als ein wesentlicher und auszubauender Stützfeiler für die Gesellschaft betrachtet, mit dem vielfältige Erwartungen verknüpft werden. Auch auf kommunaler Ebene sind mit der Förderung bürgerschaftlichen Engagements hohe programmatische Ansprüche verbunden, die von der Aktivierung und Beteiligung der Wohnbevölkerung bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Stadtentwicklung über die Stabilisierung des sozialen Zusammenhalts in den Quartieren bis hin zur Initiierung selbstorganisierter Projekte und Angebote reichen.¹ Aktuell wird freiwilliges Engagement beispielsweise zum einen mit dem Blick auf Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen und zum anderen unter der Perspektive des Ausbaus neuer Formen des Engagements, wie z. B. der generationsübergreifenden Freiwilligendienste, diskutiert (BMFSFJ 2007).

3. Familien stärken und unterstützen durch Unternehmen

Unternehmen können von einer familienfreundlichen Personalpolitik profitieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie zu den betriebswirtschaftlichen Effekten familienfreundlicher Maßnahmen von Unternehmen (BMFSFJ 2005). Familienfreundliche Maßnahmen – insbesondere mit dem Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – sind ein Instrument, um vor allem qualifizierte Mitarbeiter/-innen bzw. Fachkräfte mit unternehmensspezifischen Wissensbeständen längerfristig an ein Unternehmen zu binden. Nicht zuletzt können dadurch Kosten für die aufwendige Rekrutierung von qualifiziertem Personal sowie Produktivitätsverluste durch Einarbeitungszeiten vermieden werden. Damit sind zuletzt familienfreundliche Maßnahmen ein wirksames Instrument für Betriebe, dem in den nächsten Jahren noch deutlicher werdenden Fachkräftemangel – bedingt durch die demografische Entwicklung sowie einer sich abschwächenden Bildungsexpansion – entgegenzuwirken (siehe Gerlach in diesem Band). Darüber hinaus

sollte seitens der Unternehmen genutzt werden, dass nachweislich durch eine familienfreundliche Personalpolitik die Motivation der Mitarbeiter/-innen steigt sowie die Produktivität zunimmt. Hinsichtlich der Außenwirkung einer familienfreundlichen Personalpolitik darf schließlich die positive Wirkung auf das Image eines Unternehmens bei potenziellen Kunden nicht unterschätzt werden.

Die hier vorliegende Dokumentation vereinigt die zentralen Beiträge des Kongresses „Familien stärken und unterstützen“. Hierzu gehören neben den Haupt- und Forumsvorträgen auch die einzelnen wissenschaftlichen und praktischen Beiträge aus den 12 Workshops sowie eine abschließende, Herausforderungen für eine Familienpolitik benennende Bilanz zum Familienkongress aus Sicht des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund.

Im ersten Teil der Dokumentation sind die Vorträge der Hauptreferenten/-innen zusammengefasst. Der erste Beitrag von Klaus Burkholz und Waltraud Bonekamp umfasst die familienfreundlichen Bestrebungen der Stadt Dortmund im Allgemeinen (u. a. die Familienpolitische Leitlinie) sowie das Familien-Projekt mit seiner dezentralen Struktur im Besonderen. Der zweite Beitrag von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach zu seinem Eröffnungsvortrag „Familie ist Zukunft!“ nimmt eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf das Thema Familie ein. Darin skizziert er die veränderte Wahrnehmung von Familie heute und mit welchen Herausforderungen Familien in unterschiedlichen Lebensbereichen heute und in Zukunft konfrontiert sind und werden. Bilanziert werden die empirische Wirklichkeit sozialstruktureller Eckdaten zur Familie sowie die potenzielle Leistungsfähigkeit der Familie mit Blick auf das Aufwachsen junger Menschen. Darüber hinaus geht der Text im Hinblick auf eine familienfreundliche und -unterstützende Infrastruktur der Frage nach, was Familien brauchen. Abschließend werden familienpolitische Herausforderungen benannt. Komplettiert wird der erste Teil der Tagungsdokumentation durch eine Zusammenfassung des Hauptvortrags von Tanja Merkle zur Sinus-Studie „Eltern unter Druck“. Die Untersuchung fokussiert die Perspektive der Eltern. Gefragt wird nicht nur nach den Lebensbedingungen, Befindlichkeiten und Wünschen der Eltern, sondern die empirischen Befunde werden zudem den so genannten Sinus-Milieus zugeordnet.

¹ Siehe auch: www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de vom 10.11.2009.

Waltraud Bonekamp
Klaus Burkholz

Familien-Projekt Dortmund – der Weg zu einer familienfreundlichen Kommune

Lebensbedingungen für Familien verbessern heißt, die Zukunft unserer Stadt gemeinsam mit Partnern gestalten

Das Familienleben ist heute vielfältig

Unabhängig davon, ob die Menschen sich für Trauscheine entscheiden oder für andere Ausdrucksformen ihrer gegenseitigen Verbundenheit: Entscheidend ist, dass Familie der Ort ist, an dem Menschen ganz unmittelbar Verantwortung füreinander tragen.

Die Kernfamilie, in der mindestens zwei Generationen in einer gemeinsamen Wohnung leben, begegnet uns mit einer/einem Erwachsenen, der oder die mit Kindern oder den Eltern zusammenlebt, mit zwei Erwachsenen, männlich und weiblich, aber auch mit zwei erwachsenen Männern oder zwei erwachsenen Frauen, die gemeinsam mit ihren Kindern oder ihren Eltern ihr Leben gestalten.

Im familiären Netzwerk finden ein enger Austausch, gegenseitige Hilfe und gemeinsame Lebensplanungen statt. Dies ist unabhängig von einer gemeinsamen Wohnung. Innere Nähe ist vielfach vorhanden bei gewünschter äußerer Distanz.

Die Kernfamilie und die familiären Netzwerke sind Grundlage für unsere Gesellschaft und das Aufwachsen der Kinder. Sie sind die Orte, an denen Werte vermittelt und Menschen geprägt werden. Darüber hinaus sind sie generationsübergreifende Stützsysteme, in denen auch die ältere Generation wichtiger Bestandteil ist.

Eine Politik für Familie ist Querschnittsaufgabe und betrifft somit vielfältige Politikfelder, wie zum Beispiel Kinder- und Jugendpolitik, Frauenpolitik, Seniorenpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Schulpolitik, aber auch Infrastruktur-, Arbeits- und Wirtschaftsförderungspolitik und die bauliche Gestaltung der Umwelt. Durch eine nachhaltige Politik im Sinne der lokalen Agenda tragen alle kommunalen Politikfelder dazu bei, die familiären Leistungen für die Gesellschaft zu unterstützen. Die kommunale Politik für Familien kann nur dann erfolg-

reich sein, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte sich in ihren Entscheidungen und in ihrem Handeln vergewissern, dass Familien gestärkt und unterstützt werden und damit ihre Leistungsfähigkeit dauerhaft erhalten bleibt.

Das Leitbild wird erarbeitet

Ein Beispiel für ein Leitbild, das mit Hilfe von Experten gesprächen, Runden Tischen und Zielfindungsworkshops mit Bürgern gemeinsam erarbeitet worden ist, stellt die „Familienpolitische Leitlinie der Stadt Dortmund“ aus dem Jahr 2002 dar. Sie ist ein umfassendes Dokument politischer Ziele, die sich alle Beteiligten zur ganzheitlichen Förderung des Familienstandorts Dortmund auf die Fahnen geschrieben haben. Die „Familienpolitische Leitlinie für die Stadt Dortmund“ ist ein erster Baustein in der Weiterentwicklung der kommunalen Familienpolitik in Dortmund. Der Rat der Stadt Dortmund hat am 26.09.2002 die „Familienpolitische Leitlinie für die Stadt Dortmund“ beschlossen und die Verwaltung beauftragt, Familien im Sinne dieser Leitlinie in ihrer Tätigkeit zu unterstützen und sich an der Weiterentwicklung und Fortschreibung der familienpolitischen Leitlinie für die Stadt Dortmund zu beteiligen.

Ein zentrales Ziel ist dabei die Verbesserung der Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche in Dortmund. In den Familien werden die Weichen für die Zukunft der Kinder gestellt. Sie prägen entscheidend die gesamte Gesellschaft und die Zukunft Dortmunds.

Durch Informationen und alltagspraktische Unterstützung von Eltern wird die Erziehungskompetenz gestärkt und damit die Startchance für die Kinder und Jugendlichen verbessert. Familienbildung in diesem Sinne ist Bestandteil des Dortmunder Bildungsangebots. Ziel städtischen Handelns ist es, Vätern und Müttern eine selbstständige Existenzsicherung zu bieten. Dazu

Im zweiten Teil der Tagungsdokumentation folgen Beiträge zum Forum „Familien stärken und unterstützen durch Kommunen, Bürger/-innen und Unternehmen“, die familienbezogene Bestrebungen, Maßnahmen und Möglichkeiten von drei unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren fokussieren. Der erste Forumsbeitrag von Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier geht dabei auf die Möglichkeiten und Besonderheiten der Kommunen bei der Unterstützung und Stärkung von Familien ein. Der Text fokussiert die innerstädtischen Differenzierungen und die damit einhergehenden Herausforderungen der örtlichen Familienpolitik. Im anschließenden Beitrag von Prof. Dr. Thomas Olk wird die Perspektive der Bürger/-innen mit Blick auf eine Förderung von Familien beleuchtet. Gefragt wird einerseits nach dem freiwilligen bzw. bürgerschaftlichen Engagement als wichtiger Ressource für Familien sowie andererseits nach dem Potenzial von Familien, sich ehrenamtlich zu engagieren. Der letzte Beitrag in diesem Forum von Prof. Dr. Irene Gerlach fokussiert die Perspektive eines dritten gesellschaftlichen Akteurs: der Unternehmen. In den Mittelpunkt gestellt werden nicht nur die unterschiedlichen Perspektiven auf sowie Handlungsfelder für familienbewusste Personalpolitik, sondern eingegangen wird darüber hinaus auf betriebswirtschaftliche Effekte einer familienbewussten Personalpolitik. Bemerkenswert ist diesbezüglich das entwickelte Instrument zur Messung des betrieblichen Familienbewusstseins.

Im dritten Teil der Tagungsdokumentation sind die wissenschaftlichen und praktischen Beiträge zu den Inputs der 12 Workshops zusammengeführt. Die Themenvielfalt reicht hier – wie weiter oben in diesem Text bereits schon erwähnt – von familienfreundlichen Strukturen durch Netzwerke, Angebote der Familienbildung, über Themen der Prävention, Integration und Gesundheit, bis hin zu betrieblichen familienfreundlichen Maßnahmen im Kontext einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schließlich wird im vierten und letzten Teil der Tagungsdokumentation der gesamte Familienkongress aus der Sicht des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund bilanziert. Dabei werden die wesentlichen Botschaften, die sich im Hinblick auf familienbewusste Bestrebungen für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure für die Zukunft gestalten, herausgearbeitet. Eine kabarettistische Nachbetrachtung des Themas von Uta Rothermund schließt den Band ab.

Literatur

- Beck, U./Beck-Gernsheim, E.: Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektbezogenen Soziologie, in: U. Beck, E. Beck-Gernsheim (Hrsg.), Riskante Freiheiten, Frankfurt a. M. 1994, S. 10-39.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen – Kosten-Nutzen-Analyse, Berlin 2005.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Vorteil Familie. Weil Gemeinschaft Chancen schafft – Bilanz der ersten Hälfte der 16. Legislaturperiode (2005-2007), Berlin 2007.
- Rauschenbach, Th.: Zukunftschance Bildung. Familie, Jugendhilfe und Schule in neuer Allianz, Weinheim und München 2009.

werden gemeinsam mit Erwerbslosen Wege in den ersten Arbeitsmarkt geebnet und Rahmenbedingungen für werdende Eltern geschaffen, Erwerbstätigkeit mit den familiären Aufgaben zu verbinden.

Bereits in den Schulen, beim Übergang von der Schule ins Berufsleben und in der Ausbildung wird Jugendlichen Hilfestellung gegeben, um dauerhaft aus den Einkünften eigener Erwerbstätigkeit leben zu können.

Eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist Grundlage für ein gesundes Erwachsenenleben. Die Qualität des Familienlebens, der Freizeitgestaltung und der Erwerbsarbeit werden durch den Gesundheitszustand erheblich beeinflusst. Durch Gesundheitsförderung, Bewegungs- und Sportangebote, eine ausgewogene Ernährung und gute Vorbilder werden Kinder und Jugendliche beim gesunden Start in ihre Zukunft unterstützt. Für Kinder und Jugendliche, die in sozial, wirtschaftlich und/oder ökologisch benachteiligten Stadtteilen wohnen, werden im Rahmen sozialräumlicher und beteiligungsorientierter Planungsprozesse die Unterstützungsbedarfe festgestellt und kleinräumige Perspektiven zur Verbesserung der Situation entwickelt.

Die familienpolitische Leitlinie für die Stadt Dortmund setzt zunächst einen Schwerpunkt auf Familien, in denen Kinder oder Jugendliche leben.

Folgende Themen stehen dabei im Vordergrund:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen
- Familienfreundliche Unternehmen – starke Familien
- Betreuungsangebote für Kinder
- Planen und Wohnen
- Stadtteil und Nachbarschaft

Die Familienpolitische Leitlinie ist die gemeinsame Handlungsgrundlage

Die Umsetzung der Leitlinie wird vom familienpolitischen Netzwerk begleitet. Seine Aufgabe ist es, die gemeinsame Arbeit von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung im Sinne der familienpolitischen Leitlinie zu vernetzen und Impulse für die Verbesserung der Situation der Familien in Dortmund zu geben. Über das Familienpolitische Netzwerk wurde eine der Verwaltung vorher eher verschlossene Ressource aktiviert. Am

18.02.2003 trafen sich erstmals 21 Vertreter/-innen aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zur konstituierenden Sitzung des Netzwerkes.

Das Netzwerk ist in den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit des Rates der Stadt Dortmund eingebunden. Die Vorsitzende dieses Ausschusses leitet die Sitzungen. Geschäftsführer des Netzwerkes ist der Leiter des Familien-Projekts. Das Netzwerk ist heute zentraler Bestandteil des lokalen „Bündnisses für Familie“ und neben je neun Vertretern aus der Verwaltung und aus dem Rat der Stadt sind hier folgende Organisationen durch elf Repräsentanten vertreten: evangelische und katholische Familienbildungsstätten, Mütterzentrum, Elternverband, Frauenzentrum, Wohlfahrtsverbände, Arbeitsagentur, Fachhochschule, Behindertenselbsthilfeorganisation und der Jugendring.

Diese auf breiter Basis geschaffene Grundlage hat sich als wichtiger Motor für die zielorientierte kooperative Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppierungen bei der praktischen Umsetzung erwiesen. Vor diesem Hintergrund ist die erfolgreiche Arbeit wie folgt zusammenzufassen:

„Die kommunale Politik für Familien kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte sich in ihren Entscheidungen und in ihrem Handeln vergewissern, dass Familien gestärkt und unterstützt werden und damit ihre Leistungsfähigkeit dauerhaft erhalten bleibt. In den Familien werden die Weichen für die Zukunft unserer Kinder gestellt, die entscheidend die Zukunft unserer Gesellschaft prägen.“

Der intensive Diskurs bei der Erarbeitung der Leitlinie und im Netzwerk hat dazu geführt, dass eine gemeinsame Orientierungsgrundlage von Politik und gesellschaftlichen Gruppierungen vorliegt, die als Handlungsgrundlage aller Beteiligten für die weitere Gestaltung familienpolitischer Maßnahmen dient. Weiterhin hat der beschriebene Diskussionsprozess zu einem offeneren Umgang zwischen allen Partnern geführt, was sich als kultureller Gewinn und zusätzlicher Stabilisierungsfaktor ausgewirkt hat.

Familienpolitik ist auch eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung

Um familienpolitische Zielsetzungen wirkungsvoll umsetzen zu können und vor allen Dingen möglichst schnell auf die Problemstellungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel zu reagieren, wurde das Familien-Projekt als zentraler Bestandteil einer langfristig angelegten kommunalen Strategie ins Leben gerufen.

Hintergrund für die Überlegung zur Gründung des Familien-Projektes waren die Ergebnisse der durch den Rat beschlossenen und im Konsens mit allen gesellschaftlichen Gruppen erarbeiteten „Familienpolitischen Leitlinie“, die als Leitbild zur Familienpolitik in Dortmund dient und im ersten Teil beschrieben wurde.

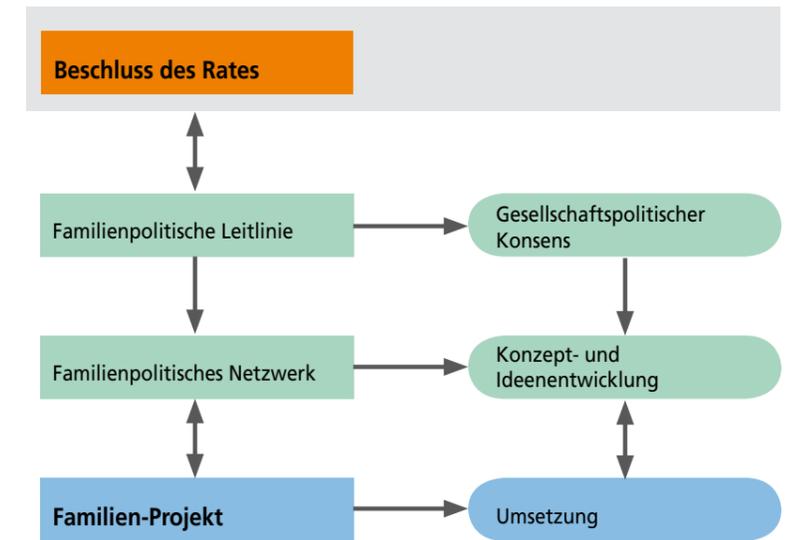
Zentrales Ziel des Familien-Projektes ist die Weiterentwicklung familienfreundlicher Strukturen in den Kernbereichen

- Bildung und Betreuung
- Erziehung und Beratung
- Kultur, Sport und Freizeit
- Leben und Wohnen

Neben der ständigen Weiterentwicklung der Angebote in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit sowie Leben und Wohnen ist die Schaffung einer „lückenlosen und hochwertigen Bildungs- und Betreuungskette von der Geburt bis zum Eintritt in das Berufsleben“ zentrales Ziel des Familien-Projektes.

Wie viele andere westdeutsche Großstädte kann auch Dortmund nicht alle bestehenden Bedarfe abdecken. So gibt es Defizite im Bereich der Ganztagsbetreuungsangebote für 6- bis 10-jährige Kinder und für Kinder im Vorschulalter, hier vor allen Dingen in der Altersgruppe der 0- bis 3-Jährigen. Darüber hinaus waren umfangreiche Investitionen im Bereich der Schulsanierung notwendig.

Abb. 1: Vernetzungsstrukturen und partnerschaftliches Handeln haben sich bewährt



Quelle: eigene Darstellung

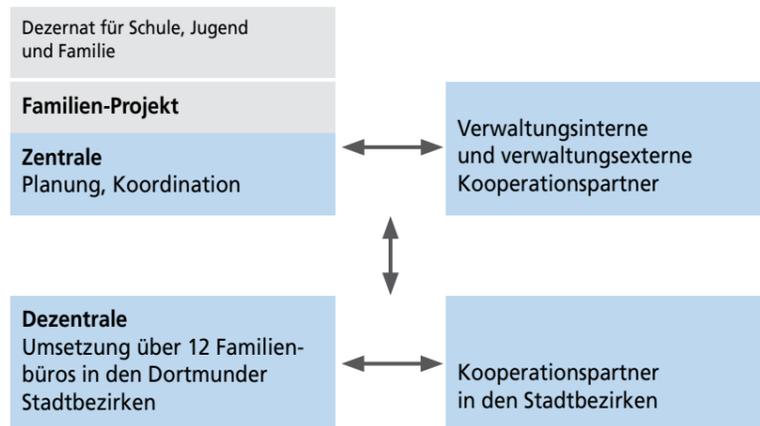
Eine moderne Verwaltung orientiert sich an den Interessen der Bürgerschaft

Die Stadt Dortmund ist die einzige deutsche Großstadt, die seit vielen Jahren einen ununterbrochenen Weg der Verwaltungsmodernisierung gegangen ist. Im Ergebnis dieses Weges arbeitet die Stadt heute mit neuen Steuerungsinstrumenten und Steuerungsansätzen. Prinzipien wie Dezentralisierung, Vernetzung und Beteiligung werden mehr und mehr sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der strategischen Ebene in die Verwaltungssteuerung eingebracht. Das Familien-Projekt ist in gewisser Weise das Ergebnis dieser Modernisierungserfahrungen.

Hier wird mit Erfolg das Prinzip der Einbindung von externem und vor allen Dingen bürgerschaftlichem Engagement und der Vernetzung bisher nebeneinander wirkender Kräfte im öffentlichen und privaten Sektor angewendet.

Auf diesem Weg ist es gelungen, den notwendigen Modernisierungsprozess der Verwaltung erfolgreich mit einer aktiven Familienpolitik zu verknüpfen.

Abb. 2: Funktionaler Aufbau des Familien-Projekts
Zentral steuern – dezentral umsetzen:



Quelle: eigene Darstellung

Das Familien-Projekt schafft dezentrale Strukturen

Das Familien-Projekt wurde im Jahr 2002 zunächst als ein Top-Projekt der Stadt Dortmund initiiert, um die Offene Ganztagschule im Primarbereich umzusetzen. Seit 2005 ist es als eigenständige Organisationseinheit im Dezernat für Schule, Jugend und Familie angebunden. Dennoch wurden die Vorteile der ursprünglichen Projektorganisation erhalten.

Die dezentralen Regiestellen waren im Rahmen dieser Entwicklung die Vorläufer der Familienbüros in den zwölf Dortmunder Stadtbezirken. Sie standen schon mit Beginn des Projektes am Anfang des Jahres 2003 als direkte Ansprechpartner für alle an der Umsetzung der Offenen Ganztagschule Beteiligten zur Verfügung. Schulleitungen, Lehrer, Freie Träger der Jugendhilfe, Elterninitiativen, Sportvereine, Partner aus dem künstlerischen und kulturellen Bereich und aus der Politik hatten so jederzeit die Möglichkeit, sich mit Fragen und Problemstellungen rund um die Entwicklung und den Ausbau der Ganztagsangebote an konkret zuständige, sachkundige Ansprechpartner/-innen zu wenden. So wurde gewährleistet, dass Probleme schon frühzeitig durch tragfähige Lösungsvorschläge gelöst werden konnten.

Die dezentralen Strukturen werden ausgebaut

Diese positiven Erfahrungen aufnehmend, wurde der politische Entschluss gefasst, die Regiestellen des Familien-Projektes auf Stadtbezirksebene zu Familien-Büros auszubauen, denn ...

... die Zukunft unserer Städte hängt in erster Linie davon ab, ob es gelingt positive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen.

Das heißt, es müssen Antworten auf die Bedarfe von Familien gegeben werden. Dazu ist es wichtig zu wissen, was Familien benötigen und welche Ideen sie selbst dazu entwickeln. Nur auf diesem Weg kann es gelingen, wirkungsvolle Antworten auf den demografischen Wandel zu geben und im konkreten Einzelfall bei der Bewältigung des oft schwierigen Familienalltags zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund war die flächendeckende Eröffnung von zwölf Familienbüros in allen Dortmunder Stadtbezirken zum 01.02.2006 die logische Konsequenz, um die bestehende Angebotslücke zu schließen.

Die Idee ist einfach!

Familien und Eltern brauchen eine allgemeine Anlauf- und Servicestelle für alle Fragen, auf die sie eine Antwort benötigen, zum Beispiel:

- Wie kann ich meine Berufstätigkeit mit den Anforderungen der Familie in Einklang bringen?
- Gibt es eine gute, verlässliche Ganztagsbetreuung für mein Kind?
- Bekommt mein Kind eine gute Schulbildung?
- Welche Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten hat mein Kind?
- Wie sieht es mit Wohn-, Einkaufs-, und Freizeitmöglichkeiten aus?

Familienbüros sollen Wegweiser und Unterstützer für Eltern und Familien sein. Dabei stehen Kundenorientierung und Bürgerservice im Vordergrund und spiegeln sich in folgenden Angeboten wider:

- Familien werden über vorhandene Angebote wie Betreuungs- und Bildungsangebote, Beratungsmöglichkeiten und Familienfreizeitipps informiert.
- Alle Eltern erhalten nach der Geburt eines Kindes einen Elternbrief, in dem wichtige Hinweise für diesen neuen Lebensabschnitt enthalten sind.

- Eltern bekommen Beratung und Unterstützung bei der Suche nach einem passenden Bildungs- und Betreuungsangebot für ihr Kind.
- Eltern und Familien werden über aktuelle Entwicklungen bei entsprechenden Informationsveranstaltungen informiert.

Ergänzend zu diesem persönlichen Beratungs- und Unterstützungsangebot wird ein elektronisches Familieninformationssystem aufgebaut, das alle Informationen über vorhandene Angebote und Leistungen im Internet bereit stellt.

Neben dieser Leistungspalette stehen die Familienbüros als Gesprächspartner zur Verfügung, nehmen Hinweise und Anregungen entgegen und geben diese an die Träger von Angeboten weiter. Auf diesem Weg kommt es zu einer „Planung von unten“, das heißt auf der einen Seite können Eltern und Familien sich mit eigenen Vorstellungen einbringen und auf der anderen Seite werden diese Impulse durch die Familienbüros in laufende und zukünftige Umsetzungs- und Planungsprozesse eingebracht. Dadurch werden die Elternwünsche bei der Weiterentwicklung von Angeboten im Stadtbezirk berücksichtigt. Die Familienbüros sind demzufolge nicht nur Berater, Unterstützer und Serviceleister, sondern sie sind auch Koordinatoren und Motor für bedarfsorientierte Weiterentwicklungs- und Verbesserungsprozesse im Zusammenhang mit bestehenden sowie neuen Angeboten und Leistungen vor Ort.

Das Handlungsprogramm als querschnittsorientiertes Maßnahmenbündel

Im Februar 2007 wurde die Grundlage für die zukünftigen Aktivitäten des Familien-Projektes durch den Ratsbeschluss zur Umsetzung des Handlungsprogramms des Familien-Projektes auf eine noch breitere Basis gestellt.

Durch die umfangreichen Aktivitäten aller beteiligten Fachbereiche der Stadtverwaltung verfügt Dortmund bereits über eine beispielhafte Infrastruktur für Kinder und Familien. Folgende Leistungen und Angebote sind dabei Bestandteil eines familienpolitischen Maßnahmenbündels, das die Weiterentwicklung familienfreundlicher Strukturen vorantreibt:

Familie und Beruf verbinden

- Ganztagsangebote für Kinder im Vorschulalter
- Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule
- Ganztagsangebote der Sekundarstufe I
- Familienfreundliche Unternehmen

Familien stärken und stützen

- Familienbildung und -beratung
- Angebote und Leistungen der Jugendhilfe
- Gesundheitsförderung
- Soziale Sicherung

Im Stadtteil leben und wohnen

- Lebendige und sichere Stadtviertel mit familien-gerechtem Wohnraum
- Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsräume
- Bürgerschaftliches Engagement, Nachbarschaft und Netzwerke

Lebensqualität durch Freizeit, Kultur und Sport fördern

- Familienfreundliche Infrastruktur
- Events und Aktionen
- „Landmarken setzen“

Neue Handlungsaktivitäten in allen genannten Bereichen sollen dazu beitragen, das Angebot für Dortmund-Familien zu verbessern. Im Rahmen der zukünftigen Weiterentwicklung dieses Angebots hat das Familien-Projekt folgende Aufgaben übernommen:

- Darstellung der vorhandenen Leistungen und Angebote aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern, um sie für Familien prägnanter zu gestalten und damit die familienpolitische Wirkung zu erhöhen.
- Entwicklung neuer Dienstleistungen und Projekte, um die Infrastruktur für Familien zu verbessern und Dortmund als eine „Stadt, in der sich Familien zu Hause fühlen“ zu etablieren.
- Ausbau der persönlichen Kontakte zu Familien, um die Beteiligung von Familien an der zukünftigen Entwicklung zu intensivieren.

Die Maßnahmen des Handlungsprogramms werden zum einen in den Kernbereichen des familienfreundlichen Handelns umgesetzt; zum anderen werden sie im Sinne von Leitprojekten beschrieben, die Auswirkungen auf alle Kernbereiche haben.

In Abstimmung mit den zuständigen Dezernaten wurde für das Jahr 2007 eine Vielzahl von Aktivitäten als Erweiterung des bereits vorhandenen Maßnahmenbündels umgesetzt oder deren Umsetzung vorbereitet bzw. koordiniert. Die Maßnahmen unterscheiden sich durch ihre zeitliche Dimension: Einige sind einmalig umgesetzt worden, andere sind auf längere Dauer ausgerichtet. Das Handlungsprogramm wurde 2007 begleitet durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Familien-Projekt und Dortmund-Agentur entwickelten

eine Kampagne zur Familienstadt Dortmund „Dortmund ... wo wir zu Hause sind“, die erfolgreich durch die Vernetzung mit vielen weiteren Partnern umgesetzt wurde. Die Familienstadt-Kampagne rückte auch die Lebenssituation von Familien in Dortmund verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hin zu weisen, dass die an der Umsetzung beteiligten Fachbereiche ihre Leistungen und Angebote auch weiterhin eigenverantwortlich umsetzen. Das Familien-Projekt

- unterstützt durch die dezentrale Struktur der Familienbüros,
- kooperiert bei der Erarbeitung von Aktivitäten,
- koordiniert und ergänzt durch gezielte Maßnahmen.

Erfolgsfaktoren

Das Prinzip der dezentralen Umsetzung über die Familienbüros berücksichtigt die bestehenden sozialräumlichen Bedingungen. Die direkte Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen allen vor Ort tätigen Partnern verhindert Reibungsverluste und fördert die zielgenaue Umsetzung. Durch ein Vereinbarungsmanagement wird es zudem möglich, einheitliche Standards für alle Stadtbezirke zu setzen, die vorhandenen Kräfte zu mobilisieren, und über kleinräumige Netzwerke effizient zu bündeln. Im Ergebnis führt dieses Vorgehen zu einem verstärkten Austausch unterschiedlicher Ideen und so zu mehr Wettbewerb und Qualität.

Praxisbeispiele aus dem Handlungsprogramm für die Familienstadt Dortmund

Familienbewusste Unternehmen in Dortmund (FamUnDo)

Seit mehreren Jahren steht das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in der öffentlichen Diskussion. Familienfreundliche Maßnahmen kommen nicht nur den Arbeitnehmer/-innen und ihren Familien zu Gute, sondern auch den Unternehmen, die nachweislich ihre Wettbewerbsposition verbessern. Insbesondere mit Blick auf den zunehmenden Fachkräftemangel profitieren die Betriebe u. a. von geringerer Fluktuation ihrer Mitarbeiter, höheren Rückkehrquoten aus der Elternzeit, geringeren Fehlzeiten und von höherer Motivation und Zufriedenheit der Belegschaft.

Das Familien-Projekt und seine Partner sind erfolgreich

Die beschriebenen Vorteile der partnerschaftlichen Umsetzung und die Querschnittsstruktur des Familien-Projektes haben ein klares gemeinsames politisches Ziel formuliert, das eine Eigendynamik entwickelt hat und dessen Umsetzung für alle Beteiligten nachvollziehbar verfolgt werden kann. Dabei werden die erzielten Erfolge als „gemeinsame Erfolge“ wahrgenommen. Alle Beteiligten bewegen sich in einer „win-win-Situation“, die als entscheidende Kraft für eine nachhaltig wirkende Motivation und eine erfolgreiche Umsetzung wirkt.

Entscheidend für diese Wirkung sind:

- Ämterübergreifende Strukturen
- Abbau klassischer Hierarchien
- Offene Kommunikation und Transparenz
- Kooperativer Arbeitsstil
- Gemeinsam formulierte, breit getragene Ziele
- Wettbewerb und Vereinbarungsmanagement

Im Ergebnis sind folgende positive Effekte zu bemerken:

- Das Familien-Projekt ist in Dortmund als Partner für Familien akzeptiert.
- Familienfreundlichkeit hat sich zu einem gesamtstädtischen Thema entwickelt.
- Alle Partner haben ihr Engagement verstärkt.
- Politik versteht sich als unterstützender Partner bei der Umsetzung von Maßnahmen.

Zur praxisorientierten Umsetzung dieser Leitlinie wird Dortmund Unternehmen das Beratungsprogramm „FamUnDo“ angeboten. Ziel des Projektes ist es, den Betrieben Maßnahmen zur optimalen Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufzuzeigen und sie bei der Umsetzung von Maßnahmen zu unterstützen, um langfristig die Zufriedenheit der Mitarbeiter/-innen sowie die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Das Beratungsprogramm beinhaltet eine Workshopreihe, individuelle Beratung im Betrieb, begleitende Öffentlichkeitsarbeit, eine Prüfung und die Auszeichnung zum familienfreundlichen Betrieb. Ziel ist es, die Unternehmen für familienbewusste Personalpolitik zu sensibilisieren.

Mehrgenerationenwohnen in der Hangeneystraße

Familien haben eine Vielzahl von Bedürfnissen an das Wohnen und das Wohnumfeld. Familien brauchen preisgünstige, barrierefreie Wohnungen, Geborgenheit in der Nachbarschaft, Chancen, sich in die Hausgemeinschaft einbringen zu können, Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

In der Hangeneystraße werden die Wünsche erfüllt. Daher stellt diese Wohnanlage einen gelungenen „Leuchtturm“ für ein familiengerechtes Wohnen und Leben in Dortmund dar. Im April 2008 haben die Mieter/-innen ihr neues Zuhause bezogen. Und es ist tatsächlich ihr Zuhause geworden – denn sie selbst haben in Bewohnerversammlungen ihre Wünsche und Ideen zu ihrem Mehrgenerationenprojekt erarbeitet. Bereits vor dem Einzug gründeten die Mietparteien den Verein „Hallo Nachbar e.V.“. In seiner Satzung hat sich der Verein unter anderem zum Ziel gesetzt,

- den Gedanken des Mehrgenerationenwohnens umzusetzen und weiterzuentwickeln,
- nachbarschaftliche Kinderbetreuung zu praktizieren und
- Mütter und Väter in der Familienarbeit zu unterstützen.

Diese Ziele werden aktiv z. B. durch Bewohnerfeste gelebt. Kürzlich feierte der Verein in Kooperation mit dem Vermieter die Einweihung der Kinderspielplatzfläche.

Kommunales Gesamtkonzept: Kulturelle Bildung in Dortmund

Das Kommunale Gesamtkonzept: Kulturelle Bildung in Dortmund wurde seitens des Kulturbüros im Herbst 2007 für die Stadt Dortmund entwickelt und vom Land Nordrhein-Westfalen mit einem Preis ausgezeichnet. An der Steuerung sind neben dem Kulturbüro auch Schul- und Jugendverwaltung, Familien-Projekt und FABIDO beteiligt. Es geht darum, Künstler/-innen sowie Kultureinrichtungen weit stärker als bisher mit den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu vernetzen.

Ziel: Gesamtstädtische Vernetzung der kulturellen Bildung im Blick auf die „Modellregion Ruhr 2010 Kulturelle Bildung“ u. a. mit

- Einrichtung einer Kontaktstelle für kulturelle Bildung
- Kooperation in der Ausbildung der Erzieher/-innen mit dem Gisbert-von-Romberg-Berufskolleg mit

- Künstler(inne)n und Kulturinstitutionen
- Kooperation in der Fortbildung für Künstler/-innen und Erzieher/-innen mit dem balou e. V.
- Projektfonds für Kindertageseinrichtungen
- Pilotprojekt Hörde als wohnortnaher Ansatz
- Stärkung der Ausrichtung vorhandener Kulturfestivals auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen

Zentrum für Kunst und Kreativität im Dortmunder U

Als herausragendes Projekt gilt die Entwicklung einer Etage für kulturelle Bildung im Dortmunder U, dem Zentrum für Kunst und Kreativität im Medienzeitalter, mit der Eröffnung im Kulturhauptstadtjahr 2010.

Spielleitplanung

Spielen ist eine elementare Voraussetzung für die körperliche, soziale und seelische Entwicklung unserer Kinder. Selbstständiges Erkunden und gefahrloses Spiel auf Straßen, Gehwegen und Plätzen ist aber zunehmend schwieriger geworden. Als Stadt mit Lebensqualität für Kinder und Familien möchte Dortmund nicht nur ausreichende Betreuungsangebote anbieten, sondern sich zu einer beispielbaren Stadt entwickeln, die Kinder selbstständig erobern können und die ein dichtes Netz abwechslungsreicher Spielorte, Treffpunkte und Erlebnismöglichkeiten bietet. Um diese Vision zu verwirklichen, wurde ein neues Verfahren eingeführt, das kommunale Planungen mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen systematisch verknüpft: Die Spielleitplanung.

Die Spielleitplanung zeichnet sich aus durch:

- Ganzheitliche Betrachtung der Stadt als beispielbaren Raum
- Differenzierte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Vielfältige Vernetzung von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft
- Nachhaltigkeit im Sinne einer verbindlichen, umsetzungsorientierten und dauerhaften Strategie

In einer Bestandserhebung mit unterschiedlichen Beteiligungsverfahren werden alle Flächen im Stadtbezirk erfasst, die für Kinder und Jugendliche interessant sind, also neben Spielplätzen auch Straßen, Plätze, Parks, Brachen usw. Über eine Bestandsbewertung und Potenzialermittlung wird der Spielleitplan erstellt. Dieser legt Prioritäten und Maßnahmen als Grundlage

für weitere Planungen fest und wird von der Bezirksvertretung des jeweiligen Stadtbezirks beschlossen. Durch den dauerhaft angelegten Prozess wird der Spielplan entsprechend an aktuelle Entwicklungen und veränderte Bedürfnislagen angepasst.

„Stark durch Erziehung“ soll Eltern stärken

„Stark durch Erziehung“ ist der Titel einer Kampagne, die 2008 gemeinsam von Jugendamt und Familien-Projekt gestartet wurde. Mit den „acht Sachen, die Erziehung stark machen“, soll das Thema Erziehung noch intensiver ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, um die Rechte der Kinder zu stärken und alle an der Erziehung Beteiligten zu unterstützen.

Die Kampagne begleitet und erweitert die bisherige Seminar- und Bildungsarbeit des Jugendamtes, vor allem das Angebot ELTERN STÄRKEN. Dieses Konzept der dialogischen Elternseminare geht von der Grundüberzeugung aus: Die einzigen Experten für die Erziehung ihrer Kinder sind die Eltern selbst. Eltern sollen gestärkt werden; sie sollen aber auch ihre eigenen Stärken (wieder-) entdecken, die oft tief verschüttet in ihrem Inneren liegen. Kindern geht es gut, wenn es den Eltern gut geht. Eltern benötigen selbst Mut, um ihre Kinder ermutigen zu können. Sie müssen sich selbst lieben, um ihren Kindern Liebe, Zeit und Zuwendung zu geben.

In den ELTERN STÄRKEN-Seminaren werden die Teilnehmer nicht belehrt, sondern mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung ernst genommen und respektiert. Die Folge: Sie schöpfen Mut und lernen, wieder an sich und ihre Kompetenzen zu glauben. Durch den gemeinsamen Dialog werden sie sich ihrer persönlichen Kraftquellen bewusst, entwickeln Strategien für ihren persönlichen Erziehungsweg und gewinnen Vertrauen und Zuversicht in die eigenen Kompetenzen zurück.

Offene Ganztagschulen

Gemeinsam mit den Schulen und 13 Trägern der Jugendhilfe hat das Familien-Projekt die schnelle Umsetzung der Offenen Ganztagschule in fünf Jahren erreicht: 80 Grundschulen und zwölf Förderschulen bieten im Schuljahr 2009/10 insgesamt 8.000 Ganztagsplätze an.

An den Offenen Ganztagschulen werden den Kindern ergänzende Lern- und Erfahrungsmöglich-

keiten angeboten, die insbesondere musisch-kreative Angebote, Sport-, Spiel- und Freizeitaktivitäten, Hausaufgabenbetreuung, Förderangebote, Mittagstisch und Ferienbetreuung umfassen. Mit den qualitativen Ganztagsangeboten erfahren die Schulen eine Stärkung ihres Bildungsauftrages. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat durch diese Entwicklung eine enorme Unterstützung erfahren und entlastet die Eltern. Die sozial gestaffelten Elternbeiträge sind zudem sehr familienfreundlich und unterstützen eine Teilnahme. Die Stadt Dortmund hat mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ verbesserte Rahmenbedingungen an den Standorten geschaffen, die von Schulen und Eltern sehr begrüßt werden. Die jährlichen Investitionen an Personalkosten und Programmmitteln für die Schulstandorte betragen rund 14 Millionen Euro.

Die Offenen Ganztagschulen werden von den Eltern akzeptiert und sorgen durch ihre Attraktivität für erhöhte Nachfragen an den Schulen. Im Schuljahr 2009/2010 stehen für etwa 40 Prozent aller Schulkinder im Primarbereich Ganztagsplätze zur Verfügung.

Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund

Mit dem „Bericht zur sozialen Lage“ und dem „Sozialstrukturatlas“ wird die Sozialberichterstattung in Dortmund auf eine neue Grundlage gestellt. Diese umfassende Datenbasis und die differenzierte Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung bilden eine Informationsgrundlage für politische Entscheidungsprozesse zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Mit dem Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund legte der Oberbürgermeister eine Basis für die weitere Diskussion und die entsprechenden städtischen Aktivitäten. In einem breiten Beteiligungsprozess haben sich mehrere tausend Menschen aus Bürgerschaft, Politik, Kirchen, Organisationen und Verbänden mit dem Aktionsplan Soziale Stadt befasst und mögliche Lösungsmöglichkeiten diskutiert.

Im Beteiligungsprozess wurde deutlich: Probleme müssen offen benannt, Lösungen gemeinsam erarbeitet und der Strukturwandel sozial gestaltet werden. Wir brauchen integrierte Konzepte! Schwerpunkt der Aktivitäten ist dabei die Entwicklung von Maßnahmen für die 13 Sozialräume, die im Bericht unter dem städtischen Durchschnitt liegen: aus Sozialräumen werden Aktionsräume.

Durch erste politische Beschlüsse und die initiierten Beteiligungsprozesse wurden bereits eine Vielzahl von Projekten umgesetzt und Maßnahmenpläne für folgende Arbeitsschwerpunkte entwickelt:

- Arbeitsplätze für Dortmund
- Kinder und Eltern stärken – Armut bekämpfen
- Aktionsprogramme für Aktionsräume

Die Stadt Dortmund verfügt mit dem Aktionsplan Soziale Stadt über eine ausgewogene Strategie zur Armutsbekämpfung.

Waltraud Bonekamp

Stadt Dortmund
Dezernentin für Schule, Jugend und Familie
Südwall 2–4, 44122 Dortmund
Tel. 0231/50-22031
Fax 0231/50-10007
E-Mail: wbonekamp@stadtdo.de
Homepage: www.dortmund.de

Klaus Burkholz

Stadt Dortmund, Familien-Projekt
Märkische Straße 24–26, 44141 Dortmund
Tel. 0231/50-29893
Fax 0231/50-29888
E-Mail: kburkholz@stadtdo.de
Homepage: www.familie.dortmund.de

Thomas Rauschenbach

Familie ist Zukunft und über die Zukunft der Familie

In Deutschland sind das Thema Familie und die sich darum rankenden politischen und öffentlichen Debatten endlich in der Jetztzeit angekommen. Nach einer lähmend langen Phase des unbeeirrten Festhaltens an den verklärenden Vorstellungen einer rundum glücklichen Familie ist in Sachen Familie in den letzten 20 Jahren nach und nach Bewegung in die Politik und die öffentliche Rhetorik gekommen. Vorbei sind die Zeiten, in denen dieses Themenfeld ein ideologisch völlig vermintes Gelände war, das man nicht betreten konnte. Vorbei sind die Zeiten, in denen reflexartig alle öffentlichen Anstrengungen und Versuche, Familien zu fördern und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu unterstützen, sofort lautstark als unangemessene Einmischung in die Privatsphäre, als staatlicher Dirigismus und als Angriff auf die Eigenkräfte der Familie angeprangert wurden.

Auslöser dafür gibt es viele, angefangen von der häufig geäußerten Sorge mit Blick auf den demografischen Wandel und der damit einhergehenden „Überalterung“ der Gesellschaft über die anhaltend niedrigen Geburtenzahlen – nicht nur, aber vor allem auch in Deutschland – bis hin zu den unbefriedigend gelösten Problemen der Balance von Familie und Beruf, dem punktuellen Erziehungsversagen der Familie oder der mangelnden politischen Unterstützung in Sachen Kinderbetreuung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Neu an dieser Entwicklung sind dabei vor allem die Entschiedenheit und Deutlichkeit mit der das Thema in den Medien platziert wird; neu ist, dass sämtliche politischen Parteien einen nachholenden Modernisierungsbedarf in Sachen Familie anerkennen; neu ist, dass sich die „große Politik“ weitaus stärker für das weiche Thema „Familie“ interessiert; neu ist, dass selbst hohe Repräsentanten der Wirtschaft sich häufiger und intensiver als je zuvor in Sachen Familie zu Wort melden; neu ist schließlich auch, dass seit den wenig schmeichelhaften PISA-Ergebnissen und dem Hinweis auf die Schlüsselstellung der Familie in Sachen Bildung deutlich unverkrampfter über das Zusammenwirken von privater und öffentlicher Bildung, Betreuung und Erziehung einerseits sowie über die gewachsene öffentliche Verantwortung für die Lebensbedingungen der Menschen und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen andererseits gesprochen wird.

Lange, zu lange hat Deutschland ganz selbstverständlich auf das Funktionieren des Zusammenwirkens von Familie und Schule als den beiden Konstanten im Prozess des Aufwachsens von Kindern gesetzt. In Anbetracht der typischen Halbtagschule und dem dreis- bis vierstündigen Vormittagskindergarten wurde die darüber hinausgehende Verantwortung und Zuständigkeit für die Entwicklung von Kindern im Kern der Familie übertragen. Der Staat, so das entsprechende politische Selbstverständnis, sollte sich dabei so wenig wie möglich in die Privatsphäre und Eigenverantwortung der Familie einmischen.

Mittlerweile wird aber immer deutlicher, dass Familien keineswegs in allen Fällen – von alleine und ohne weiteres Zutun – in der Lage sind, den damit verbundenen Erwartungen und Verpflichtungen einer umfassenden Weitergabe des kulturellen Erbes zeitlich, sachlich und thematisch umfassend gerecht zu werden. Das „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ – so bereits 2002 der programmatische Titel des 11. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung (Deutscher Bundestag 2002) – zielt daher in vielfacher Hinsicht nicht mehr nur auf eine „Lückenbüßerfunktion“ zum Ausgleich punktuell auftretender familialer Defizite, sondern wird zunehmend als eine umfassende gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe, als ein allgemeiner Modus des Aufwachsens begriffen.

Denn: Auch wenn bis heute weit und breit keine ernsthafte Alternative zur Lebensform der Familie sichtbar wird, heißt das noch lange nicht, dass die Familie damit automatisch ein unumstößlicher Fels in der Brandung der gesellschaftlichen Modernisierung ist. Oder anders formuliert: So uneingeschränkt man gewiss dem Motto dieser Tagung „Familie ist Zukunft“ zustimmen kann – sowohl als Lebensform als auch als Verheißung für die in Familien aufwachsenden Kinder –, so sehr müssen doch auch die „Zukunft der Familie“ und die damit verbundenen Gestaltungsaufgaben von Politik und Gesellschaft ins Blickfeld gerückt werden.

Vor diesem Hintergrund will ich mich nachfolgend dem Thema mit dem Akzent auf das Kindes- und Jugendalter in vier Abschnitten zuwenden. Zunächst wird die potenzielle Leistungsfähigkeit der Familie mit Blick auf das Aufwachsen junger Menschen ins Blickfeld gerückt (1). Anschließend wird eine Annäherung an die empiri-

sche Wirklichkeit der Familien in Deutschland versucht (2). Um die Stärken der Familie gegenüber den in ihr liegenden Risiken zum Tragen kommen zu lassen, gilt es in einem dritten Abschnitt zu klären, was Familien brauchen, seien es Formen der Unterstützung oder der Ergänzung, seien es aber auch Formen der Ermöglichung (3). Abgeschlossen werden die Ausführungen mit Überlegungen zu den anstehenden familienpolitischen Herausforderungen (4).

(1) Familie ist Zukunft! Zum Leistungsvermögen der Familie

Ein bisschen hat das intensive Reden über Familie in Deutschland etwas vom „Pfeifen im Walde“, wenn es einem etwas mulmig zumute zu werden droht. Oder anders formuliert: Es gibt kaum einen Anlass, der es nahe legen würde, allen Ernstes davon auszugehen, dass gegenwärtig in Sachen Familie in Deutschland alles so richtig rund läuft. So ist nicht davon auszugehen, dass das Thema Familie nur deshalb auf der Tagesordnung steht, weil diese ohne Wenn und Aber ein unerschütterliches, zukunftstaugliches Erfolgsmodell ist.

Zu lange lag das bundesdeutsche Credo einer guten Familienpolitik in der Überzeugung, der Familie insbesondere dadurch gerecht zu werden, dass man auf ihre Selbstregulationskraft setzt und deshalb möglichst wenig in das sich selbst stabilisierende System Familie eingreift. Dieses, an die Prinzipien der freien Marktwirtschaft angelehnte Modell der westdeutschen Familienpolitik erweist sich immer mehr als ein ebenso fataler wie folgenschwerer Irrtum. Lange, zu lange hat es Deutschland davon abgehalten neu und erneut über Familie nachzudenken, sie in einem anderen Horizont zu sehen. Es hat gewissermaßen verhindert, das „Private neu zu denken“ (Jurczyk/Oechsle 2007) und daraus die politisch richtigen Schlüsse zu ziehen.

Damit soll keineswegs die Familie¹ als eine besondere Form individueller Vergemeinschaftung infrage gestellt werden. Im Gegenteil: Auch im 21. Jahrhundert ist nicht einmal ansatzweise eine ernsthafte Alternative zur Lebensform Familie erkennbar. Es gibt keine Lebens- und Versorgungsgemeinschaft jenseits von Partnerschaft und Elternschaft, die sich in modernen

Gegenwartsgesellschaften abzeichnet oder gar in nennenswertem Umfang etabliert hätte. Noch immer lebt die große Mehrheit der Menschen in der Altersgruppe unter 45 Jahren in Zwei-Generationen-Haushalten, während nur 8 Prozent dieser Gruppe alleine in einem Haushalt leben, davon überdurchschnittlich viele während der Ausbildung (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 25f.).

Die Bedeutung der Familie für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen kann auch und gerade nach PISA nicht deutlich genug betont werden. Im Horizont der PISA-Befunde und nach der Erholung vom ersten Schock über die schlechte Platzierung im internationalen Vergleich ist auch – zumindest am Rande – die Familie ins Blickfeld gerückt worden. Zum ersten Mal öffentlich so deutlich sichtbar hat PISA gezeigt, dass der Familie eine positive wie negative, jedenfalls eine zentrale Bedeutung im Bildungsprozess von Kindern und damit in der Zuteilung von Lebenschancen zukommt (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2002).

Infolgedessen wird inzwischen verstärkt die Frage nach der Rolle der Familie nicht nur als Ort des Aufwachsens, sondern als Akteur in Sachen Bildung ins Blickfeld gerückt (Rauschenbach 2009: 221f.). Dabei deutet sich mit Blick auf das ungeklärte Verhältnis von Familie und Bildung eine ambivalente Konstellation an: Auf der einen Seite erweist sich die Familie als Anlass einer sich verstärkenden, herkunftsbedingten sozialen Ungleichheit, also, wenn man so will, als Quelle der Bildungsbenachteiligung. Auf der anderen Seite wird im Anschluss an PISA allerdings zugleich auch auf ihre enorme Bedeutung als eigenständige Bildungswelt, als unverzichtbare Basis für elementare Bildungsprozesse und als Potenzial für eine umfassende Alltagsbildung hingewiesen.

Beides ist richtig, beides sind Seiten der gleichen Medaille. Familie ist nicht nur eine negative, störende Einflussgröße in Sachen Bildung mit Blick auf die soziale Herkunft der Kinder. Die Bildungswelt Familie verweist vielmehr auf die unterschiedlichen Möglichkeiten und Impulse, auf die ungleich verteilten Ressourcen und Kompetenzen, die Kindern „vor Ort“ im alltäglichen Familienleben zur Verfügung stehen.

¹ Dabei gilt: „Familie ist dort, wo Kinder sind“, so jedenfalls ist inzwischen der alltägliche, politisch korrekte Sprachgebrauch, um unabhängig von der Institution Ehe und heterosexuellen Paargemeinschaften sämtliche Formen des privaten Zusammenlebens von Angehörigen unterschiedlicher Generationen zu umschreiben. „Zwei-Generationenhaushalte“ nennen das nüchtern und unpräzise die Statistiker, um damit alle familienähnlichen Formen des Zusammenlebens mit Kindern erfassen zu können.

So weist beispielsweise der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen nachdrücklich darauf hin, welche Bedeutung der Familie als eigenständigem Bildungsort zukommt: „Das in Familien vermittelte und angeeignete Humanvermögen stellt die wichtigste Voraussetzung und wirksamste Grundlage der lebenslangen Bildungsprozesse dar“ (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2002: 11).

Mit anderen Worten: Die Familie ist – jenseits aller politischen Aufmerksamkeit – immer noch der wichtigste Bildungsakteur im Leben von Kindern und Jugendlichen. Obwohl diese Erkenntnis nicht neu ist, haben sowohl Forschung als auch Politik die systematische Analyse der Familie als „eigenständigem Ort des Bildungsgeschehens“ lange vernachlässigt, haben fast nur die öffentlichen Bildungsorte in den Blick genommen. Ein Grund dafür mag sein, dass die „Bildungswelt Familie“ ein vergleichsweise sperriger Forschungsgegenstand ist und infolgedessen wenig – zu wenig – empirisch gesichertes Wissen über Bildungsprozesse in den Familien vorliegt (Büchner/Brake 2006).

Dennoch dürfte kaum strittig sein, dass in der Familie für Kinder alles anfängt – nicht nur in puncto Urvertrauen, Selbstbewusstsein, Lebensenergie, Bindungsfähigkeit und vielem mehr, sondern auch in puncto Bildung. Allein dies bedingt die herausragende Bedeutung der Familie als einer zentralen Bildungswelt, einer Bildungswelt, die allerdings nicht auf die zerstückelte Fachbildung des Bildungssystems reduziert werden kann. Dabei in den Familien vorhandene Unterschiede wirken sich bereits in den ersten Lebensjahren eines Kindes offenbar so stark aus, dass diese mit den gegenwärtigen Mitteln der Bildungs- und Sozialpolitik nicht mehr ohne Weiteres wieder ausgeglichen werden können.

Warum ist das so? Worin liegt die Intensität dieses Bildungsortes begründet? Eine Antwort darauf ist, dass die Familie der erste, der am längsten anhaltende, der am wenigsten thematisch selektive und zugleich der zeitintensivste Ort des Aufwachsens ist. Auf diese herausgehobene Rolle der Familie als Bildungswelt hat nicht zuletzt der 12. Kinder- und Jugendbericht hingewiesen. Er hat daneben aber noch auf einen weiteren, vielleicht entscheidenden Unterschied zwischen dem Bildungsgeschehen in der Familie und allen anderen Bildungsakteuren hingewiesen: auf das in Familien mehr als an allen anderen Orten zu beobachtende Zusammenspiel von Bildung, Betreuung und Erziehung (Deutscher Bundestag 2005: 338).

Dieses bis zur Unkenntlichkeit vermengte Ineinander von Bildung, Betreuung und Erziehung bildet den Kern des Interaktionsgeschehens in der Familie, diese Trias ist geradezu kennzeichnend für diese Form der Beziehungsstruktur der Eltern-Kind-Gemeinschaften. Familien bilden von Geburt an ein Soziotop, in dem für Kinder im Grunde alles zusammenfließt: Geborgenheit, Schutz, Versorgung, Zuwendung, Lernen, Kommunikation, Vertrauen, Freude, Lust, Schmerz, Weltaneignung, Ernährung und vieles mehr. Familie ist insoweit ein archetypischer Ort, an dem für Kinder in der Regel die unterschiedlichen Bestandteile eines gedeihlichen Aufwachsens zur Verfügung stehen. Das ist Stärke und Schwäche zugleich. Das liegt daran, dass die heutige Familie in einem Dilemma zwischen „grenzenloser Macht“ einerseits und einer geringen Verlässlichkeit mit Blick auf ihre faktischen, grundlegenden Bildungsleistungen andererseits steckt. Sie pendelt deshalb – und darin liegt ihre Ambivalenz – zwischen den beiden Polen „alles ist möglich“, aber „nichts ist sicher“, also zwischen einem ungeheuren Potenzial mit der Gefahr einer latenten Überschätzung auf der einen Seite – da oft unterstellt wird, als wäre dieses Potenzial eine sichere Bank – sowie einer hohen Fragilität und geringen Erwartbarkeit auf der anderen Seite. Ziel muss es daher sein, Familien so zu unterstützen und sie so in ein Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsnetzwerk einzubinden, dass sie in die Lage versetzt werden, auch unter den erheblich veränderten Bedingungen gegenwärtiger Gesellschaften ihrer grundlegenden Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern gerecht zu werden, ohne der Belastung eines immer weniger erfüllbaren Anspruchs ausgesetzt zu sein, alles selbst können und erledigen zu müssen.

(2) Ist Familie Zukunft? Familie zwischen Wunsch und Wirklichkeit

In Anlehnung an den legendären Satz von Konrad Adenauer aus den 50er-Jahren, „Kinder bekommen die Leute sowieso“, lässt sich zugespitzt formulieren: Die politische Selbsttäuschung der letzten Jahrzehnte in Sachen Familie lag darin, davon auszugehen, dass die westdeutsche soziale Nachkriegsordnung sich ganz selbstverständlich an der Prämisse ausrichtete „Familien gründen junge Menschen sowieso“. Daher ging man folgerichtig davon aus, dass sich familienpolitische Fragen auch ohne die große Politik regeln lassen, dass sich die Gründung von Familien und das Familienleben von alleine vollziehen.

Dem ist aber nicht so, jedenfalls nicht in dem Maße, wie dies politisch notwendig erscheint. Nachdem zunächst wiederholt die Familienforschung darauf aufmerksam machte, dass sowohl die Haushaltsgröße bzw. die Zahl der Familien seit Jahren sinkt, als auch deren Stabilität stetig abnimmt, nachdem die Politik zögerlich darauf reagierte und so gut es eben ging, die Lage der Ehefrauen und Mütter rechtlich und – leidlich – auch materiell verbesserte, ist in Deutschland nunmehr in Sachen Familien- und Kinderpolitik eine neue Dynamik auf allen föderalen Ebenen und in allen politischen Lagern im Lichte des demografischen Wandels zu beobachten.

Der dahinter liegende politische Handlungsbedarf lässt sich an wenigen Zahlen ablesen. Dazu nur einige wenige empirische Befunde:²

1. Lebten 1972 in der Bundesrepublik noch 55 Prozent der Bevölkerung in Haushalten mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, so zeigt sich, dass dies rund 35 Jahre später nur noch bei 34 Prozent im früheren Bundesgebiet der Fall ist. Entsprechend ist auch die durchschnittliche Haushaltsgröße seit den 50er-Jahren um etwa ein Viertel gesunken. Betrug sie in Westdeutschland 1955 noch 2,99 Personen je Haushalt, waren es 1972 nur noch 2,67 und im Jahr 2000 nur noch 2,17 Personen im Haushalt.
2. Zogen Familien in Westdeutschland 1995 noch durchschnittlich 1,69 minderjährige Kinder groß, so waren dies 2007 mit 1,64 minderjährigen Kindern noch etwas weniger. In Ostdeutschland lag dieser Wert mit zuletzt 1,46 minderjährigen Kindern pro Familie noch niedriger. Alles in allem schwindet die Zahl der Kinder pro Familie.
3. Während die Zahl der Scheidungen 1970 im Westen bei 76.000 pro Jahr lag, werden für das Jahr 2007 für ganz Deutschland etwa 190.000 ausgewiesen. Nimmt man die so genannte „spezielle Scheidungsziffer“ als Grundlage, d.h., die Zahl der Ehescheidungen pro 10.000 bestehenden Ehen, so zeigt sich eine kontinuierliche Zunahme: 1960 lag dieser Wert bei knapp 36, 1990 bei 81 und heute liegt er bei einem Wert von 104. Das heißt: Die Stabilität der Familie hat in den letzten 50 Jahren deutlich abgenommen (und dabei sind Trennungen innerhalb der Ehe ebenso wenig eingerechnet wie die bei Partnerschaften ohne Trauschein).

4. Zeitgleich sinkt auch seit Jahren kontinuierlich die Zahl der Eheschließungen. Konkret: Während im Jahr 1990 in ganz Deutschland noch fast 520.000 Ehen geschlossen wurden, traf dies im Jahr 2007 nur noch auf knapp 370.000 zu. Die Bedeutung der Institution Ehe als Inbegriff einer stabilen Partnerschaft und als Basis von Elternschaft nimmt damit weiterhin ab.

5. Wurden in der BRD und DDR zusammen 1970 noch über eine Million Kinder pro Jahr geboren – 1964 wurde mit 1,36 Millionen Geburten pro Jahr ein Höchststand erreicht –, so lag die Zahl 2008 bundesweit nur noch bei 675.000 Geburten. Das heißt: Kamen 1970 noch 13,4 Geborene auf 1.000 Einwohner, so lag dieser Wert zuletzt nur noch bei 8,1. Und nach den Prognosen der amtlichen Statistik wird die Geburtenzahl in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bis auf eine Größenordnung von unter 600.000 pro Jahr weiter sinken. Das bedeutet: Die demografische Talsohle ist also mit Blick auf die Zahl der jährlichen Geburten noch nicht erreicht.

Diese empirischen Tatsachen machen eine prekäre Entwicklung sichtbar, die das so gern gezeichnete Bild der heilen und funktionsfähigen Familie etwas brüchiger werden lässt und die für alle unübersehbar macht, dass für die Verbesserung der Situation der Familie politisch etwas getan werden kann und muss. Dies gilt umso mehr, als dass sich diese Befunde bei den jüngeren Jahrgängen noch deutlicher darstellen dürften.

In Anbetracht dieser Situation deuten sich einige Entwicklungen an: Auch wenn Ehe, Partnerschaft und Kinder in der Mehrzahl der Biografien von Erwachsenen nach wie vor der zentrale Lebensentwurf sind, lebt dennoch inzwischen ein größer werdender Teil der Bevölkerung ohne Kinder, sind eigene Kinder zumindest nicht mehr selbstverständlicher Bestandteil der eigenen Lebensführung. Immerhin jeder dritte Mann im Alter zwischen 35 und 40 Jahren und jeder vierte Mann zwischen 45 und 50 Jahren hat nach Berechnungen auf der Basis des sozioökonomischen Panels (noch) keine Kinder (Bertelsmann-Stiftung 2008). Das bedeutet, dass für einen größer werdenden Teil der jungen Menschen Partnerschaft und Elternschaft nicht mehr automatisch einen inneren, unauflösbaren Zusammenhang bilden.

² Diese werden hier nur knapp skizziert. Eine ausführlichere Darstellung findet sich samt der entsprechenden Quellenangaben bei Rauschenbach (2009: 116ff.).

Familie als Lebensform entwickelt sich inzwischen immer mehr von einer kulturellen Selbstverständlichkeit zu einer individuellen Wahlmöglichkeit, deren Verwirklichung von realisierter Erwerbstätigkeit, beruflichen Karrieremotiven, eigener Zeitverwendung sowie zu erwartenden ökonomischen Belastungen ebenso beeinflusst werden kann wie von verlängerten Ausbildungszeiten, instabileren Partnerschaften und den sich pluralisierenden Formen der Lebensführung. Hinzu kommt, dass sich gegenwärtig die Zeiträume erheblich ausweiten, in denen erwachsene Menschen ohne eigene Kinder im Haushalt leben, und somit auch aktive Elternschaft für Männer wie Frauen im Lichte wachsender kindfreier Lebensabschnitte vermehrt zu einem zeitlich begrenzten Lebensabschnitt wird.

Daraus folgt, dass in Deutschland mehr denn je gute Argumente und Unterstützungsmöglichkeiten für die Lebensform Familie notwendig sind, um deren Attraktivität zu erhalten, nachdem dieses Thema jahrzehntelang als politische Gestaltungsaufgabe dramatisch unterschätzt worden ist. Das zumindest scheint die Familienpolitik inzwischen erkannt zu haben. Die zentrale familienpolitische Frage ist dabei, wie die politischen Rahmenbedingungen in Anbetracht der unterschiedlichen Herausforderungen für Eltern und Familien gestaltet werden müssen.

(3) Familie ist Zukunft!? Zur Förderung von Familie

Familie lässt sich heutzutage immer weniger als ein selbst regulierendes, in sich selbst ruhendes und von außen unbeeinflusstes Beziehungsgefüge betrachten, das dann am besten funktioniert, wenn man es in Ruhe lässt. Dazu tangiert das „wirkliche Leben“ – die Schattenseiten des entgrenzten, entstandardisierten und entbetteten Lebens, die Zumutungen eines globalisierten, flexibilisierten Arbeitsmarktes, die drohenden Existenzrisiken von Arbeitslosigkeit, Armut, Trennung und Scheidung u. v. m. – die Realität der Familie viel zu sehr, auch wenn dies lange Zeit von offizieller Seite nicht wirklich eingestanden und in seinen Folgen politisch zur Kenntnis genommen worden ist. Die permanent geforderte Herstellungsleistung von Familie im Alltagsgeschehen, das „Doing Family“ und dessen alltägliche Aufrechterhaltung befinden sich unübersehbar in einer mentalen und praktischen Runderneuerung.

Deshalb scheint der öffentliche Konsens langsam größer zu werden, dass eine nüchterne Zwischenbilanz in Sachen Familie unabdingbar ist. Geklärt werden muss,

was man der Familie – um ihrer eigenen Zukunft willen – heutzutage noch an Eigenleistung abverlangen kann; wo man sie gezielt entlasten und unterstützen muss; was Familien wirklich hilft. Das einseitige Festhalten an den unstrittig vorhandenen Potenzialen der Familie unter Vernachlässigung der zugleich vorhandenen Risiken und Gefährdungen erschwert jedenfalls die notwendigen Anpassungsprozesse der Familie an die veränderten Rahmenbedingungen. Infolgedessen muss auch die Familie, müssen Fragen, die eng mit ihr zusammenhängen, auf die Tagesordnung der Politik gesetzt werden.

Auf vier Dimensionen einer Politik für Familien soll an dieser Stelle kurz hingewiesen werden. Allesamt bedürfen sie einer entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit.

(a) Familienunterstützende Maßnahmen

Lange Zeit hat die bundesdeutsche Familienpolitik als Mittel zur Unterstützung fast ausschließlich auf Geld gesetzt, sprich: Sie hat Familienförderung vor allem mittels Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Kindergeld betrieben. Nachdem ihr dann verfassungsgerichtlich bescheinigt wurde, dass diese Formen der monetären Familienpolitik, die im Übrigen in diesem Ausmaß in Europa kaum noch anzutreffen sind, in Wirklichkeit die Familien nicht einmal angemessen unterstützen, hat sie in den letzten 10 Jahren die Lehren daraus gezogen – und erstaunlicherweise eine monetäre Familienpolitik noch verstärkt. Die Palette monetärer Familienleistungen, die von einer starken Erhöhung des Kindergelds über die Einführung des Elterngelds bis zuletzt zur Einführung eines Kinderzuschlags reichen, ist weiter ausgeweitet worden. Hinzu kommt in einer wachsenden Zahl von Bundesländern noch die teilweise Befreiung von den Kindergartenbeiträgen – und perspektivisch gegebenenfalls noch das Betreuungsgeld.

Alle diese Maßnahmen können jedoch vorerst zwei Dinge nicht ungeschehen machen: eine weiter sinkende Zahl von Geburten einerseits sowie eine viel zu hohe Zahl an Kindern in prekären Haushalten, eine viel zu hohe Quote der Kinderarmut andererseits. Vor allem der Umstand, dass gegenwärtig – je nachdem, wie man rechnet und welche Altersgruppe man zugrunde legt – zwischen 12 und 19 Prozent der Kinder, also jedes fünfte bis achte Kind in Deutschland in Armut oder an der Armutsgrenze aufwächst, ist ein völlig inakzeptabler Umstand – und das trifft Kinder, die in

einem Ein-Eltern-Haushalt aufwachsen, in besonderer Weise. Dieser Lebenssituation von Familien wird die Politik indes noch viel zu wenig gerecht (Rauschenbach 2009: 29f.). Im Lichte dieser anhaltenden Probleme einer unverhältnismäßig hohen Kinderarmut könnten deshalb die neu erstarkten Debatten über eine Kindergrundsicherung ein Weg sein, der in die richtige Richtung weist.

Lange Zeit übersehen oder unterschätzt wurden infolge dieser Fixierung auf eine monetäre Familienpolitik die nicht-monetären Formen der familialen Unterstützung, seien es die Formen der sozialpädagogischen Familienhilfe, der Familienberatung, der Familienbildung oder auch die ambulanten Formen familienunterstützender Angebote. Ihnen allen gemein ist, dass sie versuchen, die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Familie oder der einzelnen Familienmitglieder selbst zu stärken oder zu erhalten, diese also so weit wie möglich selbst zu befähigen. Diese Formen der Familienunterstützung werden aber politisch bislang viel zu wenig ins Blickfeld gerückt, obgleich sie es sind, die der Familie selbst eine Zukunft zu geben versuchen.

(b) Familienergänzende Angebote

Familienergänzende Angebote im Sinne des Ausbaus der Infrastruktur für Familien sind gegenwärtig unstrittig der politisch am intensivsten verfolgte Weg der bundesdeutschen Politik, sei es im Bereich der Kindertageseinrichtungen oder im Kontext der Ganztagssschulen. Zunächst: Unmittelbar einsichtig dürfte sein, dass das Aufwachsen von Kindern im Lichte der aktuellen Entwicklungen immer weniger eine ausschließliche Privatangelegenheit von Eltern ist. Ein frühzeitig einsetzendes öffentliches Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot als Ergänzung zur Familie kann dazu beitragen, Kinder besser und gezielter zu fördern – und ab 2013 ist davon auszugehen, dass mehr als jedes zweite Kind in Deutschland vor der Einschulung vier oder gar fünf Jahre seines noch jungen Lebens in einer Kindertageseinrichtung verbringt – das ist im Übrigen ein längerer Zeitraum, als mehrheitlich die Grundschulzeit in Deutschland dauert.

Nicht allein die verbesserte Balance von Beruf und Familie – ein allemal legitimes Argument mit Blick auf die betroffenen Erwachsenen – steht daher beim Ausbau der Kinderbetreuung im Mittelpunkt, sondern zuallererst die sich damit eröffnenden Möglichkeiten einer verbesserten Förderung der Kinder selbst. Und

vor allem aus diesem Grund ist die derzeitige Kindertagesbetreuung sowohl quantitativ auszubauen als auch qualitativ weiterzuentwickeln.

Eine konsequente Ausweitung des öffentlichen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebots vor Ort, das allen Kindern von Anfang an ein Höchstmaß an Förderung und Entwicklung eröffnet, ist eine der wichtigsten Gestaltungsaufgaben einer zukunftsweisenden Kinder-, Familien- und Bildungspolitik der kommenden Jahre – und zugleich einer der wichtigsten Impulse zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Erst, wenn eines Tages Kindertageseinrichtungen als Bildungspartner von Eltern und Familien in der Öffentlichkeit genauso selbstverständlich akzeptiert werden wie Schulen, können wir in Deutschland in etwa das Förderungs- und Entwicklungspotenzial ausschöpfen, das in der frühen Kindheit angelegt ist. Erfreulicherweise sind wir in dieser Hinsicht in Deutschland auf einem erstaunlich guten Weg.

Wenn man das Angebot quantitativ ausbauen will, dann darf man die qualitative Seite nicht aus dem Blick verlieren. In dieser Hinsicht müssen beispielsweise die Ausbildungsstandards und die Stellung des Personals verbessert werden, muss die Tagespflege, die nach politischer Beschlusslage ebenfalls ausgebaut werden soll, aus dem Graubereich eines billigen und unqualifizierten Angebots zwischen bloßer Betreuung, Verwahrung und Versorgung herausgelöst und zu einem qualitativ verbesserten Angebot weiterentwickelt werden, müssen aber auch die Kindertageseinrichtungen konzeptionell und organisatorisch in Eltern-Kind-Zentren überführt werden, die diesen Namen wirklich verdienen, um jungen Familien bereits von Anfang an so etwas wie einen sozialräumlichen Ansatz bieten zu können.

Die zweite Säule der familienergänzenden Angebote für Kinder im Schulalter ist unterdessen ein ebenso konsequenter Ausbau der Ganztagssschulen in Deutschland. Das könnte viele Potenziale eröffnen, wenn dieser richtig betrieben wird. Allerdings breiten sich in Deutschland nicht umstandslos jene Formen von Ganztagssschulen aus, die den Kindern und Jugendlichen auch einen Horizont für andere Inhalte, für andere Vermittlungs- und Aneignungsformen und damit auch für andere Erfahrungsräume eröffnen, kurz: in der es nicht um mehr Schule, sondern um mehr und andere Bildung geht (Rauschenbach 2009: 171ff.).

(c) Familienersetzende Hilfen

Auch wenn es mengenmäßig zum Glück immer noch vergleichsweise Wenige sind: Es gibt eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die zumindest vorübergehend jenseits der eigenen Herkunftsfamilie im Rahmen familienersetzender Hilfen zur Erziehung aufwächst, also in einer Pflegefamilie oder in einer stationären Einrichtung der Jugendhilfe. Das sind pro 1.000 altersgleichen jungen Menschen im Alter von unter 18 Jahren gegenwärtig alles in allem lediglich 8,5 Kinder und Jugendliche, also weniger als ein Prozent.³ Aber auch denen muss die ungeteilte Aufmerksamkeit gelten.

Dabei zeigen sich mit Blick auf die Zusammensetzung dieser Gruppe jedoch irritierende Zusammenhänge – und das ist eine erkennbar unbewältigte Herausforderung in Sachen Familienpolitik bzw. Kinder- und Jugendhilfe. Deutlicher denn je zeigt sich nämlich bundesweit bei den Hilfen zur Erziehung, insbesondere den stationären Angeboten, ein enger Zusammenhang zwischen den Lebenslagen der Familien (Alleinerziehende, Armut, Migration) sowie dem damit einhergehenden Erziehungsbedarf (Schilling u. a. 2007).

Auch wenn ich nur andeutungsweise darauf eingehen kann: Erstmalig können wir für Deutschland flächendeckend anhand amtlicher Daten mehr über die familiäre Lebenslage jener Kinder sagen, die vorübergehend in stationärer Jugendhilfe oder in einer Pflegefamilie leben. Demnach zeigt sich dreierlei (Rauschenbach/Pothmann/Wilk 2009):

Erstens hat ein Kind eines alleinerziehenden Elternteils eine fünffach höhere Wahrscheinlichkeit, in einem Heim oder in einer Pflegefamilie untergebracht zu werden als ein Kind aus einer zusammenlebenden Familie. Zweitens haben Kinder aus Familien mit Transfer-einkommen, in der Regel also Hartz-IV-Bezieher, eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, in den Hilfen zur Erziehung zu landen. So kommen fast drei von vier Kindern in der Vollzeitpflege und zwei Drittel in der SPFH aus Familien mit Transfergeldbezug. Drittens ist dieser Zusammenhang besonders ausgeprägt bei Kindern von alleinerziehenden Transfergeld-beziehern: Von den Kindern aus Ein-Eltern-Familien, die in Vollzeitpflege untergebracht sind, kommen 78 Prozent, bei der SPFH 76 Prozent und bei Kindern, die in Heimen leben, 70 Prozent aus einem Haushalt mit Transfergeldbezug.

³ Zusammenstellung und Berechnung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik auf der Basis der beim Statistischen Bundesamt verfügbaren amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik zu den Hilfen zur Erziehung 2007 (www.destatis.de).

Verstärkt wird dieser Zusammenhang in den damit korrespondierenden Folgen der Verquickung von Armut und Erziehung, wenn man einen Blick auf die Gründe einer notwendig gewordenen stationären Unterbringung wirft. Hier wird nämlich deutlich sichtbar, dass der Grund einer „eingeschränkten Erziehungskompetenz“ ein ganz wesentlicher Anlass für die Einleitung einer familienersetzenden Hilfe ist. Dies wirft noch einmal ein grelles Licht auf die fatalen Lebenszusammenhänge von Familien, die in einer Mischung aus ökonomischer, kultureller und sozialer Armut in einem Teufelskreis stecken, der sie offenkundig auch wenig befähigt, die notwendige Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsverantwortung für ihre Kinder eigenständig und ohne fremde Hilfe zu übernehmen. Hier wird Kinderschutz in einer fachlich angemessenen Form, wie er bis heute bundespolitisch kontrovers diskutiert wird, ein wichtiges Element sein.

(d) Hilfen auf dem Weg in die Elternschaft

Dass Eltern das grundgesetzlich verbrieftete Recht und die Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder haben, ist unbestritten – und das ist auch gut so. Dennoch heißt dies noch lange nicht, dass Eltern damit auch schon über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen, diesen Rechten und Pflichten angemessen nachzukommen. Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz ist das hierfür seit einigen Jahren immer wieder verwendete Schlagwort. Und das impliziert, junge Menschen ungleich gezielter als bisher auf die Rolle einer potenziellen Elternschaft vorzubereiten, heißt zugleich aber auch, jungen Familien von Anfang an Unterstützungsangebote mit Blick auf das Aufwachsen ihrer Kinder anzubieten.

Dabei geht es keineswegs nur um das eben angedeutete latente Erziehungsversagen von ein, zwei oder drei Prozent der Eltern; diese bedürfen zweifellos der besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung. Es geht zugleich vielmehr auch um die große Gruppe derjenigen, die zumindest eine eigene Erziehungsunsicherheit verspüren, die intuitiv merken, dass sich Erziehungsverantwortung in der heutigen Zeit nicht mehr auf eine angeborene oder von Müttern zu Töchtern tradierte Erziehungspraxis reduzieren lässt.

Auf diese veränderte Ausgangslage muss die Familienpolitik, muss die Kinder- und Jugendhilfe reagieren. Allein etwa der Umstand, dass Eltern heutzutage von einer Heerschar professionell-pädagogischer Fachkräfte, die inzwischen in die Millionen geht, geradezu umzingelt ist, dass wir inzwischen von einer „Pädagogisierung der Gesellschaft“ sprechen können, ist ein Indiz für die völlig veränderte Ausgangslage für junge Männer und Frauen. Wir müssen deshalb in Zukunft zwar nicht die Elternrolle professionalisieren, wir müssen aber ähnlich wie bei einem komplizierter gewordenen Straßenverkehr – an dem man auch nicht ohne gezielte Vorbereitung und Training teilnehmen kann – darüber nachdenken, wie wir jeden einzelnen Menschen befähigen, dieser Elternkompetenz angemessen gerecht zu werden.

Als bald werden wir in Deutschland eine sehr viel intensivere Debatte über derartige Fragen haben. Fragen von Erziehungskompetenz und Elternbildung werden zu einem Schlüsselthema der nächsten Jahre. Und meine Vermutung ist zudem, dass in dieser Sache vor allem die Kinder- und Jugendhilfe mit ihrem lebensweltlichen Zugang und Expertenwissen als Vermittler gefragt sein wird.

(4) Zukunft der Familie – Herausforderungen

Wie lässt sich in Anbetracht dessen die Zukunft der Familie ermöglichen? Oder anders gefragt: Wenn Familie Zukunft ist, wie sieht dann die Zukunft der Familie aus? Dazu einige wenige Hinweise.

Wenn man sich über die allgemeine Zielsetzung einer kohärenten und umfassenden Familienpolitik einig ist, so

- gehört dazu, jungen Menschen den Weg in eine verantwortungsvolle und kompetente Elternschaft zu ermöglichen, sie hierfür zu befähigen, ihnen in dieser Hinsicht Perspektiven aufzuzeigen und sie konkret bei der Realisierung ihrer Elternverantwortung zu unterstützen;
- gehören dazu materielle Unterstützungen für Kinder und ihre Familien, die möglichst bedarfsgerecht und zielgenau helfen;
- gehört dazu ein ausgebautes Netz haushaltsnaher Dienstleistungen und familienunterstützender Angebote;
- gehören dazu inzwischen selbstverständlich auch gute und gut ausgebaute familienergänzende Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote im

frühen Kindesalter wie im Schulalter, die Kinder mit einer höheren Chancen- und Befähigungsgerechtigkeit fördern und die es Eltern zugleich ermöglichen, trotz eigener Kinder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen;

- gehört dazu aber schließlich auch die Förderung zukunftsweisender Arbeitszeitmodelle im Erwerbsleben, die Eltern mehr Optionen eines kindgerechten Familienlebens eröffnen, die eine familiensensible Arbeitszeitpolitik als ein Element einer aufgeklärten Arbeitsmarkt- wie Familienpolitik und nicht als ein Privatanliegen einiger nervender Eltern betrachten – in dieser Hinsicht könnte im Übrigen die Wirtschaft einen ausgesprochen wichtigen Beitrag zur Zukunft der Familien leisten.

In wachsenden Kreisen gewinnt ein Denken langsam die Oberhand, in dem die Familie als eine Lebensform anerkannt wird, die man am ehesten dadurch stärkt, dass man ihre tatsächliche Lage pragmatisch zur Kenntnis nimmt, zugleich aber auch realisiert, dass ihre für ewig gehaltene Stabilität in einer hinreichend großen Zahl brüchig geworden ist und dass man sie daher vor allem durch den Auf- und Ausbau familienfreundlicher Infrastrukturangebote unterstützt. Zu lange hat Deutschland Familienpolitik als Ideologienpolitik betrieben, zu lange hat es – auch im internationalen Vergleich – zu einseitig auf die monetäre Unterstützung der Familien gesetzt, hat Familienpolitik zu sehr als Fiskalpolitik praktiziert, ohne die familienpolitischen Implikationen im engeren Sinne voranzutreiben, etwa in der alltagspraktischen Unterstützung durch den konsequenten Ausbau des Infrastrukturangebots, aber auch die Schaffung neuer Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien (Rauschenbach 2009).

Dabei hat in den letzten Jahren die Frage neuer und flächendeckender Organisationsformen an der Schnittstelle zwischen Kinderbetreuung, Elternberatung und Familienbildung sowie Familienhilfe an Bedeutung gewonnen, insbesondere unter Begriffen wie „Eltern-Kind-Zentren“ oder „Familienzentren“. Kerngedanke dieser weiterentwickelten Angebote ist die institutionelle Koppelung von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten für Kinder mit Qualifizierungs-, Bildungs- und Begegnungsangeboten für Eltern. Solche Zentren können damit zugleich zu Orten einer lebensweltlichen Öffentlichkeit für Familien mit kleinen Kindern werden, können jungen Familien ein ideelles wie reales Zentrum im Sozialraum außerhalb der eigenen vier Wände bieten. Und sie können gleichbetroffene Erwachsene darüber hinaus zusammenführen, sie gegebenenfalls aus ihrer haushaltsbezogenen Isolation

herausführen und dabei nebenbei auch noch zu einem Generalanbieter für familienbezogene Dienstleistungen werden.

In diesem Sinne wird eine zentrale Herausforderung sein, ob es Deutschland, ob es den Kommunen gelingt, im Sozialraum derartige neue Verstrebungen im Horizont lokaler Bildungslandschaften einzuziehen. Wenn wir Kinder umfassend fördern wollen, wenn wir Kindern aus benachteiligten Milieus eine ernsthafte Chance auf ein eigenes Leben ohne die Hypothek vererbter sozialer Schulden mit lebenslangen Folgen eröffnen wollen und wenn wir Familien eine Zukunft geben wollen, dann müssen wir diese Punkte einer zukunftstauglichen Familienpolitik in den Mittelpunkt stellen. Dann hat die Familie nicht nur eine Zukunft, sondern dann ist Familie auch Zukunft.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2008, Berlin 2008.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft, Gütersloh 2008.
- Büchner, P./Brake, A. (Hrsg.): Bildungsort Familie, Wiesbaden 2006.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2002.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule, Berlin 2005.

- Jurczyk, K./Oechsle, M. (Hrsg.): Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen, Münster 2007.
- Rauschenbach, Th.: Zukunftschance Bildung. Familie, Jugendhilfe und Schule in neuer Allianz, Weinheim und München 2009.
- Rauschenbach, Th./Pothmann, J./Wilk, A.: Armut, Migration, Alleinerziehend – HzE in prekären Lebenslagen. Neue Einsichten in die sozialen Zusammenhänge der Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe, in: KomDat Jugendhilfe, 2009, Heft 1, S. 9-11.
- Schilling, M./Fendrich, S./Pothmann, J./Wilk, A.: HzE Bericht 2007. Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen, Dortmund u.a. 2007 (www.akjstat.uni-dortmund.de >> Monitoring vom 15.10.2009).
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen: Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie. Schriftenreihe des BMFSFJ. Band 224, Stuttgart 2002.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München
Tel.: 089/62306-280
Fax: 089/62306-269
E-Mail: rauschenbach@dji.de
Homepage: www.dji.de



Klaus Peter Strohmeier

Familien stärken und unterstützen durch aktive Familienpolitik von Kommunen, (freien) Trägern und Vereinen

„Oberstadt“ und „Unterstadt“ – unterschiedliche Herausforderungen der örtlichen Familienpolitik

Im Folgenden soll die Zukunftsfähigkeit der Stadtgesellschaft (ihr „Humanvermögen“) fokussiert werden. Nur noch eine Minderheit der Haushalte in den Städten (ein Fünftel oder weniger) sind Familienhaushalte, die Kinder haben. Die Mehrheit der nachwachsenden Generation wächst inzwischen in den Armuts- und Problemvierteln in den großen Städten auf. Der Beitrag will Ansatzpunkte lokalpolitischen Handelns identifizieren, wobei die Kommunen nicht die einzigen sind, die etwas tun können und tun müssen, und er plädiert für eine integrierte und kleinräumige Dokumentation (Monitoring) der Entwicklung in den Kommunen, die sich nicht nur an Politik und Verwaltung, sondern in erster Linie an die Öffentlichkeit richtet.

1. Innerstädtische Differenzierungen – „Segregation“

In der soziologischen Stadtforschung wird zwischen drei Dimensionen der Ungleichverteilung der Wohnbevölkerung über die Teilräume einer Stadt unterschieden (residentielle Segregation; vgl. Abbildung 1):

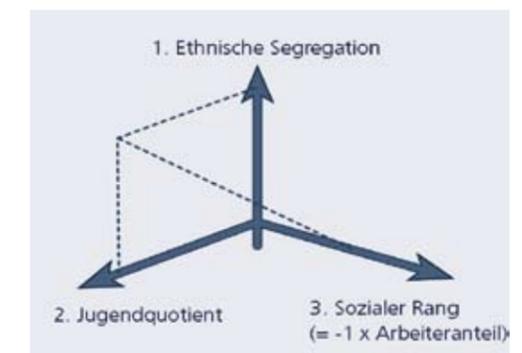
- soziale Segregation, d. h. kleinräumige Differenzierung nach Einkommen, Bildungsstatus oder beruflicher Stellung,
- demografische Segregation, d. h. kleinräumige Ungleichverteilung der Bevölkerung nach dem Alter sowie dem Haushaltstyp oder der Lebensphase, sowie
- ethnische Segregation und somit die kleinräumige Differenzierung nach Nationalität und ethnischer Zugehörigkeit.

Shevky/Williams (1949) und Shevky/Bell (1955) haben mit diesen Indikatoren die jeweils unterschiedlichen Verhaltensräume oder soziale Milieus und Subkulturen in den Städten identifizieren können.

Seit den 1970er-Jahren wurde in zahlreichen Studien gezeigt, dass die Muster der Segregation der Wohnbevölkerung in der Stadt in hohem Maße mit Disparitäten in der Versorgung innerhalb der sozialen

Infrastruktur einhergehen. Diese Dimensionen lassen sich in den meisten großen Städten (wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten) weltweit wiederfinden. Ältere Studien zeigen noch eine statistische Unabhängigkeit dieser drei Faktoren, mit denen sich soziale Ungleichheit räumlich abbilden lässt.

Abbildung 1:
Dimensionen residenteller Segregation



Quelle: Strohmeier 2006

Jeder Stadtteil einer Stadt lässt sich eindeutig in einem durch diese drei Dimensionen aufgespannten Merkmalsraum identifizieren und über die Zeit beobachten. Tatsächlich wird in den deutschen Städten heute eine zunehmende Korrelation ethnischer, demografischer und sozialer Segregation beobachtet: In den ärmsten Stadtteilen leben die meisten Einwanderer, und dort wachsen auch die meisten Kinder in den Städten auf.

2. Segregation als Ergebnis individueller Wohnstandortentscheidungen

Segregation ist in erster Linie das (ungeplante) Ergebnis individueller Wohnstandortentscheidungen von Haushalten. Primärer Verteilungsmechanismus ist der Wohnungsmarkt (das Verhältnis Miete/Einkommen und die Diskriminierung bestimmter Nachfragergruppen). Sekundärer Mechanismus ist „symbolische Ortsbezogenheit“. Menschen neigen dazu in der Nachbarschaft von „ihresgleichen“ zu wohnen. Allgemein wirken subjektive z. B. lebensphasenspezifisch bedingte Präfe-

Familien stärken und unterstützen durch ...

renzen und Wohnwünsche, die allerdings immer von den „objektiven“ Beschränkungen und Gelegenheiten gerahmt werden. Ein dritter Mechanismus, der häufig übersehen wird, bezieht sich darauf, dass Segregation auch durch Wohnungspolitik und Verwaltungshandeln erzeugt wird. Der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik ist eine ausgesprochen segregationsfördernde Maßnahme gewesen (Lersch 2009). Segregation wird durch selektive Wanderungen (Zu- und Fortzüge) verstärkt. Auch die aufgestiegenen Migranten verlassen mittlerweile arme und ethnisch segregierte Quartiere.

In Ballungsräumen entstehen großstadttypische Sozialraumprofile mit einer Tendenz der Kumulation und Verfestigung sozialer Probleme in segregierten Problemstadtteilen mit hoher Fluktuation. Diese Problemzonen der Städte überschreiten häufig die Stadtgrenzen. Im Ruhrgebiet setzt sich der Essener Norden in Gelsenkirchen fort, der Bochumer Norden in Herne. Entlang der sozialräumlichen Differenzierungen gibt es eine zunehmende Disparität von Lebenslagen und Lebensformen der Haushalte und der Familien, insbesondere von Lebenschancen der nachwachsenden Generation.

Die Unterschiede der Lebensformen (Familien- und Haushaltstypen) in den Stadtteilen in einer einzigen großen Stadt im Vergleich sind in der Regel größer als die Differenzen beim Vergleich der Stadtteile eines ganzen Bundeslands. In der Mittelstadt Castrop-Rauxel sind die Unterschiede zwischen den Stadtteilen hinsichtlich des Bildungsniveaus und Einkommens der Familien fast genauso groß wie die Differenzen zwischen allen Städten des Landes NRW. Während die Disparitäten in den Städten, vor allem die soziale und die demografische Segregation, rasch zunehmen, nimmt die ethnische Segregation nicht ab. Bei einzelnen Ethnien, vor allem bei der türkischstämmigen Bevölkerung, nimmt sie vielmehr in der Tendenz zu (ILS/ZEFIR 2006).

3. „Demografie konkret – soziale Segregation in deutschen Großstädten“

Im Rahmen einer Studie mit dem Titel „Demografie konkret – soziale Segregation in deutschen Großstädten“ im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2008 (Bertelsmann Stiftung 2008) zu Analysen zur Stadtentwicklung und Segregation hat das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung der Ruhr-Universität-Bochum (ZEFIR) insgesamt 65 deutsche Städte mit allgemeinen Entwicklungsindikatoren (Bevölkerungs-

entwicklung, Wirtschaftsdynamik, Arbeitsmarkt) zu Typen ähnlicher Strukturen und ähnlicher Entwicklungen zusammengefasst. Im ersten Schritt sind insgesamt 2.788 Stadtteile für die Segregationsanalyse auch unter Berücksichtigung der Strukturen der ethnischen und demografischen Segregation verglichen worden (Indikatoren zur sozialen Segregation sind für vergleichende Analysen kaum verfügbar).

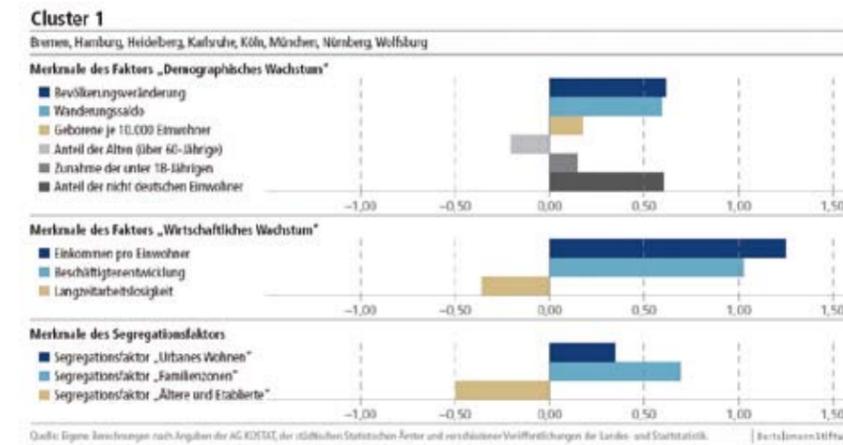
Im zweiten Schritt ging es dann darum, für ausgewählte, typische Städte eine Dokumentation „guter Praxis“ lokaler Politik für Familien und Kinder sowie lokaler Integrationspolitik vorzunehmen. Unser Fokus lag dabei bei der Recherche und der Dokumentation von Projekten mit Sozialraumbezug.

Zwar sind zweifelsohne die regionalen Disparitäten, die interkommunalen Unterschiede groß, doch nicht jede Stadt ist anders. Die Vielfalt der Städte in Deutschland wird nach den Analysen des ZEFIRs in die folgenden acht Typen „Cluster“ sortiert:

1. Prosperierende Metropolen in Westdeutschland mit mittlerer Segregation (z. B. München)
2. Wachstumspole in Westdeutschland mit hoher Segregation (z. B. Ulm)
3. Natürlich wachsende, wirtschaftlich konsolidierte Städte mit geringer Segregation (z. B. Stuttgart)
4. Moderat schrumpfende Städte mit hoher Segregation (z. B. Berlin)
5. Wachsende Städte in Ostdeutschland mit zunehmender Segregation (z. B. Leipzig)
6. Schrumpfende homogene Städte in Westdeutschland mit Tendenz zur Überalterung (z. B. Wuppertal)
7. Homogen arme Städte mit Arbeitsmarktproblemen (z. B. Gelsenkirchen, Dortmund)
8. Stark schrumpfende und stagnierende Städte in Ostdeutschland mit zunehmender Segregation (z. B. Magdeburg).

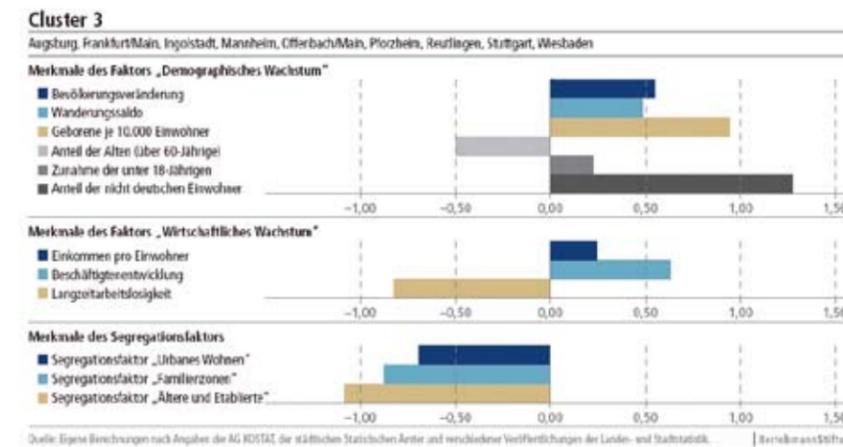
Auf die Merkmalsprofile drei ausgewählter Cluster soll im Folgenden näher eingegangen werden. Das sind im Einzelnen das Cluster 1 „Prosperierende Metropolen in Westdeutschland mit mittlerer Segregation“ (Abbildung 2), das Cluster 3 „natürlich wachsende, wirtschaftlich konsolidierte Städte mit geringer Segregation“ (Abbildung 3) sowie das Cluster 7 „homogen arme Städte mit Arbeitsmarktproblemen“ (Abbildung 4).

Abbildung 2: Prosperierende Metropolen in Westdeutschland mit mittlerer Segregation



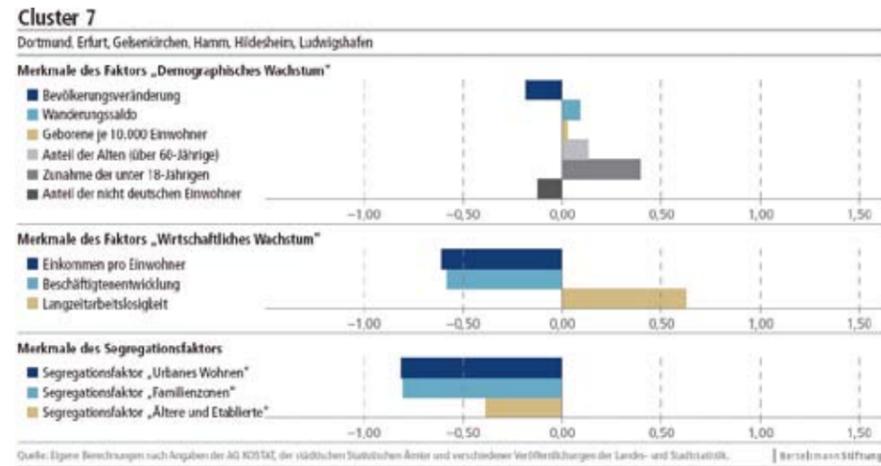
Die Städte im ersten Cluster weisen eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Dynamik bei wanderungsbedingtem Bevölkerungswachstum, eine geringe Arbeitslosigkeit und eine überdurchschnittliche Segregation in den Faktoren „Urbanes Wohnen“ (das entspricht in etwa der ethnischen Segregation) und „Familienzonen“ (das entspricht der demografischen Segregation) auf.

Abbildung 3: Natürlich wachsende, wirtschaftlich konsolidierte Städte mit geringer Segregation



Bei den Städten in diesem dritten Cluster lässt sich ebenfalls eine positive demografische und wirtschaftliche Entwicklung finden; charakteristisch für sie ist allerdings eine im Vergleich mit den anderen Städten unterdurchschnittliche Segregation, das heißt eine relativ hohe soziale Mischung innerhalb ihrer Stadtteile.

Abbildung 4: Homogen arme Städte mit Arbeitsmarktproblemen



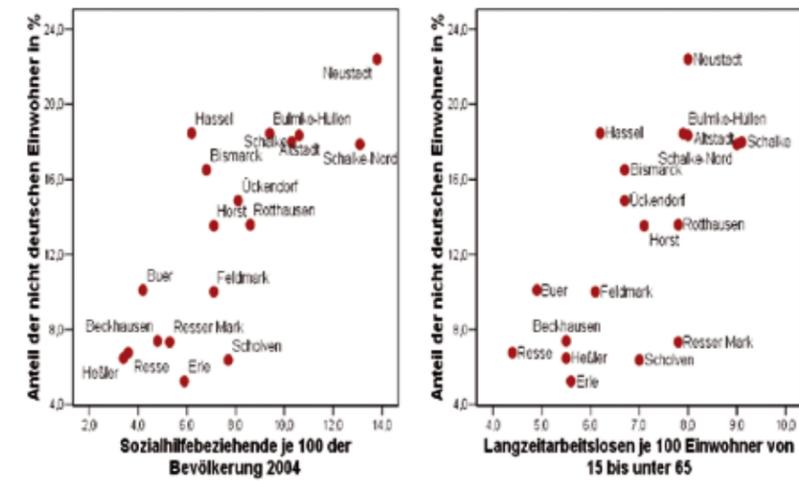
Das siebte Cluster fasst im Unterschied dazu Städte mit einer geringen demografischen und einer unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Dynamik, mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen und mit unterdurchschnittlicher Segregation zusammen. Im Vergleich aller großen Städte in der Bundesrepublik sind das die „homogen armen Städte mit Arbeitsmarktproblemen“.

4. Strukturen und Folgen sozialräumlicher Segregation

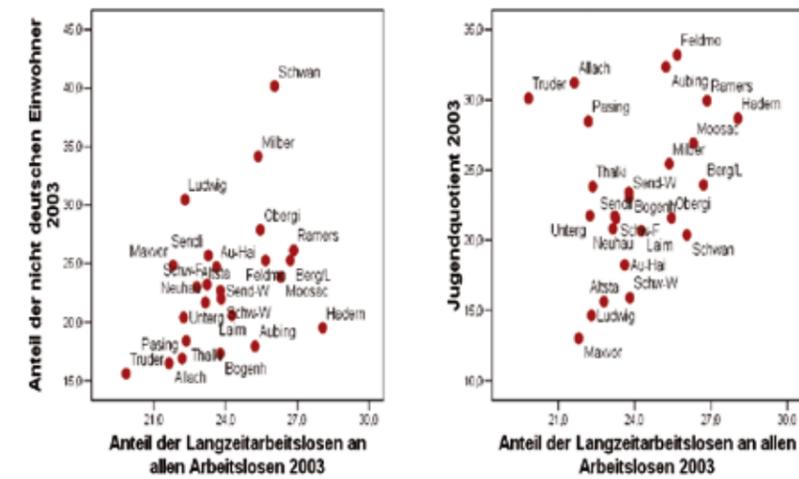
Die „Erfinder“ der Sozialraumanalyse nutzten Segregationsindikatoren, um unterschiedliche soziale Milieus in den Städten identifizieren zu können. Zudem korreliert Segregation mit Infrastrukturdisparitäten. Die Strukturen residentieller Segregation in den wachsenden und in den schrumpfenden Städten sind einander recht ähnlich. Das folgende Diagramm zeigt das Muster ethnischer, demografischer und sozialer Segregation im wachsenden München und im schrumpfenden Gelsenkirchen (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Soziale demografische und ethnische Segregation in Gelsenkirchen und München

Gelsenkirchen



München



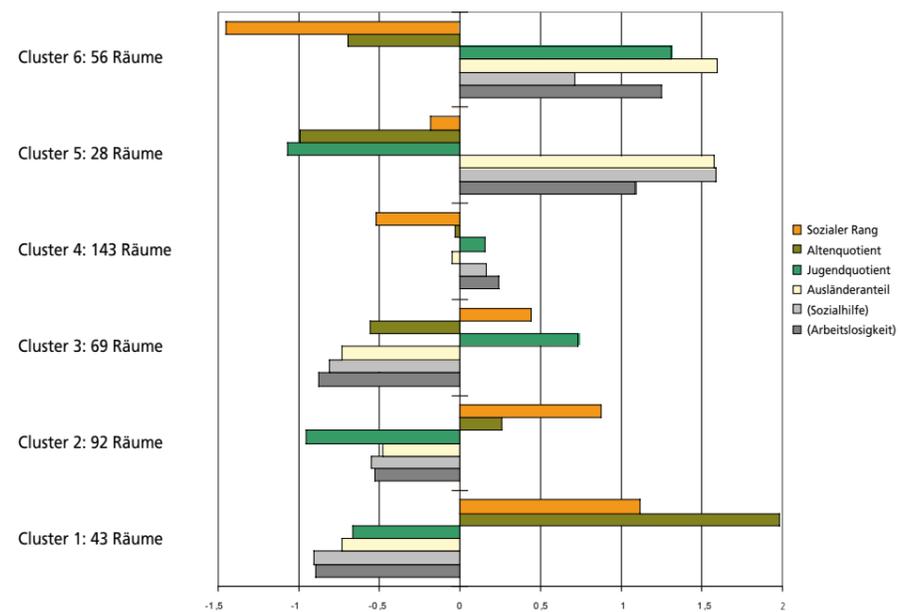
Quelle: ZEFIR

Die Strukturen in beiden Städten sind ähnlich, Unterschiede gibt es nur in quantitativer Hinsicht. Während in Gelsenkirchen beinahe zwei Drittel der Kinder in den benachteiligten Stadtteilen der „Unterstadt“ (gebraucht wird hier eine Metapher des Liedermachers Franz-Josef Degenhardt) aufwachsen, sind es in München „nur“ etwa vierzig Prozent.

4.1 Segregation und Bildungschancen

Seit Mitte der 1990er-Jahre beobachtet das ZEFIR die sozialräumlichen Strukturen in den Stadtteilen der kreisfreien Städte und in den kreisangehörigen Gemeinden des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet ist mit beinahe fünfzehn Millionen Einwohnern Deutschlands größte Großstadt. Fasst man alle ca. 470 Stadtteile und kreisangehörigen Gemeinden der Region zusammen und klassifiziert sie (mit den wenigen dafür verfügbaren statistischen Indikatoren), so erhält man das in Abbildung 6 dargestellte Bild von Sozialraumtypen.

Abbildung 6: Innerstädtische Disparitäten: statistische Bezirke und kreisangehörige Gemeinden des Ruhrgebiets sozialräumlich klassifiziert



Quelle: ZEFIR

Die senkrechte Nulllinie in der Mitte markiert den Durchschnitt aller Stadtteile. Das Cluster sechs (oben) beschreibt Sozialräume mit einem niedrigen sozialen Rang (arme Viertel) und einem unterdurchschnittlichen Altenquotienten auf der einen Seite sowie einem überdurchschnittlichen Jugendquotienten (junge Stadtteile), einem überdurchschnittlichen Ausländeranteil, einer überdurchschnittlichen Sozialhilfedichte und einer hohen Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Das ist der typische Stadtteil „mit besonderem Entwicklungsbedarf“.

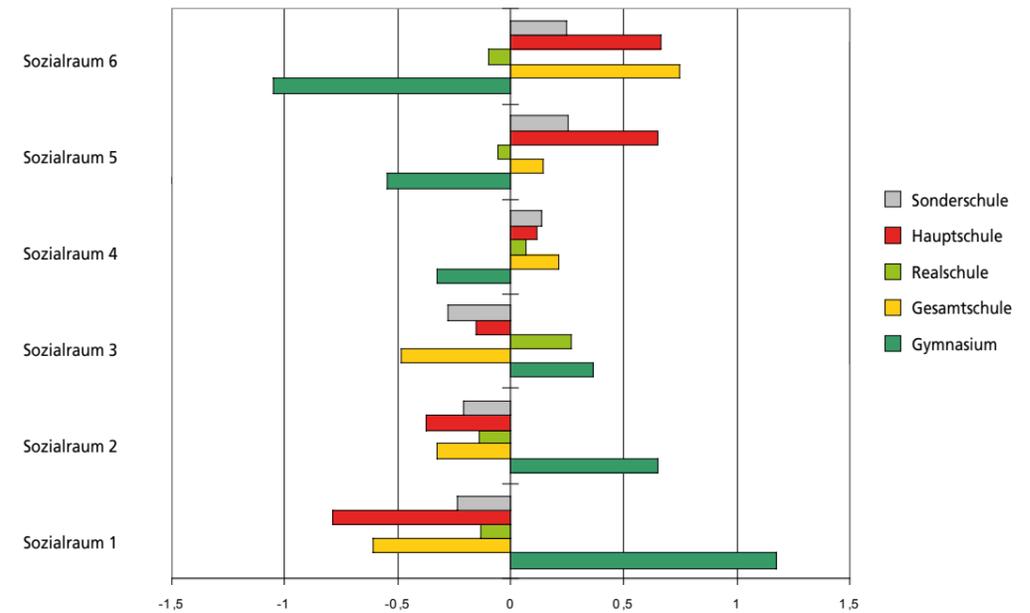
Im Cluster eins finden wir das andere Ende der sozialen Rangskala abgebildet, das durch einen deutlich überdurchschnittlichen sozialen Rang, also Mittelschicht- und Oberschichtprägung, einen weit überdurchschnittlichen Altenquotient und geringen Jugendquotient, also Wohngebiete der sozial etablierten Alten mit niedrigen Ausländeranteilen. Auch die Armutsindikatoren weisen eine sehr unterdurchschnittliche Ausprägung auf. In den Städten sind dies die Viertel der Besitz- und Bildungsbürger/-innen, in denen Kinder kaum mehr vorkommen und wo nur wenige Migranten/-innen leben.

Die Stadtteile dazwischen markieren schrittweise Übergänge zwischen diesen beiden extremen Quartierstypen (vgl. Abbildung 6).

Im nächsten Schritt sollen mit Hilfe der Schulstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen, mit welcher alle Schulen über ihre Adressen den Stadtteilen (und damit Sozialraumtypen) zugeordnet werden können, die Übergänge von den Grundschulen in den unterschiedlichen Sozialraumtypen auf die weiterführenden Schulen dargestellt werden.

Das Muster der folgenden Abbildung 7 ist eindeutig: Die Lage der Grundschule, die trotz Freigabe der Schulbezirksgrenzen in NRW eine Nachbarschaftsschule ist, determiniert anschaulich, auf welche weiterführende Schule die Kinder nach dem vierten Schuljahr gehen.

Abbildung 7: Übergangsquoten auf weiterführende Schulen in den Sozialräumen

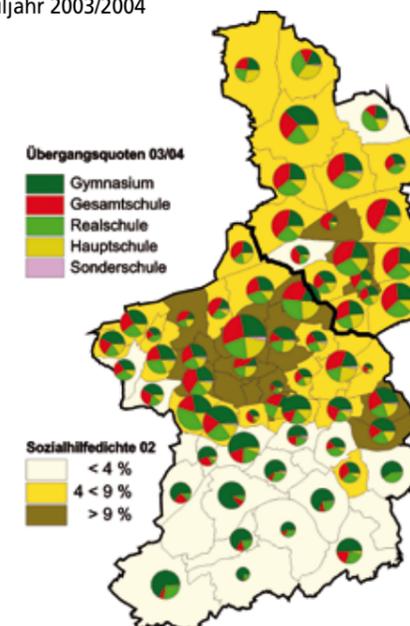


Quelle: ZEFIR

Auch hier ist der Durchschnitt die senkrechte Linie in der Mitte. Die grüne waagerechte Säule markiert die Übergänge zum Gymnasium. Die Quoten sind weit unterdurchschnittlich im Sozialraumtyp sechs und weit überdurchschnittlich im Typ eins. Entsprechend spiegelsymmetrisch verteilen sich die Übergänge auf die anderen Schulformen bis hin zur Sonderschule.

Das räumliche Muster, übertragen auf die Stadtteile der Städte Gelsenkirchen und Essen, zeigt die Karte mit den Übergangsquoten des Schuljahres 2003/2004 in Abbildung 8:

Abbildung 8: Übergänge auf weiterführende Schulen in den Stadtteilen in Gelsenkirchen und Essen im Schuljahr 2003/2004



Quelle: ZEFIR

Die Stadtteile wurden zusätzlich mit den Sozialhilfedichten farblich unterlegt. In den recht wohlhabenden Stadtteilen im Essener Süden gehen von den nur wenigen Kindern die meisten (bis zu 80 Prozent) zum Gymnasium. In den ärmeren Stadtteilen im Essener Norden und in Gelsenkirchen, einer Art fiktiven Doppelstadt, leben die weitaus meisten Kinder, aber nur eine Minderheit (Minimum 14 Prozent) besucht das Gymnasium, viele dagegen die Hauptschule und die Gesamtschule. Die Schulabschlüsse in beiden Städten (vor allem der Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Abschluss) verteilen sich entsprechend.

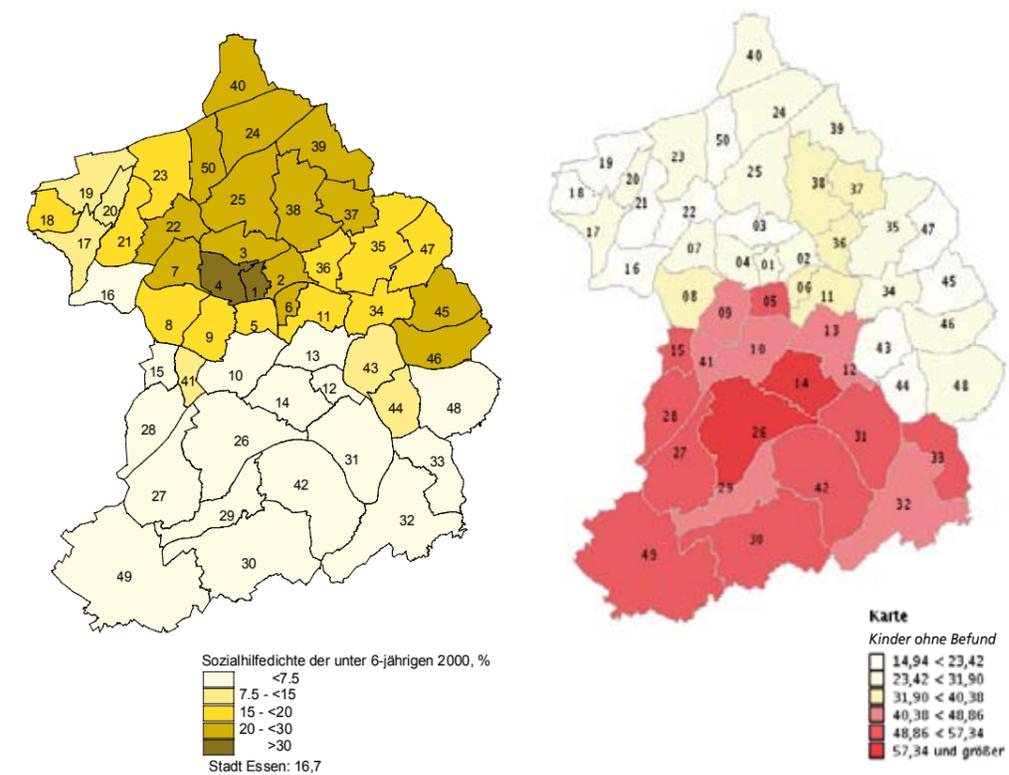
4.2 Segregation und die Gesundheit der Kinder in der Stadt

Die Zusammenhänge zwischen der sozialen Lage von Kindern und ihrem Gesundheitszustand sind in der Forschung und der Gesundheitsberichterstattung mittlerweile gut dokumentiert. In einem Projekt, das das ZEFIR zusammen mit dem Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW zur Verbesserung der kommunalen Gesundheitsberichterstattung über Kinder durchgeführt haben, wurde die Schuleingangsuntersuchung als eine bisher „unterausgewertete“ Quelle systematisch genutzt (Amonn et al. 2008). Tatsächlich ist die Schuleingangsuntersuchung die erste für alle verpflichtende, flächendeckend vorhandene und mittlerweile weitgehend vergleichbare

Messung des Gesundheitszustandes der Kinder. Der Erhebungsbogen nach dem „Bielefelder Modell“ des Landesinstituts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (LÖGD NRW) enthält überdies Sozialdaten über die Familien der Kinder und Angaben über die besuchten Tageseinrichtungen für Kinder und die Grundschule.

Die Auswertung der Daten für die Stadt Essen hat zunächst überraschend gezeigt, dass im Stadtgebiet jeweils ein gutes Drittel der Kinder mit deutschen Eltern und ein Drittel der Kinder mit nichtdeutschen Eltern vom Schularzt „ohne Befund“ begutachtet worden waren. Deutliche Differenzen ergaben sich erst, wenn zum Migrationshintergrund andere Kriterien hinzukamen. Besonders stark war die Variation der Befunde über die Stadtteile. Allein mit Stadtteilvariablen, die die sozialräumlichen Kontexte beschrieben, in denen die Kinder aufgewachsen sind, können mit einer Trefferquote von etwa 70 Prozent bestimmte Krankheitsbilder, etwa Defizite in der Sprachkompetenz oder lückenhafte Vorsorgeuntersuchungen individuell vorhergesagt werden (Amonn et al. 2008). Das kleinräumige Verteilungsmuster der „gesunden“ Kinder über die Stadt verteilt ist auf den ersten Blick das Spiegelbild der Sozialhilfedichten. Je mehr Kinder unter sechs Jahren im Stadtteil Sozialhilfe beziehen, umso mehr Kinder haben bei der Einschulungsuntersuchung problematische Befunde im Hinblick auf die Gesundheit (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Sozialhilfedichten der unter 6-Jährigen insgesamt und der Kinder, die in der Schuleingangsuntersuchung 2002 „ohne Befund“ waren, in den Stadtteilen in Essen



© Ruhr-Universität Bochum - ZEFIR. Datenquelle: Stadt Essen

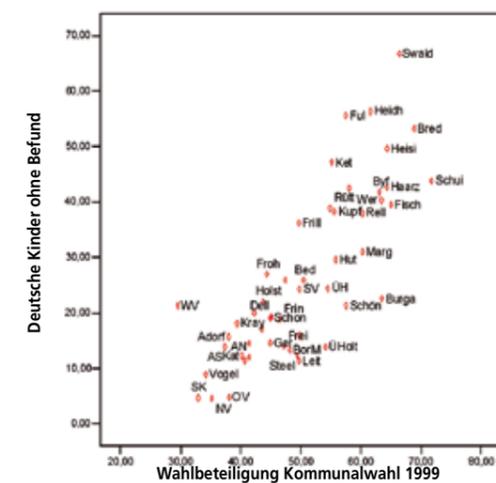
Quelle: Stadt Essen, Schuleingangsuntersuchungen 2002

Anm.: Die Stadtteile in Essen sind nummeriert. Aus Platzgründen werden hier nur die Nummern und nicht die Namen der Stadtteile angezeigt.

Quelle: ZEFIR

Dennoch ist Armut nicht in erster Linie eine Erklärung für „schlechte Gesundheit“. Weitere statistische Prädiktoren (noch vor der Sozialhilfedichte bzw. der SGB-II-Quote, die viele Kommunen nicht kleinräumig ausweisen) sind die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl und die Fluktuationsrate (Zuzüge plus Fortzüge/Bestand), also allgemein verfügbare statistische Maßzahlen in Kommunen.

Abbildung 10: Gesundheit und Soziales Milieu im Stadtteil (Stadt Essen, Anteile in Prozent)



Quelle: ZEFIR

Die Grafik (Abbildung 10) zeigt den Zusammenhang zwischen dem Anteil deutscher Kinder „ohne Befund“ und der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1999. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung für die Gesamtstadt lag damals bei 50 Prozent. Diese Verteilung bedeutet natürlich nicht, dass Wählen gesund für Kinder ist, sondern sie zeigt, dass es Stadtteile gibt, in denen eine gestaltungspessimistische, resignative apathische Grundhaltung der Erwachsenen in erheblichen Entwicklungsdefiziten der Kinder in den Familien ihren Widerhall findet, und dass es gestaltungsoptimistische „bürgerliche“ Milieus in der Stadt gibt, in denen die Kinder erheblich bessere Startchancen haben.

In diesen bürgerlichen Milieus im Süden wächst heute nur noch eine Minderheit des Nachwuchses der Stadtgesellschaft auf. In den Vierteln links unten in Abbildung 10, die alle im Zentrum und im Norden der Stadt liegen, finden wir nicht nur Apathie und Resignation, sondern auch eine erhebliche Fluktuation der Wohnbevölkerung, die instabile soziale Verhältnisse anzeigt. Im Stadtteil „SK“ beispielsweise beträgt die Fluktuationsrate pro Jahr mehr als 50 Prozent, in den daneben liegenden Stadtteilen mehr als 30 Prozent.

5. Was tun? Örtliche Familienpolitik ist Integrationspolitik

Gegenwärtig führen wir in Deutschland eine „Integrationsdebatte“, d. h. wir reden über „Ausländer“ und darüber, was getan werden muss, damit sie sich „integrieren“, gemeint ist wohl „assimilieren“. Gleichzeitig gibt es (erst neuerdings) eine Aufwertung von „Familienpolitik“, denn „Deutschland braucht mehr Kinder“, und Debatten darüber, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, um im Bild zu bleiben, eine Politik, die in erster Linie der „Oberstadt“ hilft.

Integrationsdiskurse und Familienpolitikdiskurse gilt es zusammenzuführen. In vielen großen Städten hat heute schon die Mehrheit der Kinder unter 15 Jahren einen „Migrationshintergrund“, d. h. sie oder ihre Eltern sind im Ausland geboren. In wenigen Jahren wird die Mehrheit der jungen Erwachsenen in den Städten einen solchen „Migrationshintergrund“ haben. Sie werden allerdings unter Bedingungen erheblich eingeschränkter Lebenschancen, reduzierter Bildungschancen und schlechterer Gesundheit als die Minderheit der „Deutschen“ gleichen Alters erwachsen geworden sein.

Der fünfte Familienbericht der Bundesregierung (BMFS-FJ 1995) hat (weitgehend ungehört) seinerzeit die Botenschaft von der Gefährdung des „Humanvermögens“ durch den „demografischen Wandel“ formuliert. Jede Gesellschaft braucht, um bestehen zu können, eine nachwachsende Generation, die in hinreichendem Maße mit elementaren sozialen Kompetenzen und Motiven ausgestattet ist, um diese Gesellschaft fortzusetzen: Gesundheit, Solidarität, Empathie, Partizipationsbereitschaft, Neugier und Freude am Lernen. Die Kinder, die im Norden der zuvor beschriebenen Städte aufwachsen (in den Ruhrgebietsstädten ist es der Norden, der benachteiligt ist, in anderen Städten können es andere Himmelsrichtungen sein), bedürfen zusätzlicher Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um diese Kompetenzen erwerben zu können, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von ihnen als Erwachsene erwarten.

Dabei geht es nicht darum, armen Kindern und armen Familien zu „helfen“. Es geht um Investitionen in eine nachwachsende Generation, die im demografischen Wandel der letzten Jahrzehnte deutlich geschrumpft ist. Die Herausforderung der Stadtgesellschaft (nicht nur der politischen Gemeinden) ist die „Integration“ aller Mitglieder der nachwachsenden Generation (nebenbei ist das auch ein Auftrag unserer Verfassung). Integration bedeutet, jedem Kind, jedem Jugendlichen ungeachtet seiner sozialen, ethnischen und regionalen Herkunft, ungeachtet seiner Adresse in der Stadt, die Chance auf Zugang zu sozialen Positionen in der Gesellschaft zu geben.

Die vorgestellten Forschungsergebnisse zeigen, dass eine Politik zur Sicherung des Humanvermögens der Stadtgesellschaft künftig erfordern wird, Ungleiches ungleich zu behandeln. Für die Konzentration gesundheitspräventiver Aktivitäten und Programme des öffentlichen Gesundheitsdienstes und anderer Träger in den benachteiligten Stadtteilen oder für Bildungsoffensiven in diesen Vierteln ist ein breiter öffentlicher Konsens nötig.

Aber nicht nur Transparenz ist wichtig. Für ein Kind in einer durchschnittlichen deutschen Gemeinde oder eine Familie sind leicht fünf verschiedene Ämter zuständig. Es wird also darum gehen, Zuständigkeiten zu schaffen oder vorhandene Zuständigkeiten effektiv zu bündeln.

In vielen Städten gibt es mittlerweile Lokale Bündnisse für Familien, für Erziehung oder für Integration. In den meisten davon, so mein Eindruck, geht es vor allem

darum, neue Themen wirksam zu platzieren, während es wenige Kompetenzen und kaum Ressourcen für ihre Arbeit gibt. Tatsächlich sind die Kommunen mit einer integrierten Querschnittspolitik, die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in benachteiligten und benachteiligenden Sozialräumen herstellen will, allein hoffnungslos überfordert. Hier bedarf es breiter Akteurskonstellationen, indem die Kooperation mit Unternehmen und Schulen, aber auch der Wohnungswirtschaft gefördert wird, denn Fluktuation und soziale Instabilität in benachteiligten Wohnquartieren, die die Ursache vieler Übel sind, sind eine direkte Wirkung auf die Qualität von Wohnungen und Wohnumfeld. Eine Voraussetzung dafür, dass solche Koalitionen nachhaltig und effektiv arbeiten können, ist es sie auch arbeiten zu lassen. Kommunen können dabei Initiatoren, Motivatoren und Moderatoren sein.

In vielen Städten in der Bundesrepublik gibt es mittlerweile erfolgreiche Erfahrungen mit integrierten Handlungskonzepten mit hoher Beteiligungsqualität, etwa im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ oder des „Stadtumbau West“. Erfolgreiche Projekte in den Städten werden angenommen und sie bestehen fort, auch wenn die Stadtteile bereits aus der Förderung herausgewachsen sind. Die Erfahrungen aus erfolgreichen und aus gescheiterten Projekten (bis jetzt habe ich jedoch von keinem Stadtteilprojekt gehört, das gescheitert ist) gilt es auszuwerten und flächendeckend zu übertragen. Diese Vorgehensweise erfordert eine neue Art von Diskursen über die Qualität von Projekten.

Die Recherchen von Beispielen guter Praxis in der oben beschriebenen Studie über soziale Segregation in den großen Städten im Auftrag der Bertelsmann Stiftung haben eines zweifelsfrei erwiesen: Der Unterschied zwischen den Städten, die eine gute kommunale Familien- und Integrationspolitik ausüben, und den anderen ist nicht das Geld.

Die Stadt Gelsenkirchen, die in den letzten Jahren in den Medien als eine der ärmsten Städte in Westdeutschland stigmatisiert worden ist, und die Stadt Ulm, die wirtschaftlich eher auf der Sonnenseite zu finden sein dürfte, unterscheiden sich nicht in der Qualität ihrer örtlichen Politik für Familien, Kinder und Migranten/-innen. Es gibt Unterschiede zwischen den Städten in Deutschland, aber die Unterscheidungslinie verläuft eher zwischen denen, die sich bewegen, und denen, die nichts oder wenig tun. In der Tendenz

finden Segregation und ihre Folgen bis heute mehr politische Aufmerksamkeit in den schrumpfenden Städten als in den wachsenden Städten. Es gibt sie allerdings überall, im schrumpfenden Ruhrgebiet und im wachsenden München.

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier
Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR), Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Sozialwissenschaft,
LOTA 38, 44780 Bochum
Tel.: 0234/322-3706
Fax: 0234/321-4112
E-Mail: peter.strohmeier@rub.de
Homepage: www.ruhr-uni-bochum.de/zefir

Literatur

- Amonn, J./Kersting, V./Strohmeier, K.P.: Schritte zu einer kleinräumigen Gesundheitsberichterstattung für Nordrhein-Westfalen. Anregungen für die kommunale Praxis am Beispiel Kinder- und Jugendgesundheits. Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit, Düsseldorf 2008. (www.praeventionskonzept.nrw.de/fileadmin/Dokumente/0_Allgemein/Planungshilfe_kleinr._GBE.pdf, vom 21.11.2009)
- Bertelsmann Stiftung: Segregation in den großen Städten. Demografie konkret, Gütersloh 2008.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht, Bonn 1995.
- [ILS/ZEFIR] Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung/Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung: „Sozialraumanalyse. Soziale ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. ILS-NRW-Schriften Bd. 201, Dortmund 2006.
- Lersch, Ph.: Öffentlicher Wohnungsbau und residentielle Segregation – Räumliche Strukturen der Wohnortwahl im internationalen Vergleich. Diplomarbeit an der Fakultät für Sozialwissenschaft Bochum 2009.
- Shevky, E./Bell, W.: Social Area Analysis, Westport 1955.
- Shevky, E./Williams, M.: The Social Areas of Los Angeles, Berkeley/Los Angeles 1949.
- Strohmeier, K.P.: Segregation in den Städten. Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Migration und Integration, Bonn 2006.

Familien stärken und unterstützen durch freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement¹

1. Vorbemerkung

- Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Kindererziehung und Familie hat in (West-) Deutschland bereits eine lange Tradition (Kindergartenbewegung, Eltern-Kind-Gruppen, Mütterzentren).
- Familienleben sowie Kinderbetreuung/-erziehung galten allerdings als „Privatsache“.
- inzwischen breiter gesellschaftlicher Konsens, dass der Staat geeignete Rahmenbedingungen für ein gelingendes Familien- und Kinderleben bereitstellen soll (öffentliche Verantwortung für Familien und das Aufwachsen von Kindern)
- wachsende Einsicht, dass es ergänzend zum Staat der Akteure und Ressourcen der Zivilgesellschaft bedarf, um familienfreundliche Bedingungen zu schaffen
- Akteure der Zivilgesellschaft: engagierte Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Vereine, Verbände, (Bürger-) Stiftungen, weitere gemeinnützige Organisationen

2. Neue Familienformen – neue Potentiale, neue Unterstützungsbedarfe

- Gesellschaftliche Veränderungen – neue Familienformen – neue Potentiale und Bedarfe
- Pluralisierung von Familienformen:
 - klassische Ernährer-Ehemann-Familie verliert an Bedeutung
 - Zunahme des Anteils von Alleinerziehenden, nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern, Patchwork-Familien
 - steigende Erwerbsbeteiligung von Müttern
 - Längere Lebenserwartung eröffnet neue Chancen für ein Zusammenleben verschiedener Generationen.

- steigende Erwartungen und Ansprüche an die Qualität der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern

- Veränderte Arbeitswelt:
 - Zunahme atypischer Beschäftigungsformen (Teilzeit- und Minijobs)
 - Flexibilisierung von Arbeitszeiten (Ausweitung von Schicht, Nacht- und Wochenendarbeit sowie Vertrauensarbeitszeit)
 - Flexibilisierung des Arbeitsortes (Teleheimarbeit, wachsende Mobilität, Außendienstarbeit etc.)

- Familie entwickelt sich von einer selbstverständlich gegebenen Ressource zu einer voraussetzungs-vollen Herstellungsleistung von Frauen, Männern und Kindern:
 - Organisation von gemeinsamen Präsenzzeiten
 - Gewährleistung von Sorgeleistungen für Kinder und ältere Menschen
 - Abstimmung der familialen Zeitlogik mit der Zeitlogik der Arbeitswelt und gesellschaftlicher Institutionen

3. Freiwilliges bzw. bürgerschaftliches Engagement als Ressource für Familien

- wachsende Bedeutung des Staates (Bund, Länder, Kommunen) für die Bereitstellung einer familienbezogenen Infrastruktur – wäre allerdings allein überfordert
- Auch die Unternehmen müssen zunehmend Verantwortung für gelingendes Familienleben übernehmen.
- Es bedarf daher der Beiträge anderer Akteure und Institutionen, wie Wirtschaft und Zivilgesellschaft/ bürgerschaftliches Engagement.
- Bürgerschaftliches Engagement kann Staat nicht ersetzen, aber flankierend wichtige Beiträge zur Unterstützung von Familien leisten.

Konkrete Formen familienbezogenen Engagements

- Engagement durch Einzelpersonen:
 - Familienpaten (Unterstützungsangebote für sozial belastete Familien)
 - Stadtteilmütter (Frauen aus Zuwandererfamilien unterstützen Mütter aus der selben Community bei der Sprachentwicklung ihrer Kinder)
 - Mentoren-Projekte (erfahrene Erwachsene helfen Jugendlichen beim Berufseinstieg)
 - generationenübergreifende Projekte (Jung hilft Alt, Alt hilft Jung)
 - Leih-Oma/Opa-Service (Betreuung und Unterstützung von Familien durch aktive Senioren)
- Organisierte Formen des Engagements:
 - Eltern-Kind-Initiativen
 - Mütterzentren
 - Nachbarschaftszentren, lokale Bürgerzentren
- neue Formen familienbezogener sozialer Dienste (bereichs- und zielgruppenübergreifend, Öffnung gegenüber dem Gemeinwesen, Kooperation von bürgerschaftlich Engagierten und Hauptamtlichen):
 - Mehrgenerationenhäuser
 - Familienzentren
- neue politische Strategien unter Einbezug der Zivilgesellschaft:
 - lokale Bündnisse für Familie

4. Familien als „Ermöglicher“ bürgerschaftlichen Engagements

- Familien haben nicht nur einen „Bedarf“ an bürgerschaftlichem Engagement, sondern sie sind selbst eine „Ressource“ für bürgerschaftliches Engagement:
 - Das Zusammenleben mit Kindern steigert die Engagementquote.
 - Kinder sind häufig Anlass für Engagement von Eltern.
 - Der Bereich „Kindergarten und Schule“ gehört zu den großen Engagementbereichen mit Wachstumstendenz.
- Geschlechtsspezifische Formen der Arbeitsteilung behindern die Beteiligung von Müttern am Engagement.
- Erwerbstätigkeit von Müttern reduziert die Engagementbeteiligung nicht generell:

- Zugang zu außerhäuslicher Kinderbetreuung und Beteiligung von Vätern an Erziehungsarbeit wirken sich positiv auf Engagement von Müttern aus.

5. Welche Unterstützung braucht das familienbezogene bürgerschaftliche Engagement?

- Engagement als Ressource für Familien bedarf geeigneter Rahmenbedingungen:
 - engagementfördernde Infrastruktur sichern und ausbauen (Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Anlaufstellen, Bürgerstiftungen, etc.)
 - engagementfördernde Zeitpolitik (Rush hour of life entzerren, Vereinbarkeit ermöglichen, Generationensolidarität stärken)
 - finanzielle Ressourcen für lokale Initiativen, Vereine und Projekte trotz knapper Haushaltsmittel bereitstellen
 - Vernetzung unterschiedlicher Akteure auf lokaler Ebene fördern
 - lokale Bündnisse für Familien als zivilgesellschaftliche Strategie weiterentwickeln
 - Vereinbarkeitspolitik auf Familienarbeit, Erwerbsarbeit und bürgerschaftliches Engagement beziehen

Prof. Dr. Thomas Olk
 Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 Philosophische Fakultät III –
 Erziehungswissenschaften
 Institut für Pädagogik
 Franckeplatz 1; Haus 6, 06099 Halle/Saale
 Tel.: 0345/5523800
 Fax: 0345/5527062
 E-Mail: thomas.olk@paedagogik.uni-halle.de
 Homepage: www.philfak3.uni-halle.de/paedagogik/
 sozialarb_paed

¹ Eine schriftliche Ausarbeitung des Vortrags liegt nicht vor. Ersatzweise werden im Folgenden die Inhalte der verwendeten Präsentation abgedruckt.

Irene Gerlach

Familien stärken und unterstützen durch familienfreundliche Maßnahmen von Unternehmen

Familienbewusste Personalpolitik vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung

Mit Beginn der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts ging die Zahl der geborenen Kinder in Westdeutschland stetig zurück. Die jährlichen „Ausfälle“ konnten dabei durchaus das Ausmaß der Einwohnerzahl einer mittelgroßen Stadt annehmen, z. B. sank die Zahl der Geburten allein von 1971 auf 1972 um 112.000. Währenddessen bewirkten familienpolitische Maßnahmen in der DDR der 1970er-Jahre zumindest die Stabilisierung des Geburtenniveaus.

Über viele Jahre hinweg wurde der systematische Zusammenhang zwischen der individuell in den Familien gefällten Entscheidung für oder gegen Kinder und gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen nicht erkannt oder zumindest nicht diskutiert. Das änderte sich im Verlauf der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Dass das geänderte Generationenverhältnis zu einem Bevölkerungsaufbau geführt hat, der durch die hohe Anzahl älterer Jahrgänge und die im Verhältnis dazu geringere Anzahl nachwachsender, aktiver Jahrgänge zu kennzeichnen ist und dass dies zu eklatanten Sicherungslücken in der Alters- und Gesundheitspolitik führt, ist mittlerweile bekannt und wird auch im politischen Raum diskutiert.

Erst seit vergleichsweise kurzer Zeit ist aber eine weitere Konsequenz des demografischen Wandels in den Fokus der Betrachtung gelangt: Wir werden in den kommenden Jahrzehnten mit einem erheblichen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu rechnen haben, der bei der Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 30 und 50 Jahren die 30-Prozent-Marke erreichen kann. Allein dieser zahlenmäßige Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials – ohne Beachtung der Frage, wie die Menschen ausgebildet sind – wird nach Schätzungen der OECD dazu führen, dass das BIP pro Kopf in Deutschland im Jahrzehnt zwischen 2020 und 2030 jährlich um 0,78 Prozent abnehmen wird. Somit wird mit volkswirtschaftlichen Konsequenzen zu rechnen sein, wenn es nicht gelingt, das zurückgehende Erwerbspersonenpotenzial durch eine Erhöhung der Erwerbsquote auszugleichen. Dies kann insbesondere dadurch geschehen, dass Mitarbeiter/-innen mit Familien im Erwerbsleben gehalten werden.

Gesellschaftliche, volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Motive für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein Bündel aus drei Motivgruppen, die für die Sicherung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie durch Maßnahmen familienbewusster Personalpolitik sprechen. Unter einer gesellschaftlichen sowie jeweils individuellen Perspektive ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie heute Ziel der allermeisten Menschen ist. Dies gilt nicht nur vor dem Hintergrund entsprechender Lebensentwürfe. Vereinbarkeit zu sichern, kann auch die individuellen biografischen Risiken erheblich reduzieren. Die Scheidungswahrscheinlichkeit von in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts geschlossenen Ehen liegt bei über 40 Prozent, d. h., eine Ehe mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung kann leicht zum „Hochrisikomodell“ werden. Das neue Unterhaltsrecht (ab 2007) sieht nur noch sehr begrenzte Zeiten des Ehegattenunterhalts bei Kinderbetreuung vor, so dass die Wahrscheinlichkeit für den Kinder betreuenden Elternteil in Abhängigkeit von Sozialtransfers zu geraten, sehr hoch ist. Insbesondere Frauen mit höherem Ausbildungsniveau entscheiden sich vor diesem Risiko und mit Blick auf die hohen Verzichtskosten immer seltener für Kinder. Volkswirtschaftlich bedeutet die Nicht-Nutzung vorhandener beruflicher Kompetenzen, wenn Vereinbarkeit nicht möglich ist, Verschwendung, zudem geht es, wie oben dargelegt, darum, die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit trotz eines zurückgehenden Erwerbspersonenpotenzials zumindest zu stabilisieren. Aber auch von Seiten der Unternehmen spricht vieles für betriebliche Familienpolitik: Sie kann ihnen dabei helfen „Humanvermögen“, in das sie durch Aus- und Weiterbildung ihrer Belegschaft investiert haben, zu erhalten. Sie müssen aber auch mit einem erheblichen Fachkräftemangel in den nächsten Jahren rechnen. Hier können Angebote einer betrieblichen Familienpolitik Vorteile im Wettbewerb um ein knappes Personalangebot bedeuten. Und schließlich weiß man heute, dass familienbewusste Angebote positive betriebswirtschaftliche Effekte erzeugen können, was weiter unten noch gezeigt werden wird.

Familienbewusstsein aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerperspektive

Aus unterschiedlichen Studien ist bekannt, dass die betrieblichen und betriebswirtschaftlichen Potenziale einer familienbewussten Personalpolitik in der deutschen Wirtschaft weitgehend bekannt sind. Dabei erweisen sich Mitarbeiterbindung und -gewinnung als die zentralen Motive für familienbewusste Personalpolitik. Aktuelle Befragungen unter Geschäftsführern und Personalverantwortlichen aus dem Jahr 2009 zeigen, dass die Beschäftigung mit Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor einen hohen Stellenwert hat. Die Bedeutungsrückgänge, die sich im Vergleich der Jahre 2008 und 2009 ergeben, sind durch die Krise zu erklären und fallen angesichts von deren teilweise existenzieller Bedeutung gering aus. Dementsprechend gehen immerhin 68 Prozent der Personalverantwortlichen in deutschen Unternehmen davon aus, dass es trotz Krise keinen Bedeutungsrückgang des Themas Vereinbarkeit von Beruf und Familie geben wird.

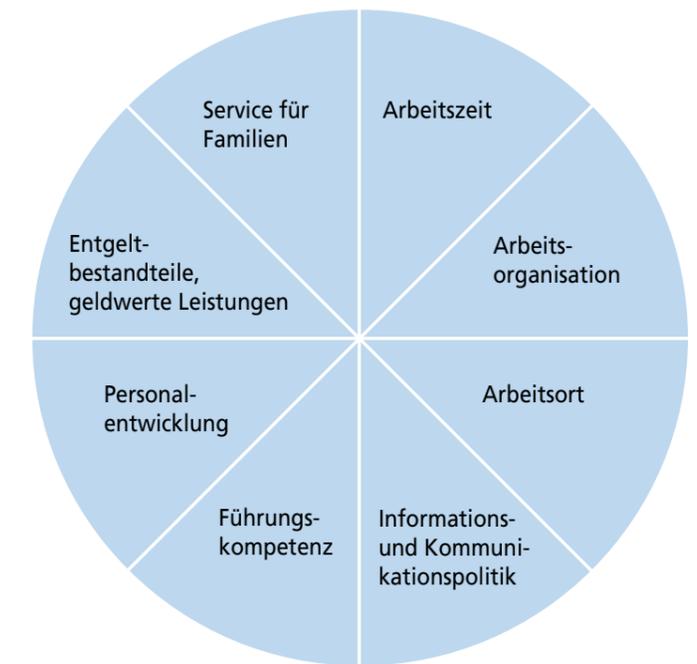
Aus Sicht der Arbeitnehmer/-innen nimmt die zeitliche Flexibilität unter den Maßnahmen familienbewusster Personalpolitik den bei weitem wichtigsten Platz ein: Unterschiede zwischen Frauen und Männern ergeben sich dahingehend, dass Frauen eher die familienfreundlichen Arbeitszeiten schätzen, Männer dagegen in höherem Maße als Frauen finanzielle Unterstützung wünschen, was nicht zuletzt durch nach wie vor vorhandene geschlechtsspezifische Arbeitsteilungsmuster zu erklären sein dürfte.

Handlungsfelder familienbewusster Personalpolitik

In Anlehnung an das System familienbewusster Handlungsfelder, das von der berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung entwickelt wurde, können bezüglich entsprechender Maßnahmen acht Felder unterschieden werden (vgl. Abbildung 1). Zunächst ist hier dasjenige der Arbeitszeit zu nennen, das in allen bekannten Untersuchungen als das wichtigste eingeschätzt wird, da flexible und situationsadäquate Arbeitszeiten gute Voraussetzungen für Vereinbarkeit bieten. Neben der Zeit sind aber auch Arbeitsorganisation sowie die Frage, wo gearbeitet wird, von Bedeutung. Home-Offices und die Umstellung von einer Anwesenheits- auf eine Ergebniskultur in der Personalführung können hier sehr hilfreich sein. Eine breite Informations- und Kommunikationskultur über Angebote ist aber ebenso von Bedeutung wie die systematische Einbeziehung

von Familienbewusstsein in die Personalführung und die Personalentwicklung. Schließlich können auch finanzielle Unterstützungen wie z. B. die Beteiligung des Unternehmens an Betreuungs- oder Pflegekosten und schließlich Dienstleistungen wie Fahr- oder Einkaufsservices bei der Verwirklichung von Vereinbarkeit sehr hilfreich sein.

Abbildung 1: Handlungsfelder für familienbewusste Personalpolitik



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an das System familienbewusster Handlungsfelder der berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung

Der berufundfamilie-Index: Ein Instrument zur Messung des betrieblichen Familienbewusstseins

Das FFP (Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik) hat sich in den letzten Jahren bemüht, Familienbewusstsein erstmals systematisch konzeptionell und messtechnisch zu bestimmen. Dabei wurde davon ausgegangen, dass Familienbewusstsein drei Dimensionen umfasst, die in ihrem Zusammenwirken wesentlich bestimmen, ob Wirkungen erzielt werden können – sowohl auf der Seite der Unternehmen als auch auf der der Belegschaft. Zu identifizieren ist hier zum einen die Dimension des angebotenen Maßnahmenpektrums im Hinblick auf eine Reihe von Aspek-

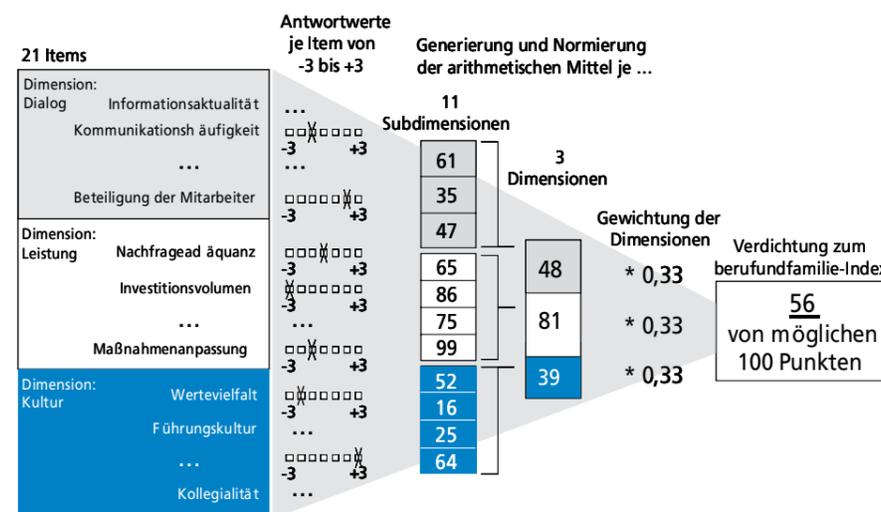
ten. Hinzu kommt aber die Dimension des „Dialoges“, in dessen Rahmen wichtig ist, ob über die Maßnahmen hinreichend informiert wird, ob eine stetige Kommunikation zwischen Unternehmen und Belegschaft über die aktuellen Problemlagen und mögliche Lösungen stattfindet und schließlich, ob hinreichend schnell und sachgerecht auf aktuelle Bedarfslagen reagiert wird. Daneben ist aber auch die Frage einer entsprechenden Unternehmenskultur von großer Bedeutung, in deren Zusammenhang die Unterstützung von Vereinbarkeit allseitig selbstverständlich ist und auch von den Vorgesetzten getragen wird.

Die Messung des Familienbewusstseins muss dabei einerseits die „Inputleistungen“, d. h., Maßnahmenangebot, Kommunikationsroutinen, allgemeine Akzeptanz der Vereinbarkeit als (auch) betrieblich zu lösendes Problem usw. beachten. Andererseits spielt die Frage

des „Outputs“ eine Rolle, d. h., was bewirkt Familienbewusstsein? Moderierend wirken können dabei die Art der Zusammensetzung der Belegschaft, die Unternehmensgröße sowie eine Reihe anderer Faktoren.

Zur Messung des „Inputs“ wurde vom FFP ein Fragebogen mit insgesamt 21 Items entwickelt, die sich den drei zuvor entwickelten Dimensionen von Familienbewusstsein zuordnen lassen. Die Fragen können jeweils mit Werten zwischen -3 und +3 beantwortet werden. Die Punktwerte werden im Rahmen der Auswertung zunächst zu Werten für je eine Dimension und schließlich zu einem einzigen Punktwert verdichtet, der das Ausmaß des Familienbewusstseins eines Unternehmens beschreibt. Der Wert kann zwischen 0 und 100 Punkten liegen. Dies ist der berufundfamilie-Index zur Messung des betrieblichen Familienbewusstseins (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Der berufundfamilie-Index zur Messung des betrieblichen Familienbewusstseins (exemplarisch)



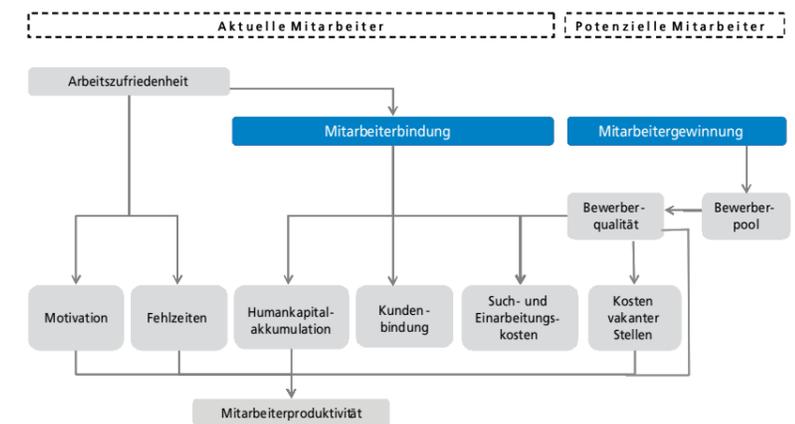
Quelle: eigene Darstellung

Im Rahmen einer deutschlandweiten, repräsentativen Unternehmensbefragung wurde der Index 2008 getestet. Die 1.001 an der Befragung teilnehmenden Unternehmen wurden nach Branche und Beschäftigtengrößenklasse proportional ausgewählt. Der Mittelwert bei dieser ersten repräsentativen Erhebung betrieblichen Familienbewusstseins lag bei 63 Punkten, allerdings zeigt die genauere Betrachtung der Ergebnisse eine weite Streuung. So gab es nur 15 Prozent „Spitzenreiter“, d. h., Unternehmen mit einem Punktwert, der mindestens 25 Prozent über dem Mittelwert lag, aber ebenso 15 Prozent „Schlusslichter“, d. h., Unternehmen mit einem Punktwert, der mindestens 25 Prozent unter dem Mittelwert lag. Dazwischen gab es ein sehr starkes Mittelfeld, sowohl nach unten als auch nach oben vom Mittelwert abweichend.

Ziele einer familienbewussten Personalpolitik

Einer Messung der betriebswirtschaftlichen Effekte, d. h., des Outputs familienbewusster Personalpolitik geht die Frage voraus, was überhaupt Ziel einer familienbewussten Personalpolitik aus der Sicht von Unternehmen sein kann. Zu diesem Zweck wurde vom FFP ein Zielsystem entwickelt, das aus zwei „Säulen“ besteht (vgl. Abbildung 3). Zum einen richtet sich dieses Zielsystem auf die gegenwärtige Belegschaft, deren Mitarbeiterbindung über Arbeitszufriedenheit mit entsprechenden Angeboten erhöht werden kann, was wiederum über die Hebung von Motivation, die Reduzierung von Fehlzeiten, die bessere Nutzung von Humanvermögen sowie u. U. eine ausgeprägte Kundenbindung zu einer höheren Mitarbeiterproduktivität führen kann. Andererseits – und dies mit stark wachsender Bedeutung vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderungen, die eingangs beschrieben wurden und die zu einem massiven Fachkräftemangel führen werden – wird die „Säule“ der Mitarbeitergewinnung immer wichtiger. Im „Kampf um das knapper werdende Angebot“ insbesondere von qualifiziertem Personal kann Familienbewusstsein hier Vorteile gegenüber Konkurrenten mit sich bringen.

Abbildung 3: Zielsystem einer familienbewussten Personalpolitik



Quelle: eigene Darstellung

Nachweisbare betriebswirtschaftliche Effekte einer familienbewussten Personalpolitik

Explorative sowie Zeitreihenuntersuchungen des FFP unter auditierten Unternehmen und Non-Profit-Organisationen haben recht eindeutige Hinweise auf betriebswirtschaftliche Effekte familienbewusster Personalpolitik geliefert. So leistet familienbewusste Personalpolitik sowohl in Unternehmen als auch in Non-Profit-Organisationen einen positiven Beitrag zur Stärkung des Images, bewirkt eine Senkung der Fluktuation, eine schnelle Rückkehr aus der Elternzeit sowie eine Erhöhung der Zeitsouveränität der Mitarbeiter/-innen. Zudem begünstigt sie insbesondere in Unternehmen die Reduktion des Krankenstandes, die Beschleunigung der Reintegration von Elternzeiturlauber(inne)n in Arbeitsprozesse sowie die Vereinfachung der Personalrekrutierung. Betrachtet man die Effekte familienbewusster Personalpolitik im Zeitverlauf, so fällt familienbewussten Unternehmen z. B. die Personalgewinnung im Zeitverlauf leichter, und ihr Image wird gestärkt.

Die 2008 deutschlandweit durchgeführte repräsentative Befragung von 1.001 Unternehmen konnte auf Basis des berufundfamilie-Indexes die gewonnenen Erkenntnisse bestätigen und darüber hinaus systematisieren. Der Vergleich von Unternehmen mit hohem Punktwert mit solchen, die einen niedrigen Wert erzielt hatten, zeigte erhebliche Unterschiede im Hinblick auf eine ganze Reihe von betrieblichen „Output-Variablen“. Bezüglich der „Säule“, die sich auf die gegenwärtige Belegschaft konzentriert, konnte

ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Einsatz familienbewusster Personalpolitik und den oben aufgeführten Zielgrößen festgestellt werden: Besserer Punktwert bedeutete z. B., dass die Unternehmen ihr „Humankapital“ erheblich besser nutzen konnten sowie dass Mitarbeitermotivation, -produktivität, -bindung und Arbeitszufriedenheit höher waren ebenso wie die Kundenbindung. Fehlzeiten und Wiedereingliederungskosten nach der Elternzeit waren dagegen geringer. Gleiches gilt auch für die zweite „Säule“, die die zukünftigen Mitarbeiter/-innen im Fokus hat: Hier bietet sich familienbewussten Unternehmen z. B. ein um 26 Prozent höherer Vorteil im Hinblick auf den Bewerberpool bei Stellenausschreibungen.

Fazit

Zusammenfassend haben die Untersuchungen des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik zum einen gezeigt, dass familienbewusste Personalpolitik umfassend wirkt, da sie bei allen untersuchten Zielbereichen einen signifikant positiven Beitrag leistet. Zum anderen wurde deutlich, dass familienbewusste Personalpolitik unterschiedliche Wirkungsintensitäten entfaltet: Während der Einfluss auf die Mitarbeitergewinnung sowie auf den betrieblichen Wissensaufbau besonders stark ist, ist der Effekt z. B. auf die Bewerberqualität geringer. Alles in allem stellt familienbewusste Personalpolitik einen wichtigen Entscheidungsparameter dar, der den Unternehmenserfolg nachhaltig beeinflusst.

Prof. Dr. Irene Gerlach
 Forschungszentrum Familienbewusste
 Personalpolitik (FFP)
 Westfälische Wilhelms-Universität Münster
 Hittorfstr. 17, 48149 Münster
 Tel.: 0251/83-28443
 Fax: 0251/83-28445
 E-Mail: irene.gerlach@ffp-muenster.de
 www.ffp-muenster.de

Literatur

- Juncke, David: Betriebswirtschaftliche Effekte familienbewusster Personalpolitik. Forschungsstand. FFP-Arbeitspapier Nr. 1, Münster 2006.
- Schneider, Helmut/Gerlach, Irene/Wieners, Helen/Heinze, Jana: Der berufundfamilie-Index – ein Instrument zur Messung des betrieblichen Familienbewusstseins. FFP-Arbeitspapier Nr. 4, Münster 2008.
- Schneider, Helmut/Gerlach, Irene/Juncke, David/Krieger, John: Betriebswirtschaftliche Ziele und Effekte einer familienbewussten Personalpolitik. FFP-Arbeitspapier Nr. 5, Münster 2008.
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006.

Forschungsverbund DJI/TU Dortmund¹

Sinus Elternstudie 2008 – Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten

Ausgangslage

Wenn in der letzten Zeit über schwere Fälle von Kindesvernachlässigung berichtet wird, aber auch wenn familienpolitische Diskussionen um Sprachdefizite, gesunde Ernährung in der Familie oder Medienkompetenzen von Kindern und Jugendlichen geführt werden, kommen automatisch Fragen nach dem Selbstverständnis von Eltern und ihren elterlichen Erziehungskompetenzen auf das Tableau. Es wird oft in diesem Zusammenhang darüber diskutiert, welche hohe Verantwortung in der Erziehung Eltern haben und welchen Anforderungen sie gewachsen sein (sollten). Selten wird die Perspektive der Eltern selbst berücksichtigt bzw. nach den Lebensbedingungen der Eltern gefragt. In den Sozialwissenschaften haben Eltern bislang keine oder wenig Beachtung gefunden. Es gibt die Familiensoziologie, die Soziologie der Kindheit und Jugend, allerdings keine Soziologie der Eltern (Merkle/Wippermann 2008).

Die OECD-Studie „Babies and Bosses“ (2007) stellt fest: „Ob ein Kind glücklich ist, hängt davon ab, wie zufrieden die Eltern mit ihrer eigenen Lebenssituation sind.“ Diese Perspektive auf die Eltern hat das Sinus-Institut im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. zum Ausgangspunkt ihrer sozialwissenschaftlichen Untersuchung „Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten“ genommen (Merkle/Wippermann 2008: 27).

Wenn das Kindeswohl im Fokus der Familienpolitik steht, besteht die Notwendigkeit, zu erfahren, wie es Eltern geht, da sie die Lebensbedingungen ihrer Kinder maßgebend prägen und beeinflussen.

„Weil Eltern – unbestritten – eine tragende Funktion für die ‚systems of provision‘ unserer Gesellschaft haben, müssen wir uns fragen, wie die objektiven Umstände für Elternschaft heute sind, wie das sub-

jektive Empfinden von Eltern heute ist und was Eltern heute brauchen (ebd.).“ Die zentralen Fragen der Sinus-Studie „Eltern unter Druck“ lauten vor diesem Hintergrund:

1. Wie geht es Eltern heute?
2. Was brauchen Eltern?

Da sich die äußeren Rahmenbedingungen, die auch Eltern betreffen (Arbeitsmarkt, Familienformen, Bildungssystem etc.), in den letzten 30 Jahren erheblich verändert haben, ist die Notwendigkeit gegeben, auf der einen Seite die familienunterstützenden Systeme zu überprüfen, andererseits die Bedürfnisse, Wünsche und Perspektiven der Eltern zu berücksichtigen und ernst zu nehmen.

Untersuchungsdesign

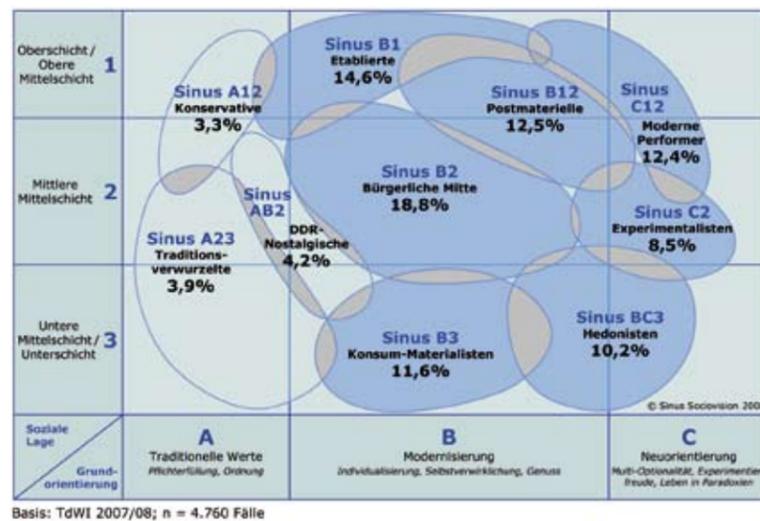
Bei der Sinus-Studie handelt es sich um eine für die Eltern in Deutschland repräsentative Untersuchung. Die Grundgesamtheit der qualitativ-ethnomethodologischen Untersuchung sind Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 16 Jahren. Es wurden zu gleichen Anteilen Mütter und Väter befragt. Dabei wurde auch Wert darauf gelegt, dass die unterschiedlichen Regionen adäquat berücksichtigt werden (Nord-Süd, Ost-West, Stadt-Land). Es wurden insgesamt 100 narrative Einzelinterviews, meist in einem zeitlichen Umfang von mindestens zwei Stunden, geführt, wobei die Interviews bei den Befragten zu Hause stattgefunden haben. Eine Foto-Dokumentation der Lebenswelten wurde ebenfalls angefertigt, die allerdings aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht wird. Ergänzend dazu wurde eine quantitativ repräsentative Erhebung von Eltern mit minderjährigen Kindern im Haushalt durchgeführt.

Darüber hinaus wurde ein methodischer Ansatz gewählt, der neben soziodemografischen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht, Bildung) auch soziokulturelle

¹ Der Vortrag von Tanja Merkle (Sinus Sociovision GmbH) auf dem Familienkongress wurde vom Forschungsverbund DJI/TU Dortmund zusammengefasst. Die Zusammenfassung orientiert sich stark an der von Frau Merkle zur Verfügung gestellten Präsentation (Merkle 2009) sowie der veröffentlichten Studie (Merkle/Wippermann 2008).

Merkmale (Werte, Lebensstile) berücksichtigt. Dieser ganzheitliche Blick auf Menschen wird durch die Sinus-Milieus gegeben (näheres dazu in Merkle/Wippermann 2008). Zur Validierung der Ergebnisse der Sinus-Studie wurde eine Reanalyse der Markt-Media-Studie Typologie der Wünsche (TdWI)² durchgeführt. 4.760 Eltern mit Kindern unter 18 Jahren sind dabei in Sinus-Milieus erfasst. In der Eltern-Studie werden die Milieus der Werteabschnitte „B“ und „C“ berücksichtigt, da die Milieus im Werteabschnitt „A“ einen hohen Altersdurchschnitt haben, so dass es hier vergleichsweise wenige Eltern mit minderjährigen Kindern gibt (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Eltern mit Kindern unter 18 Jahren in den Sinus-Milieus, 2008



Quelle: Sinus Sociovision GmbH

Zentrale Ergebnisse

Elternschaft ist (nur noch) eine Option

In der heutigen Gesellschaft ist Elternschaft nicht mehr selbstverständlich. Gehörten Kinder früher noch gewiss zu den Lebensentwürfen von Frauen und Männern, so ist Elternschaft heute nur noch eine Option neben anderen Lebensformen. Viele junge Paare stellen sich vor dem Hintergrund der zu erwartenden Belastungen und Einschränkungen die Frage, ob sie überhaupt Kinder haben möchten. Gerade akademisch qualifizierte Frauen mit beruflichen Perspektiven stellen sich die zweifelhaften

Frage nach Kindern. Der Zweifel hängt nicht nur mit Selbstverwirklichungsbestrebungen der Frau zusammen, sondern auch mit den gestiegenen beruflichen Anforderungen und dem damit einhergehenden Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Elternschaft entwickelt sich zu einer zunehmend schwieriger zu bewältigenden Gestaltungsaufgabe mit hohen Erwartungen – der Eltern an sich selbst und der Gesellschaft an die Eltern“ (Merkle/Wippermann 2008: 32).

Elternschaft ist komplex

Eltern und Elternschaft lassen sich nicht auf einen Aspekt (z. B. Arbeitsmarkt, Finanzen, Schule) reduzieren, sondern sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen präsent. Deshalb ist es von großer Bedeutung, und dafür plädiert auch die Sinus-Studie, Eltern ganzheitlich wahrzunehmen und in der Form im öffentlichen und politischen Diskurs einzubinden.

Eltern sind unter Druck

Viele Eltern sehen sich heute einem vielfältigen Druck in unterschiedlichen Bereichen ausgesetzt (Zeitmanagement, Organisation des Alltags, berufliche Anforderungen, Erziehungsdruck, Partnerschaft etc.). Den hohen Anforderungen und Ansprüchen (den eigenen und denen der Gesellschaft) können Eltern kaum gerecht werden, so dass viele Eltern verstärkt verunsichert und gestresst sind. Laut der Ergebnisse der quantitativen Befragung fühlt sich ein Drittel der Eltern im Erziehungsalltag „oft bis fast täglich“ gestresst, die Hälfte immerhin „gelegentlich“ (Merkle/Wippermann 2008: 33). Damit einher geht eine zunehmende Defizitperspektive der Eltern auf sich und ihre Gestaltungsaufgaben im Leben, auf die der Markt von Erziehungsratgebern und Elternzeitschriften verstärkt reagiert und die Erziehungsunsicherheit der Eltern selbst beeinflusst: „ein paradoxes Phänomen“ (Merkle/Wippermann 2008: 32), wie die Studie kommentiert.

Der Druck, dem sich Eltern ausgesetzt fühlen, bezieht sich – laut Studie – auf folgende Aspekte:

- Zeit
- Organisation
- Leistung im Beruf
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kinderbetreuung und Erziehungsarbeit

- Erfolg der Kinder in der Schule
- Soziale Identität und neue Elternrolle/Partnerschaftsdruck
- Finanzielle Mittel

Exemplarisch wird auf die Aspekte Vereinbarkeit von Familie und Beruf (a), Kinderbetreuung und Erziehungsarbeit (b) sowie Erfolg der Kinder in der Schule (c) im Folgenden näher eingegangen.

(a) Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In der heutigen Zeit müssen sich Eltern den steigenden Anforderungen im Berufsleben anpassen. Leistung, Flexibilität und Mobilität sind mittlerweile Schlüsselbegriffe, die damit verbunden werden. Die Eltern (vor allem Mütter) sind innerhalb von Unternehmen die abhängige Variable.

Die Gesellschaft stellt ebenfalls hohe Anforderungen an das erzieherische Verhalten der Eltern und erwartet z. B., dass Eltern viel Zeit mit ihren Kindern verbringen. Doch zeigt sich diese gesellschaftliche Forderung meist als unvereinbar mit der Arbeitswelt, die Eltern (vor allem Väter) zeitlich sehr stark einnimmt. Trotz dieses Dilemmas möchten die meisten Frauen nicht in die traditionelle Arbeitsteilung zurück. Sie distanzieren sich vom Rollenbild der Hausfrau und Mutter als dem „Standardmodell“.

Allerdings behindern gesellschaftliche Strukturen, insbesondere mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen, die tatsächliche Umsetzung des Wertewandels. Hier zeigt sich noch ein erheblicher Handlungsbedarf (zu den Forderungen der befragten Eltern Merkle/Wippermann 2008: 226).

(b) Kinderbetreuung und Erziehungsarbeit

Während sich Frauen vermehrt vom Standardmodell der herkömmlichen Rollenverteilung distanzieren, sich aber gleichzeitig noch mit vielen normativ besetzten Mutterbildern konfrontiert sehen, ist das Väterbild für viele junge Männer noch sehr diffus und beängstigend. Das klassische Bild des Vaters als (strenges) Familienoberhaupt und Haupternährer soll heute von dem „neuen Vater“ abgelöst werden, welcher mehr Zeit mit den Kindern verbringt und mehr Erziehungsverantwortung übernimmt.

Die Ergebnisse der quantitativen Befragung der Sinus-Studie bestätigen, dass sich in etwas mehr als der Hälfte der Fälle der Vater tatsächlich als „gleichberechtigt“

im Hinblick auf die Erziehungsverantwortung sieht. Auf die Frage, wer im Haushalt die Verantwortung für die Erziehung trägt, wurden in 53 Prozent der 502 Fälle beide Elternteile angegeben. Hauptverantwortlich sind in 45 Prozent der Fälle die Mutter und bei 2 Prozent der Vater (Merkle/Wippermann 2008: 45). Spiegeln diese Ergebnisse die Wahrnehmung der Befragten wider, zeigt die Realität ein anderes Bild. Betrachtet man die tatsächliche Erziehungsarbeit, übernehmen Mütter nach wie vor mit 68 Prozent die Hauptarbeit für die Erziehung. „Nur noch“ in einem Drittel der Fälle übernehmen beide Elternteile den Hauptteil im Familienalltag (Merkle/Wippermann 2008: 46).

(c) Erfolg der Kinder in der Schule

Die Ergebnisse der quantitativen Befragung unterstreichen die hohe Relevanz von Schulabschlüssen der eigenen Kinder für die Eltern. Drei Viertel der Eltern bewerten den Schulabschluss ihres Kindes als „sehr wichtig“, 22 Prozent zumindest als „eher wichtig“ (Merkle/Wippermann 2008: 35). Beim elterlichen Engagement zeigt sich, dass knapp 40 Prozent der Eltern häufig bis regelmäßig bei den täglichen Hausaufgaben ihrer Kinder helfen. Die Ergebnisse verweisen darauf, dass sich die Eltern heute trotz eines knappen zeitlichen Rahmens für Erziehungsmaßnahmen als Weichensteller für die Zukunft ihrer Kinder sehen und die schulische Entwicklung ihres Kindes ernst nehmen.

Der Blick auf die Sinus-Milieus

Im Folgenden wird auf die Ergebnisse der qualitativen Befragung unter der Perspektive der Sinus-Milieus eingegangen. Es werden Kurzprofile der Sinus-Milieus mit Blick auf die Bedeutung des Kindes (vgl. Abbildung 2) und der Rollenbilder der Mutter (vgl. Abbildung 3) sowie des Vaters (vgl. Abbildung 4) skizziert. Dabei wird eine beachtliche Pluralität der Milieus deutlich. (ausführliche Milieubeschreibungen siehe Merkle/Wippermann 2008: 76ff.)

Oberschicht/Obere Mittelschicht

Die Oberschicht/obere Mittelschicht setzt sich aus den so genannten „Etablierten“, „Modernen Performern“ sowie den „Postmaterielem“ zusammen.

Bei den „Etablierten“ handelt es sich um Personen, die überwiegend in sehr soliden wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Ihre gehobene soziale Stellung haben

² Ausführlicher zu der Markt-Media-Studie Typologie der Wünsche siehe www.tdwi.de.

sie sich langfristig und zielstrebig erarbeitet. Pflichtbewusstsein und ein hohes Maß an Selbstdisziplin gelten in dem Milieu als Grundvoraussetzung, um im Leben etwas zu erreichen. Die Gründung einer Familie stellt für Etablierte eine selbstverständliche Entwicklung dar. Häufig gilt sie als eine bewusste Fortführung der Familientradition über Generationen hinweg. Kinder haben deshalb eine große Bedeutung für die Fortführung der familiären Traditionen in diesem Milieu. Sie sind so genannte „Stammhalter“. Die Verantwortung den Kindern gegenüber und ihre zukünftige Entwicklung und Sicherheit stellen Etablierte als zentrale Punkte in ihrem Leben dar. Deshalb gehen sie bei der Erziehungsarbeit auch sehr ambitioniert vor und haben den Anspruch, die bestmögliche Variante für ihr Kind zu wählen. Damit ist gleichzeitig ein hoher Anspruch an die Entwicklung ihres Kindes verbunden. Bei potenziellen Entwicklungsdefiziten des Kindes wird im Zweifelsfall professionelle Hilfe (z. B. von Psychologen oder Logopäden) in Anspruch genommen.

Die etablierte Mutter übernimmt dabei hauptsächlich die Erziehungsaufgaben. Selbst betrachten sich die Mütter als Erziehungsmanagerin, die sich in der Rolle als „gute Mutter“ liebevoll und professionell um ihr Kind kümmert. Frühe Förderung ist in der Erziehung der etablierten Kinder zentral.

Der etablierte Vater sieht sich dagegen mehr als Familienvorstand und Weichensteller für seine Kinder, der bei zentralen Entscheidungen das letzte Wort hat. Verständnis und (sanfte) Strenge, um dem Kind jene Sekundärtugenden zu vermitteln, die das Kind für die Zukunft stärken, vereint das Bild vom „guten“ Vater im etablierten Milieu. (ausführliche Beschreibung der „Etablierten“ siehe Merkle/Wippermann 2008: 76–93)

„Postmaterielle“ sind die intellektuelle und kulturelle Avantgarde der Gesellschaft. Gesellschafts- und umweltpolitische Fragestellungen zeigen für dieses Milieu eine hohe Relevanz. Sie zeigen ein starkes Engagement hinsichtlich der Verbesserung von aus ihrer Sicht relevanten Strukturen, wie z. B. im Bildungsbereich. Aufgrund ihres starken gesellschaftlichen Engagements sehen postmaterielle Mütter Muttersein nicht als Lebensaufgabe, in der sie sich verwirklichen können. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in diesem Milieu, gerade bei den Müttern, ein wichtiger Aspekt. Kinder werden dementsprechend als ein individuelles Wesen gesehen, das Eltern auf ihrem Lebensweg begleiten. Die Entwicklung der Persönlichkeit und die Entfaltung der individuellen Bedürfnisse und Talente des Kindes sind für postmaterielle Mütter wichtiger als

äußerliche statusorientierte Ziele. Dies gilt genauso für den Vater. Ein „guter“ Vater in diesem Milieu zeichnet sich dadurch aus, dass er gleichgestellter Erzieher ist. Gleichberechtigung wird im erzieherischen Verhalten der Eltern vorgelebt und soll den Kindern als Vorbild dienen. (ausführliche Beschreibung der „Postmateriellen“ siehe Merkle/Wippermann 2008: 94–121)

Das Milieu der „Modernen Performer“ ist ein vergleichsweise zu den anderen hier vorgestellten Gruppen junges Milieu. Das Leben wird von dieser Gruppe als „individuell wählbarer und gestaltbarer Parcours“ (Merkle/Wippermann 2008: 124) betrachtet. Multioptionalität ist für die modernen Performer ein Grundbedürfnis, sowie Individualität und Autonomie des Einzelnen. Aber auch die Einbindung in soziale Kreise hat in dieser Gruppe eine hohe Bedeutung. Eine leistungsorientierte Perspektive ist in diesem Milieu stark ausgeprägt.

Familie und damit auch das Kind bedeuten für dieses Milieu „Heimathafen“ in einer sonst stressigen und hektischen (Berufs-) Welt. Mütter der Modernen Performer orientieren sich an dem Bild der Profi-Mama, die das Muttersein professionell organisieren kann. Genau wie das Berufsleben flexibel und stets lösungs- und zielorientiert gemanagt wird, wird das Projekt Erziehung entsprechend angegangen. Professionalität und klare Vorstellungen von Erziehung, bei der dem Kind feste Rahmenbedingungen und Regeln gegeben werden, sind für eine „gute“ Mutter in diesem Milieu wichtig. Die Perspektive der organisierten Erziehung nehmen auch die Väter in diesem Milieu ein. Das Projekt Erziehung organisiert der Vater mit, allerdings ohne auf seine beruflichen Ziele verzichten zu müssen. In diesem Milieu gibt es das typische Bild des liebevoll-professionellen „Part-Time-Event-Papas“. (ausführliche Beschreibung der „Modernen Performer“ siehe Merkle/Wippermann 2008: 121–140)

Mittlere Mittelschicht

Die Mittlere Mittelschicht setzt sich aus dem größten Milieu der „Bürgerlichen Mitte“ sowie den „Experimentalisten“ zusammen.

Die „Bürgerliche Mitte“ bildet unter den Sinus-Milieus die größte Gruppe und spiegelt den statusorientierten Mainstream wider. Langfristige Sicherheit, Beständigkeit, familiärer Rückhalt, aber auch Ehrgeiz und Leistungsbereitschaft sind zentrale Werte dieses Milieus. Die Gründung einer Familie ist in diesem Milieu ein

fester Bestandteil der Lebensplanung und identitätsstiftend. Für die Bürgerliche Mitte ist es wichtig, den Anschluss zu halten und den sozialen Abstieg zu vermeiden. Deshalb haben Eltern hohe Statusaspirationen für ihr Kind und betrachten es als Investitionsgut. Frühe Förderung ist deshalb auch wichtig, vor allem die Mutter geht ihr nach. Sie ist die „General-Mama“, die Förderin und Beschützerin, die für alle Bereiche im Leben des Kindes zuständig ist. Der Vater dagegen ist in diesem Milieu der Haupternährer und „Feierabend-Wochen-Papa“. Vor allem die Väter der Bürgerlichen Mitte fühlen sich von den neuen Anforderungen, die mit dem Bild des „neuen Vaters“ einhergehen, unter Druck gesetzt. (ausführliche Beschreibung der „Bürgerlichen Mitte“ siehe Merkle/Wippermann 2008: 140–160)

Genau wie bei den Modernen Performern handelt es sich bei den „Experimentalisten“ um ein im Milieuvergleich junges Milieu. Sie haben eine entspannte, aufgeschlossene Haltung zum Leben, zu der eigenen Situation sowie zu der Umwelt und ihren Mitmenschen. Individualität, Kreativität, Identität, Freiheit, Offenheit, Toleranz sind die zentralen Werte in diesem Milieu. Experimentalisten sehen sich als kreative und kulturelle Avantgarde (am Rande) der Gesellschaft und sind immer auf der Suche nach dem eigenen „inneren Kern“. Ein Kind wird in diesem Milieu als Beginn eines neuen, bewussten Lebensabschnitts gesehen. Die Mutter entdeckt sich und sieht der neuen herausfordernden Aufgabe optimistisch entgegen. Der Vater sieht sich dabei als Entdecker fremder Welten. Im Gegensatz zu den Modernen Performern gehen Experimentalisten gelassen und ohne ehrgeizige Ziele an die Erziehungsaufgabe heran. Sie geben ihrem Kind Freiräume, um Fragen zu stellen und Perspektiven auszuprobieren. (ausführliche Beschreibung der „Experimentalisten“ siehe Merkle/Wippermann 2008: 182–202)

Untere Mittelschicht/Unterschicht

Der unteren Mittelschicht/Unterschicht werden die „Konsum-Materialisten“ und die „Hedonisten“ zugeordnet.

Das Milieu der „Konsum-Materialisten“ ist ein Teil der modernen Unterschicht. Sie haben in der Regel eng begrenzte finanzielle Ressourcen und verfügen über wenig Bildungskapital. Dieses Milieu ist von einer häufig prekären finanziellen Lage betroffen; der Anteil Langzeitarbeitsloser und Hartz-IV-Empfänger ist in diesem Milieu vergleichsweise hoch. Vor dem

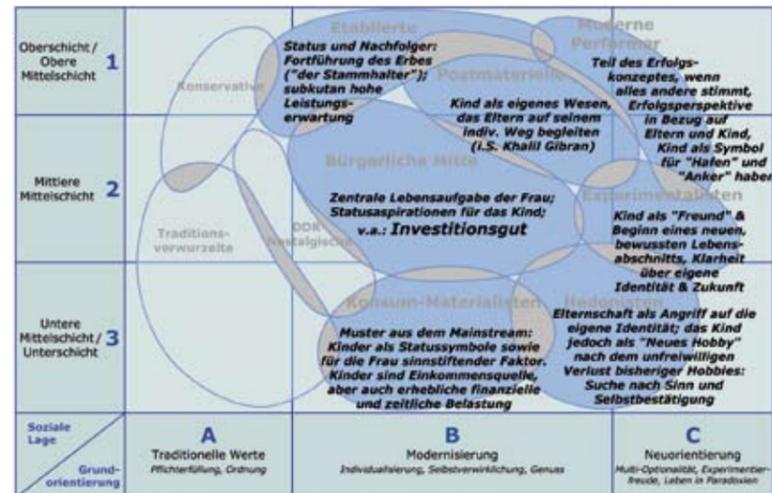
Hintergrund dieser Situation träumen sie von einem materiell gesicherten Leben, bei dem sie als „normaler Durchschnittsbürger“ dazugehören. Der Besitz von Konsumgütern wie Auto, Urlaub, DVD-Player sind zentrale Wünsche für diese Gruppe. Das Gefühl der sozialen Benachteiligung und eine Ohnmachtshaltung Politik, Wirtschaft und Behörden gegenüber sind in diesem Milieu stark ausgeprägt.

Das Familienleben bei den Konsum-Materialisten orientiert sich stark an dem Muster aus dem Mainstream. Kinder gelten als Statussymbol. Für die Frau ist das Kind vor allem sinnstiftend. Darüber hinaus sind Kinder Einkommensquelle, aber gleichzeitig auch eine erhebliche finanzielle und zeitliche Belastung. Bei der Erziehung folgen die Eltern einem ambivalenten Rollenverständnis. Einerseits leben sie ein hierarchisch-traditionelles Rollenverhältnis, bei dem die Mutter die Versorgerin und gleichzeitig die Person ist, die dem Kind emotionale Wärme gibt. Der Vater ist dagegen der „Geldverdiener und Chef“, der sich hauptsächlich aus der Erziehung heraushält, hin und wieder aber seine Autorität demonstriert. Auf der anderen Seite sehnen sie sich nach einem modernen Konsum- und Medien-Lifestyle, was sich auch in der Erziehung manifestiert. Zuneigung den Kindern gegenüber wird in diesem Milieu oft auch in Form von materiellen Geschenken ausgedrückt. (ausführliche Beschreibung der „Konsum-Materialisten“ siehe Merkle/Wippermann 2008: 161–181)

Der Lebensstil „Hedonisten“, als junger Gruppe der modernen Unter- und Mittelschicht, ist durch eine starke Freiheits- und Freizeitorientierung geprägt. Zentrale Werte sind u. a. Selbstverwirklichung, Spaß und Action, Ausbrechen aus den Zwängen des Alltags, Toleranz und Authentizität. Der Elternanteil ist in diesem Milieu relativ gering. Häufig wird in diesem Milieu von einer nicht geplanten Schwangerschaft gesprochen. Deshalb bedeutet für Hedonisten Elternschaft eine tiefgreifende Veränderung, die z. T. als Bedrohung der eigenen Identität erlebt wird. Die Wahrung der persönlichen Freiheit wird auch mit Kind beibehalten, was oft zur Überforderung im Familienalltag führt. Der Konflikt zwischen eigenen Bedürfnissen, die in der Freizeit liegen, und den Ansprüchen des Kindes sind in diesem Milieu offenkundig. Erziehung ist auch bei Hedonisten negativ besetzt. Eine „gute Mutter“ in diesem Milieu ist eher eine gute Freundin, die viel Verständnis für das Kind hat. Allerdings sind sie auch gleichzeitig darum bemüht, mit dem Verlust ihrer verlorenen Freiheiten umzugehen. Ein „guter Vater“ der Hedonisten ist der „große Bruder“, der mit dem Kind spielt und sich als

Kind selbst wiederentdeckt. Der Spaßfaktor spielt für den Vater eine große Rolle. Kommt der Vater allerdings an seine Grenzen, kann er auch seine eigenen Wege gehen, so dass die Hauptverantwortung vor allem bei der Mutter liegt. (ausführliche Beschreibung der „Hedonisten“ siehe Merkle/Wippermann 2008: 202–223)

Abbildung 2: Pluralität der „Bedeutung“ des Kindes in den Sinus-Milieus



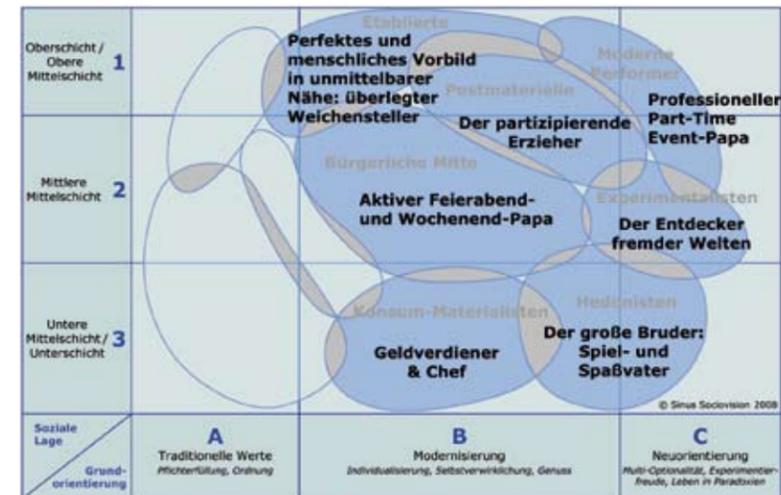
Quelle: Sinus Sociovision GmbH

Abbildung 3: Milieuspezifische Rollenbilder einer „guten Mutter“ in den Sinus-Milieus



Quelle: Sinus Sociovision GmbH

Abbildung 4: Soziokulturelle Vielfalt an Rollenbildern vom „guten Vater“ in den Sinus-Milieus



Quelle: Sinus Sociovision GmbH

Soziale Distinktion und Abschottung

Im Rahmen der Sinus-Untersuchungen der letzten Jahre werden eine stärker werdende räumliche und kulturelle Segregation und ein sozial-hierarchisches Auseinanderdriften der Milieus beobachtet. So schreiben Merkle und Wippermann (2008): „Deutschland scheint auf dem Weg in eine neue Art von Klassengesellschaft zu sein, wobei Einkommen und Vermögen scheinbar nur vordergründig die Demarkierungsgräben ziehen. Die Klassenfrage ist heute keine Geldfrage mehr, sondern eine kulturelle Angelegenheit. Bildungskapital und Bildungsaspirationen sind dafür ebenso starke Einflussfaktoren wie Werte und Alltagsästhetik. (...) Nicht mehr nur die höchsten Kreise, nicht mehr nur die Akademikerfamilien, sondern bereits die breite Mittelschicht grenzt sich massiv nach unten ab. Man könnte hier schon beinahe von einer Art ‚Kontaktsperre‘ sprechen“ (Merkle/Wippermann 2008: 50).

Das sich abgrenzende Verhalten wird u. a. deutlich am

- Umzugsverhalten in entsprechende Wohnviertel,
- der Auswahl konfessioneller oder privater Schulen – Bildung wird als Sprungbrett gesehen,
- bewusst gewählter Freizeitaktivitäten sowie
- Konsumverhalten (z. B. Bekleidung, Ernährung).

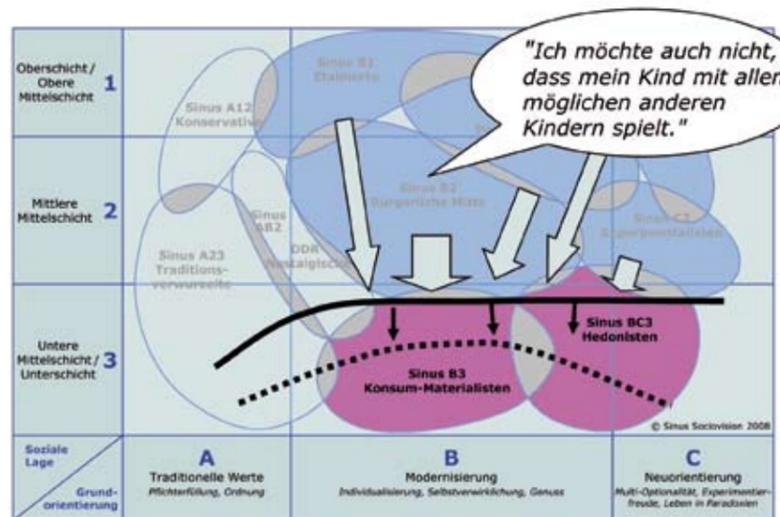
In Abbildung 5 werden die unterschiedlichen Demarkationslinien sozialhierarchischer Abgrenzung dargestellt.

Bemerkenswert ist, dass neben der offensichtlichen Demarkationslinie zwischen der Bürgerlichen Mitte und der unteren Mittel-/Unterschicht, sich sogar Abgrenzungsbemühungen innerhalb der unteren Mittelschicht und Unterschicht abzeichnen. Eine weitere Demarkationslinie verläuft soziokulturell und trennt die „oberen“ Milieus voneinander. Subtile Signale der Distinktion deuten sich darin an, dass die Bürgerliche Mitte neben ihren Abgrenzungen gegenüber der Unterschicht versucht, sich nach „oben“, zu den Postmateriellen, Etablierten und auch Modernen Performern zu orientieren. Die gehobenen Milieus allerdings pflegen bewusst eine gewisse Distanz. Freundschaften zwischen Eltern aus verschiedenen Milieus scheinen – laut Studie – immer seltener zu werden. Die Milieus bleiben lieber unter sich. (ausführlicher zu den Besonderheiten der Abgrenzung in den Milieus Merkle/Wippermann 2008: 50ff.)

Mit Blick auf die Eltern und ihr Erziehungsverhalten wird in der Studie eine Demarkationslinie sozialer Abgrenzung zwischen aktiven Eltern, die sich kümmern, ihre Kinder bewusst erziehen und fördern, gegenüber passiven Eltern, die die Entwicklung ihrer Kinder „laufen lassen“ und sich überfordert fühlen, unterschieden. Das Auseinanderdriften der Milieus und die starke Abgrenzung von den „oberen“ zu den „unteren“ Schichten werden in der Studie kritisch betrachtet. Das Risiko besteht und steigt weiterhin an, dass die

Menschen am unteren Rand der Gesellschaft resignieren und sich selbst aufgeben, da sie immer mehr den Anschluss verlieren. Diese Problematik wird als eine große gesellschaftliche Verantwortung und Herausforderung bewertet. Denn mit Blick auf soziale Integration und gesellschaftliche Solidarität erweist sich diese Entwicklung sozialpolitisch als fatal: Wenn Kinder, etwa aus der Bürgerlichen Mitte, nur ihre eigene Lebenswelt kennen und nicht die von Kindern aus den „unteren“ Milieus, kann soziale Empathie nicht wirklich entwickelt werden. „Solidarität wird zum Abstraktum. Und Solidarität bekommt in der gesellschaftlichen Mitte zunehmend die spezifische Semantik ‚sich solidarisieren gegen (...)‘“ (Merkle/Wippermann 2008: 51f.).

Abbildung 5: Soziale Distinktion und Abschottung – Demarkationslinien sozialhierarchischer Abgrenzung in den Sinus-Milieus



Quelle: Sinus Sociovision GmbH

Zusammenfassung:
Agathe Wilk

Literatur

- OECD: Babies and Bosses: OECD Recommendations to Help Families Balance Work and Family Life, 2007.
 Merkle, T./Wippermann C.: Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Stuttgart 2008.
 Merkle, T.: Eltern unter Druck – Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten, Dortmund 2009. (www.familienkongress.dortmund.de/, Menüpunkt „Dokumentation“ vom 02.12.2009)

Tanja Merkle

Sinus Sociovision GmbH
 Ezanvillestr. 59
 69118 Heidelberg
 Tel.: 06221/808927
 Fax: 06221/808925
 E-Mail: tanja.merkle@sociovision.de
 Homepage: www.sociovision.de





Gemeinsam im Dialog

Netzwerke: Ressourcenbündelung für mehr Familienfreundlichkeit

Familienfreundliche Strukturen im Stadtteil aufzubauen, ist eine Aufgabe, die nicht im Alleingang, sondern gemeinsam bestritten werden muss.

Im Workshop ging es um die Frage, wie es gelingen kann, Ressourcen für Familienfreundlichkeit im Stadtteil zu bündeln. Am Beispiel der Familienzentren und der Lokalen Bündnisse wurden zwei unterschiedliche Formen vorgestellt und diskutiert. Folgende Fragen spielten dabei eine Rolle: Welche Erfahrungen wurden mit der Netzwerkarbeit bzw. Ressourcenbündelung gemacht? Was kann verbessert werden und welche Rahmenbedingungen sind hierfür notwendig?

André Altermann

Das Beispiel der Familienzentren

Kaum eine Institution der Kinder- und Jugendhilfe hat in der jüngeren Vergangenheit solch eine rasante Entwicklung erfahren, wie es bei den Kindertageseinrichtungen zu beobachten war und ist. Von einer schichtspezifischen Versorgungs- und Betreuungsfunktion hin zu Bildung, Betreuung und Erziehung als integrativem Angebot für alle Kinder (Stöbe-Blossey et al. 2008a) kulminiert der institutionelle Entwicklungsverlauf in NRW vorläufig in der Implementierung erweiterter Beratungs- und Bildungsangebote für die ganze Familie.

Die flächendeckende Etablierung der neuen Familienzentren, so der erklärte Wille der Landesregierung, soll einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit des Landes NRW beitragen. „Hinter den Familienzentren steht die Idee, Familien eine verlässliche Anlaufstelle für Alltagsfragen in Ihrem Stadtteil zu bieten. [...] Frühe Beratung, Information und Hilfe in allen Lebenslagen sollen ermöglicht werden, indem die Familienzentren die bereits vorhandenen Dienste und Angebote zu Knotenpunkten bündeln“¹.

Mit dem durch die nordrhein-westfälische Landesregierung im Jahr 2006 initiierten Projekt „Familienzentrum Nordrhein-Westfalen“ ist der Anspruch verbunden, bis 2012 ein Drittel der ca. 9.000 nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Im Rahmen der Entwicklung zu Familienzentren werden Kindertageseinrichtungen so zu Knotenpunkten sozialräumlicher familienunterstützender Netzwerke.

Im Kern sind Familienzentren nach wie vor Kindertageseinrichtungen, die aber „über das Angebot an Bildung, Erziehung und Betreuung hinaus weitere niederschwellige Angebot zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und mit unterschiedlichen Bedürfnissen bereitstellen: Familienbildung und -beratung, Verknüpfung mit der Tagespflege, erweiterte Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (Stöbe-Blossey 2008b).

Darüber hinaus öffnen sich Familienzentren nach außen, indem gezielt verbindliche Kooperationen mit anderen Hilfesystemen wie Familienbildung,

¹ Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen im Vorwort der Publikation „Wege zum Familienzentrum Nordrhein-Westfalen. Eine Handreichung“, [2008/IMGFFI 1058].

Erziehungsberatung, Therapeuten, öffentliche Verwaltungen und Institutionen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe angestrebt werden (Possinger 2009). Familienzentren verbinden Akteure aus verschiedenen Politikfeldern (Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Staat) und stellen so sozialraumspezifische und bedarfsgerechte Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebote für Familien aus einer Hand bereit (Meyer-Ullrich 2008; Meyer-Ullrich et al. 2009). Familienzentren leisten so einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur an veränderte und zunehmend komplexere familiäre Bedarfe und bewirken idealerweise die Aufhebung fragmentierter lokaler Angebote auf kommunaler Ebene zugunsten von integrierten Angebotsstrukturen aus einer Hand.

Das Konzept „Familienzentrum“ betont die Bedeutung und „Wichtigkeit früher Förderung von Kindern und Familien [insbesondere] vor dem Hintergrund des ‚PISA-Schocks‘, aber vor allem auch angesichts einer wachsenden Zahl überforderter Familien bis hin zu teils schweren Fällen von Kindesvernachlässigung“ (Stöbe-Blossey 2009: 21). Dabei bieten Familienzentren ideale Voraussetzungen für aufsuchende Formen der Elternarbeit und Familienbildung, denn durch ihre Wohnortnähe und ihre sozialräumliche Ausrichtung erleichtern sie den Familien, vor allem Familien mit erhöhtem Förderbedarf, den Zugang zu früher Beratung, Information und Hilfestellungen (Meyer-Ullrich 2008: 4).

Aufbau des Gütesiegels

Gleichwohl sich die Familienzentren in Nordrhein-Westfalen aufgrund einer konsequent sozialräumlichen Ausrichtung durch eine beabsichtigte Profilverfälschung auszeichnen, ist mit der Entwicklung des „konzeptgebundenen“ Gütesiegels „Familienzentrum NRW“ ein Instrument zur Qualitätssicherung geschaffen worden. Das heißt, das Gütesiegel bestätigt allen Einrichtungen, die das Gütesiegelverfahren erfolgreich durchlaufen haben, dass sie ein bestimmtes Qualitätsniveau erreicht haben und dass die verfahrensimmanenten Qualitätsstandards eingehalten werden. Zu beachten ist hierbei, dass es nicht um die Qualität der pädagogischen Arbeit selbst geht, sondern vielmehr die extrafunktionalen Aufgaben des Familienzentrums bewertet werden. Mit dem Zertifizierungsverfahren wurde so auf Landesebene ein Steuerungsinstrument implementiert, welches die Leistungen eines Familienzentrums definiert (von der

Input- zur Outputsteuerung). Mit dem Zertifizierungsverfahren verbunden ist eine für vier Jahre andauernde finanzielle Förderung in Höhe von 12.000 Euro pro Jahr durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Bereits im Entwicklungsjahr stehen den Kindertageseinrichtungen diese Mittel zur Verfügung, eine Rezertifizierung ist nach vier Jahren angedacht.

Das Gütesiegel umfasst aktuell 112 Merkmale, die in vier Leistungs- und vier Strukturbereiche aufgeteilt sind. Die Leistungsbereiche definieren die Angebote, die ein Familienzentrum vorhalten muss. Die Strukturbereiche benennen Strukturen, mit denen eine am Bedarf des Sozialraums orientierte und nachhaltige Angebotsgestaltung unterstützt wird. Nachfolgend sind die Leistungs- bzw. Strukturbereiche aufgeführt (eine ausführliche Beschreibung finden Sie unter: www.familienzentrum.nrw.de).

Teil A – Leistungsbereiche

1. Beratung und Unterstützung von Kindern und Familien
2. Familienbildung und Erziehungspartnerschaft
3. Kindertagespflege
4. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Teil B – Strukturbereiche

5. Sozialraumbezug
6. Kooperation und Organisation
7. Kommunikation
8. Leistungsentwicklung und Selbstevaluation

Zertifizierte Einrichtungen haben in jedem Bereich eine Mindestanzahl von Merkmalen erzielt und somit ein dem Konzept zugrunde liegendes Qualitätsniveau dokumentiert. Die maximal zu erreichende Punktzahl beträgt 48. Zur Erlangung des Gütesiegels „Familienzentrum NRW“ reichen jedoch 24 Punkte aus. Einige Kriterien werden stärker gewichtet, andererseits können in einigen Bereichen fehlende Punkte durch Überschüsse in anderen Bereichen ausgeglichen werden. Dadurch sind in der Praxis sehr unterschiedliche Profile der Einrichtungen möglich – je nach Ausgestaltung des Sozialraums.

2 PädQUIS – Pädagogische Qualitäts-Informationssysteme gGmbH ist ein Kooperationsinstitut der Freien Universität Berlin.



Ausgewählte Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung

Dass mit dem Landesprojekt „Familienzentrum NRW“ nicht nur ein politischer Anspruch formuliert, sondern auch ein Entwicklungspotenzial deutlich wurde, zeigte die wissenschaftliche Begleitung durch PädQUIS2. Deutlich wurde hierbei: Familienzentren haben das Potenzial, Knotenpunkte eines Sozialraum-bezogenen familienunterstützenden Netzwerkes zu sein und somit zu bedeutenden Institutionen einer familienunterstützenden Infrastruktur in den Kommunen zu werden.

Das Unterstützungspotenzial der Familienzentren resultiert in besonderem Maße aus der Vernetzung familienbezogener Dienstleistungen. Die Fähigkeit, geeignete, d. h., entsprechend den sozialräumlichen Gegebenheiten adäquate Kooperationspartner zu gewinnen, entscheidet in einem hohen Maße über Qualität und Breite der Angebotsstrukturen eines Familienzentrums (Meyer-Ullrich 2008). Dass dies den bereits zertifizierten Einrichtungen bisher gut gelungen ist, zeigen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung (Schreiber et al. 2009; Schilling et al. 2009a, b, c, d; Tietze et al. 2009). Im Schnitt verfügt jedes Familienzentrum über sechs Kooperationspartner. Dabei sind die am

häufigsten genannten Partner: Familienbildungsstätten, Erziehungsberatungsstellen, kommunale Jugendämter, Grundschulen/benachbarte Kindertageseinrichtungen, Tagesmüttervereine, Migrationsfachstellen, Therapeuten und Behörden (Schilling et al. 2009b, c, d).

Dabei zeigt die Resonanz der befragten Eltern – immerhin 85 Prozent der Befragten zeigten sich mit den Angeboten der Familienzentren zufrieden – dass zusätzliche Angebote gewünscht und auch angenommen werden (Schreiber et al. 2009). Auch die befragten Jugendämter vernahmten eine deutliche Qualitätssteigerung durch die Arbeit der Familienzentren. Allerdings liegen die Wirkungen der Familienzentren vor allem in einer Verbesserung im Bereich Beratung und Bildung, weniger im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Schilling et al. 2009b). Die positiven Ergebnisse gründen sich vor allem auch auf einen verbesserten Zugang der Eltern. Nahezu die Hälfte der befragten Jugendämter schätzte dies so ein. Annähernd gleich viele nahmen Synergieeffekte durch vernetztes Arbeiten mit Beratungseinrichtungen und Therapeuten wahr (ebd.). Diese Ergebnisse wurden durch die befragten Familienbildungsstätten und Erziehungsberatungsstellen bestätigt (Schilling et al. 2009c, d). Häufig werden die Leistungen der Erziehungsberatung und der

Familienbildung in den Räumlichkeiten der Familienzentren erbracht: regelmäßige offene Sprechstunden, Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz, Eltern-Kind-Gruppen, Bewegungsangebote etc. Durch die häufige Präsenz in den Einrichtungen kann so ein Klima der Vertrautheit und des Vertrauens zwischen den Mitarbeiter/-innen, den Kooperationspartnern und den Eltern entstehen.

Dies zeigt: Elternarbeit in Familienzentren entwickelt sich immer mehr zu Elternberatung. Viele Eltern sind verunsichert in Erziehungsfragen und benötigen neue Impulse und Anregungen für den Umgang mit ihrem Kind. So erstaunt es nicht, dass Erzieher/-innen immer mehr in diesem Bereich gefordert sind. Eltern sind gegenüber dem Rat von Erzieher/-innen sehr aufgeschlossen – sie stehen, (nach dem/der Ehepartner/-in) an zweiter Stelle der Personen, die sie konsultieren, wenn sie Rat in Erziehungsfragen benötigen.

Wo hakt es?

Die insgesamt positive Arbeit der Leitungs- und Fachkräfte in den Familienzentren ist jedoch mit fortschreitender Verbreitung in die Fläche mit zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden. So berichten Familienzentren im ländlichen Raum, aber auch in Großstädten mit vielen Familienzentren zunehmend über Kapazitätsengpässe bei den Kooperationspartnern. Dies scheint insbesondere die Erziehungsberatung, aber auch die Familienbildung zu betreffen. Dies erschwert die Suche nach geeigneten und sinnvollen Kooperationspartnern im Sozialraum. Daneben ergeben sich netzwerkimmanente Schwierigkeiten, die eine intensive Arbeit der Netzwerkpflege und des Netzwerkaufbaus bedingen. Dies zeigt sich vor allem, wenn kooperierende Einrichtungen aus verschiedenen Systemen kommen, die unter Umständen mit unterschiedlichen Systemlogiken, Kulturen und Finanzierungsmodi aufeinander treffen.

Die skizzierten neuen Aufgaben der Kindertageseinrichtungen machen es deutlich: Erzieher/-innen sind zunehmend mit komplexen Aufgaben konfrontiert. Sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht lässt sich hier eine Aufgabenerweiterung feststellen.

Neben einem erweiterten fachlichen Profil – Stichwort U3-Ausbau, Fokussierung auf die Thematik frühkindliche Bildung – bedarf es zunehmend extrafunktionaler Fähigkeiten wie sozialer Kompetenz, Teamfähigkeit, Verhandlungsgeschick, interkultureller Kompetenz und weiterem mehr. Der Ausbau der Familienzentren geht

mit einer erhöhten zeitlichen Belastung des Personals, insbesondere der Leitungen, einher. Umso notwendiger wird eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung der Steuerungsarbeit in Familienzentren. Dies betrifft insbesondere die Frage der Freistellung von Leitungspersonen, die auch gemeinsam mit den Trägern der Einrichtungen angegangen werden muss. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine nachhaltige Verankerung der Familienzentren in die Jugendhilfeplanung und der kommunalen familienpolitischen Gesamtkonzeption. Nur so lässt sich das Nebeneinander familienunterstützender Einrichtungen überwinden.

André Altermann

Institut für soziale Arbeit e.V. Münster
Stadtstraße 20, 48149 Münster
Tel.: 0251/270-5946
Fax: 0251/92 536-80
E-Mail: andre.altermann@isa-muenster.de
Homepage: www.isa-muenster.de

Literatur

- Meyer-Ullrich, Gabriele: Familienzentren als Netzwerke. Kinder individuell fördern, Eltern beraten und unterstützen, in: Thema Jugend, Zeitschrift für Jugend- und Erziehung, Nr. 4/2008, S. 4-7.
- Meyer-Ullrich, Gabriele; Siems, Sylvia (2009): Familienzentrum NRW: Qualitative Ergänzungsstudien zur Weiterentwicklung von Einrichtungen nach der Pilotphase (Arbeitsbericht 6 der wissenschaftlichen Begleitung), Berlin, [Onlinedokument: http://www.paedquis.de/f+p/fz_nzw_down.htm; Stand: 10.06.2009].
- Possinger, Johanna: „Kühe die man melken will, muss man füttern“. Eine Zwischenbilanz zum Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und Familienzentren, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin 2009, Nr. 2/2009, S. 58-62.
- Schreiber, Norbert/Tietze, Wolfgang: Familienzentren NRW: Der Entwicklungsprozess aus der Perspektive von Einrichtungen und Eltern (Arbeitsbericht 1 der wissenschaftlichen Begleitung „Familienzentren NRW“), Berlin 2009, (www.paedquis.de/f+p/fz_nrw_down.htm vom 10.06.2009).
- Schilling, Gabi/Schreiber, Norbert: Familienzentren NRW: Die Einrichtungen der ersten Ausbaustufe im Vergleich (Arbeitsbericht 2 der wissenschaftlichen Begleitung „Familienzentren NRW“), Berlin 2009a, (www.paedquis.de/f+p/fz_nrw_down.htm vom 10.06.2009).

Schilling, Gabi: Familienzentren NRW: Die Perspektive der Jugendämter (Arbeitsbericht 3 der wissenschaftlichen Begleitung „Familienzentren NRW“), Berlin 2009b, (www.paedquis.de/f+p/fz_nrw_down.htm vom 10.06.2009).

Schilling, Gabi: Familienzentren NRW: Die Perspektive der Familienbildungsstätten (Arbeitsbericht 4 der wissenschaftlichen Begleitung „Familienzentren NRW“), Berlin 2009c, (www.paedquis.de/f+p/fz_nrw_down.htm vom 10.06.2009).

Schilling, Gabi/Stöbe-Blossey, Sybille: Familienzentren NRW: Die Perspektive der Erziehungsberatungsstellen (Arbeitsbericht 5 der wissenschaftlichen Begleitung „Familienzentren NRW“), Berlin 2009d, (www.paedquis.de/f+p/fz_nrw_down.htm vom 10.06.2009).

Stöbe-Blossey, Sybille: Neue Angebote für Familien – Erfahrungen aus der Pilotphase im Projekt „Familienzentrum NRW“, in: Heuchel, Ilona/Lindner, Eva/Sprenger, Karin (Hrsg.): Familienzentren in Nordrhein-Westfalen. Beispiele innovativer Praxis, Münster 2009, S. 21-35.

Stöbe-Blossey, Sybille/Tietze, Wolfgang/Mierau, Susanne: Von der Kindertagesstätte zum Familienzentrum, in: Rossbach, Hans-Günther/Blossfeld, Hans-Peter (Hrsg.): Frühpädagogische Förderung in Institutionen, Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 11/2008a, S. 106-122.

Stöbe-Blossey, Sybille: Familienzentren in Nordrhein-Westfalen – eine neue Steuerung von niederschweligen Angeboten für Kinder und Familien, in: Diller, Angelika/Heitkötter, Martina/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Familie im Zentrum. Kinderfördernde und elternunterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen, München 2008b, S. 195-209.

Tietze, Wolfgang/Lee, Hee-Jeong/Schreiber, Norbert: Familienzentren NRW: Allgemeine pädagogische Qualität und die Qualität als Familienzentrum (Arbeitsbericht 7 der wissenschaftlichen Begleitung „Familienzentren NRW“), Berlin 2009, (www.paedquis.de/f+p/fz_nrw_down.htm vom 10.06.2009)

Bettina Weist

Gladbecker Bündnis für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft

Gründung

Um Gladbeck für Familien attraktiv zu machen und alle Gladbecker Bürger/-innen an dieser Entwicklung zu beteiligen, wurde am 1. Juli 2005 das Gladbecker Bündnis für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft ins Leben gerufen. Zuvor hatte der Rat der Stadt Gladbeck Mittel für die Bildung des Fonds „Familie, Kinder, Jugend und Schule“ verabschiedet, aus dem das Lokale Bündnis hervorging. Zur Auftaktveranstaltung ins Innovationszentrum Wiesenbusch kamen zahlreiche Bündnispartner/-innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – u. a. Bürgermeister Ulrich Roland, der die Schirmherrschaft übernommen hat.

Ziel

Mit ihrer gemeinsamen Arbeit wollen die Bündnisakteure die Situation für Gladbecker Familien weiter verbessern. Dabei gilt es, wichtige Zukunftsfragen zu beantworten und in Zeiten knapper finanzieller und personeller Ressourcen nachhaltige Strukturen für Familien auf- und auszubauen. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung von Erziehung und Bildung als Schlüssel für die Zukunftssicherung und soziale Integration – eine Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlichen Bereiche. Familien sollen deshalb möglichst früh begleitet werden, Migrant(inn)en sollen integriert werden und Zukunftschancen erhalten. Diese Ziele hält das Gladbecker Bündnis in einem Leitbild fest.

Umsetzung

Die inhaltliche Arbeit des Gladbecker Bündnisses findet in den vier Werkstätten „Schule und Jugendhilfe“, „Familienbildung“, „Lernendes Gladbeck“ sowie „Bündnis für Integration“ statt. Deren Aufgabe ist es, die strategischen Ziele, die das Gladbecker Bündnis mit seinen Bündnispartner/-innen definiert, in praktische Angebote, Projekte und Maßnahmen umzusetzen. Dies bedeutet auch, neue Partner/-innen zu finden und mit einzubinden. Zweimal jährlich stattfindende Plena sorgen für eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Arbeit der vier Werkstätten: Beim Frühjahrs- oder auch Innovationsplenum werden Ideen gesammelt und Projekte koordiniert, beim Herbstplenum wird ein Fazit

der Bündnisarbeit gezogen. 2009 wird das Frühjahrsplenum zum zweiten Mal als Stadtbildungskonferenz durchgeführt.

Insgesamt 25 Projekte haben die Bündnispartner/-innen gemeinsam auf den Weg gebracht, einige davon haben sich bereits verstetigt und sind in das reguläre Angebot der jeweiligen Träger übergegangen. Zu den Projekten, von denen Familien in Gladbeck profitieren, gehören u. a. die Integrationshelfer/-innen in den Gladbecker Schulen, Sprachfördermaßnahmen in den Gladbecker Kindergärten, die Gladbecker Kinder- und Jugenduniversität, das Spiel- und Lernprogramm „Opstapje“, Unterstützungsangebote für Familien im Alltag oder Maßnahmen zur Gewaltvorbeugung. Aber auch das Willkommenspaket „Kinder im Blick“, mit der junge Mütter und Väter mit Neugeborenen seit Oktober 2007 begrüßt werden, trägt dazu bei, dass sich Familien in Gladbeck willkommen und wohl fühlen. So wird eine Basis dafür gelegt, dass Eltern die lokalen Angebote von Beginn an kennen und in Anspruch nehmen. Im Mittelpunkt stehen Familien zudem beim jährlichen Gladbecker Familientag, der am 20. September 2008 zum zweiten Mal statt fand. Damit die Angebote für Familien zukünftig noch stärker gebündelt und weiterentwickelt werden können, hat der Rat der Stadt Gladbeck im Dezember 2008 einen weiteren wichtigen Beschluss gefasst: Die Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ ist für das Gladbecker Bündnis der nächste Baustein für ein familienfreundliches Lebensumfeld.

Wer ist dabei?

- Gladbecker Bürger/-innen
- alle Gladbecker Familienzentren
- alle Gladbecker Schulen
- alle Kindertagesstätten und Kindergärten
- Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Recklinghausen
- Caritasverband Gladbeck
- Deutscher Kinderschutzbund Gladbeck
- Einzelhandelsverband
- Evangelischer Dienst für Erziehungshilfe
- Frauenberatungsstelle Gladbeck
- Gesundheitsamt des Kreises Recklinghausen

- Internationales Mädchenzentrum Gladbeck
- Jugendrat beim Bürgermeister der Stadt Gladbeck
- Katholisches Familienwerk
- Kinderheim St. Agnes
- Lebenshilfe Gladbeck
- Polizei Gladbeck
- Rat der Stadt und seine Ausschüsse
- Sozialdienst Katholischer Frauen
- Sportsportverband
- Stadtverwaltung Gladbeck
- Verband evangelischer Kirchengemeinden
- Verband katholischer Kirchengemeinden
- Verein zur Förderung der Jugendpflege
- Vestische Arbeit Gladbeck

Bettina Weist
 Bürgermeisterbüro
 Kinder- und Jugendbeauftragte/Projektsteuerung
 Willy-Brandt-Platz 2
 45964 Gladbeck
 Tel.: 02043/99-2615
 Fax: 02043/99-1999
 E-Mail: bettina.weist@stadt-gladbeck.de
 Homepage: www.gladbecker-buendnis.de



Prävention im Kinderschutz – zwischen Unterstützung und Kontrolle

Im Workshop wurden Präventionsangebote im Rahmen „Früher Hilfen“ diskutiert. Im Fokus stand die Balance von Hilfe und Kontrolle, von Unterstützung und Intervention. Gefragt wurde u. a.: Wie kann diese Ambivalenz von Fachkräften und Organisationen gestaltet werden? Welche Chancen, aber auch welche Risiken bergen in diesem Spannungsfeld Präventionsmaßnahmen?

Holger Ziegler

Hilfe und Kontrolle im Kinderschutz

Kinderschutz im Diskurs

Im Jahre 2007 hat UNICEF eine international vergleichende Untersuchung zu den Lebenslagen und Lebenssituationen von Kindern vorgelegt. Man könnte diese auf der Grundlage der UN-Konvention über die Rechte von Kindern angelegte Studie auch als eine Art „Wohlergehens-PISA“ bezeichnen. Dieser Overview of Child Well-Being in Rich Countries der UNICEF (2007) ist in der Kinderschutzdebatte in Deutschland vergleichsweise wenig prominent – weit weniger etwa als PISA in der Schuldiskussion. Dies liegt nun keinesfalls daran, dass es um das Wohlergehen von Kindern besser gestellt wäre als um deren Schulleistungen. Die Vergleichsstudie zur Situation der Kinder in Industriestaaten hat die Lage von Kindern entlang sechs wesentlicher Dimensionen – Wohlstand, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Beziehung zu Familie und Freunden, Risikoverhalten und eigene Einschätzung – erfasst. Deutschland ist dabei bestenfalls durchschnittlich. Dabei schneidet es nicht mit Blick auf Bildung besonders schlecht ab – hier ist Deutschland sogar eher leicht überdurchschnittlich –, sondern vor allem auch mit Blick auf die materielle Situation von Kindern. Deutschland belegt hier Platz 14 von 24 Industriestaaten. In Fragen, die den Bereich frühkindlicher Betreuung betreffen, gehört es sogar zu den Schlusslichtern. Was die Sicherstellung des Wohlergehens von Kindern betrifft, sind die klassischen „sozialdemokratischen“

Länder Niederlande, Schweden, Dänemark und Finnland führend, die „liberalen“ Länder USA und Großbritannien belegen mit großem Abstand die letzten Plätze. Sie sind nicht nur wohlfahrtspolitisch, sondern auch mit Blick auf das Wohlergehen von Kindern ein denkbar schlechtes Vorbild.¹

Möglicherweise ist die vergleichsweise geringe Präsenz der Child Well-Being Studie im Diskurs um Kinderschutz der Tatsache geschuldet, dass sie eher sozialwissenschaftlich ausgerichtet ist, während in der gegenwärtigen Kinderschutzdebatte vor allem psychologische, psychiatrische oder pädiatrische Perspektiven Gehör finden. Möglicherweise gefällt auch die Tatsache nicht, dass, wie der Hauptautor der Studie, Hans Berttram, betont, zur Verbesserung des Wohlergehens von Kindern abgestimmte Maßnahmen erforderlich seien, die die wirtschaftliche Situation von Familien positiv beeinflussen.

Während diese Studien dafür sprechen, dass ein weitreichendes Wohlfahrts- und soziales Unterstützungssystem ein wesentlicher Baustein zur Sicherstellung des Wohlergehens von Kindern ist, scheint ein nicht unerheblicher Teil der Debatte um den Kinderschutz eine eher ordnungspolitische Wende zu nehmen. Damit ist, wie das Bundesjugendkuratorium (2007) bemerkt, die „Balance zwischen einer modernen Dienstleistungskonzeption einerseits und dem Aufrechterhalten des

Schutzgedankens andererseits“ angesprochen, wobei die Gefahr besteht, dass das „Phänomen der Kindeswohlgefährdung zum Ausgangspunkt eines stärker eingreifenden und kontrollierenden Staatsverständnisses“ wird.

Solche Tendenzen finden sich hinsichtlich der Einführung bestimmter Verfahrensrichtlinien in der Bearbeitung von Verdachtsfällen und der Implementation mehr oder weniger investigativer Instrumentarien (etwa einem ganzen Arsenal von Checklisten, Erhebungs- und Einschätzungsbögen, Screeninginstrumenten etc.). Unabhängig vom Sinn und der Legitimierbarkeit dieser Verfahren und Instrumente im Einzelnen wird sich eine Gesamttendenz in Richtung einer Stärkung der kontrollierenden und eingreifenden Momente der Jugendhilfe kaum bestreiten lassen. Dies wird auch im Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) aufgegriffen. Durch eine Ergänzung des Gesetzes wird der Kinderschutz im SGB VIII betont und ausgeweitet. Dies geschah und geschieht in einer Weise, die u. a. den sogenannten „hoheitlichen Aufgaben“ einen größeren Nachdruck verleiht und Fragen des Vertrauensschutzes neu tariert bzw. Befugnisse des Jugendamtes mit Blick auf die Erhebung und Zugänglichkeit von Daten ausweitet (Widersprüche 2008). Eine mit solchen Entwicklungen koinzidierende „neue Angst vor dem Jugendamt“ (Gläss 2009) seitens (potenzieller) Klient(inn)en wäre in der Gesamtwirkung womöglich als ein eigenständiger Faktor der Bedrohung des Kindeswohls zu werten.

Kinder- und Jugendhilfe auf dem Prüfstand

Es ist zunächst kaum zu bestreiten, dass Problembelastungen von Familien zugenommen haben. Dass solche Belastungen mit Konstellationen und Prozessen einhergehen, sich nicht eben gerade gedeihlich auf das Wohlergehen von Kindern auswirken, ist ebenfalls unstrittig. Ob es jedoch in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten zu einer Zunahme von Kindeswohlgefährdungen gekommen ist, ist unbekannt.

Hier haben insbesondere das Nationale Zentrum Frühe Hilfen und das Bundesjugendkuratorium wichtige Aufklärungsarbeiten geleistet, die einer öffentlichen, aber auch fachlichen Diskussion entgegenwirken, in der häufig der Eindruck vermittelt wird, Vernachlässigungen und Misshandlungen würden ständig zunehmen, während die einem Dienstleistungsgedanken verpflichteten Jugendämter immer später und zögerlicher eingreifen. Anders formuliert: Ein guter Teil der Debatte

im Hintergrund einer ordnungspolitischen Wende im Kinderschutz basiert auf der Annahme, dass eine steigende Zahl von Kindeswohlgefährdungen auf eine zunehmend zahllose, lediglich angebotsorientierte Kinder- und Jugendhilfe trifft. Für solche Unterstellungen gibt es jedoch kein empirisches Fundament. Mit Blick auf die Zahl der Kindesvernachlässigungen und -misshandlungen gibt es gegenwärtig überhaupt keine Ergebnisse repräsentativer Studien, sondern nur Schätzungen. Dabei oszillieren die unterstellten Zahlen mit Blick auf Kinder bis zu sechs Jahren zwischen 48.000 und 430.000 Fällen pro Jahr. Solche Schätzungen sind wenig wert. Die seriöse Antwort auf die Frage nach den Fallzahlen lautet: Man weiß es nicht. Weil das so ist, weiß man auch nicht, ob die Fallzahlen zugenommen haben. Bevor sich robuste Studien dazu finden, wäre dem Kinderschutz am besten gedient, wenn einige seiner Repräsentanten häufiger den Mund halten würden, statt fiktive Fallzahlen zu verkünden oder Statistiken aus dem Kaffeesatz zu lesen. Während man die Fallzahlen von Kindesvernachlässigungen und -misshandlungen nicht kennt, kennt man die dadurch begründeten Todesfälle einigermaßen zuverlässig aus der Todesursachenstatistik. Seit den 1980er-Jahren sind diese national wie international (dazu UNICEF 2003) deutlich rückläufig. Surveyuntersuchungen legen darüber hinaus nahe, dass auch gewalttätiges Erziehungsverhalten eher abgenommen hat.

Für eine zögerliche Kinder- und Jugendhilfe spricht ebenfalls wenig. Das dafür verantwortlich gemachte Dienstleistungsparadigma hat sich in den 1990er-Jahren (zumindest rhetorisch) durchgesetzt. Dabei haben im Verlauf der 1990er-Jahre die familienunterstützenden und -ergänzenden Hilfen deutlich zugenommen. Und auch die Inobhutnahmen von Kindern unter drei Jahren sind zwischen 1995 und 2001 um etwa 40 Prozent gestiegen (NZFH 2009). Das sind gewiss keine Indikatoren für Passivität, und zwar weder bei einer Förderung und Unterstützung noch bei den eher intervenierenden Maßnahmen.

Dass auch eine dienstleistungsorientierte Form der Jugendhilfe „Hilfe und Kontrolle“ zugleich ist, ist zumindest dann nicht strittig, wenn wir uns darauf verständigen, was Kontrolle bedeutet. Wenn Kontrolle heißt, dass der oder die, die nicht „spurt“, nicht mit Unterstützung, sondern mit der „ordnungspolitischen Keule“ zu rechnen hat, ist nicht einzusehen, warum Jugendhilfe Kontrolle sein soll. Legt man jedoch einen sozialwissenschaftlichen Begriff sozialer Kontrolle zugrunde, sieht das anders aus. Soziale Kontrolle, erläutert etwa Sebastian Scheerer (2000), sei das „Ensemble

¹ Auch wenn man die Anzahl der Kindesmisshandlung bzw. -vernachlässigung mit Todesfolge als Vergleichgröße nimmt, schneiden insbesondere die USA deutlich schlechter ab als die europäischen Wohlfahrtsstaaten (UNICEF 2003).

all dessen [...] was unerwünschtes Verhalten verhindern soll und/oder faktisch verhindert [...] – sowie all dessen, was auf unerwünschtes Verhalten reagiert (ob das nun funktioniert oder nicht)“. Gleich, ob sich Jugendhilfe im Bereich des Kinderschutzes nun auf die Förderung jener – offensichtlich positiv bewerteten – Verhaltens- und Verkehrsformen bezieht, die sich gedeihlich auf das Kindeswohl auswirken, oder ob sie auf jenes unerwünschte Verhalten reagiert, das eine Kindeswohlgefährdung impliziert, ist sie – soziologisch betrachtet – eine Instanz sozialer Kontrolle.

Entscheidend ist allerdings weniger, ob Jugendhilfe soziale Kontrolle ist, sondern wie sie sozial kontrollierend eingreift. Das ist vergleichsweise unproblematisch, wenn sie Menschen ein Angebot macht, auf das diese freiwillig zugreifen. Problematisch ist es, wenn Jugendhilfe gegen den Willen der Klient(inn)en in deren Lebensführung eingreift. Dies lässt sich z. B. zur Sicherung der Ansprüche Dritter – z. B. von Kindern – legitimieren. Durchaus überzeugend wird so teilweise auch im Kinderschutz argumentiert. Dann aber sind die eigentlichen Klient(inn)en alleine die Kinder und nicht die Eltern. Diese Argumentation ist meines Erachtens nur dann stichhaltig, wenn es darum geht, Kinder aus der Familie herauszunehmen. Wenn ich die Frühe Hilfe aber richtig verstehe, dann sind auch die Eltern selbst die Adressat(inn)en bzw. die Klient(inn)en der Hilfe, denn es geht in einem hohen Maße um die Sicherstellung und Erweiterung elterlicher (Erziehungs-, Beziehungs-) Kompetenzen.

Wenn die Eltern nun Klient(inn)en Sozialer Arbeit sind und man ihnen mit guten Gründen zuschreibt, dass sie Probleme in ihrer sozialen Lebensführung aufweisen, so besteht die sozialarbeitstypische Begründung von Kontrolle darin, den Eingriff in die Handlungsfreiheiten ihrer Klient(inn)en mit Verweis auf deren eigenes Wohlergehen zu begründen. Dies entspricht ziemlich genau der klassischen Definition von Paternalismus. Nicht die ordnungsstaatliche, sondern die paternalistische Form der Kontrolle ist die, um die es in der fachwissenschaftlichen Debatte um Hilfe und Kontrolle geht. Das Wohlergehen der Kontrollierten ist dabei der zentrale Fluchtpunkt.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“

Im Folgenden wird anhand einiger empirischer Daten ein Begründungsversuch angetreten, warum im Kinderschutz eine Form der Kontrolle angemessen ist, die sich – sofern sie sich keiner familienersetzenden Maßnahmen bedient – auch auf das Wohlergehen der elterlichen Klientel richtet. Hierfür wird auf Zwischenergebnisse einer Wirkungsevaluation von 15 Angeboten Früher Hilfen in NRW und Schleswig-Holstein zurückgegriffen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ untersucht werden.² Zum derzeitigen Stand der Erhebung wurde u. a. der Hilfebeginn von 187 Fällen dokumentiert (vgl. Abbildung 1). Zu den Fällen liegt jeweils eine Einschätzung einer Fachkraft vor. Das entspricht einer Vollerhebung der im Befragungszeitraum begonnenen Hilfen. Von diesen 187 Fällen waren gut zwei Drittel, d. h., 126 Adressat(inn)en – überwiegend die Mütter – bereit, sich mittels eines standardisierten Fragebogens interviewen zu lassen (vgl. Abbildung 2).

Die Adressat(inn)en dieser Frühen Hilfen sind zunächst in einem überproportionalen Maße sozial unterprivilegiert. Legt man die Indizierung zugrunde, die im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS, www.kiggs.de) verwendet wurde, dann gehören mehr als zwei Drittel zur Gruppe mit einem „niedrigen Sozialstatus“. Genau diese Gruppe gehört auch zu den expliziten Zielgruppen der Hilfen.

Drittelt man nun die tatsächlich erreichten Adressat(inn)en nach sozioökonomischem Status, so fällt auf, dass das mittlere und obere Drittel von den Mitarbeiter(inne)n der Frühen Hilfen im Erstgespräch etwa gleich (gut) eingeschätzt werden, die Problem- bzw. Risikozuschreibungen im unteren Drittel jedoch kumulieren. Interessant ist hierbei, dass dies gerade nicht mit Blick auf unmittelbar sichtbare bzw. prüfbar Aspekte gilt, wie etwa der Gesundheitssituation des Kindes, seiner körperlichen Erscheinung und seinem Versorgungsgrad oder auch dem Interaktionsverhalten, der Fürsorglichkeit und der Aufmerksamkeit gegenüber dem Kind, sondern vor allem auf der Ebene von Wissensbeständen und Motivzuschreibungen. Kenntnisse in Versorgung und Erziehung werden ebenso signifikant schlechter eingeschätzt wie der psychische

Zustand und die Berechenbarkeit, Zuverlässigkeit und Initiative der Eltern. Signifikant häufiger werden eine (allgemein) mangelnde Betreuungssituation sowie eine Überforderung und ein Bedarf an praktischer Unterstützung festgestellt. Vor allem die abstrakte Frage nach der Gesamtgefährdung fällt deutlich und statistisch signifikant zuungunsten des sozioökonomisch niedrigsten Drittel der Adressat(inn)en aus. Auch eine Einzelfallhilfe wird deutlich häufiger für diese Gruppe eingeleitet.

In der Befragung der Eltern selbst fanden sich diese Differenzen nicht. Weder die allgemeine parentale Kompetenzüberzeugung der Befragten noch ihre entwicklungs-, beziehungs- oder gesundheitsbezogene Kompetenzüberzeugung noch das Ausmaß ihrer Freude am, ihrer Verbundenheit mit oder ihrer Aggression gegenüber dem Kind noch ihre Tendenz zur Rollenkehr oder das Maß, indem sie über Stress und Überforderung in der Erziehung berichten, korreliert mit dem Sozialstatus der Befragten – und im Übrigen auch nicht mit ihrem Familienstand z. B. als alleinerziehende Mutter.

Nun ist damit nicht gesagt, dass die Mitarbeiter/-innen in Frühen Hilfen zu Unrecht eine Kumulation von Problemlagen bei Frauen aus sozioökonomisch ungünstigen Bedingungen feststellen. Die Selbsteinschätzung der befragten Frauen ist auch kein Hinweis dafür, dass die Mitarbeiter/-innen in Frühen Hilfen „falsch“ liegen. Wichtig ist nur, dass sich bei den Einschätzungen der Mitarbeiter/-innen ein schichtspezifischer Zusammenhang findet (und ein ebenso deutlicher Zusammenhang der Art, dass Problembelastungen bei Alleinerziehenden diagnostiziert werden), während sich solche Zusammenhänge in der Befragung der Klient(inn)en nicht findet. Dies ist nicht der einzige Aspekt, in dem die Sichtweisen auseinanderklaffen. Tendenziell schätzen die Eltern ihre Belastung und Überforderung höher ein als die Mitarbeiter/-innen in Frühen Hilfen (vgl. Abbildung 3).

Auf Basis der Risikodokumentationen in den Frühen Hilfen lassen sich die von den Fachkräften eingeschätzten Fälle in unterschiedliche Gruppen „clustern“.

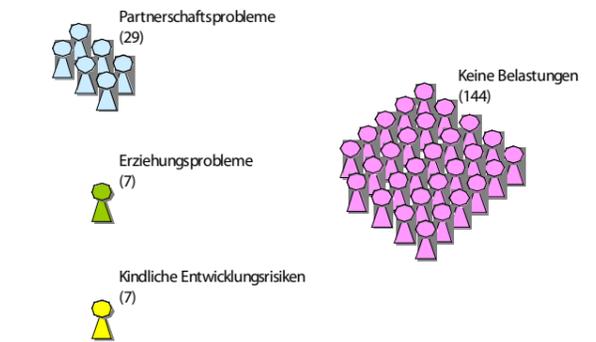
Auf Basis clusteranalytischer Verfahren lassen sich auch die Eltern auf der Grundlage ihrer eigenen Angaben in unterschiedliche Gruppen einteilen.

Um den Divergenzen in der Wahrnehmung und Deutung zu begegnen, sprechen sich eine Reihe von Wirkungsstudien für ein tragfähiges Arbeitsbündnis

Abbildung 1: Einschätzungen der Fachkräfte zur familiären Situation der Eltern nach Clustern (n = 187)

Belastungsgruppen

(Fachkräfteeinschätzung Hilfebeginn n = 187)



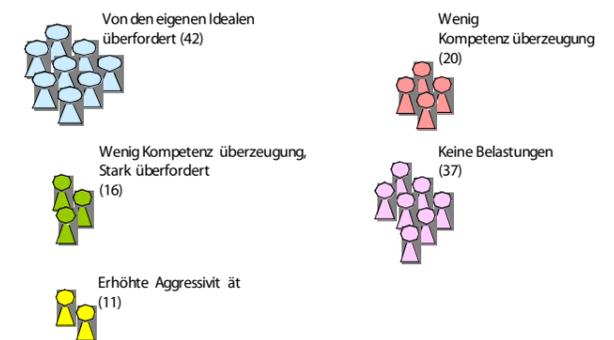
Anmerkung: Die Angabe „n“ weist hier die Fallzahl und die der jeweiligen Fachkräfteeinschätzung aus. Das heißt, es liegen 187 Fachkräfteeinschätzungen bzw. in 187 Fällen liegt jeweils eine Einschätzung einer Fachkraft vor.

Quelle: Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“.

Abbildung 2: Einschätzungen der Eltern zur eigenen familiären Situation nach Clustern (n = 126)

AdressatInnengruppen

(Telefoninterview n = 126)



Anmerkung: Die Angabe „n“ umfasst die abgegebenen Elterneinschätzungen. Das heißt, von den 187 möglichen Fällen haben bei 126 Fällen die Eltern eine Einschätzung zu ihrer familiären Situation gegeben. In 61 Fällen liegt keine Elterneinschätzung vor.

Quelle: Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“.

² Das Projekt findet in gemeinsamer Leitung mit Prof. Wolfgang Böttcher statt und wird operativ vor allem von Pascal Bastian, Virginia Lenzmann und Anne Lohmann von der WWU Münster durchgeführt (siehe auch www.fruehehilfen.de _ Modellprojekte Frühe Hilfen).

Reinhild Schäfer

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen: Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) wurde 2007 eingerichtet im Rahmen des Bundes-Aktionsprogramms „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“.

Ziele sind, den Auf- und Ausbau von Netzwerken Früher Hilfen bundesweit zu unterstützen und zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung des Feldes beizutragen. Frühe Hilfen im Sinne des Aktionsprogramms zielen darauf ab, den Schutz von Säuglingen und Kleinkindern vor Vernachlässigung und Misshandlung zu verbessern. Dies soll insbesondere erreicht werden durch die Förderung elterlicher Kompetenzen, frühzeitiges Erkennen familiärer Belastungen sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit von Einrichtungen der Jugendhilfe und des Gesundheitssystems.

Um den Kenntnisstand zu Angeboten und Wirkungen Früher Hilfen zu erweitern, arbeitet das NZFH mit Modellprojekten in allen Bundesländern zusammen. In diesen Projekten wird u. a. der Frage nachgegangen, wie es unterschiedlichen Angeboten gelingt, systematisch Zugang zu Familien zu finden, Belastungen und mögliche Risiken für das Kindeswohl frühzeitig zu erkennen und Familien zur Annahme von Hilfen zu motivieren. Einige Projekte gehen auch der Frage nach, wie Kooperation und Vernetzung im Bereich der Frühen Hilfen gelingen kann.

Ersten Ergebnissen zufolge erweist es sich für die Etablierung eines Netzwerks Früher Hilfen als förderlich, wenn Verantwortlichkeiten und Federführung geregelt sind, die Kommune den Vernetzungsprozess aktiv unterstützt, eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet wird und verbindliche Kooperationsvereinbarungen bestehen. Diese Befunde werden gestützt durch die Ergebnisse einer vom NZFH in Auftrag gegebenen Befragung von Jugendämtern und Gesundheitsämtern zu Kooperationsformen in den Frühen Hilfen. Diesen Ergebnissen zufolge arbeiten im Jahr 2008 bereits über 80 Prozent der befragten Ämter in einem Netzwerk Früher Hilfen mit. Auch wenn die Kooperationsbezüge bislang offensichtlich noch eher loser Art sind, zeigt sich doch, dass die Auswirkungen verbindlich organisierter Netzwerke deutlich besser eingeschätzt werden.

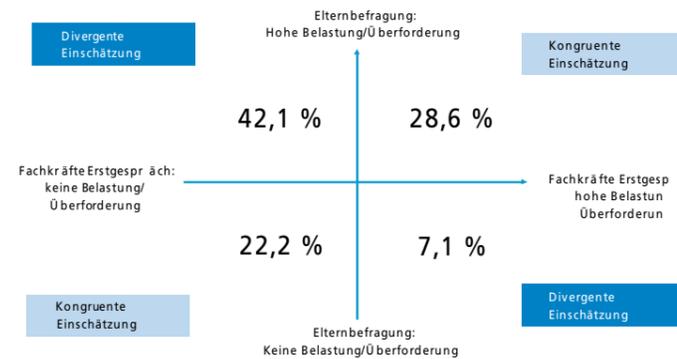
Dies gilt vor allem hinsichtlich der Zusammenarbeit der Beteiligten und der Kenntnis über die Angebote, Aufgaben und Zuständigkeiten der anderen Institutionen.

Neben der Bündelung und der Bereitstellung von Wissen zu Frühen Hilfen (www.fruehehilfen.de) unterstützt das NZFH die Praxis zudem im Rahmen von Fachveranstaltungen und Workshops.

In einem neuen Projektbereich arbeitet das NZFH darüber hinaus gemeinsam mit Kommunen und einem Forschungsprojekt an der Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements im Kinderschutz mit.

Dr. Reinhild Schäfer
 Nationales Zentrum Frühe Hilfen
 c/o Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
 Ostmerheimer Straße 220
 51109 Köln
 Tel: 0221/8992-450
 Fax: 0228/37718-42
 E-Mail: schaefer@dji.de
www.fruehehilfen.de

Abbildung 3: Gegenüberstellung der Einschätzungen der Eltern zu ihrer familiären Situation und der betreffenden Fachkräfte (n = 126)



Anmerkung: Gegenübergestellt werden hier für 126 Fälle Eltern-einschätzungen mit der jeweiligen Einschätzung der Fachkraft zum Fall. In 61 Fällen liegen lediglich die Einschätzungen der Fachkraft, aber keine Elterneinschätzungen vor. Diese Fälle können hier nicht berücksichtigt werden.

Quelle: Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“.

aus, welches ein wesentlicher Erfolgsindikator für effektive Hilfen ist.

Ein wesentlicher Bestandteil des Arbeitsbündnisses besteht darin, zu einer gemeinsamen Problemsicht zu kommen. Wenn die Einschätzungen der Helfer/-innen und der Klient(inn)en im aufgezeigten Maße divergieren bzw. zunächst nur zufällig übereinstimmen, ist es nicht nur eine professionsethische Frage, sondern eine „Klugheitsregel“, die davor warnt, die eigene Problemdeutung und entsprechende Maßnahmen in einer „hoheitlichen“ Weise durchzusetzen.

Hierzu passt auch der Hinweis des Bundesjugendkuratoriums: Es hat vor kurzem darauf verwiesen, dass das „Anliegen, den Kinderschutz zu verbessern [...], nicht ungewollt dazu führen [darf], dass die Heterogenität von Lebens- und Erziehungsformen in Familien missachtet wird und staatliches Handeln die Eigenheiten der Lebenswelten von Familien nicht ausreichend beachtet. Staat und Gesellschaft müssen selbstverständlich auch weiterhin durch freiwillige Angebote die Erziehungsbedingungen in Familien verbessern helfen, jedoch ohne damit Vorstellungen von „Kinderschutz“ in den Mittelpunkt zu rücken, die auf vermehrte Interventionen in private Lebensverhältnisse hinauslaufen“ (BJK 2007: 8). Dieser Einschätzung ist gerade auch im Interesse des Kinderschutzes nur zuzustimmen.

Prof. Dr. Holger Ziegler
 Universität Bielefeld
 Fakultät für Erziehungswissenschaft/
 AG 8 – Soziale Arbeit
 Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld
 Tel: 0521/106-3323
 E-Mail: hziegler@uni-bielefeld.de
 Homepage: www.uni-bielefeld.de

Literatur

- [BJK] Bundesjugendkuratorium 2007: Schutz vor Kindeswohlgefährdung – Anmerkungen zur aktuellen Debatte, (www.dji.de/izkk/BJK_stellungnahme.pdf).
- Gläss, H.: (Neue?) Angst vor dem Jugendamt, in: Die Kinderschutzzentren (Hrsg.): Jugend(hilfe) von heute – Helfen mit Risiko, Köln 2009.
- [NZFH] Nationales Zentrum Frühe Hilfen: Daten und Fakten: Kindesvernachlässigung und -misshandlung. (<http://www.fruehehilfen.de/3334.0.html> vom 01.12.2009)
- Scheerer, S.: Soziale Kontrolle – Schöner Begriff für böse Dinge?, in: Peters, H. (Hrsg.): Soziale Kontrolle: Zum Problem der Nonkonformität in der Gesellschaft, Opladen 2000.
- UNICEF: A League Table of Child Maltreatment Deaths in Rich Nations, Florence 2003.
- UNICEF: Child Poverty in Perspective. An Overview of Child Well-being in Rich Countries, UNICEF Innocenti Research Centre Innocenti Report Card 7, Florence 2007.
- Widersprüche: Euch werden wir helfen! – Kinderschutz zwischen Hilfe und Kontrolle, Widersprüche H. 109, Bielefeld 2008.

Familienbildung für alle?

Familienbildung umfasst ein breites Angebotsspektrum zur Beratung und Unterstützung von Eltern in Erziehungsfragen. Allerdings werden nach wie vor nicht alle Familien erreicht.

Im Workshop ging es um die Frage, welchen neuen Aufgaben sich Familienbildung heute verstärkt stellen muss und welche Perspektiven sich hinsichtlich einer Neuorientierung ergeben.

Barbara Thiessen

Familienbildung für alle? Perspektiven durch Netzwerkarbeit und mit Blick auf neue Adressat(inn)en

Familien sind Gemeinschaften besonderer Art. In ihnen werden Kinder geboren und erzogen, es wird gelebt, gelacht, gestritten, getrennt und wieder neu zusammengefunden. Es existieren lebenslange Versorgungsbezüge zwischen den Generationen. Im familialen Zusammensein kommen unterschiedliche milieuspezifische Habitusformen zum Tragen, die soziale Chancen verbessern oder mindern. Gleichzeitig bewältigen Familien sozioökonomische Krisen und sichern Notlagen ab. Familien sind ebenso wesentlich für den Erhalt von Gesellschaften wie die Bewältigung des individuellen Alltags. Ihre Leistungen werden daher nicht selten gleichzeitig überhöht wie entwertet. Familien sind keine Naturkonstante, sondern familiäre Gemeinschaften, verändern sich mit und durch unterschiedliche historische Gesellschaftsformationen, ökonomische Anforderungen, individuelle Emanzipationsprozesse und politische Rahmenbedingungen. Ihre Stabilität liegt in ihrer Wandlungsfähigkeit.

Familie funktioniert aber keineswegs voraussetzungslos. Gerade angesichts sich deutlich verändernder ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen wie flexibilisierter Erwerbsverhältnisse, auseinanderdriftender sozialer Lebenslagen, veränderter Geschlechtermuster und gestiegener Anforderungen an Bildung muss Familie im Alltag von ihren Mitgliedern immer wieder neu hergestellt werden (Jurczyk/Lange 2002). Angesichts dieser Veränderungen auf der gesellschaftlichen Bühne

und der Identitätskonzepte der Individuen wundert es nicht, dass Eltern auf die erhöhten Erwartungen an die Bildung und die Anforderungen an die Erziehung ihrer Kinder zunehmend mit Unsicherheit reagieren: Welche Wertvorstellungen und Leitbilder sind richtig? Was sollen Kinder in welchen „Zeitfenstern“ lernen? Wieviel Medienkonsum ist richtig? Welchen Einfluss haben Trennung und Scheidung der Eltern? Wie wird Familienalltag neben den Anforderungen im Beruf organisiert?

Wie ist Familienbildung gegenwärtig aufgestellt?

Nicht nur Erziehungsratgeberliteratur und „Super-Nanny“-Formate haben Konjunktur (Wahl/Hees 2006), auch die Familienbildung hat vor diesem Hintergrund an Bedeutung gewonnen. Mit dem reformierten Kinder- und Jugendhilfegesetz (heute SGB VIII) wurde grundlegend der Gedanke der Prävention und Partizipation in die Kinder- und Jugendhilfe eingeführt. Damit hat besonders die Familienbildung eine Aufwertung und prominente Verankerung als Pflichtaufgabe bekommen. Die in § 16 SGB VIII formulierte Förderung der Erziehung in der Familie zielt auf die Verbesserung der Erziehungskompetenz. Dabei sind die unterschiedlichen Lebenslagen von Familien zu berücksichtigen und Selbsthilfe anzuregen.

Auf Länderebene ist die Zuständigkeit für Familienbildung nach wie vor unterschiedlich geregelt. In vier (westdeutschen) Bundesländern sind die Kultusministerien für Familienbildung zuständig, in sieben die Sozial-, Jugend- und Familienministerien. Hier kommt der „Förderungszwitter“ Familienbildung ebenfalls zum Tragen, weil in der Mehrzahl der Länder für die Weiterbildung die Kultusministerien, für die Jugendhilfe aber überwiegend die Sozialministerien zuständig sind. Damit wird ein grundlegendes Dilemma offensichtlich: Ist Familienbildung eher Soziale Arbeit oder Erwachsenenbildung? Die Förderung von Familienbildung nach Weiterbildungsgesetzen, deren Berechnungsgrundlagen weitgehend auf Unterrichtsstunden basieren, führt dazu, dass etwa Kooperationsangebote offener Arbeit im Stadtteil nicht gefördert werden können, weil sie dem Kurs-Stunden-System nicht entsprechen. Lösel et al. (2007) weisen neben diesem strukturellen Problem ferner darauf hin, dass in den letzten Jahren ein Rückgang öffentlicher Fördermittel zu verzeichnen ist, der Perspektiven eines niedrigschwelligen Zugangs weiter erschwert.

Die Familienbildung verfügt gleichwohl über eine vielfältige Angebotspalette (Tschöpe-Scheffler 2005). Zentrale Ansatzpunkte sind (ausführliche Beschreibung siehe Heitkötter/Thiessen 2009):

- Familiäre Lebensphasen
- Aufgabenorientierung
- Besondere Familienformen
- Besondere Belastungen
- Zielgruppenorientierung

Die Programmgestaltung vor Ort beruht auf einer Bedarfsanalyse eines Stadtteils oder eines ländlichen Einzugsgebietes. Mitwirkende sind neben den Fachkräften der Familienbildung i. d. R. Mitarbeiter/-innen der Sozialzentren/Jugendämter, Einrichtungen und Träger im Stadtteil sowie die Familien selbst. Angebotsformen der Familienbildung sind gruppenpädagogische Angebote, Einzelberatung, Frühberatung, themenorientierte Veranstaltungen, Kurse und Seminare, Stadtteilaktivitäten und Feste, Familienfreizeiten, Wegweiserberatung und aufsuchende Arbeit. Die Angebote sind für die Betroffenen kostengünstig bis kostenfrei; partizipativ und – im Unterschied zu familienergänzenden Hilfen des Jugendamtes wie beispielsweise der Sozialpädagogischen Familienhilfe – familienunterstützend und freiwillig.

Während Angebote der Familienbildung neben den Erziehungsverantwortlichen auch Kinder einbeziehen,

spricht Elternbildung ausschließlich die erwachsenen Erziehungsverantwortlichen an (Papastefanou 2006). Hinsichtlich des Erreichens von Zielgruppen insgesamt zeigen sich deutliche Segregationen entlang geschlechtlicher, sozialer und ethnischer Dimensionen. Die traditionelle Orientierung an Müttern ist tief in die sozialen und kulturellen Praxen der Angebotsformen eingelassen. Die Integration von Vätern wird meist nicht systematisch betrieben und weist seit über 50 Jahren nur exemplarischen Charakter auf. Zwar stieg der Anteil von Männern allmählich, liegt derzeit jedoch nur bei 17 Prozent (Lösel et al. 2006). Dem Begriff „Eltern“-bildung unterliegt daher nach wie vor eine programmatisch-euphemistische Tendenz. Das Problem der Mittelschichtorientierung ist ebenfalls seit Langem bekannt und bleibt bislang dennoch weitgehend unverändert. Der Anteil von Teilnehmenden aus bildungsfernen Schichten liegt bei ca. 15 Prozent (ebd.). Ebenso liegt die Beteiligung von Familien mit Migrationshintergrund unter ihrem Bevölkerungsanteil.

Was sind aktuelle Herausforderungen?

Drei große Herausforderungen werden nunmehr im Folgenden für die Familienbildung benannt. Mindestens diese gilt es zu bewältigen, will sie angemessen auf den gesellschaftlichen Wandel und die veränderten Lebenssituationen von Familien reagieren. Dabei hat sie gleichzeitig mit einem Grunddilemma zu kämpfen: Den wachsenden Anforderungen, Aufgaben und Erwartungen stehen stagnierende bzw. rückläufige institutionelle, finanzielle und personelle Ressourcen gegenüber. Die wesentlichen Herausforderungen werden hier in den Punkten Vernetzung, Niedrigschwelligkeit und Professionsentwicklung skizziert.

Vernetzung und Kooperation

Um alle Ressourcen zur Stärkung von Familien zu optimieren, geht es in einer weiten Perspektive darum, insgesamt familienbezogene Dienstleistungen von Bildung, Betreuung und Beratung einrichtungsübergreifend zu vernetzen und an Orten zu bündeln, die Familien vertraut sind. Vor dem Hintergrund einer gewachsenen Differenzierung und Spezialisierung von familienbezogenen Diensten, sind auch für die Familienbildung Vernetzung und Kooperation – neben den inhalts- und funktionsbezogenen Herausforderungen – derzeit als hervorgehobene strukturelle Entwicklungsaufgaben zu begreifen (Pettinger/Rollik 2008). Erreicht werden soll mittels Vernetzung und

Kooperation, dass die Bildungs- und Unterstützungsangebote der Familienbildung inhaltlich näher am Alltag ausgerichtet sind (Bedarfsgerechtigkeit) und räumlich näher an den Wohnorten der Familien platziert – und damit über ergänzende Standorte in den Stadtteilen dezentralisiert – werden (Sozialraumorientierung).

Voraussetzung dafür ist allerdings, die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sicher zu stellen, um die anfallenden Netzwerkaufgaben zu honorieren, denn der Aufbau und die Pflege von Netzwerken und Kooperationsbeziehungen sowie deren Koordination und Steuerung erfordern zusätzliche personelle Kapazitäten und spezifische Kompetenzen (Deutscher Verein 2007). Unterschiedliche Handlungslogiken der beteiligten Einrichtungen bezogen auf Hierarchien, Finanzierung, Entscheidungswege etc. sowie der unterschiedliche Status der Mitarbeiter/-innen in berufsgruppenübergreifenden Konstellationen kennzeichnen die besonderen Herausforderungen, die konkret von Einrichtungen der Familienbildung im Rahmen von Kooperationen und Netzwerken zu meistern sind (Beckstette/Bierschock/Rupp 2002).

Niedrigschwellige Angebote

Als Kernproblem von Familienbildung in Deutschland wird seit vielen Jahren die Frage des Zugangs zu bildungsfernen Familien diskutiert und mit Nutzerstudien belegt (Smolka 2002, Lösel et al. 2006). Dennoch zeigen sich bislang keine nachhaltigen Veränderungen, obwohl die zunehmende Prekarisierung familiärer Lebenslagen die Frage des Zugangs zu sozial benachteiligten Familien dringlicher macht. Gleichwohl gibt es bemerkenswerte Beispiele und wegweisende Erfahrungen, die hier nur kurz skizziert werden können (Rupp 2003). Niedrigschwelligkeit in einer weiten Perspektive zeichnet sich demnach aus durch systematische Öffnungen entlang der Differenzachsen von Schicht, Geschlecht und Ethnizität, die methodisch begründete Umsetzungen nach sich ziehen, die das „vor Ort“-Sein in mehrfacher Hinsicht berücksichtigen. Die räumliche Dimension bezieht sich auf Erreichbarkeit in örtlicher, finanzieller und institutioneller Hinsicht. Ermutigende Erfahrungen wurden mit Geh-Strukturen basierend auf Vernetzung im Stadtteil gemacht: Familienbildung ist dort, wo belastete Familien zu finden sind (z. B. in Kindertageseinrichtungen, Kinderarztpraxen, Kirchengemeinden, Arbeitslosentreffs) (Schoppe 2007). In geschlechtlicher Perspektive wird deutlich, dass mit einer Angebotsstrukturierung von Frauen für Frauen keine Väter erreicht werden. Demgegenüber wurden

mit Vater-Sohn-Freizeiten bewusst neue Formen gefunden, die zunächst an bekannten Geschlechtmustern anknüpfen. Schließlich war bislang die Dimension der sozialen und ethnischen Habitusformierung entlang der kulturellen Muster der Mittelschicht wesentlich für (ungewollte) Ausgrenzungsprozesse verantwortlich. Kulturelle soziale oder ethnische Kohärenz forciert Exklusionen.

Professionspolitische Herausforderungen

Die Situierung der Familienbildung zwischen Jugendhilfe und Erwachsenenbildung lässt die Frage aufkommen, welche Grundprofession eher geeignet scheint: Soziale Arbeit oder Pädagogik/Weiterbildung. Damit zeigt sich, dass sich die Mitarbeiter/-innen, die meist aus dem Bereich der Sozialen Arbeit kommen, häufig ungenügend auf den Bereich der Vermittlung und didaktischen Grundlegung von Kompetenzen vorbereiten fühlen. Ebenso ist ungeklärt, welche Schwerpunktsetzung in den Kursangeboten vorgenommen werden soll: Austausch und Reflexion eigener Erfahrungen, Beziehungsknüpfung oder Wissensvermittlung.

Ein weiteres wesentliches Problem stellt sich in der ungünstigen Relation von Haupt- und Nebenamtlichen im Bereich der Familienbildung, das mit Abstand zu dem problematischsten in der gesamten Jugendhilfe zählt: Weniger als sieben Prozent der Mitarbeiter/-innen sind hauptamtlich tätig. Ihnen obliegt vor allem die organisatorische und finanzielle Sicherung der Einrichtungen. Die pädagogische Arbeit wird weitgehend von nebenberuflichen, freiberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen durchgeführt (Pettinger/Rollik 2008). Dies kann sich mitunter auf die Qualität der Arbeit auswirken (Thiessen 2007).

Schließlich besteht für die aktuelle Familienbildung eine wesentliche professionelle Anforderung in der Fähigkeit der interdisziplinären Kooperation (s. o.). In Stadtteilzentren und in der Vernetzung muss mit pädagogischen, administrativen, medizinischen und therapeutischen Fachkräften zusammengearbeitet werden ohne die eigene spezifische Fachlichkeit aus den Augen zu verlieren.

Zukunft der Familienbildung

In der Gesamtperspektive zeigt sich, dass Familienbildung in ihrer rund 90-jährigen Geschichte mittlerweile zwar eine etablierte und prominente Position

einnimmt, gegenwärtig jedoch vor vielen Herausforderungen steht. Einige Schwachstellen – wie Mittelschichtlastigkeit – sind bereits seit Langem bekannt. Die klassischen Familienbildungseinrichtungen haben daher – auch durch die Anregung aktueller familienpolitischer Programme – bereits erhebliche Konzeptveränderungen durchgeführt. Beispiele guter Praxis zeigen hier, dass Familienbildung dabei Chancen in der Vernetzung und Integration familienbezogener Dienstleistungen entlang der lokalen bzw. regionalen Bedarfsstruktur zukommen, ihr gar ein zentraler Platz eingeräumt wird. Allerdings sind die – auf Projektbasis – erreichten Erfolge noch keineswegs nachhaltig und oft von den wenigen Hauptamtlichen geschultert. Hier sind Umsteuerungen in Richtung einer Professionalisierung dringend geboten. Gleichzeitig gilt es, bei einer Ausweitung von Geh-Strukturen und der Fokussierung auf Familien in Risikolagen die Freiwilligkeit des Angebotes zu unterstreichen, um der Gefahr einer neuen „fürsorglichen Belagerung“ zu entgehen.

Dr. Barbara Thiessen
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München
Tel: 089/62306-207
Fax: 089/62306-162
E-Mail: thiessen@dji.de
Homepage: www.dji.de

Literatur

Beckstette, Wiebke/Bierschock, Kurt/Rupp, Marina: Leitfaden Vernetzung und Kooperation für Initiativen zur Förderung der Familienbildung, Bamberg 2002, ifb-Materialien.
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.: Bestandsaufnahme und Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung der Familienbildung, (www.familienbildung.de/Empfehlungen_Familienbildung%20DV_19_06%20endg.pdf vom 24.07.2007).
Heitkötter, Martina; Barbara Thiessen: Familienbildung: Entwicklungen und Herausforderungen in: Macha, Hildegard/Witzke, Monika (Hrsg.): Handbuch der Erziehungswissenschaften, Band III, 1: Familie – Kindheit – Jugend – Gender, Paderborn/München/Wien/Zürich 2009, S. 423-436.

Jurczyk, Karin/Lange, Andreas: Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Neue Entwicklungen, alte Konzepte, in: Diskurs, 12. Jg., H. 3, 2002, S. 9-16.
Lösel, Friedrich et al.: Bestandsaufnahme und Evaluation der Angebote im Elternbildungsbereich – Abschlussbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend, Erlangen, Nürnberg 2006, (www.bmfsfj.de/doku/elternbildungsbereich/pdf/abschlussbericht2006.pdf vom 24.07.2007).
Lösel, Friedrich/Jaursch, Stefanie/Mohr, Andrea/Eckert, Roland: Auswege aus der Gewalt an Schulen, Weimar 2007.
Papastefanou, Christiane: Familienbildung, in: Fried, Lilian/Roux, Susanna (Hrsg.): Pädagogik der frühen Kindheit, Weinheim 2006, S. 334-345.
Pettinger, Rudolf/Rollik, Heribert: Familienbildung als Angebot der Jugendhilfe. Rechtliche Grundlagen – familiäre Problemlagen – Innovationen, Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung und Beratung e.V., Elmshorn 2008.
Rupp, Marina: Niederschwellige Familienbildung. Ergebnisse einer Fachtagung, Bamberg 2003, Staatsinstitut für Familienforschung.
Schoppe, Gabriele: Familienbildung in Bremen. Jahresbericht 2006, Bremen 2007.
Smolka, Adelheid: Geratungsbedarf und Informationsstrategien im Erziehungsalltag. Ergebnisse einer Elternbefragung zum Thema Familienbildung, ifb-Materialien, Nr. 5-2002, Bamberg 2002.
Thiessen, Barbara: Eigenständige Lebensperspektiven junger Mütter. Interventionen auf der Basis von Fallrekonstruktion, in: Miethe, Ingrid/Fischer, Wolfgang/Giebeler, Cornelia/Goblirsch, Martina/Riemann, Gerhard (Hrsg.), Rekonstruktion und Intervention. Interdisziplinäre Beiträge zur rekonstruktiven Sozialarbeitsforschung, Reihe Rekonstruktive Forschung in der Sozialen Arbeit, Band 4., Opladen 2007, S. 259-269.
Tschöpe-Scheffler, Sigrid: Konzepte der Elternbildung – eine kritische Übersicht, Opladen 2005.
Wahl, Klaus/Hees, Katja: Helfen „Super Nanny“ und Co?, Weinheim/Basel 2006.

Sybille Krüger

„Elternbildung stärkt Kinder“ – Systematisierung und Intensivierung der Elternbildung in Essen

Elternbildung stärkt Kinder – so lautet der Titel des gesamtstädtischen Konzepts zur Systematisierung und Intensivierung der Elternbildung in der Stadt Essen. Seit 2003 arbeitet im Netzwerk ElternLernwelt eine Vielzahl von Akteuren daran, wirksame Angebote für Eltern systematisch zu verstärken, denn Eltern sind der Schlüssel für die Bildungserfolge der Kinder.

Elternbildung ist eines von vielen Angeboten der Frühen Förderung von Familien in Essen. Hierbei gibt es allgemeine Elternbildungsangebote, die sich an alle Eltern richten und Angebote für spezielle Zielgruppen.

Arbeitsweise des Netzwerks

Im Rahmen des Projekts Lernwelt Essen (gefördert über das Programm „Lernende Regionen“ des BMBF zur Förderung von Netzwerken im Bildungsbereich) wurde ein Netzwerk aufgebaut, das bis 2007 von Lernwelt Essen koordiniert wurde. Die inhaltliche Federführung lag zunächst beim Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Arbeit und Gesundheit; seit Projektende wird das Netzwerk aus dem Jugendamt heraus koordiniert. In diesem Netzwerk vertreten ist die Breite der Akteure, die mit oder für Eltern arbeiten.

In der ElternLernwelt wurde das konzeptionelle Vorgehen abgestimmt, wurden die Arbeitsschwerpunkte entwickelt, deren Umsetzung initiiert und begleitet und aufbauend auf den Ergebnissen der Stärken-Schwächen-Analyse, der Workshops und der Dialogveranstaltungen die Bausteine des Konzepts der Elternbildung erarbeitet. Das gesamtstädtische Konzept zur Systematisierung und Intensivierung der Elternbildung in Essen wurde im Mai 2005 vom Rat der Stadt Essen verabschiedet. 2006 wurde das bis heute gültige Verfahren zur zentralen und dezentralen Steuerung von Elternbildung entwickelt.

Zentrale und dezentrale Steuerung

Kernstück der dezentralen Steuerung von Angeboten sind die Elternbildungskonferenzen. Diese dienen dazu, maßgeschneiderte Handlungskonzepte für eine bedarfsgerechte Elternbildung vor Ort zu entwickeln.

Auf den jährlich stattfindenden sozialraumbezogenen Konferenzen bilden lokale Institutionen systematisch Bildungsallianzen mit notwendigen Kooperationspartnern wie den Familienbildungsstätten, der RAA und den Migrantenselbstorganisationen und öffnen sich mehr und mehr für Elternbildung als einem wichtigen Instrument, um Kindern gelungenes Aufwachsen in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Das Pendant auf zentraler Ebene ist das Netzwerkforum ElternLernwelt. Hier fließen die Erkenntnisse aus den Elternbildungskonferenzen zusammen, werden Qualitätsstandards erarbeitet, gesamtstädtische Schwerpunkte gesetzt, Fachdialoge organisiert, Konzepte auf den Prüfstand gestellt, Innovation angeregt. Handlungsleitend sind dabei die Kernaussagen des gesamtstädtischen Konzepts.

Familienbildung für alle?

Elternbildung ist kein Angebot für benachteiligte Eltern. Die Komplexität des gesellschaftlichen Wandels erfordert von allen Eltern ein hohes Maß an Erziehungskompetenz. Von daher ist es sinnvoll, für alle Eltern Angebote vorzuhalten, die ihnen ermöglichen, ihre Rolle und ihr Verhalten im Austausch mit anderen zu reflektieren und gegebenenfalls ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern.

Die gegenwärtige konzeptionelle Herausforderung besteht darin, Eltern den Zugang zu ermöglichen, die von den Angeboten bisher nicht erreicht werden. Diese Eltern erleben sich oft z. B. hinter einer Fassade der Gleichgültigkeit als hilflos und inkompetent. Will man diese Eltern erreichen, bedeutet dies nach Sigrid Tschöpe-Scheffler (2009) vor allem, ihnen die Möglichkeit zur Beteiligung in Institutionen zu geben, damit sie ihre Lebenskompetenz erweitern und ihre Selbstwirksamkeit neu erfahren. Denn Lebenskompetenz und Erziehungskompetenz stehen in engem Zusammenhang.

Für Bildungsangebote heißt dies, dass sie den Eltern keine Rezepte liefern, denn Eltern, die sich in ihren Möglichkeiten eher inkompetent fühlen, erleben sich in klassischen Settings mit Lehrenden und Lernenden

wieder als die Unwissenden. Vielmehr geht es darum, Dialogräume zu öffnen, die Eltern darin stärken, ihren eigenen Weg zu finden und ihnen bei Bedarf Hilfestellung zu geben. Eltern brauchen Gelegenheiten, bei denen sie erleben, dass das, was sie tun, im positiven Sinne wirksam ist – dass sie gestalten und sich beteiligen können. Dann werden Lernvorgänge in Gang gesetzt. Diese Eltern zu aktivieren und ihnen diesen „Freiraum“ im Alltag zum Beispiel in Kita und Schule zu geben, stellt eine hohe Anforderung an die Institutionen dar und verlangt unter Umständen, eine Veränderung des professionellen Selbstverständnisses – weg vom Profi, der weiß, was für Eltern gut ist hin zum Begleiter, Ermöglicher – und Rahmenbedingungen, die eine solche Arbeit gestatten. Aber ohne radikal neue Wege werden unsere Angebote nicht die Eltern erreichen, die wir erreichen wollen und Kinder nicht die Entwicklungschancen bekommen, die ihnen zustehen.

Das Konzept „Elternbildung stärkt Kinder“ sowie Dokumentationen der Elternbildungskonferenzen können bei der Referentin angefordert werden.

Sybille Krüger
ElternLernwelt
Stadt Essen, Jugendamt
I. Hagen 26
45121 Essen
Tel.: 0201/8851366
E-Mail: sybille.krueger@jugendamt.essen.de
Homepage: www.essen.de

Literatur

Tschöpe-Scheffler, Sigrid: Strukturelemente für Elternbildung. Fachtag Elternbildung in Bewegung, Hamm 04.02.2009, (www.isa-muenster.de)

Fit durch den Alltag – Gesundheitsförderung in öffentlicher Verantwortung

Allen Kindern ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, ist eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft. Bewegung und Ernährung spielen dabei eine große Rolle. Hierzu wurden im Workshop aktuelle Forschungsergebnisse des FKE Dortmund zur gesunden Ernährung und das Projekt „schwer mobil“ des LandesSportBundes NRW vorgestellt, und es wurde darüber diskutiert, wie es gelingen kann, die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

Kerstin Clausen

Fit durch den Alltag – Gesundheitsförderung in öffentlicher Verantwortung – am Beispiel präventiver ernährungsbezogener Projekte für Kinder in Dortmund

Regelmäßige Mahlzeiten sichern eine bedarfsgerechte Versorgung mit Energie und Nährstoffen, fördern die Leistungsbereitschaft und können der Entstehung von Übergewicht vorbeugen. Gerade im Kindesalter ist eine empfehlungsgerechte Mahlzeitengestaltung für das Wachstum sowie die langfristige Entwicklung eines gesunden Ernährungsverhaltens wichtig. In dem vom Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) entwickelten Präventionskonzept der Optimierten Mischkost, kurz optimiX, werden fünf Mahlzeiten am Tag empfohlen: drei Hauptmahlzeiten (Frühstück, Mittagessen, Abendessen) und zwei Zwischenmahlzeiten (Pausenbrot, Nachmittagsimbiss) (Forschungsinstitut für Kinderernährung 2008).

Mahlzeiten fanden traditionell in der Familie statt. Gesellschaftliche Veränderungen wie die zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile oder der zunehmende Anteil Alleinerziehender machen eine zunehmende Betreuung von Kindern außer Haus erforderlich. Dies hat zur Folge, dass auch immer mehr Mahlzeiten in die Verantwortung von Einrichtungen der Kinderbetreuung fallen. Dies ist vor allem die Mittagsmahlzeit, die in Deutschland üblicherweise eine warme Mahlzeit ist. Die warme Mahlzeit unterscheidet sich von den kalten (Brot-) Mahlzeiten durch ihr spezifisches Lebensmittelmuster und Nährstoffprofil und kann durch kalte Mahlzeiten nicht gleichwertig ersetzt werden.

Optimierte Mittagessen in Kindertagesstätte und Schule

In Kindertagesstätten hat die Verpflegung in Deutschland eine lange Tradition, so dass sich hier Strukturen schon gefestigt haben. Wie eine bundesweite Studie zur Ernährung in Kindertagesstätten zeigte, waren vor allem ein zu häufiges Angebot von Fleisch, ein zu geringes Angebot von Gemüse und Rohkost, eine ungeeignete Fettqualität und geringer Ballaststoffanteil Kritikpunkte bei den warmen Mittagsmahlzeiten (Clausen 2003).

Die Anzahl an Ganztagschulen ist erst in den letzten Jahren vor allem durch das Investitionsprogramm der Bundesregierung „Zukunft, Bildung und Betreuung“ angestiegen. Die damit verbundene Verpflichtung einer ernährungsphysiologisch ausgewogenen und bezahlbaren Mittagsverpflegung stellt die Verantwortlichen vor eine große Herausforderung.

Zur Sicherung einer empfehlungsgerechten Mittagsverpflegung sind Konzepte erforderlich, die wissenschaftlich evaluiert, eine bei den Schülern akzeptierte Verpflegung ermöglichen und vor allem unter Berücksichtigung des vielfach unzureichend ausgebildeten Personals einfach handhabbar und praxistauglich sind.

Vor diesem Hintergrund hat das FKE in zwei Ganztagsgrundschulen in Dortmund eine Studie zur Optimierung der Mittagsmahlzeiten durchgeführt mit der Prämisse, die Zufriedenheit der Schüler nicht zu beeinträchtigen. Hierfür wurden die herkömmlichen Rezepte des Essensanbieters nach den Kriterien der Optimierten Mischkost verbessert. Vor allem wurden die Fleischmengen verringert, die Mengen von Gemüse und Beilagen erhöht, und die Fettqualität wurde verbessert. Sowohl die herkömmlichen als auch die optimierten Rezepte wurden von den Schülern geschmacklich bewertet. In acht von elf Speisengruppen, wie z. B. Fleisch, Gemüse oder Beilagen erhielten die optimierten Rezepte bessere Bewertungen als die herkömmlichen Rezepte (Clausen et al. 2006).¹

Auch in einer bundesweiten Studie mit 1.000 Schülern konnten optimierte Rezepte mit den herkömmlichen Rezepten mithalten (Clausen und Kersting 2007).

Die getesteten Rezepte, die in Form eines Ordners veröffentlicht wurden, bieten ein Sicherheitsnetz für Schulen oder Küchen, die noch keine Erfahrungen mit der Verpflegung von Kindern haben, oder auch für Eltern und Schulträger bei der Auswahl eines Essenslieferanten (Forschungsinstitut für Kinderernährung 2006). Für Essensanbieter besteht die Möglichkeit, ihre Rezepte vom FKE prüfen zu lassen und das Gütesiegel optimiX zu erhalten, das auch als transparente Marketingmaßnahme eingesetzt werden kann. Erste Tiefkühlmenüs eines bundesweiten Anbieters wurden bereits erfolgreich geprüft und erhielten das optimiX Gütesiegel.

Gesundes Trinkverhalten in der Schule

Die Prävention von Übergewicht und Adipositas stellt heute eine der größten politischen und wissenschaftlichen Herausforderungen dar. Der Anteil an übergewichtigen Kindern und Jugendlichen ist in den letzten Jahren in Deutschland um 50 Prozent auf 15 Prozent, der an adipösen Kindern um 100 Prozent auf 6,3 Prozent gestiegen. Ein starker Anstieg zeigt sich im Grundschulalter. Die Anteile liegen höher, je geringer der Sozialstatus ist (Kurth 2007).

Präventionsmaßnahmen müssen demnach früh ansetzen und alle Schichten gleichermaßen erreichen. Die Schule stellt hier einen niederschweligen Zugangsweg dar.

Hinsichtlich der Ursachen von Übergewicht und Adipositas zeigen sowohl internationale Studien aus den USA als auch aktuell die DONALD-Studie, dass der Verzehr zuckerhaltiger Getränke einschließlich Säften das Risiko für Übergewicht bei Kindern erhöht (Libuda et al. 2008, Malik et al. 2006). In der Optimierten Mischkost optimiX wird ein reichlicher Verzehr von Wasser empfohlen, und zuckerhaltige Limonaden zählen zu den Süßigkeiten (Forschungsinstitut für Kinderernährung 2008).

In der trinkfit Studie² des FKE wurde untersucht, ob eine Verbesserung der Trinkgewohnheiten Einfluss auf die Körpergewichtsentwicklung nimmt. Dazu wurde eine kontrollierte Interventionsstudie durchgeführt, an der während des Schuljahres 2006/2007 3.000 Schulkinder der zweiten und dritten Grundschulklassen im Alter von sieben bis neun Jahren aus sozial benachteiligten Stadtteilen zweier Großstädte des Ruhrgebiets teilnahmen (Muckelbauer et al. 2009). In Dortmund befanden sich 17 Interventionsschulen und in Essen 15 Kontrollschulen. Die Maßnahmen bestanden aus einer Kombination von Verhaltensprävention und Verhältnisprävention. Die Verhaltensprävention wurde mit Hilfe einer von den Lehrern umgesetzten Unterrichtsreihe mit vier Einheiten zum Thema Wasser vorgenommen. Zur Verhältnisprävention wurden in den Schulen leitungsgebundene Wasserspender installiert und Trinkflaschen an die Schüler verteilt. Den Kindern wurde empfohlen, eine Flasche mit 0,5 Liter Wasser im Laufe des Schulvormittags zu trinken. Lehrer wurden zur Organisation des Wasserzapfens bzw. des Flaschenbefüllens motiviert. Die Kontrollschulen blieben ohne Maßnahmen (Intervention).

Anhand der Messungen von Körpergröße und -gewicht der Kinder zeigte sich, dass in der Interventionsgruppe der Anteil an übergewichtigen Kindern nach der Intervention nicht anstieg, während er in der Kontrollgruppe von 26 auf 28 Prozent anstieg (Muckelbauer et al. 2009). Der Unterschied war signifikant. Die Erhebung des Getränkeverzehrs mit einem kindgerechten 24h-Recall-Fragebogen ergab, dass nach der Intervention am Ende des Schuljahres in der Interventionsgruppe der tägliche Wasserverzehr im Vergleich zur Kontrollgruppe um 1,2 Gläser höher war. Der Verzehr von Säften und Limonaden sank in der Interventionsgruppe um 0,2 Gläser/Tag, doch war dieser Unterschied zur Kontrollgruppe nicht signifikant (Muckelbauer et al. 2009).

¹ Mit Förderung durch die IKK Westfalen.

² Mit Förderung durch das BMELV über die BLE und des BGW (jetzt BDEW).

Die Befragung der Lehrkräfte zu unterschiedlichen Zeitpunkten zeigte, dass das „trinkfit“ Konzept langfristig im Schulalltag bestehen kann. Der Anteil der Bewertungen von „sehr gut und gut“ stieg im Verlauf der Studie sogar von 52 auf 62 Prozent. Auch den Schulleitern war der Verbleib des Wasserspenders in der Schule wichtig. 19 Monate nach Studienende stehen noch in elf von 17 Schulen die Wasserspender und werden regelmäßig genutzt. Sechs teilnehmende Schulen konnten die regelmäßig anfallenden Wartungskosten nicht aufbringen. Eltern von dieser effektiven Maßnahme zu überzeugen und anstelle der täglichen meist kostenintensiveren Trinkration für ihr Kind einen kleinen finanziellen Beitrag für den Wasserspender zu leisten, wäre eine effektive Maßnahme gegen die Entstehung von Übergewicht. Aber auch die Politik z. B. im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes „IN FORM, Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“, und die entsprechenden Behörden sind hier gefragt.

Gemeinsame Verantwortung und Nutzung gegebener Ressourcen

Neben einem gesunden Trink- und Ernährungsverhalten ist ausreichende Bewegung eine effektive Maßnahme zur Prävention von Übergewicht. Beide Maßnahmen werden in einem lokalen Aktionsbündnis in öffentlichen Einrichtungen für Kinder in Dortmund miteinander kombiniert (DO-KIDS in form).³ Mit Hilfe einer multiprofessionellen Planungsgruppe, die durch das FKE koordiniert und gesteuert wird, werden stadtteilbezogene Maßnahmen zur ganzheitlichen Bewegungs- und Trinkförderung entwickelt und etabliert, die langfristig durch die Familienbüros der Stadt Dortmund als zentrale Anlaufstelle aufrecht erhalten bleiben sollen.

Schlussfolgerung

Gesundheitsförderung und Prävention sind Aufgaben, bei denen die ganze Gesellschaft gefordert ist. Öffentliche Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen übernehmen dabei einen wichtigen Beitrag, indem sie ein gesundheitsförderndes Verpflegungsangebot gewährleisten. Langfristiges Ziel sollte es sein, Maßnahmen und Programme, deren Effektivität belegt und evaluiert ist, flächendeckend zu implementieren. Die genannten Projekte aus Dortmund zeigen vorbildhaft die effektive Verknüpfung wissenschaftlich evaluierter Konzepte mit kommunalen Ressourcen.

³ Mit Förderung durch das Bundesministerium für Gesundheit.

Dr. oec. troph. Kerstin Clausen,
PD Dr. Mathilde Kersting
Forschungsinstitut für Kinderernährung
(FKE) Dortmund
Heinstück 11
44225 Dortmund
Tel.: 0231/792210-39
E-Mail: clausen@fke-do.de
www.fke-do.de

Literatur

- Clausen, K.: Ernährung in Kindertagesstätten in Deutschland – Untersuchungen zur Mittagsmahlzeit, Schwarzenbek 2003.
- Clausen, K./Rumpold, N./Kersting, M./Wahrburg, U.: Optimierte Mischkost in Ganztagsgrundschulen – Ernährungsphysiologische und sensorische Prüfung. *Hauswirtschaft und Wissenschaft* (3), 2006, S. 135-140.
- Clausen, K./Kersting, M.: Optimierte Mittagessen im Praxistest bei Schülern. *Die Ganztagschule* 47, 2007, S. 33-45.
- Forschungsinstitut für Kinderernährung: Rezepte für das Mittagessen in Schulen, Dortmund 2006.
- Forschungsinstitut für Kinderernährung: Empfehlungen für die Ernährung von Kindern und Jugendlichen – optimiX, Dortmund 2008.
- Kurth, Bärbel-Maria/Schaffrath, Rosario A.: Die Verbreitung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. In: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 5-6/2007, S. 736-743.
- Libuda, L./Alexy, U./Sichert-Hellert, W./Stehle, P./Karaolis-Danckert, N. et al.: Pattern of beverage consumption and long-term association with body-weight status in German adolescents-results from the DONALD study, *British Journal of Nutrition* 99 (6), 2008, 1370-1379.
- Malik, V./Schulze, M./Hu, F.: Intake of sugar-sweetened beverages and weight gain: a systematic review, *American Journal of Clinical Nutrition* 84 (2), 2006, 274-288.
- Muckelbauer, R./Libuda, L./Clausen, K./Toschke, AM./Reinehr, T. et al.: Promotion and provision of drinking water in schools for overweight prevention: randomized, controlled cluster trial, *Pediatrics* 123 (4), 2009, e661-667.

Klaus Balster

„schwer mobil“ – Landesweite Umsetzung

Die Sportjugend NRW im LandesSportBund hat das Projekt initiiert, weil sie gesellschafts- und gesundheitspolitisch etwas verantwortet, Verhältnisse zur Sprache bringt und mithilft sie zu verändern, alle Kinder mit ihren Gaben in den Blick nimmt, ihnen Entwicklungswege zeigt und anlegt und eine Lobby für eine Kinderwelt als Bewegungswelt sichern will.

Viele übergewichtige Mädchen und Jungen haben Freude an der Bewegung, scheuen sich aber oft, an Standard-Sportangeboten teilzunehmen. Die Sportvereine in NRW reagieren darauf mit dem Projekt „schwer mobil“.

Das Ziel des Projekts besteht darin, übergewichtigen Kindern (fünf bis 14 Jahre) nicht nur kurz-, sondern auch langfristig (wieder) Spaß an der Bewegung im Sportverein und im Alltag zu vermitteln und sie zu einem veränderten Ernährungsverhalten zu motivieren.

Das Gewicht halten zu können ist dabei das vorrangige Ziel.

Darüber hinaus soll untersucht werden, welchen Einfluss ein angeleitetes Bewegungsangebot auf übergewichtige Jungen und Mädchen hat. Zu den grundlegenden Bestandteilen der Angebote zählen das regelmäßige Bewegungsangebot, eine Ernährungsberatung und eine gezielte Elternarbeit bzw. -beratung.

Initiiert durch die Sportjugend im LandesSportBund und gemeinsam mit den Trägern – Innenministerium des

Landes NRW, BKK Landesverband NRW und METRO Group – sind seit 2004 insgesamt 2.750 Kinder und Jugendliche durch 223 Vereine mit 274 Angeboten erreicht worden. Zur Zeit sind etwa 1270 Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren aktiv in „schwer mobil“-Gruppen in 83 Vereinen, die 91 „schwer mobil“-Angebote unterbreiten.

Ergebnisse der bisherigen Evaluation durch die Deutsche Sporthochschule Köln zeigen, dass bei den Kindern aus den Projektgruppen im Vergleich zu Kontrollgruppen der BMI sinkt und die Ausdauerleistung steigt.

Außerdem bleiben 98 Prozent der Kinder nach Ende der Projektzeit von einem Jahr in den Sportvereinen und beteiligen sich weiter am Vereinsleben.

Dr. Klaus Balster

Stellv. Vorsitzender der Sportjugend NRW/
Ressortleiter „Bewegung, Spiel und Sport“

Landesweite Ansprechpartnerin:

Raphaela Tewes

Sportjugend NRW im LandesSportBund
Friedrich-Alfred Str. 25, 47055 Duisburg
Tel: 0203/7381-866
E-Mail: raphaela.tewes@lsb-nrw.de
Homepages: www.sportjugend-nrw.de
www.schwermobil.de
www.kindheit-und-bewegung.de



Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen und (Ganztags-) Grundschulen – niederschwellige Zugänge

Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist für Lehrer/-innen und Erzieher/-innen insbesondere in Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf häufig nicht einfach. Gegenstand des Workshops waren deshalb Voraussetzungen, Formen und Bedingungen einer gelingenden Elternarbeit in Quartieren mit vielfältigen sozialen und räumlichen Problemen. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie es (Ganztags-) Grundschulen und Kindertageseinrichtungen schaffen, ihre Elternarbeit wirkungsvoller zu gestalten und ihre Türen für alle Eltern gleichermaßen zu öffnen.

Karin Beher, Nicole Börner

Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen und (Ganztags-) Grundschulen – niederschwellige Zugänge

1. Gesellschaftlicher und ökonomischer Wandel als Herausforderung für Familien

Die Anforderungen, die heute an Familien gestellt werden, haben sich im Spiegel gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels in vielfacher Weise verändert. Dieser Wandel kann mit Blick auf Familien, Eltern und Kinder schlagwortartig gekennzeichnet werden durch

- die Dynamisierung und Vervielfältigung der Haushalts- und Familienformen sowie der Familienstrukturen,
- die gestiegene Müttererwerbstätigkeit,
- die mit beiden Punkten einhergehende Veränderung der Geschlechter- und Generationenverhältnisse (z. B. mehr ältere Menschen – weniger Kinder auch im Familien- und Bekanntenkreis),
- die veränderte Erwerbswelt mit gestiegenen Flexibilitätsansprüchen, Verdichtungstendenzen der Arbeit und hohen Arbeitsbelastungen bei zunehmender beruflicher Unsicherheit und drohender Arbeitslosigkeit,
- einen höheren Anteil von Familien mit Zuwanderungsgeschichte
- sowie durch wachsende Anforderungen an die Erziehung und Bildung der Kinder (vgl. Diller u. a. 2008).

Aus diesen sozialen und ökonomischen Veränderungen resultieren für Familien vielfältige Herausforderungen, die ihnen erhebliche Anpassungsleistungen abverlangen:

1. So erfordert das reduzierte Zeitbudget von erwerbstätigen Eltern einen hohen Aufwand bei der Organisation des Familienalltags und eines gemeinsamen Familienlebens.
2. Da in der hochmobilen und flexiblen Gesellschaft verwandtschaftliche und soziale Netzwerke nicht mehr selbstverständlich zur Verfügung stehen, werden der Aufbau sozialer Kontakte und die aktive Suche nach Gleichgesinnten immer wichtiger, um sozialer Isolation entgegenzuwirken und Austausch- und Entlastungsmöglichkeiten zu haben.
3. Aus den Unwägbarkeiten auf dem Arbeitsmarkt resultiert die Anforderung an Familien, sich mit den Existenzunsicherheiten und Zukunftsängsten auseinanderzusetzen sowie die Belastungen der Arbeitslosigkeit und ökonomische Probleme zu bewältigen.
4. Familien mit Migrationshintergrund müssen sich in einem „fremden“ Land zu Recht finden und einen Spagat zwischen zwei Kulturen leisten. Sie stehen vor der Aufgabe, das Kind auf das Hineinwachsen in ein anderes kulturelles Umfeld vorzubereiten und

ihm entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln.

5. Arbeitslosigkeit ist auch mit mehr „freier“ Zeit verbunden, die nicht in allen Familien für Kinder und Partnerschaft genutzt wird. In diesen Fällen ist die Aneignung von Kompetenzen zur Strukturierung des Tagesablaufs und zur Sicherung des Familienfriedens erforderlich.
6. Bedingt durch die hohen gesellschaftlichen Ansprüche an die Erziehung von Kindern und vielfältigen Wertvorstellungen fühlt sich eine Reihe von Eltern bei der Erziehung der Kinder unsicher. Hieraus resultieren der Wunsch nach mehr Orientierung in Erziehungsfragen und die Notwendigkeit sich Erziehungskompetenzen anzueignen.
7. Und schließlich wird an Familien der Anspruch herangetragen, ihre Kinder möglichst umfassend durch die Bereitstellung von Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten zu fördern, um ihnen einen guten Schulstart und eine erfolgreiche Schulkarriere zu ermöglichen.

Ob Eltern die erforderlichen Anpassungsleistungen tatsächlich erbringen (können), ist jedoch ungewiss. Inwieweit ihnen etwa die Gestaltung einer anregenden und entwicklungsförderlichen Umwelt gelingt, ist von den elterlichen Kompetenzen, den zeitlichen Ressourcen für die Erziehungsaufgabe, den sozialen Beziehungen der Familie, dem kulturellen Hintergrund und/oder den finanziellen Ressourcen abhängig (vgl. Meyer-Ullrich u. a. 2008). Das heißt: Die skizzierten Herausforderungen sind für Familien – wie u. a. auch der Siebte Familienbericht (BMFSFJ 2006) verdeutlicht hat – häufig nicht ohne Unterstützungsangebote zu bewältigen.

2. Herausforderungen an Familien als Ausgangspunkt für Kita und (Ganztags-) Grundschule

In dem Maße, wie sich die Anforderungen an die Familien verändert haben, stehen auch die Einrichtungen und Angebote zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern vor neuen Herausforderungen (vgl. Diller u. a. 2008). Die stärkere Orientierung an den Bedarfen von Familien sowie der Ausbau familienunterstützender Angebote und Dienste bilden Anforderungen, die in den letzten Jahren seitens der Fachöffentlichkeit verstärkt an Kindertageseinrichtungen und Grundschulen herangetragen wurden – sei es im Kontext der Debatte

um Familienzentren oder im Rahmen des Ganztags-schuldiskurses. Beide Institutionen stehen dabei vor allem aus drei Gründen im Blickfeld:

- Erstens, weil der Zugang zu Kita und Grundschule im Vergleich zu den übrigen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe oder den weiterführenden Schulen niederschwellig und weniger selektiv ist. Sie werden von Familien aus allen sozialen Schichten und Kulturen genutzt und eignen sich deshalb besonders gut dafür, möglichst viele Eltern zu erreichen und mit ihnen zusammen zu arbeiten (vgl. Meyer-Ullrich u. a. 2008).
- Zweitens bilden speziell Kindertageseinrichtungen zumeist die erste Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsinstitution, mit denen Familien in Berührung kommen (vgl. ebd. 2008). Sie stellen potenziell einen Ort dar, in dem Eltern mit unterschiedlichem, kulturellem und sozioökonomischem Hintergrund eine Atmosphäre des Willkommenseins und der Integration erleben können (vgl. Kasüschke/Fröhlich-Gildhoff 2008). Dort werden die Grundlagen für eine konstruktive Zusammenarbeit und den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung zwischen Fachkräften und Eltern geschaffen (vgl. Meyer-Ullrich u. a. 2008), von denen später auch die Grundschulen profitieren können.
- Zum Dritten bieten Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gleichermaßen Ansatzpunkte dafür, familienergänzende und -unterstützende Angebote in gebündelter Form zur Verfügung zu stellen und so die Zersplitterung der bisherigen, versäulten Angebotsstrukturen durch zusätzliche Angebote im Bereich der Beratung, Elternbildung oder Selbstorganisation von Eltern zu überwinden. Dabei haben insbesondere die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen die Chance, schwierige Entwicklungsverläufe und problematische Erziehungskonstellationen in den Familien bereits im frühen Kindesalter zu erkennen sowie den Eltern beratend und unterstützend zur Seite zu stehen (vgl. Meyer-Ullrich u. a. 2008; Diller u. a. 2008).

Damit die Einrichtungen diese Herausforderungen meistern können, ist die Erweiterung der bisherigen Kooperationsansätze in Richtung einer größeren Familienorientierung und einer Profilierung der Elternarbeit erforderlich: Familien müssen stärker als bisher als Ganzes in ihrem Lebenszusammenhang betrachtet werden. Sie erbringen Leistungen bei der Erziehung und Bildung der Kinder, benötigen jedoch zugleich



zusätzliche, familienergänzende und -unterstützende Infrastrukturen und Dienstleistungen bei der Gestaltung ihres Alltags (vgl. Diller u. a. 2008). Zu einer kinderfördernden und elternunterstützenden Ausrichtung der Arbeit zählen dabei – wie etwa im Kontext der Familienzentren diskutiert wird (vgl. Meyer-Ullrich u. a. 2008), aber auch in ähnlicher Form im Rahmen der Debatte um die offene Ganztagsgrundschule im Primärbereich aufgegriffen wurde –

- erstens Angebote zur Stärkung der Erziehungs- und Beziehungskompetenzen, um Eltern Wissen über die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Handlungskompetenzen für den Erziehungsalltag zu vermitteln,
- zweitens geht es um Angebote zur Unterstützung der Alltagsbewältigung, um Familien zu entlasten – z. B. durch integrierte Dienstleistungsangebote (wie die Vermittlung von Tagesmüttern, Babysittern, Nachhilfe ...),

- drittens werden hierzu Angebote zur Förderung sozialer Integration und Vernetzung der Eltern gerechnet, um soziale Ressourcen zu stärken und Begegnung, Kontakt, Austausch und Verständigung zu fördern (z. B. durch Elternstammtische oder Öffnung der Kita/Schule für andere Familien, Senioren und sonstige Gruppen),

- viertens sollen Angebote zur Förderung der interkulturellen Integration und Verständigung entwickelt werden, um gegenseitigen Austausch und beiderseitige Wertschätzung zu unterstützen (vgl. ebd.).

Allerdings sind die Lebens- und Bedarfslagen von Familien höchst unterschiedlich. Bei der Gestaltung der Angebote ist deshalb eine konsequente Orientierung an den Interessen und Bedürfnissen der Familien im Einzugsgebiet erforderlich. Zur Realisierung eines höheren Grades an Familienorientierung sind zielgruppenorientierte Angebote und Ansprachekonzepte zu entwickeln und die Anforderungen in sozial benachteiligten Stadtteilen zu berücksichtigen.

3. Elternarbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen

In vielen Kommunen kommt es zu einer gesteigerten sozialräumlichen Segregation. Es entstehen Quartiere mit einer verstärkten Konzentration von städtebaulichen, ökonomischen und sozialen Problemlagen. Hierzu zählen unter anderem eine unzureichende Infrastruktur, geringe Wirtschaftstätigkeit, niedrige Einkommen, Arbeitslosigkeit sowie ein geringes Bildungsniveau der Bewohner/-innen. Häufig zeichnen sich solche Quartiere zudem durch einen hohen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund aus. Durch die Kumulation der Problemlagen gelten diese Stadtviertel als besonders belastet (vgl. BMAS 2008).

Diese Problemlagen wirken sich in vielerlei Hinsicht auf die Lebensqualität und Lebenschancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien aus. Kinder mit den Merkmalen „Armut“, „niedriger Bildungsstatus der Eltern“ und/oder „Migrationshintergrund“ haben bereits in der Grundschule schlechtere Schulnoten und erhalten seltener die Empfehlung für das Gymnasium. Als zentrale These ist hier festzuhalten, dass ein enger Zusammenhang zwischen Armut und den Bildungschancen von Kindern besteht, der die weitergehende gesellschaftliche Integration von Kindern erschwert.

Aus den mangelhaften ökonomischen und kulturellen Ressourcen resultiert weiterhin eine Begrenzung der Handlungs- und Entwicklungsspielräume sowie der Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, die mit der sozialen Ausgrenzung von Kindern und Familien einhergeht.

Auf Seiten der Eltern kommt es in Folge der unterschiedlichen Belastungen und der damit verbundenen Herausforderungen häufig zu einer Überforderung bei der Kindererziehung, so dass sich hier ein weiterer Aspekt negativer Entwicklungsbedingungen herauskristallisiert (vgl. Holz u. a. 2005).

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass Einkommensarmut und Migrationshintergrund nicht automatisch eine benachteiligte Entwicklung nach sich ziehen. Wesentliche Faktoren für einen positiven Entwicklungsverlauf sind: (1) Gute Deutschkenntnisse bei mindestens einem Elternteil, (2) ein positives Familienklima (d. h. ohne ständige Streitigkeiten) sowie (3) regelmäßige gemeinsame Aktivitäten in der Familie (vgl. Hock u. a. 2000).

Im Kontext dieser gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kommt der Elternarbeit in Schulen und Kindertageseinrichtungen in sozial benachteiligten Stadtteilen

eine hohe Bedeutung zu, die ebenso großen Herausforderungen und Schwierigkeiten gegenübersteht. Erfolgreiche Elternarbeit kann einen Beitrag zur Förderung der Erziehung in der Familie, zur Verbesserung schulischen Lernens sowie schließlich zum Abbau von Bildungsungleichheit leisten.

Es hat sich bisher jedoch gezeigt, dass insbesondere Eltern mit einem niedrigen sozioökonomischen Status, Eltern mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende durch die traditionellen Formen der Elternarbeit nur schwer zu erreichen sind (vgl. Beher u. a. 2007). Entgegen häufig vorgebrachter Vorurteile zeigen sich sozial benachteiligte Eltern jedoch keineswegs generell unwillig und desinteressiert gegenüber der Schule und der Lernentwicklung ihrer Kinder. Vielmehr richten gerade Eltern mit Migrationshintergrund große Erwartungen an den schulischen Erfolg ihrer Kinder und stellen zu dessen Unterstützung hohe zeitliche und personelle Ressourcen bereit (vgl. Hawighorst 2009). Aus dem hohen Interesse und Engagement der Eltern resultieren vielversprechende Möglichkeiten für die Elternarbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen.

4. Voraussetzungen und Bedingungen einer gelingenden Elternarbeit in Kita und Grundschule

In der Literatur finden sich in diesem Zusammenhang einige Bedingungen, die für eine gelingende Elternarbeit förderlich sind:

1. Eine Form der Elternarbeit, die potenziell alle Eltern erreichen kann, setzt an einer Veränderung der Haltung von Erziehern/-innen und Lehrkräften an. Erst auf der Basis einer durch Respekt und Anerkennung der Eltern charakterisierten Haltung, die auch eine Offenheit für sowie ein Wissen über Risiken und Chancen des Aufwachsens in unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen beinhaltet, macht gelingende Elternarbeit möglich (vgl. Kasüschke/Fröhlich-Gildhoff 2008).
2. Um Elternarbeit erfolgreich praktizieren zu können, ist die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen notwendig. Neben der Erhöhung des zur Verfügung stehenden Zeitkontingents ist hier auch ein verändertes Qualifikationsprofil der Pädagog(innen) erforderlich. Die Arbeit mit Eltern muss verstärkt ein Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Erzieher/-innen werden.

3. Auf der Ebene der einzelnen Schule sind Veränderungen der Elternarbeit schließlich in umfassende Schulentwicklungsprozesse einzubetten. Die Entwicklung eines eigenen Konzepts zur Elternarbeit geht dabei einher mit der Verankerung einzelner Elemente im Schulprogramm. Die hierdurch verstärkte Institutionalisierung der verschiedenen Aktivitäten soll zu einer personenunabhängigen Kontinuität der Elternarbeit führen, die letztlich zu einer nachhaltigen Integration aller Eltern und Kinder und damit zu einer erhöhten (Bildungs-) Qualität von Schule und Kita beiträgt (vgl. Blickenstorfer 2009; Kasüschke/Fröhlich-Gildhoff 2008). Auf der Basis des jeweiligen Konzepts sind auf die Situation der einzelnen Schule passende Methoden und Angebote zu einer nachhaltigen Elternarbeit zu etablieren (vgl. Kasüschke/Fröhlich-Gildhoff 2008).
4. Der gesamte Prozess der Elternarbeit wird durch Phasen der Reflexion und Selbstevaluation begleitet, um den Erfolg und die Angemessenheit des Konzepts und der Methoden ebenso stetig zu überprüfen wie die eigene Haltung (vgl. Kasüschke/Fröhlich-Gildhoff 2008).

Hieraus ergibt sich schließlich das Modell von gelingender Elternarbeit als Kreislauf partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Ein einmal entwickeltes Konzept bleibt so nicht fortwährend bestehen, sondern unterliegt einem dynamischen, den Anforderungen von Kita, Schule und Elternschaft entsprechenden Entwicklungsprozess (vgl. ebd.).

Nicole Börner
Karin Beher
Technische Universität Dortmund
Fakultät 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie
Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund
Vogelphothsweg 78
44227 Dortmund
Tel.: 0231/755-6581/-5552
Fax: 0231/755-5559
E-Mail: nboerner@fk12.tu-dortmund.de;
kbeher@fk12.tu-dortmund.de
www.fb12.uni-dortmund.de/einrichtungen/dji

Literatur

- Beher, K./Haenisch, H./Hermens, C./Nordt, G./Prein, G./Schulz, U.: Die offene Ganztagschule in der Entwicklung. Empirische Befunde zum Primarbereich in Nordrhein-Westfalen, Weinheim/München 2007.
- Blickenstorfer, R.: Strategien der Zusammenarbeit. In: Fürstenau, S./Gomolla, M. (Hrsg.): Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung, Wiesbaden 2009, S. 69-87.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2008.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht, Berlin 2006.
- Hawighorst, B.: Perspektiven von Einwandererfamilien. In: Fürstenau, S./Gomolla, M. (Hrsg.): Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung, Wiesbaden 2009, S. 51-67.
- Diller, A./Heitkötter, M./Rauschenbach, T. (Hrsg.): Familie im Zentrum. Kinder fördernde und Eltern unterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen. DJI-Fachforum Bildung und Erziehung, Band 6. München 2008.
- Hock, B./Holz, G./Simmedinger, R./Wüstendörfer, W.: Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Zusammenfassung, Frankfurt a. M. 2000 (www.awo.org/fileadmin/user_upload/pdf-dokumente/Standpunkte/Endbericht_2000_1Studie_12_Seiten_Ausz%C3%BCge.pdf vom 30.06.2009).
- Holz, G./Richter, A./Wüstendörfer, W./Giering, D.: Zukunftschancen für Kinder!? – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Zusammenfassung des Endberichts der 3. Phase der AWO-ISS-Studie, Bonn 2005 (www.awo.org/fileadmin/user_upload/pdf-dokumente/ISS-Studie_Zukunftschancen-fuer-Kinder.pdf vom 30.06.2009).
- Kasüschke, D./Fröhlich-Gildhoff, K.: Frühpädagogik heute. Herausforderung an Disziplin und Profession. Grundlagen der Frühpädagogik, Köln 2008.
- Meyer-Ullrich, G./Schilling, G./Stöbe-Blossey, S.: Der Weg zum Familienzentrum – Eine Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Begleitung. 2008. (www.paedquis-familienzentrum.de/web/sites/default/files/Transferbericht.pdf, vom 09.11.2009)

Informationen zum Projekt „Elterncafé“

Die Elterncafés an Nordstadt-Grundschulen wurden als ein Projekt im Rahmen der EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II – Förderung der Schulen als Orte der Integration – ab Ende 2003 eingerichtet. Mittlerweile befindet sich an folgenden Grundschulen ein Elterncafé: Vincke-Grundschule, Nordmarkt-Grundschule, Diesterweg-Grundschule, Grundschule Kleine Kielstraße, Oesterholz-Grundschule, Lessing-Grundschule, Albrecht-Brinkmann-Grundschule.

Seit Anfang 2006 ist der Träger dieses Projektes die Stadtteil-Schule Dortmund e.V. Es handelt sich um ein offenes Angebot an alle Eltern der jeweiligen Grundschule. Die Hauptaufgabe der Elterncafés liegt in der Stärkung der Erziehungskompetenz. Durch den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen sollen die Eltern zu verschiedenen Angeboten angeregt und eine intensivere Mit- und Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule hergestellt werden. Im offenen Treffpunkt können sich alle interessierten Eltern der Grundschüler/-innen treffen, um Kontakte zu knüpfen, sich auszutauschen und ihre gemeinsame Freizeit zu gestalten. Die Angebote der jeweiligen Elterncafés finden hauptsächlich im Vormittagsbereich statt und z. T. für berufstätige Eltern auch an Nachmittagen. Die Angebote (z. B.

gemeinsames Frühstück, Gesprächskreise, ...) richten sich nach den Interessen und Wünschen der Eltern. Die Elterncafés werden sozialpädagogisch begleitet, um Eltern bei eventuellen Problemen zu helfen. Ebenso finden Einzelberatungsstunden für Eltern mit Fragen oder besonderen Problemen statt, um zusammen mit den Eltern Lösungen zu finden, oder zu einer geeigneten Beratungsinstitution zu verweisen. Im Rahmen der „Elterncaféarbeit“ werden regelmäßig Informationsveranstaltungen zu bestimmten Themen rund um Erziehung und Gesundheit durchgeführt. Zudem besteht ein Angebot verschiedener Seminare oder Kurse.

Cornelia Jirowetz
Elterncafés Vincke- und Nordmarkt-Grundschule
Carl-Holtschneider-Str. 3
44145 Dortmund
Tel.: 0231/477-3333
E-Mail: elterncafes@web.de



Angelika Ströbner

„Gesundes Frühstück“ – ein Projekt zur Gesundheitserziehung, Elternmitarbeit und Elternarbeit an der Vincke-Grundschule

Kooperationspartner: AWO und Familienprojekt

Im November 2007 trat die AWO an uns heran, mit dem Wunsch, Partner aus dem Schulbereich für das Projekt „Tischlein deck dich“ zu finden. So wurde es möglich, den Kindern der Vincke-Grundschule ein gesundes Schulfrühstück anzubieten.

Das Konzept

In einer Besprechung mit dem Projektleiter der AWO, der Sozialpädagogin des Elterncafés und der Schulleitung wurden folgende Aufgabenbereiche festgelegt:

- | | |
|-------------------|---|
| AWO | • finanzielle Unterstützung des Projekts |
| Schule | • Organisation in den Klassen,
• Einsammeln der Beiträge,
• Durchführung von Unterrichtsprojekten |
| Eltern | • Einkäufe und Zubereitung |
| Elterncafé | • Unterstützung und Anleitung der Eltern bei Einkauf und Zubereitung,
• Durchführung von begleitenden Elternveranstaltungen,
• wöchentliche Abrechnung der Gelder |

Durchführung

Das Frühstück wird im Elterncafé zubereitet. Eine Mutter übernimmt die Organisation, das heißt, sie organisiert die Bestellungen bei einem türkischen Händler aus der Nachbarschaft, sorgt an Hand von Listen für genügend Hilfskräfte und gewährleistet, dass die Hygienebestimmungen eingehalten werden (Teilnahme an einer Hygieneschulung). Mit finanzieller Hilfe des Familien-Projektes kann dieses Engagement honoriert werden.

Nach wöchentlichen Bestelllisten belegen die Eltern Brote und schneiden Obst und Gemüse. Die Mütter treffen sich um 8.15 Uhr im Elterncafé. Nach den Vorbereitungen können ab 9.30 Uhr die Angebote des Elterncafés wahrgenommen werden.

Auf einem Tablett stellen die Mütter das Frühstück für jede Klasse zusammen. Vor der Frühstückspause holt der Frühstücksdienst das Tablett in der Pausenhalle ab.

In den Klassen dürfen die beteiligten Kinder aus dem Angebot wählen. Am Ende des Schultages werden die Tablett wieder im Elterncafé abgegeben.

Im Laufe des Schuljahres wird das Thema „Gesunde Ernährung“ im Unterricht und im Elterncafé aufgenommen.

Seit dem Frühjahr 2008 nehmen an dem „Gesunden Frühstück“ wöchentlich zwischen 90 und 150 Kinder teil, das heißt, wir erreichen mehr als ein Drittel der Familien. Durch das Projekt hat die Elternarbeit an der Vincke-Grundschule einen gewaltigen Anstoß bekommen. Neben einem festen Stamm von fünf Müttern unterstützt eine Vielzahl von Frauen das Projekt an ein bis zwei Tagen in der Woche und nimmt anschließend an den Veranstaltungen des Elterncafés teil.

Angelika Ströbner
Elterncafés Vincke- und Nordmarkt-Grundschule
Carl-Holtschneider-Str. 3
44145 Dortmund
Tel.: 0231/477-3333
E-Mail: elterncafes@web.de

Diler Senol-Kocaman
Sabine Langer

Das Rucksack-Kita-Projekt: ein Konzept zur Sprachförderung und Elternbildung

Das Programm „Rucksack“ geht die Förderung von Migrantenkindern im Elementarbereich mehrdimensional an: Es zielt auf die Förderung der Muttersprache in der Familie und auf die Förderung der deutschen Sprache im Bildungssystem Kindergarten ab. Das Rucksack-Kita-Programm wird seit 1998 bundesweit erfolgreich durchgeführt. Es ist ein Sprachlernprogramm für Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren. Die Durchführung des Programms dauert ca. neun Monate und eine Rucksackgruppe setzt sich im Idealfall aus sechs bis zehn Müttern zusammen. Bei den wöchentlichen Treffen in der Kindertageseinrichtung werden die Mütter von sog. Elternbegleiterinnen auf die Förderung der Muttersprache zu Hause vorbereitet. Während dieser Treffen lernen sie den Wert des Spielens, Malens, den Wert von Liedern und Bilderbüchern für die Entwicklung ihrer Kinder kennen und erleben, wie wichtig es ist, Sprache und Handeln zu verbinden.

Die Zielsetzungen des Programms sind:

1. Förderung der deutschen Sprache als Zweitsprache und der Muttersprache bei Kindern mit Zuwanderungsgeschichte
2. Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern
3. Stärkung des Selbstwertgefühls der zugewanderten Mütter und deren Kinder
4. Stärkung der interkulturellen Pädagogik und des Mehrsprachenkonzepts der Einrichtung

Im Kindergarten der AWO Lange Straße in Hamm wird das Rucksack-Projekt seit zehn Jahren durchgeführt. Wichtige Ziele dabei sind:

1. Zusammenarbeit zwischen professionellen Erzieherinnen und Eltern mit Migrationshintergrund – beide sehen sich als Erziehungspartner.
2. Mütter beschäftigen sich intensiver mit ihren Kindern – die Kinder sind stolz auf ihre Mütter.
3. Rucksackmütter beteiligen sich im Elternrat und nehmen an anderen Angeboten der Einrichtung teil.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass das Rucksack-Projekt einen großen Beitrag zur Integration leistet, die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Einrichtung aufbaut und für Migranteneltern eine Hilfe ist, um Ängste abzubauen und Hemmschwellen zu überwinden.

Das Programm Rucksack-Kita stammt ursprünglich aus Rotterdam und ist überarbeitet und aktualisiert worden mit Mitteln der Freudenberg Stiftung, durch den Arbeitskreis IKEEP (Interkulturelle Erziehung im Elementar- und Primarbereich) und der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) in NRW.

Das Programm gibt es in Deutsch, Türkisch, Italienisch, Russisch, Serbisch und Kroatisch. Eine nicht überarbeitete Version steht in griechischer und spanischer Sprache zur Verfügung.

Weitere Infos erhalten Sie unter:
www.raa.de, www.rucksack-griffbereit.raa.de

Diler Senol-Kocaman
RAA Hamm – Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
Stellv. Leiterin
Interkulturelle Pädagogik/Sprachförderung im Elementarbereich, Beratung von Migrantinnen
Stadthausstr. 3, 59065 Hamm
Tel: 02381/175044
E-Mail: senol-kocaman@stadt.hamm.de
Homepage: www.raa.de

Sabine Langer
AWO Kindergarten Lange Straße
Lange Straße 381, 59077 Hamm
Tel: 02381/469698
E-Mail: kiga.lange.str@awo-hamm-warendorf.de

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – keine Frage der Konjunktur!?

Eltern dabei zu unterstützen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen, ist nicht nur eine Aufgabe des Staates sondern auch der Unternehmen. Diese setzen zunehmend auf eine familienbewusste Personalpolitik und richten familienfreundliche Maßnahmen zur Entlastung ihrer Mitarbeiter/-innen ein.

Im Workshop wurden deshalb nicht nur ausgewählte familienunterstützende Maßnahmen und Instrumente in Unternehmen vorgestellt und diskutiert, sondern es wurde auch der Frage nachgegangen, warum Unternehmen auf Familienfreundlichkeit setzen. Thematisiert wurden die Wirkungen der Maßnahmen ebenso wie deren Nutzen für die Unternehmen – und zwar nicht nur in Zeiten positiver Konjunktur-entwicklung.

Karin Jurczyk

Neue Blicke auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Weibliche Teilzeitarbeit ist nicht mehr der „Königsweg“ zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zudem wird diese auch zunehmend zu einem Thema für Männer. Die Vereinbarkeit steht unter neuen Vorzeichen, denn nicht nur die Erwerbswelt, sondern auch die Familie selber hat sich geändert – und mit beiden zusammen die Lebensverhältnisse und die Orientierungen der Geschlechter.

Entgrenzung von Zeit, Raum und Geschlechterverhältnissen in Familien

Es geht heute nicht mehr darum, zwei stabile und klar strukturierte Sphären, Erwerb und Familie, kompatibel zu machen, was unter den Bedingungen des fordistischen Reproduktionspaktes der 1960er- und 1970er-Jahre – für Frauen – schon schwierig genug war. Eine aktuelle Studie zeigt, dass Phänomene der sog. Entgrenzung die bisherige Arbeitsteilung zwischen Beruf und Familie, Männern und Frauen ins Rutschen bringen (Jurczyk et al. 2009). Entgrenzung umschreibt die zunehmende Brüchigkeit bis dahin sicherer (oder

zumindest für sicher gehaltener) struktureller Ab- und Begrenzungen von Sphären der Gesellschaft und des persönlichen Lebens (Gottschall/Voß 2003). Sie beleuchtet Aspekte des forcierten Wandels von westlichen Industrie- zu Wissens- und Dienstleistungsgesellschaften.

Besonders markant sind Entgrenzungen hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse sowie der zeitlichen und räumlichen Organisation von Arbeiten und Leben, begleitet von einer Verdichtung der Erwerbsarbeit. Fast immer zeigen sich neben Optionssteigerungen und Flexibilitätsgewinnen auch Probleme der Orientierung und Neuordnung im alltäglichen Leben. Auch wenn beispielsweise die Erosion der sog. Normalfamilie und die vermehrte Frauenerwerbstätigkeit weitgehend positiv besetzt sind und flexible Arbeitszeiten sowie berufliche Mobilität neue Spielräume eröffnen, stellen sie sich doch als folgenreiche und vor allem als höchst zwiespältige Prozesse dar. Das weit verbreitete Label der Work-Life-Balance beschönigt dabei eher die konkreten Herausforderungen an das Familienleben,

es weist vielmehr auf ins Bewusstsein der Gesellschaft tretende Probleme hin. Zusammenfassend lässt sich, dass das „alte“ fordistische Muster der Arbeitsteilung zwischen den Bereichen Familie und Beruf sowie zwischen Frauen und Männern nicht mehr funktioniert, aber kein neues an seine Stelle getreten ist.

Deshalb versuchen die Familienmitglieder selber, durch individuelles Grenzmanagement berufliche und familiäre Erfordernisse zu verbinden. Wir sehen, dass große Anstrengungen und Einfallsreichtum notwendig sind, um unter Entgrenzungsbedingungen eine gemeinsame familiäre Lebensführung zu etablieren. Diese führen dazu, dass Familie oft in den Zeitlücken der Erwerbsarbeit gelebt werden muss. Zeitknappheit aufgrund langer Arbeitszeiten betrifft vor allem Paarhaushalte mit zwei vollzeiterwerbstätigen Eltern sowie die große Gruppe der Alleinerziehenden. Andersartige Zeitnöte entstehen durch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die in Lage und Dauer stark variieren. Die Beschäftigten haben wenig Einfluss auf ihre Arbeitszeitpläne; ihre Arbeitseinsätze sind häufig kurzfristig, entrhythmisiert und wenig planbar. Dies führt zu einer Zerstückelung des familialen Alltags. Familienleben muss gleichsam „auf Knopfdruck“ und verdichtet stattfinden, wenn gerade Zeit dafür ist. Ebenso führt die zunehmende projektförmige Arbeit zu Synchronisationsproblemen der verschiedenen Familienmitglieder.

Gemeinsame Zeit muss heutzutage oft erst gefunden, ja geplant werden. Die spezifische Zeitlogik familialer Fürsorgearbeit verträgt sich jedoch nur bedingt mit vorab eingeplanten Zeitpaketen. Zeitliche ist zudem von räumlicher Entgrenzung begleitet: die Zunahme erwerbsbedingter räumlicher Mobilität führt zu längeren Arbeitswegen, mehreren Arbeitsorten sowie Wochenend- und Fernpendeln. Die Belastungen aus dem Erwerbsbereich verknüpfen sich oft mit Entgrenzungen des Familienlebens, etwa durch das Leben in zwei Haushalten nach Trennung und Scheidung. Die „doppelte Entgrenzung“ führt zu Zeit-, Energie- und Aufmerksamkeitskonkurrenzen, die eine aktive Beteiligung der Einzelnen am Familienleben erschweren.

Familie als Herstellungsleistung

Ein gemeinsames Familienleben ergibt sich nicht mehr „von alleine“, sondern wird immer mehr zu einer aktiven Herstellungsleistung aller Beteiligten (Schier/Jurczyk 2007). Stressreiche Arbeitsbedingungen können das Familienleben massiv einschränken, womit der „Eigensinn“ von Familie, ein zentrales Qualitätsmerkmal von

Familienleben, in Frage gestellt wird. Selbst bei finanziell gut ausgestatteten Doppelkarriereeltern zeigt sich, dass Geld gemeinsame Zeit in ihrer Qualitätsdimension eben nicht kompensieren kann. Familiäre Kopräsenz, d. h. gemeinsame zeiträumliche Anwesenheit der Familienmitglieder, wird zur knappen Ressource; sie muss auf innovative Weise neu gestaltet werden. Abhängig von den jeweiligen Arbeitsbedingungen der befragten erwerbstätigen Eltern lassen sich in unserer Untersuchung fünf unterschiedliche Muster ihrer Kopräsenz, d. h. der körperlich-räumlichen gleichzeitigen Präsenz in den Familien erkennen:

1. eine dauerhaft knappe Kopräsenz
2. der Wechsel von knapper und ausgiebiger Kopräsenz in Phasen
3. eine Zerstückelung der kopräsenten Zeiten in Familien
4. selbst gestaltete Muster von Kopräsenz und schließlich
5. verlässliche und regelmäßige kopräsente Familienzeiten

Nur das letzte Muster entspricht der herkömmlichen Vorstellung von Familie und ihrem fordistischen Modell.

Verloren gehen auch die für persönliche Beziehungen und das Großziehen von Kindern so wichtigen beiläufigen Gelegenheiten zur vertiefenden Interaktion. Eltern sind häufig so erschöpft, dass sie kaum zum pragmatischen Vereinbarkeitsmanagement, noch weniger aber zur Herstellung von Gemeinsamkeit beitragen können. Selbstsorge wie Fürsorge werden oft an der Grenze der Belastbarkeit praktiziert, reduziert wird jedoch weniger die Zeit für Kinder als die für Partnerschaft und die eigene Regeneration. Gesundheitliche Folgen, aber auch Belastungen für die Partnerschaft sind nur eine Frage der Zeit.

Neu ist, dass auch Männer vermehrt Doppelbelastungen erfahren; sie wünschen sich selber mehr Zeit für die Familie. Erkennt man an, dass gemeinsame Zeit die Vorbedingung für ein Familienleben ist, verwundert es nicht, dass die meisten erwerbstätigen Männer und Frauen ihre bezahlten Wochenstunden senken wollen. Insgesamt finden sich deutliche Hinweise auf Wechselwirkungen zwischen Erwerbsarbeit und Familie. Die doppelte Entgrenzung wirkt – insbesondere für Frauen – teilweise auch positiv auf den Erwerbsbereich zurück. Ein gelingender Familienalltag und gelingende Balancen verstärken etwa die Erwerbsmotivation und das Engagement der Beschäftigten. Erfahren sich jedoch die Beschäftigten zu eingeschränkt bei der Abstimmung mit den Bedürfnissen der Familie, tragen sie diese Unzufriedenheit in die Arbeitswelt zurück.

Vereinbarkeit: eine Frage der Konjunktur?

Wenn Mütter und Väter nicht mehr in der Lage sind, für sich selbst, aber auch für andere hinreichend Sorge für das Wohlbefinden zu tragen, droht ohne sozial-, arbeits- und familien-politische Unterstützungen langfristig eine „Reproduktionslücke“ in Familien – mit Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft. Für die Unternehmen selber kann dies bedeuten, dass Arbeitskräfte durch Vereinbarkeitserfordernisse erschöpft sind, dass auch ihre Motivation und ihr Engagement als Beschäftigte nachlassen oder dass sie den Arbeitsplatz wechseln, wenn sie den Eindruck haben, dass auf ihre Familienbelange gar keine Rücksicht genommen wird. Dies wird Unternehmen vor allem dann zum Problem, wenn es sich um bewährte bzw. qualifizierte Mitarbeiter/-innen handelt, an denen Mangel herrscht.

Bislang werden diese „Reproduktionslücken“ in der sich einseitig entlang der Bedürfnisse des Wirtschaftssystems entgrenzenden Gesellschaft nur durch die innovativen Alltagspraktiken von beschäftigten Eltern verhindert bzw. bewältigt. Es besteht aber nicht nur im Interesse der Familien selber, sondern – zumindest langfristig – auch von Wirtschaft und Gesellschaft vielfältiger politischer Steuerungsbedarf der Folgen der doppelten Entgrenzung. Denn Familie ist nach wie vor eine unverzichtbare Ressource für individuelles Wohlbefinden, für die Reproduktion gesunder Arbeitskräfte sowie aber auch der nächsten Generation und viele andere, zwar privat erbrachte, aber gesellschaftliche relevante Güter.

Es geht kein Weg zurück in die Verhältnisse der 1960er-Jahre. Die sich abzeichnenden Fürsorge-dilemmata und ihre umfassenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen scheinen jedoch bislang nicht wirklich verstanden zu sein. Viele familienfreundliche Maßnahmen doktern – mit durchaus richtigen Teilschritten – eher an den Symptomen herum als dass sie ein Konzept gleichstellungsorientierter Familienpolitik (BMFSFJ 2006) verfolgen, das Wohlfahrtsstaat und Unternehmen als Akteure einschließt. In Zeiten der ökonomischen Krise scheint eine solche Politik noch weniger als sonst im kurzfristigen Interesse vieler Unternehmen zu liegen. Mittel- und langfristig werden jedoch diejenigen profitieren, die in die Unterstützung von Familien investieren. Dass sich Familienorientierung rechnet, ist inzwischen mehrfach belegt. Die niedrigen Geburtenraten und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften können hier eine Chance sein.

Die Ergebnisse unserer Studie rücken folgende sechs betriebliche Handlungsfelder in den Vordergrund (Jurczyk et al. 2009: 344ff.):

1. Einsicht bei Betriebsräten und Personalverantwortlichen in die Vielfalt und den Eigensinn von familialen Lebenslagen und -führungen fördern
2. Arbeitnehmer/-innen in Work-Life-Balance fortbilden
3. Familienkompetenzen als Instrument der Personalentwicklung für Mütter und Väter nutzen
4. Vereinbarkeit zum Väterthema machen; Vereinbarkeit auch in Führungspositionen für beide Geschlechter fördern
5. Planungssicherheit und Gestaltbarkeit der Arbeitszeiten durch Partizipationsinstrumente im Betrieb ermöglichen
6. Mobilitätsanforderungen minimieren bzw. an Familienbelange anpassen und Gesundheit durch „gute Arbeit“ unterstützen

Für all diese Ansätze existieren Good-Practice-Beispiele (BMFSFJ 2006), wichtige Faktoren bei ihrer Umsetzung sind Unternehmensgröße, Branche, persönliche Vorbilder auf der Leitungsebene sowie die Unternehmenskultur.

Dr. Karin Jurczyk

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2, 81541 München
Tel: 089/62306-255
Fax: 089/62306-162
E-Mail: jurczyk@dji.de
Homepage: www.dji.de

Literatur

- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Siebter Familienbericht, Berlin 2006.
- Gottschall, Karin/G. Günter Voß (Hrsg.): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag, München/Mering 2003.
- Jurczyk, Karin/Michaela Schier/Peggy Szymenderski/Andreas Lange/G. Günter Voß: Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung, Berlin 2009.
- Schier, Michaela/Karin Jurczyk: Familie als Herstellungsleistung in Zeiten der Entgrenzung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 34, 2007, 10-17.

In der Krise trotzdem familienfreundlich?

Familienfreundlichkeit ist in den letzten Jahren zu einem Topthema in der Wirtschaft avanciert. Wird das angesichts der tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrise auch zukünftig so bleiben? Mehr Gründe sprechen dafür als dagegen. So wirkt die Krise zum einen nicht einheitlich, sondern Regionen, Branchen und Unternehmen sind unterschiedlich betroffen. Zum anderen gewinnt gerade die Mitarbeiterbindung und -motivation in der Krise eine besondere Bedeutung, um Abwanderung zu vermeiden. Familienfreundliche Personalpolitik kann hier zu einem Entscheidungskriterium werden. Hinzu kommt ein struktureller Fachkräftemangel vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Aber nicht nur die ökonomischen Faktoren sind wesentlich für die Bedeutung des Themas familienbewusste Personalpolitik. Sie ist nicht nur ein Reflex auf Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften, sondern mit ihr wird auf eine grundlegende Veränderung im Geschlechterverhältnis reagiert. Junge Paare wünschen sich ganz überwiegend eine gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit. Dies drückt sich bereits heute in der durchgängigen Erwerbsorientierung junger Frauen und Mütter aus. Dagegen ist die Rollenveränderung des Mannes, seine stärkere Familienorientierung, bisher kaum vollzogen. Ausgehend von den Vätern am Arbeitsplatz werden aber zunehmend mehr junge Väter ihre Familienaufgaben wahrnehmen wollen und müssen und das nicht nur während des Elternurlaubes, sondern für die gesamte Phase des Aufwachsens ihrer Kinder. Das „Aufwachen“ der Väter wird in den Betrieben zu einer Neubewertung der Balance von Beruf und Familie führen müssen, wenn mittel- und langfristig Arbeitsmotivation und Mitarbeiterbindung funktionieren sollen.

Auch Betriebsräte und Gewerkschaften nehmen sich des Themas vermehrt an und dringen auf Betriebsvereinbarungen. Die Offenheit der Führungskräfte, auf die sie treffen, wächst, da diese entweder aus eigener Betroffenheit oder aus Anschauung im Familienkreis ebenfalls bisherige Stereotype zum Verhältnis von Beruf und Familie hinterfragen (müssen).

Schließlich promoten staatliche Ebenen wie Bund, Länder und Kommunen durch Aktivitäten und Fördermöglichkeiten die vorhandenen Ansätze. Der Blick weitet sich dabei systematisch von der Versorgung in der Kernfamilie auf die Frage des Zusammenhalts der Generationen insgesamt. Das Thema hat also viele Treiber, die ihm Schwung und Eigendynamik in Wirtschaft und Gesellschaft verleihen. Die Krise wird allenfalls dämpfend wirken, aber den langfristigen Trend nicht umkehren.

Dr. Hildegard Kaluza

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Abteilung Integration und Generationen
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Tel: 0211/8618-3448
E-Mail: hildegard.kaluza@mgffi.nrw.de
Homepage: www.mgffi.nrw.de

Schwierige Kinder in der offenen Ganztagschule – was tun?

Schüler/-innen in schwierigen Lebenssituationen stellen für Lehr- und Fachkräfte in der offenen Ganztagschule (OGS) ein Problem dar. Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule bietet potenziell erweiterte Handlungsmöglichkeiten zur individuellen Förderung dieser Kinder. Einen Weg bildet die Integration von Erziehungshilfen in die OGS. Welche Herausforderungen hieraus für die beteiligten Akteure resultieren und welche unterschiedlichen Modelle sich vor Ort entwickelt haben, waren die zwei zentralen Fragestellungen, denen im Workshop nachgegangen wurde.

Stephan Maykus

„Schwierige“ Kinder im Ganztag – was tun?

Das „Schwierige“ im Blick:
Eine Frage mit vielschichtigem Hintergrund

Ein Blick in die Praxis der OGS zeigt, dass mit dieser Frage – wie sie im Rahmen dieses Workshops fokussiert wird – ein hoher Handlungsdruck verbunden wird: Bisherige Konzepte passen scheinbar nicht zu den erlebten Situationen. Die Frage drückt auch aus, dass „das Schwierige“ individualisiert wird. Es sind die Kinder mit ihrem Erleben und Verhalten, auf das man schaut: Sie werden zu „den Schwierigen“. Vielleicht ist dies ein Lösungsversuch der Professionellen, der Versuch, die erlebte Diskrepanz zwischen den bestehenden Konzepten und Handlungsmöglichkeiten einzudämmen, erträglich zu machen. Denn der Handlungsdruck entsteht auch aufgrund veränderter Rahmenbedingungen: Ganztagsangebote haben eine „schwierige Qualität“ mit Blick auf die Förderung einzelner Kinder. Jedoch offenbaren diese Strategien, mit dem Problemdruck umzugehen, fatale Konsequenzen: Die Situation ändert sich nicht, der Handlungsdruck nimmt nicht ab, in der Wahrnehmung vieler sogar zu. Und: Wer stellt eigentlich diese Frage und ist mit dieser Situation konfrontiert? Welche Blickwinkel auf „Schwieriges“ gibt es demnach? Es sind einerseits die Fachkräfte in den Ganztagsangeboten, die Schwierigkeiten in der Durchführung der Angebote erleben, im Kontakt mit Kindern, mit ihren Eltern. Es sind die Lehrkräfte, die Schwierigkeiten in der Erfüllung ihres Unterrichts-

auftrages erleben; gemeint sind aber auch die Eltern, die – aus unterschiedlichsten Gründen – schwierige Lebens- und Erziehungssituationen bewältigen müssen, immer mit Auswirkungen auf das Aufwachsen der Kinder und ihre schulischen Erfahrungen. Und es sind eben diese, die eine schwierige soziale Situation in der Schule erleben, sich ausgegrenzt, unverstanden, nicht angemessen behandelt sehen. Je nach der Perspektive auf diese Frage resultieren unterschiedliche Handlungsansätze daraus, eine Anforderung jedoch stellt sich dabei immer: „Das Schwierige“ bezieht sich auch auf die Organisationen und die Frage ihrer Kooperation, das Erleben einer schwierigen Vernetzung, die wichtige Grundlage für die Entwicklung einer kooperativen Förderung aller Kinder wäre.

Besondere erzieherische Förderung in der Schule mahnt die Verständigung über individuelle Förderung an

Förderung wird häufig mit einer besonderen Förderung verbunden, mit einer Zielgruppe, die in einer bestimmten Weise als förderbedürftig gilt und einen Unterstützungsbedarf auslöst, z. B. die „schwierigen“ Kinder. Förderung hieße dann, bestimmte Kinder wieder hin-

zu einer definierten Norm zu fördern, sie anzugleichen. Damit ist dann ebenso häufig die Förderung von Lernleistung gemeint, in einem engen Verständnis von Bildung. Statt Sonderorten und Maßnahmen für Einzelne ist vielmehr ein breites Angebotsspektrum der Förderung für alle Schüler/-innen wichtig – dass die Förderung von Begabungen und Intelligenz, bei Beeinträchtigungen oder Behinderungen ebenso ermöglicht wie Förderung als generelle, regelhafte Grundlage für die Eröffnung gleicher Bildungschancen. Ein solches breites Angebotsspektrum hätte ein wichtiges Kennzeichen: Es vereint unterschiedliche Orte und Qualitäten der Förderung, unterschiedliche Angebote im Schulalltag als „Förderbalancen“. Solche Förderbalancen stellen sich als gegenseitig durchlässige Angebote für unterschiedliche Schülergruppen, Themen und Förderziele dar, die durch Brücken miteinander verbunden sind und organisatorisch durch unterschiedliche Professionen und Teams abgesichert werden. Förderung wird demnach durch ein Gesamtkonzept getragen, das in mehrfacher Hinsicht Integriertheit herstellt: Integriertheit der Angebotsbereiche und -formen, der Methoden, der Zielgruppen und der Professionen. Die gemeinsame Orientierung am Ziel der Förderung schafft eine Basis für die gegenseitige Öffnung der Kooperationspartner, ihr Ergänzungsverhältnis bekommt damit einen konzeptionellen Rahmen. Die zentrale Frage ist dabei: Was soll zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden? Was bringen die Kooperationspartner, z. B. die Hilfen zur Erziehung, ein? Welche Ergänzungsmöglichkeiten sind möglich, die zu einem breiten Spektrum von Lern- und Erfahrungsorten in der Schule führen? Voraussetzungen dafür sind: Die Weiterentwicklung des Schulkonzeptes mit entsprechender Akzentuierung (und entsprechender Konzepte der Jugendhilfe) sowie die Erstellung von Kooperationsvereinbarungen auf der Basis eines gemeinsamen Leitbildes (das Bildung und Förderung umfassend verortet).

Vom Prinzip des Nebeneinanders zum Vernetzungsprinzip in der Förderung von Kindern

Individuelle Förderung junger Menschen in schwierigen Lebenssituationen löst die Verantwortung für differenzierte Angebote aus, die an den individuellen Möglichkeiten der Kinder, ihren Lern- und Lebenserfahrungen ansetzen, sie berücksichtigen und in die Gestaltung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten einfließen. Die Sensibilität für soziale und außerschulische Bedingungen der jungen Menschen spielt hier eine Rolle und die Frage, wie sie die Gestaltung

des Schulalltags beeinflussen, wie ihnen entsprochen werden sollte. Solche Lernräume und die Orientierung an einem umfassenden Entwicklungsprozess entstehen nicht automatisch durch den erweiterten Zeitrahmen der Ganztagschule, sie müssen von den Fachkräften gezielt geplant und ausgestaltet werden. Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe fördert die Entwicklung eines solchen breiten Verständnisses von Förderung, das Förderung von Neigungen, Begabungen genauso meint wie Förderung von Sozialverhalten, von Bewältigungskompetenz, der Eindämmung von Verhaltensschwierigkeiten, der Fähigkeit in der Schule und im Alltag besser klar zu kommen. Dies sind die Blickwinkel der Jugendhilfe, die sozialpädagogische Perspektiven in die Frage nach der Förderung einbringen kann und deren Leitmaximen an den Fördergedanken anschlussfähig sind: Das Kind und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, das soziale Umfeld als wichtigen Bezugspunkt des Handelns nehmen, die Sichtweisen der Kinder einbeziehen, Partizipation ermöglichen sind zentrale Grundlagen der Kinder und Jugendhilfe. Daher bietet Kooperation für Schulen die Möglichkeit, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen, auf unterschiedliche Zugänge, Methoden, Erfahrungen und sie in Ergänzung zu bringen, um eine gemeinsame und umfassende Förderpraxis zu etablieren. Damit diese Potenziale zum Tragen kommen, müssen die Kooperationspartner einen ersten Verständigungsprozess eingehen (zunächst je für sich und dann gemeinsam): Was verstehen wir unter Förderung? Was sind Ziele von Förderung? Was können und wollen wir dazu beitragen? Wie stellen wir uns eine Zusammenarbeit vor? Anhand dieser ersten Klärungen werden (durchaus unterschiedliche und konträre) Motive, Erwartungen an Kooperation transparent, Ziele können ausgehandelt und der Gewinn einer Zusammenarbeit deutlich werden. Voraussetzung: Hierfür muss es gerade zu Beginn Orte der Kommunikation geben, dieser Klärung muss ein Rahmen und Raum eröffnet werden, da von ihr das Gelingen der weiteren Zusammenarbeit, z. B. mit den Hilfen zur Erziehung, entscheidend abhängt.

Hilfe zur Erziehung bewegt sich auf Regelkontexte zu

Die Hilfen zur Erziehung als Leistungsbereich der Jugendhilfe stellen eine sozialpädagogische Unterstützung von jungen Menschen und Familien dar, reagieren auf die Bedingungen des Aufwachsens und gestiegener Anforderungen der Lebensbewältigung. Hilfen zur Erziehung kennzeichnen grundsätzlich einen kompensatorischen Aspekt. Sie wollen junge



Menschen fördern, die von defizitären sozialisatorischen Lebens- und Erziehungssituationen betroffen sind, die Familienerziehung (wieder) stärken, unterstützen und in ihrem Alltag beraten, Benachteiligung mindern und ihre Auswirkungen (z. B. auf Bildungsbiografien) eindämmen. Sie richtet sich zwar potenziell an alle jungen Menschen und Familien, im Sinne des grundlegenden Rechtsanspruchs der Sorgeberechtigten, wird jedoch entsprechend der jugendhilferechtlichen Grundlagen nur bei bestimmten Voraussetzungen gewährt, sie gilt in ihrem Adressatenbezug als „exklusiv“. Und trotzdem entsteht vermehrt eine Praxis der Integration erzieherischer Hilfe in unterschiedliche Regelangebote der Erziehung und Bildung, die anzudeuten scheint: Eine einseitige Sicht auf Exklusivität der Hilfen zur Erziehung wird weder diesem Leistungsbe- reich noch den aktuellen Unterstützungsbedarfen der Adressaten gerecht. Hilfe zur Erziehung scheint mehr zu werden, als nur eine Praxis in den gängigen inter- nen (und gesetzlich normierten) Settings dieses Feldes, sie vollzieht sich zunehmend auch in Schnittstellen, in denen sie den Einzelfallbezug einschränkt und darüber hinaus strukturell verankerte und sozialräumliche Kon- zepte umsetzt. Dies zeigt sich zum Beispiel in Koope- rationen der Hilfen zur Erziehung mit Familienzentren, Kindertagesstätten, mit Einrichtungen der Früherken- nung, frühen Förderung und Hilfen für Familien sowie mit ganztägig organisierten Schulen. Über Kooperation hinaus entstehen dabei auch neue Organisationsfor- men erzieherischer Hilfe, die das sozialpädagogische Ziel der „erzieherischen Förderung“ in den Mittelpunkt rücken. Dieser Ansatz wäre für die OGS ein wichtiges komplementäres Element in der Förderung junger Menschen.

Kooperative erzieherische Förderung im Ganztag bedeutet Entwicklungsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen

Ganztagschule bietet einen Rahmen für eine verstärkte individuelle Förderung, sie ist selbst aber noch nicht das alleinige Mittel dahin, sondern ist auszugestalten und in ihren Potenzialen der Förderung jeweils vor Ort zu klären und zu konkretisieren. Denn individuelle För- derung braucht förderliche Rahmenbedingungen und ihre Integration in Teamarbeit und in den Schulalltag, vor allem dann, wenn sie nicht „Maßnahme“ für eine bestimmte Gruppe von Schülern/-innen, sondern Fun- dament einer neuen Schule sein soll. Erste Einblicke in die damit verbundenen Herausforderungen in der Pra- xis hat beispielsweise die wissenschaftliche Begleitung zur offenen Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen gegeben: So hat die Forschungsgruppe als ein Ergebnis festgehalten, dass es noch schwierig scheint, eine gezielte Einzel- bzw. Kleingruppenförderung praktisch umzusetzen. Als Gründe dafür werden in den Befra- gungen der Studie vor allem strukturelle Bedingungen (große und jahrgangsübergreifende Gruppen, ein ge- ringes Zeitkontingent, fehlende Kontinuität und man- gelnde Kapazitäten an Fachkräften) genannt, die eine intensivere Auseinandersetzung mit einzelnen Kindern kaum zulassen. Ebenso erhält die notwendige Klärung von Förderverständnissen und Fördermethoden an der einzelnen Schule noch zu wenig Raum. Hingegen spielt in allen Konzepten der befragten Ganztagschulen das pädagogische Ziel „Förderung“ eine herausragende Rolle – als Ziel und selbst gestellte Herausforderung steht es also nicht mehr in Frage.

Tabelle 1: Entwicklungsfragen von Ganztagschulen auf dem Weg zur individuellen Förderung in Kooperation (Maykus 2006)

Grundpositionen	Leitfrage für Kooperationsentwicklung	Notwendige Voraussetzungen
1 Individuelle Förderung ist umfassende Entwicklungsförderung junger Menschen	Was verstehen wir unter Förderung?	Räume für gemeinsame Klärungen von Verständnissen, Zielen, Erwartungen
2 Individuelle Förderung verlangt ein integriertes Gesamtkonzept	Was soll und kann von wem eingebracht und zusammengeführt werden?	Weiterentwicklung des Schul- konzeptes, Leitbild und Zielverein- barungen zwischen Partnern
3 Individuelle Förderung bedeutet Orientierung an Heterogenität	Inwiefern können Förderorte ausdifferenziert und qualifiziert werden?	Bedarfsanalyse, Austausch und Beratung, Fortbildungen
4 Individuelle Förderung bedeutet Netzwerkbildung	Wie kann ein Fördernetzwerk an der Schule aussehen?	Schnittstellen identifizieren, Ressourcen abstimmen
5 Individuelle Förderung verlangt Lernfähigkeit von Schulen und ihren Partnern	Woran erkennt man eine „gute“ Förderpraxis und wie überprüft man sie?	Verfahren der kooperativen Qualitätsentwicklung und Selbst- evaluation

Es stellt sich daher eine zentrale Frage: Wie kommt man vom Leitziel „Individuelle Förderung“ zur Praxis der Förderung in der einzelnen Schule? Welchen Beitrag leistet Kooperation dazu? Welche Schritte sind damit verbunden? Welche Voraussetzungen fördern diesen Weg? Was erschwert ihn? Die Anforderung lautet also „Vom Leitbild zur Praxis“ – und das soll gleichsam die Linie für den Austausch im Workshop sein, deren Themen die Auseinandersetzung mit diesen Fragen anregen, den Standpunkt eigener Praxis, Erfahrungen und Verständnisse von Förderung vergegenwärtigen können. Dazu seien fünf thesen- artige Positionen formuliert (siehe Tab. 1), die ergänzt werden um je eine Leitfrage für die Entwicklung von Kooperation sowie um notwendige Voraussetzungen dafür. Gedanklich können sich diese Fragen somit auf die konkrete Situation einer Schule beziehen, die sich auf den Weg machen will, gemeinsam mit außerschuli- schen Partnern Förderpraxis – gegebenenfalls zunächst auf den besonderen erzieherischen Förderbedarf junger Menschen bezogen, um dann Grundlagen für individuelle Förderung generell zu schaffen – zu eta- blieren (dabei soll entsprechend der oben entwickelten Argumentation die Kinder- und Jugendhilfe als Partner der Schule in den Mittelpunkt gestellt werden). Kon- sequent würde dies bedeuten, dass wir den Workshop zukünftig anders nennen müssten: „Individuelle För- derung von Kindern – was tun, um von diesem Leitbild zur Praxis zu gelangen?“

Prof. Dr. Stephan Maykus
 Fachhochschule Osnabrück
 Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
 CF-Gebäude, Raum CF 0325
 Postfach 1940, 49009 Osnabrück
 Tel: 0541/9693543
 Fax: 0541/9692070
 E-Mail: s.maykus@fh-osnabrueck.de
 Homepage: www.fh-osnabrueck.de

Literatur

- Maykus, S.: Gemeinsame Wege der erzieherischen Förderung von Schule und Jugendhilfe erkennen, in: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.): Förderkonzepte von Schule und Jugendhilfe – zwei Blickwinkel auf den Fall „Tim“ (Band 2 der Reihe „Der GanztTag in NRW – Beiträge zur Qualitätsentwicklung“), Münster 2005, S. 49–53.
- Maykus, S.: Kindern fördern – eine Aufgabe von Schule und außerschulischen Partnern, in: Burk, K./Deckert- Peaceman, H. (Hrsg.): Auf dem Weg zur Ganztags- Grundschule, Frankfurt/M. 2006, S. 101–113.
- Maykus, S.: Hilfe zur Erziehung – in Bewegung?! Überlegungen zu Normalisierungstendenzen in den Hilfen zur Erziehung, in: Unsere Jugend 2008 (H. 5), S. 194–207.

Ralf Bouerdieck-Thiem
Bettina Brunswicker

Jugendhilfe an Schule

Seit dem Sommer 2007 besteht in Iserlohn das Projekt „Jugendhilfe an Schule“. Es ist in diesem Umfang ein besonderes Projekt, mit dem sich die Stadt Iserlohn einen frühzeitigen Zugang zu den Problemlagen der Schüler/-innen an den 15 Grund- und zwei Förderschulen erhofft.

Entstanden ist das Projekt aus der 20-jährigen Tagesgruppenarbeit, der teilstationären Hilfemaßnahme nach § 32 SGB VIII. Im Rahmen dieses Hilfeangebots hielt die Evangelische Jugendhilfe Iserlohn insgesamt 24 Plätze an zwei Standorten und mit zwei unterschiedlichen Altersstrukturen vor. Dieses intensive Angebot konnte Familien durch tagesstrukturierende Maßnahmen und eine intensive Elternarbeit dabei unterstützen, eigene Ressourcen wieder zu entdecken, Fähigkeiten zu Stärken auszubauen und somit wieder einen gemeinsamen Weg des Miteinanders zu finden. Der Bedarf an kurzfristigen und auch niederschwelligeren Hilfen zeigte sich jedoch größer als das Angebot der Tagesgruppen.

Somit stellte sich die Stadt Iserlohn gemeinsam mit der Evangelischen Jugendhilfe Iserlohn der Herausforderung, ein Projekt zu entwickeln, das präventive Angebote und Interventionsmöglichkeiten an Schulen gleichermaßen möglich macht.

Besonders wichtig war es den Partnern, das gemeinsame Fallverstehen von Schule und Jugendhilfe zu etablieren und an einem Tisch mit den am Projekt beteiligten Fachinstitutionen (Schule, öffentliche Jugendhilfe, Jugendhilfe und der Offene Ganzttag) und den Eltern nach Lösungen zu suchen.

So starteten wir mit einer Projektskizze im Schulleiterrausschuss der Stadt Iserlohn und vereinbarten anschließend mit den einzelnen Schulen eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur. Regelmäßig stattfindende Konferenzen in den Schulen gewährleisteten den Austausch zwischen Schule und Jugendhilfe. Eine Steuerungskonferenz, in der Vertreter/-innen der Stadt, der Schulen und der Jugendhilfe sitzen, überwachen den gesamten Projektverlauf und entwickeln das Projekt weiter.

Nach über zwei Jahren können wir sagen, dass es sich „Iser“ lohnt. Es ging nicht von Anfang an mit allen

Schulen gleichermaßen voran. Aber mit der Bereitschaft aller Beteiligten ging es immer ein Stück weiter und mit der Zeit immer „gemeinsamer“ hin zu einem gemeinsamen Fallverstehen und somit einer gemeinsamen Entwicklung von Unterstützungsmaßnahmen für die Schüler/-innen Iserlohns.

So entstanden neben den bereits bestehenden und von der Evangelischen Jugendhilfe Iserlohn entwickelten Angeboten wie einem sozial-emotionalen Kompetenztraining, handlungsorientierten Gruppenarbeiten, erlebnispädagogischen Angeboten, Forscherwerkstätten, Kindersprechstunden und einer niederschweligen Elternberatung mit der Zeit viele, an den Bedarf der Schulen angelehnte, neue Angebote.

Heute sind wir in einem guten Austausch mit den Schulen und versuchen, den Schulalltag mit passgenauen Angeboten zu unterstützen. So sind neben den bereits genannten Angeboten noch Klassenprojekte zu Themen wie „sozialer Umgang“, Pausenangebote, Gruppenfindungsangebote im Offenen Ganzttag (Olympiade mit 90 Kindern) oder Gruppenarbeiten zu speziellen Themen wie gesunder Ernährung, Abenteuer, Jungen- und Mädchengruppen, Musikgruppen, Fahrradwerkstätten und Kleingruppenarbeit zur Integration in das Regelangebot hinzugekommen.

Wir arbeiten bedarfs- und interessensgerecht an den Schulen und versuchen somit, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, an unseren Angeboten teilzunehmen.

Und die Zahlen geben uns recht. In den vergangenen Jahren hatten wir im Durchschnitt ca. 500 Schüler/-innen pro Jahr in unseren Kursen. Natürlich ist diese Zahl nicht vergleichbar mit den Zahlen der teilstationären Tagesgruppenarbeit. Aber bei manchen Kindern sind ein früher Zugang zu den Problemlagen und das gemeinsame Handeln der Beteiligten oftmals schon Hilfe genug und vermeidet die Bereitstellung einer intensiveren Unterstützung.

Ralf Bouerdieck-Thiem

Evangelische Jugendhilfe Iserlohn
Projektleitung JanS – Jugendhilfe an Schule
Karnacksweg 28, 58636 Iserlohn
Te.I: 02371/80830
E-Mail: bouerdieck-thiem@jugendhilfe-iserlohn.de
Homepage: www.jugendhilfe-iserlohn.de



Culture Clash: Kulturelle Diversität als Herausforderung für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule

Wenn Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der öffentlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zusammenkommen, bringen sie den kulturellen Hintergrund ihrer Familien mit. Sie sind geprägt durch deren Herkunft, Religion, Tradition oder Weltanschauung und sich daraus ergebenden Erziehungsstilen. Fachkräfte nicht zuletzt in Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen sich alltäglich mit dieser kulturellen Vielfalt auseinandersetzen. In diesem Workshop wurden Chancen und Probleme kultureller Diversität sowie die hieraus resultierenden Anforderungen an die Fachkräfte diskutiert.

Erika Schulze

Culture Clash (?) Kulturelle Diversität als Herausforderung für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule

Im Folgenden soll anhand der im Titel enthaltenen Stichworte die Thematik thesenartig entfaltet werden. Ich hoffe, dass am Ende deutlich geworden sein wird, warum ich den Begriff des „Culture Clash“ dabei mit einem Fragezeichen versehen habe.

I. Kulturelle Diversität prägt die bundesrepublikanische Gesellschaft spätestens seit den 60er-Jahren in wachsendem Ausmaß

Blicken wir auf die gesellschaftlichen Transformationen der letzten Jahrzehnte, so sehen wir, dass eine zunehmende gesellschaftliche Heterogenität und kulturelle Diversität unseren Alltag bestimmt. Unterschiedliche Entwicklungen nahmen hierauf Einfluss, Entwicklungen, von denen jede für sich dazu beitrug, dass sich die Lebensformen und -stile intern ausdifferenzierten, Freiräume für eine individuell zu wählende Form der Lebensführung entstanden und zahlreiche Einflüsse aus allen Ländern der Welt einen selbstverständlichen Platz in unserem Alltagsleben eingenommen haben.

Grob lassen sich hier mehrere Entwicklungen nennen, die zu diesen Veränderungen beigetragen haben.

Bedeutsam sind dabei zum einen die binnengesellschaftlichen Veränderungen, vor allem der Prozess der Individualisierung (Beck 1986), der zu einem erhöhten Freiheitsspielraum des Individuums beigetragen hat, sein Leben selbst nach eigenen Entwürfen zu gestalten. Bei allen Problemen, die dies auch mit sich bringt, hat diese Entwicklung doch zu einer Pluralisierung von Lebensformen geführt, die in den 50er-Jahren noch völlig undenkbar war. Exemplarisch wäre hier die Familie zu nennen, die sich (nach der Hochphase der bürgerlichen Kleinfamilie in den 50er-Jahren als normatives und breit gelebtes Modell) in zahlreichen Lebensformen ausdifferenziert hat – Familienformen, die häufig einer bewussten Wahl für eine „andere“ Form der Lebensführung entspringen.

Zum zweiten wäre die kulturelle Globalisierung zu nennen, die – vor dem Hintergrund technologischer Entwicklungen – zu einem Zusammenwachsen der Welt beigetragen hat, zu einem nie dagewesenen Wissen um die Vorgänge am je anderen Ende der Welt und damit aber auch dem Transfer von kulturellen Vorstellungen, Orientierungen und ihren jeweiligen Materialisierungen. Und zum dritten haben auch die gewachsene Mobilität und Migration einen wichtigen

Einfluss darauf, dass kulturelle Diversität zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden ist.

Diese – hier nur kurz angerissenen – Prozesse werden konkret, wenn man einen Blick in den städtischen Alltag wirft. Denn gerade die Städte und das urbane Leben sind der Ort, an dem sich die kulturelle Diversität tagtäglich niederschlägt.

Die Bedeutung der binnengesellschaftlichen Veränderungen für das Entstehen kultureller Diversität betont der Münchner Soziologe Armin Nassehi, wenn er schreibt:

„Was die moderne Gesellschaft an Stilen und Lebensformen, an Milieus und biografischen Diskontinuitäten erlaubt, hätte unser Land auch ohne Einwanderer zu einer ‚multikulturellen‘ Gesellschaft werden lassen.“ (Nassehi 2000)

Unter einer solchen Perspektive wird sichtbar, dass die kulturelle Diversität, mit der Pädagogen/-innen und Lehrer/-innen, Mitarbeiter/-innen von Jugendhilfe und Schule in ihrem Alltag konfrontiert sind, bei Weitem mehr ist, als eine (angenommene) Differenz zwischen migrantischen und nichtmigrantischen Jugendlichen, zwischen „Türken“, „Italienern“ und „Deutschen“. Denn kulturelle Diversität bezieht sich gleichermaßen auf das Feld der unterschiedlichen Lebensentwürfe und Orientierungen, auf Milieus und Szenen. So zeigt beispielsweise die inzwischen fast unüberschaubar gewordene Ausdifferenzierung der Jugendszenen, welche Vielfalt jugendkultureller Orientierungen das Leben von Jugendlichen prägen können.¹

In dieser Diversität liegt sicher eine Herausforderung für Pädagog(inn)en, denn sie sind in ihrem Alltag zunehmend mit dem Unbekannten und Unvertrauten konfrontiert, mit Orientierungen und Milieus, die als „fremd“ empfunden werden.

Wenngleich also die Breite der kulturellen Heterogenität, wie sie sich gesellschaftlich zeigt, in den Blick genommen werden muss, so zielt der Begriff in seiner Verwendung doch zumeist auf das engere Feld der „ethnischen Differenzen“. Dies soll in der zweiten These fokussiert werden.

II. Die „Kulturen“ von Migrant(inn)en sind dabei ebenso heterogen und ausdifferenziert wie die der nichtmigrantischen Bevölkerung.

Auf literarisch-biografischem Weg erteilt der Schriftsteller Feridun Zaimoglu am Beispiel seiner Familie der Vorstellung einer ethno-kulturellen Eindeutigkeit bzw. Identität eine klare Abfuhr. In seinem Buch „Kopf und Kragen. Kanak-Kultur-Kompendium“ ist zu lesen:

„Meine Mutter beispielsweise ist Tscherkessin und kommt aus dem Kaukasus. Ihre Sippe entkam nur knapp der Deportation nach Sibirien; das geschah in der Zeit, als Stalin mit eisernem Besen fegte und auch das kleine Tscherkessenvölkchen seiner Zwangsumsiedlungspolitik zum Opfer fiel. Nicht vielen gelang die Flucht an die türkische Schwarzmeerküste, und die es doch schafften, wurden über Nacht türkische Staatsbürger. Mein Vater wiederum gehörte der dritten Generation der Balkanflüchtlinge an, die sich nach der Weltkriegsniederlage und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches in das türkische Kernland aufgemacht hatten. Ich bin im anatolischen Bolu geboren, meine achtzehn Monate jüngere Schwester ist gebürtige Berlinerin. Kann man vor solch immensen Zeitzäsuren und biografischen Brüchen noch von einer einzigen Identität sprechen, die alle Altersklassen in der Geschlechterfolge in Haft nimmt? Irreguläre Lebensläufe aus Zusammenbruchsszenen sind das wahre Gesicht der Einwanderung.“ (Feridun Zaimoglu 2001:10)

Wie sehr die Vorstellung einheitlicher „Herkunftskulturen“ ein Mythos ist und ihr Einfluss auf die individuellen Orientierungen und Lebenskonzepte regelmäßig überschätzt wird, macht auch die 2008 veröffentlichte SINUS-Studie für Migranten-Milieus deutlich.

Diese zwischen 2006 und 2008 durchgeführte repräsentative Studie zeigt auf, wie sehr die migrantischen Milieus – analog zur Mehrheitsgesellschaft – durch eine hohe Heterogenität und interne Ausdifferenzierung geprägt sind. Dabei entwickelt die geteilte Zugehörigkeit zu einem Milieu und damit auch zu gemeinsamen lebensweltlichen Mustern eine stärkere Bindekraft als eine geteilte ethnische Herkunft.

³ Einen Einblick in diese Vielfalt geben die Arbeiten des Dortmunder Soziologen Ronald Hitzler (www.hitzler-soziologie.de/hitzler.html) oder auch die Seite von www.jugendszenen.com.

Die Autor(inn)en formulieren:

„Vielmehr zeigte sich – wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft. (...) Die Migranten-Milieus unterscheiden sich weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Dabei finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen. Mit anderen Worten: Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus.“ (SINUS 2008)

Ethnische Zugehörigkeit und auch Religion – so ein weiteres Ergebnis – beeinflussen zwar die Alltagskultur, sind auf Dauer jedoch meist nicht identitätsstiftend.

So selbstverständlich und wenig überraschend diese Ergebnisse auch erscheinen mögen, die Idee homogener Migrantenkulturen erweist eine hohe Beharrungskraft. Die Vorstellung einer weitgehenden kulturellen Homogenität von „Türken“, von „Italienern“ und damit implizit immer auch von „Deutschen“ ist weiterhin wirkungsmächtig, das Bild statischer ethnischer Kulturen (kritisch Sökefeld 2004) prägt seit Jahrzehnten den medialen und zum Teil auch noch den wissenschaftlichen Diskurs. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sind diese Vorstellungen tief im alltäglichen „Wissen“ und Bewusstsein verankert, wengleich sie, wie oben gezeigt, der Komplexität der Realität nicht gerecht werden und stattdessen vor allem die Mythenbildung befördern.

Vor diesem Hintergrund möchte ich als dritte These formulieren:

III. Die Hausforderung für Fachkräfte besteht darin, die Diversität als (positive) Voraussetzung ihrer Arbeit wahrzunehmen, ohne die Differenzen zu kulturalisieren.

Kritische Ansätze innerhalb der interkulturellen Öffnung/des interkulturellen Lernens (Rommelspacher/Kollak 2008) verfolgen seit Langem eine solche Perspektive. Mit diesen Konzepten, die zunehmend Einfluss gewinnen und eine institutionelle Auseinandersetzung mit den „blinden Flecken“ und eine Umorientierung nach sich ziehen, wird der Einwanderungsrealität – wenn auch mit einiger Verspätung – Rechnung

getragen. Gesellschaftliche Diversität als positive Voraussetzung der Arbeit wahrzunehmen bedeutet dann, selbstverständlich erscheinende Normen zu hinterfragen, die eigenen Positionen kritisch zu reflektieren, beinhaltet Dialogfähigkeit und Neugierde und auch – mit Blick auf die Institutionen – eine kritische Überprüfung der ihnen eingeschriebenen Selbstverständlichkeiten. Das impliziert auch eine kritische Überprüfung vor-schneller „kultureller“ Erklärungsmuster. Denn gerade hier ist angesichts der Wirkungsmacht kulturalistischer Begründungsmuster – wie Maria do Mar Castro Varela hervorhebt – eine „Praxis des Verlernens“ gefragt. Sie führt aus,

„dass es beim Interkulturellen Lernen um eine Praxis des Verlernens geht, die das Transparent-machen von Machtverhältnissen und das Aufdecken von Herrschaftsverhältnissen befördert und sich weniger um die (vermeintlichen) kulturellen Differenzen dreht.“ (Castro Varela 2008: 108)

Deutlich wird, dass eine ausschließliche Ausrichtung auf die Frage der Anerkennung von Differenzen verkürzt ist. Die gesellschaftlich und damit auch innerhalb der pädagogischen Arbeit wirksamen Macht- und Herrschaftsverhältnisse müssen in die kritische Reflexion einbezogen werden, es muss immer – wie Georg Auernheimer ausführt – um Anerkennung und Gleichheit gleichermaßen gehen (Auernheimer 2003).

Damit möchte ich abschließend die vierte These formulieren:

IV. Die Herausforderung an die Fachkräfte besteht weniger in der Konfrontation mit „kultureller Diversität“, sondern vielmehr in der mit Ungleichheitsstrukturen und ihren Folgen.

Bei näherem Hinsehen sind die pädagogischen Fachkräfte in der bundesrepublikanischen Einwanderungsgesellschaft in ihrer Arbeit mit den Folgen und Auswirkungen zahlreicher Facetten von Ungleichheit, von Macht- und Herrschaftsverhältnissen konfrontiert. Neben denen, die den Institutionen selbst eingeschrieben sind und die es kritisch zu hinterfragen gilt, sind die Auswirkungen der gesellschaftlichen Ungleichheit tagtäglich in der Arbeit spürbar – sei es die Bildungsungleichheit, die sich nach sozialer und ethnischer Herkunft entfaltet; seien es die Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus, die zum Alltag vieler Migranten und ihrer Kinder und Kindeskinde gehören; sei es die immer noch mangelhafte gesetzliche Gleich-

stellung (Wahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft), um nur einige Beispiele zu nennen.

Wenn es innerhalb der sozialen Arbeit zu einem Clash – oder um es weniger dramatisierend auszudrücken zu Konflikten – kommt, dann sind die Gründe hierfür weniger in „kulturellen Differenzen“ zu suchen, sondern vielmehr Ausdruck sozialer Ungleichheitsstrukturen.

Dr. Erika Schulze
Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt)
Gronewaldstraße 2, 50931 Köln
Tel: 0221/470-7349
Fax: 0221/470-7394
E-Mail: erika.schulze@uni-koeln.de
Homepage: www.fist.uni-koeln.de

Literatur

- Auernheimer, Georg: Einführung in die Interkulturelle Pädagogik, Darmstadt 2003.
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986.
- Castro Varela/Maria do Mar: Macht und Gewalt: (K)ein Thema im Diskurs um interkulturelle Kompetenz, in: Rommelspacher, Birgit/Kollak, Ingrid (Hrsg.): Interkulturelle Perspektiven für das Sozial- und Gesundheitswesen, Frankfurt am Main 2008, S. 97-113.
- Rommelspacher, Birgit/Kollak, Ingrid (Hrsg.): Interkulturelle Perspektiven für das Sozial- und Gesundheitswesen, Frankfurt am Main 2008.
- SINUS SOCIOVISION: Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland, (www.bke.de/content/application/explorer/public/newsletter/januar-2009/zentraleergebnisse09122008-1.pdf vom 9.12.2008)
- Sökefeld, Martin: Das Paradigma kultureller Differenz. Zur Forschung und Diskussion über Migranten aus der Türkei in Deutschland, in: Sökefeld, Martin (Hrsg.): Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz. Neue Perspektiven auf Einwanderer aus der Türkei, Bielefeld 2004, Transcript, 9-34.
- Zaimoglu, Feridun: Kopf und Kragen. Kanak-Kultur-Kompendium, Frankfurt am Main 2001.



Maria Kestermann

Culture Clash: Kulturelle Diversität als Herausforderung für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule

Der Verbund der RAA (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) mit seinen 27 Einrichtungen in NRW bietet eine Vielzahl an interkulturellen Projekten an. Die Bandbreite reicht vom Elementarbereich über die Jugendhilfe und Schule bis zum Übergang von der Schule in den Beruf.

Eine Zusammenfassung konzeptioneller Grundlagen interkultureller Projekte der RAAs finden Sie in der Sammelmappe der RAA-Hauptstelle zum 25-jährigen Jubiläum, die Sie auch im Internet einsehen können.

Meine Arbeitsschwerpunkte bei der RAA Kreis Unna umfassen die Bereiche Jugendhilfe/Schule und den Übergang von der Schule in den Beruf. Der halbjährige Veranstaltungskalender der RAA Kreis Unna gibt regelmäßig einen Überblick über unsere vielfältigen Angebote.

Im Rahmen des Schwerpunktes „Jugendhilfe und Schule“ bin ich für die Planung, Organisation und Durchführung interkultureller Fortbildungen für schulische und außerschulische Fachkräfte zuständig. Außerdem bin ich an der konzeptionellen Entwicklung interkultureller Projekte in Netzwerken beteiligt, berate und begleite diese im Rahmen meiner Arbeitsschwerpunkte.

Ich werde wegen der Kürze der Zeit nur zwei Projekte exemplarisch vorstellen, eines zum Thema Lehrerfortbildungen und ein Jugendhilfeprojekt. Ich möchte aus Erfahrung darauf verzichten, die durchgeführten Projekte in aller Detailgenauigkeit zu beschreiben. Wichtiger erscheint mir in diesem Zusammenhang, verwertbare Erkenntnisse aus den Projekten für andere Fachkräfte deutlich zu machen.

Projekt „Interkulturelle Fortbildungen“

Beginnen möchte ich mit der beispielhaften Vorstellung interkultureller Lehrerfortbildungen in einem dreijährigen Netzwerkprojekt. Hier waren elf Schulen des Kreises Unna beteiligt: Förder-, Haupt- und Gesamtschulen sowie Berufskollegs.

Um die Kommunikation zwischen Schülern/-innen und Lehrern/-innen – und somit das soziale Klima einer Schule – positiv verbessern zu können, legten wir als Projektbeteiligte Wert darauf, Schüler/-innen und Lehrer/-innen gleichermaßen, zeitgleich oder zeitversetzt, interkulturell fortzubilden.

Die RAA Kreis Unna wurde auf zwei Ebenen aktiv: einerseits in der Planung, Organisation und Durchführung interkultureller Lehrerfortbildungen für die projektbeteiligten Schulen, andererseits führte eine RAA-Kollegin mit Migrationshintergrund als ausgebildete Deeskalationstrainerin interkulturelle Trainings mit Schüler(inne)n durch.

Zuvor aber entwickelte jede der elf projektbeteiligten Schulen ein an ihren Bedarfen ausgerichtetes interkulturelles Konzept.

Durch die bedarfsorientierten Konzepte und durch regelmäßige Projektbesprechungen konnten zeitnah aktuelle inhaltliche Interessen und Bedarfe der Lehrer/-innen für ihre Schule berücksichtigt werden. Die Fortbildungswünsche wurden durch mich als Mitarbeiterin der RAA zeitnah umgesetzt.

Thematische Schwerpunkte der durchgeführten Fortbildungen waren eindeutig „interkulturelle Inhalte“ wie Sensibilisierung, interkulturelle Kommunikation und Informationen zu soziokulturellen Hintergründen.

Die genannten Fortbildungswünsche machen die kulturelle Diversität in den Schulklassen deutlich. Interkulturelle Sensibilisierung heißt, durch interaktive Selbst- und Fremdrelexion sich mit eigenen und anderen Bildern, Vorurteilen, Stereotypen und Wertvorstellungen vom „Fremden“ auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung mit dem „Fremden“ in Fortbildungen tragen der multikulturellen Zusammensetzung der Schulklassen Rechnung und haben die Chance, „ethnisches Schubladendenken“ – mit der Produktion neuer Klischees und Vorurteile – zu verhindern.

Ein sehr großes Interesse der Lehrer/-innen bestand darin, thematisch zu Konflikten zwischen Schülern verschiedener Herkunft in der Schule zu arbeiten.

Sinnvollerweise wurden Trainingsangebote für Schüler/-innen und Lehrer/-innen zeitgleich zu Gewaltprävention, interkulturellen Missverständnissen und Konfliktbewältigung, Vermittlung präventiver Methoden bei Mobbing etc. durchgeführt.

Zum Beispiel wurden adäquate Präventionsmethoden speziell für Jungen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte vorgestellt wie z. B. „Kampfkunstmethode“ oder Methoden der „Konfrontativen Pädagogik.“ Um Nachhaltigkeit in der schulischen Gewaltprävention zu gewährleisten, war ein Ziel des Projektes, Lehrer/-innen dafür zu gewinnen, sich als Deeskalationstrainer/-innen ausbilden zu lassen. Eine Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz stellte den Projektbeteiligten für die langfristige Arbeit anerkannte Standards in der gewaltpräventiven Arbeit vor.

Weitere wichtige Schwerpunkte waren religiöse Fortbildungen, hier war vorrangig der Islam als für uns „fremde“ Religion ein oft gewünschtes Thema.

Nachhaltigkeit machte sich z. B. daran fest, dass eine Hauptschule Unterrichtseinheiten zum Thema „Weltreligionen“ entwickelte, Besuche von Moscheen und Hindutempel für ihre Klasse organisierte.“ Es entstanden auch regelmäßige interreligiöse Schulfeiern in Vernetzung der projektbeteiligten Berufskollegs, die zum obligatorischen Bestandteil der Lehrpläne geworden sind.

Auch das Thema „Kooperatives Lernen“ in multikulturellen Klassen wurde in der Projektzeit aufgegriffen und nach dem Prinzip „learning by doing“ in Gruppenarbeit erprobt.

Erwiesen ist, dass die Methode des kooperativen Lernens Konkurrenzverhalten zwischen Schüler(inne)n verringert oder sogar verhindert. Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund können ihre unterschiedlichen Stärken zeigen, ihr Selbstwertgefühl wird nachweislich gestärkt. Gegen Vorurteile und Ausgrenzung, zur Förderung der Kontakte in der Schülerschaft durch Gruppenkommunikation hat sich diese Unterrichtsmethode sehr bewährt.

Auch interkulturelle Elternarbeit war in verschiedenen Veranstaltungen Thema, da Elternaktivierung in der Schule erfahrungsgemäß oft mühsam ist. Aus diesem Grund hatte die Beschäftigung mit dem Thema hohe Priorität. Hier wurde die Wichtigkeit der Wertschätzung von Eltern mit und ohne Migrationshintergrund durch die Schule deutlich, sie ihren Bedürfnissen entspre-

chend auch in positiver Weise in das Schulgeschehen einzubinden. Dabei ist interkulturelle Sensibilität der Lehrer/-innen für Eltern mit Migrationshintergrund gefragt, wie z. B. deren Erfahrung mit anderen Bildungssystemen und Kommunikationsformen zu berücksichtigen.

In der Projektlaufzeit wurden 32 Fortbildungen mit über 500 Teilnehmern durchgeführt.

Jede interkulturelle Fortbildung wurde durch einen Fragebogen evaluiert, deren Ergebnisse ich nachfolgend vorstelle. Dabei wurden drei Punkte für besonders wichtig erachtet:

Methodenvielfalt, Praxisorientierung und gutes Material ermöglichen Umsetzung im Unterricht.

Viele Beispiele aus dem Schulalltag und die praxisnahe Aufbereitung des Themas waren für die Teilnehmer/-innen ein wichtiges Qualitätskriterium der Fortbildungen.

Es war für die Teilnehmer/-innen hilfreich, dass Methoden, Medien und Materialien, die zur Anwendung kamen, für den Unterricht gut genutzt werden konnten.

Fachliche Kompetenz und Persönlichkeit des Referenten

Wichtig waren den Teilnehmer(inne)n Referent(inn)en, die fachlich qualifiziert und professionell in der Durchführung waren und eine facettenreiche Persönlichkeit hatten.

Eine hohe Akzeptanz haben qualifizierte Berufskolleg(inn)en, die Erfahrungen aus dem eigenen Schulalltag vermitteln.

Referenten mit Migrationshintergrund und interkulturelle Zusammensetzungen der Fortbildungsgruppen erhöhen den Lernzuwachs.

Referenten mit Migrationshintergrund mit gleichzeitig interkultureller Zusammensetzung der Fortbildungsteilnehmer/-innen vermittelten einen kulturellen Perspektivwechsel, so dass Lehrer/-innen sensibilisiert wurden für Orientierungen und Verhaltensweisen ihrer Schüler/-innen mit Migrationshintergrund.

„Mit den Augen des Anderen sehen lernen“ ermöglichte die Akzeptanz des „Andersseins“. Den Teilnehmenden wurde deutlich, dass andere kul-

turelle Sichtweisen als gleichwertig akzeptiert werden sollten, dass es sich für den Schulalltag lohnt, sich mit unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen, Werten und Normen auseinanderzusetzen.

Da pauschale kulturelle und ethnische Zuordnungen und Stereotypen Vorurteilsdenken verstärken, ist eine qualifizierte Ausbildung in interkultureller Kompetenz bei Referenten wichtig. Das impliziert die Bereitschaft, sich der „Stereotypenfalle“ bewusst zu sein, sich als ständig Lernender zu begreifen und die interkulturelle Qualifikation weiterzuentwickeln.

Aus den Projekterfahrungen lassen sich folgende Handlungsempfehlungen zu interkulturellen Fortbildungen ableiten:

Ein nachhaltiger interkultureller Lernprozess an Schulen kann nur langfristig und systematisch erfolgen.

Dazu wäre eine Positionierung und Aktivierung der Führungs- und Leitungskräfte sinnvoll. Mit Unterstützung der Schulämter und Schulleitungen, mit einer außengesteuerten Prozessbegleitung und Evaluation kann eine interkulturelle Öffnung von Schule gelingen.

Die interkulturelle Öffnung wird im Leitbild und Schulprogramm deutlich gemacht.

Ein regelmäßiges interkulturelles Fortbildungsangebot an Schulen ist wichtig.

Bis in den Lehrerausbildungen eine standardisierte und systematische interkulturelle Qualifizierung realisiert wird, ist ein regelmäßiges interkulturelles Fortbildungsangebot in der Schule besonders wichtig und erforderlich. Um die Wichtigkeit zu dokumentieren und die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, wird es in Lehrerfortbildungsprogrammen, auch auf Schulamts- und Bezirksregierungsebene, aufgenommen.

Vielfältige Personenbeteiligung an interkulturellen Lernprozessen ist durch Vernetzung möglich.

Bei der interkulturellen Kompetenzentwicklung sind Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter/-innen, Schüler/-innen und Eltern gleichermaßen gefordert. Eine Öffnung zum Umfeld durch außerschulische Partner, Vereine der Migrationsarbeit etc. ist für einen interkulturellen Lernprozess hilfreich.

Interkulturelle Inhalte im Unterricht aufnehmen

Für eine erfolgreiche Praxis in der Schule ist ein Aufgreifen von interkulturellen Inhalten in den Unterrichtsfächern machbar und wünschenswert. Darüber hinaus ist eine Verzahnung von Lehrerfortbildungen und Trainingsmaßnahmen für Schüler/-innen optimal.

Mit Blick auf die kulturelle Diversität der Schülerschaft wäre es sinnvoll, mehr Lehrer/-innen mit Migrationshintergrund in den Schuldienst einzustellen und eine individuelle Förderung der Schüler/-innen durch kleine Klassen und mehr Lehrpersonal möglich zu machen.

Interkulturelles Jugendhilfeprojekt

Als nächsten Punkt möchte ich ein interkulturelles Projekt der Jugendhilfe vorstellen, wobei mir wichtig ist, Ihnen die übertragbaren Erfahrungen zu vermitteln.

Es ist ein gemeinwesenorientiertes Projekt mit Spätaussiedlerjugendlichen, anderen zugewanderten und deutschen Jugendlichen. Es wurden Angebote und Methoden genutzt, die prinzipiell auch bei Deutschen und Jugendlichen mit anderer Zuwanderungsgeschichte angewandt werden können. Das Wichtigste war für die Jugendlichen, dass sie menschlich angenommen, wertgeschätzt und in ihren Interessen und Bedürfnissen wahrgenommen wurden. Dieser Punkt hatte absolute Priorität, dass sogar Angebotsinhalte zweitrangig wurden.

Eine Clique von Spätaussiedlerjugendlichen fiel durch unangemessenes Verhalten auf einem öffentlichen Platz auf, sodass verschiedene Institutionen und die Kommune ein gemeinsames Projekt durchführten.

Das Projekt hatte das Ziel, die Jugendlichen ins örtliche Jugendzentrum zu integrieren. Die Nutzung des Angebotes und die Kontaktaufnahme zu anderen Jugendlichen waren das entscheidende Kriterium.

Die positive Haltung zu ihrer unterschiedlichen Individualität und die Akzeptanz ihrer kulturellen Orientierungen (z. B. ihre Musik, das Essen, es konnte ohne Abwertung russisch gesprochen werden) waren weitere wichtige Ziele.

Die Programmangebote zur Förderung der Integration mussten alle Jugendlichen ansprechen.

Erfahrungen aus dem Projekt

Das Projektnetzwerk darf nicht zu groß sein, damit es als arbeitsfähige Gruppe das Projekt praktisch umsetzen kann. Dadurch kann sich eine langfristige Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen entwickeln.

- Integration von Migrantenjugendlichen darf nicht wie soziale Randgruppenarbeit behandelt werden; sie sind wie alle anderen Bürger/-innen Einwohner/-innen der Kommune.
- Die Kommune ist ein wichtiger Netzwerkpartner, weil sie nach Beendigung des Projektes für die Nachhaltigkeit der Angebote sorgen kann.
- Mitbestimmung der Jugendlichen über die Projektangebote entsprechend ihren Interessen ist ein entscheidendes Kriterium zum Gelingen des Projektes. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollte bei Besprechungen ein Muttersprachler anwesend sein. Das fördert die Kommunikation und die Jugendlichen fühlen sich wertgeschätzt.
- Die vorgeschlagenen Angebote werden von den Projektmitarbeiter(inne)n konsequent umgesetzt, damit die Jugendlichen sich ernst genommen fühlen.
- Es wird ressourcenorientiert gearbeitet, um die Stärken und Interessen der Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen.
- Die Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund als Vertrauensperson der Jugendlichen, Vermittlerin zu deutschen Mitarbeiter(inne)n, für die Ansprache der Eltern und die Beratung bei persönlichen Problemen der Jugendlichen und als Partnerin für Mädchen war ein entscheidendes Kriterium für das Gelingen des Projektes.
- Sportangebote sollten als wichtiger Integrationsfaktor berücksichtigt werden. In der Schule und im Jugendzentrum wurden Sportangebote nach Wunsch der Jugendlichen durchgeführt. Ringersport wurde im Nachmittagsbereich vom Sportverein durchgeführt. Dieser Sport ist in der GUS und in der Türkei beliebt. Beide Gruppen nahmen daran teil, ebenso beim Kraftsport, der im Jugendzentrum durchgeführt wurde. Der Sport förderte den Kontakt untereinander, Gewaltprävention wurde mit adäquaten Methoden für Jungen und Mädchen (z. B. Kampfkunst) durchgeführt und in Kooperation mit einer Einrichtung der politischen Bildung organisiert.

- Interkulturelles Lernen bei Jugendlichen und Projektmitarbeitern: Mit einer russlanddeutschen Theaterpädagogin wurde kreativer Geschichtsunterricht in der Schule durchgeführt, mit gebastelten Masken wurde ein Theaterstück zum Integrationsthema erarbeitet und vor Eltern und auf einem kommunalen Fest aufgeführt. Im Netzwerk der Projektmitarbeiter/-innen wurden interkulturelle Fortbildungen zur Sensibilisierung durchgeführt.

Das Ziel des Projektes, die Spätaussiedlerjugendlichen in das Jugendzentrum zu integrieren und Kontakte und Beziehungen zu anderen Jugendlichen zu entwickeln, wurde erreicht. Die Eltern konnten durch die Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund durch Gespräche und Einladungen in das Jugendprojekt einbezogen werden. Sie fühlten sich ernst genommen und entwickelten Vertrauen in die Arbeit des Jugendzentrums.

Nachfolgend durften ihre Kinder immer häufiger an den Freizeitangeboten teilnehmen, und die Spätaussiedlereltern nutzen bis heute Räume des Jugendzentrums für ihre Familienfeiern.

Maria Kestermann

RAA Kreis Unna – Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
Schule/Beruf und Jugendhilfe
Schulstr. 8, 59192 Bergkamen
Tel.: 02307/9248878
E-Mail: maria.kestermann@kreis-unna.de
Homepage: www.raa.de

Zwischen Erkenntnislücken und Handlungsdefiziten: Armut als Bildungs- und Erziehungsrisiko

Der Workshop befasste sich mit dem Zusammenhang von Armutslagen und den Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen. Es wurde in den Blick genommen, wie eine kommunale Sozialberichterstattung beschaffen sein muss, um sowohl die Lebenslagen von Familien als auch die Infrastruktur an Förderungs- und Unterstützungsleistungen verlässlich als Ausgangspunkt kommunaler Familienpolitik zur Kenntnis zu nehmen. Schließlich wurde erörtert, wie die vorliegenden Erkenntnisse und Gewissheiten als Grundlage von kommunaler Familienpolitik genutzt werden können.

Andreas Lange

Armut und Bildung im Kindesalter. Abriss des Forschungsstandes und kindheits- sowie familienpolitische Schlussfolgerungen

1. Zur Einführung: Neue Diskurse zu Ausmaß und Relevanz der Armut von Kindern

Die Frage nach den Gründen und den Konsequenzen der Armut von Kindern gehört schon seit Längerem zum Kernbestand der Familien-, Kindheits- und Sozialisationsforschung (Lauterbach/Lange 1999; Walper 2008). Die gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für „die armen Kinder“ hängt erstens mit der Veröffentlichung von Dokumenten der Sozialberichterstattung mit eingängigen, plakativen, medial vermarktbareren Kennziffern zusammen. Der Bericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes „Unter unseren Verhältnissen“ (Paritätischer Gesamtverband 2009) konnte so jüngst beispielsweise beträchtliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen, was nicht zuletzt mit seiner prägnanten Visualisierung von Unterschieden in der Armutsbetroffenheit zwischen und innerhalb von Bundesländern zusammenhängt.

Zweitens werden die Befunde der kindheitsbezogenen Armutsforschung heute neu gerahmt: Es geht nicht mehr nur um eine Empörung über das Leid der armen Kinder. Vielmehr gewinnt ein bildungsökonomisches Denken im Rahmen einer „Neuerfindung des Sozialen“ als übergreifender Bewertungsmaßstab sozialer Verhältnisse (Lessenich 2008) an Einfluss: Es werden die Konsequenzen der Deprivation dieser Kinder für

ihre Schullaufbahn und daran anschließend für ihre berufliche Platzierung skizziert.

Drittens erfährt das Thema Kinderarmut einen Schub durch soziologische Diskurse zu „neuen“ Formen der Ungleichheit (Castel 2009), der zunehmenden Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und anderen ungleichheitsrelevanten Gütern zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten (Frick/Grabka 2009). Kinderarmut als Phänomen hängt also auch zusammen mit der zunehmenden Gefährdung der Mittelschicht. Man konstatiert eine Verunsicherung in der Gesellschaftsmitte. Da die Perspektive auf die subjektiv verunsicherte Mitte der Gesellschaft und die damit einhergehenden Folgen in der deutschsprachigen Diskussion erst in den vergangenen Jahren systematischer aufgenommen wurde, gibt es bislang kaum groß angelegte empirische Studien zu diesem Phänomen. Allerdings lassen sich dafür wichtige Einzelbefunde beibringen: Böhnke (2009) belegt auf der Basis des Wohlfahrtssurveys eine Verunsicherung der Mittelschichten über ihre künftigen Lebensumstände. Zwar ist nach wie vor in den unteren Einkommensgruppen die Angst vor Arbeitslosigkeit am größten, doch hat diese Angst im Laufe der vergangenen Jahre bei den Mittelschichten am deutlichsten

zugenommen. Das Interesse an Kinderarmut wird viertens durch methodische Innovationen sowie die Verfügbarkeit neuer Datensätze, auch längsschnittlicher Natur gefördert. Wir sehen schließlich fünftens in der neueren Tendenz einer interdisziplinären, ungleichheits-sensiblen Kindheitsforschung (ausführlich Betz 2008) einen besonders viel versprechenden und wichtigen Weg der Kinderarmutsforschung.

Vor diesem Hintergrund wird im Weiteren wie folgt argumentiert: Im zweiten Teil werden skizzenhafte Profile der Armutsbetroffenheit gezeichnet, ferner wird etwas zu den „Ursachen“ bzw. den „Gründen“ für Armut und wiederum speziell der Kinderarmut zu sagen sein. Daraufhin ist ein Tableau der unterschiedlichen „Wirkungen“ von Armut zu entfalten, bevor dafür verantwortliche Prozesse nachgezeichnet werden. Schließlich sind Konsequenzen für Forschung, Politik und Praxis zumindest anzudeuten.

2. Profile der Armutsbetroffenheit

2.1. Im säkularen Zeitverlauf

Die soziologische und sozioökonomische Forschung stimmt darin überein, dass etwa seit dreißig Jahren Armut in Deutschland beständig zunimmt. In den letzten fünf Jahren, so Groh-Samberg (2009), hat sich dieser Prozess nochmals beschleunigt: Die Quoten der relativen Einkommensarmut sind so steil gestiegen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben eine Höhe erreicht, die über dem Niveau liegt, das die frühesten verlässlichen Armutsmessungen für Anfang der 1960er-Jahre berichten. Alle längeren Zeitreihen zu zentralen Armutsindikatoren folgen alle demselben U-förmigen Verlauf. Einer steilen Abnahme der hohen nachkriegsbedingten Armut folgt ein mehrjähriger Tiefstand der Armutsquoten in den 1970er-Jahren. Ende der 1970er-Jahre beginnt dann der langsame, aber kontinuierliche Wiederanstieg der Armut in Deutschland. Dieser hat sich vor allem in den letzten fünf bis zehn Jahren noch einmal markant beschleunigt.

2.2. Entlang von Familientypen

Eine weitere aussagekräftige Differenzierung bietet sich nach Familientypen (Träger 2009) an. Obwohl Familienarmut keineswegs ein neues Phänomen ist, hat sich die Situation für einzelne familiäre Teilgruppen verschärft. Betrachtet man die Familientypen, so sind

Alleinerziehende am stärksten von Armut betroffen. In Deutschland lebt jede dritte Einelternfamilie in Armut, in Ostdeutschland sogar jede zweite. Aber auch die Armutsquote von Paarhaushalten mit minderjährigen Kindern ist seit 2001 um knapp 3 auf 13,3 Prozent im Jahr 2006 gestiegen.

Auch hat sich die Armutsquote der Familien mit einem Kind zwischen 2001 und 2006 in den west- und ostdeutschen Bundesländern fast verdoppelt. Waren 2001 in Deutschland noch 7,3 Prozent dieser Familien betroffen, stieg dieser Anteil bis 2006 auf 13,9 Prozent; in Ostdeutschland von 13,4 auf 26,1 Prozent. Ebenso sind Familien mit zwei Kindern verstärkt armutsgefährdet. Die Armutsquote für diese familiäre Teilgruppe stieg im untersuchten Zeitraum von 8,7 auf 12,4 Prozent im Westen und im Osten von 8,4 auf 19,6 Prozent. Die Gießener Politikwissenschaftlerin Träger (2009) hält dazu mit Recht fest, dass Familien mit zu unterhaltenden Kindern nicht per se in der Einkommens- bzw. Wohlstandsverteilung gegenüber Singlehaushalten oder Paarhaushalten benachteiligt sind. Familien, in denen Kinder leben, sind offenkundig heterogen und unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Armutsgefährdung.

Ein zweiter Strang der Rhetorik, der ebenfalls durch diese und weiter unten zu referierende Befunde ausgehebelt wird, ist derjenige, der Bilder von Personengruppen überstilisiert, die aufgrund ihrer Selbstbezogenheit und ihrer abweichenden kulturellen Orientierungen keine Erwerbsarbeit mehr bekommen könnten und ihre Kinder dadurch von der Versorgung durch wichtige Ressourcen abschnitten – was dann zum Anlass genommen wird, eine restriktivere Arbeitsvermittlungspolitik zu legitimieren (Chassé 2009).

2.3. Ursachen familienbedingter Einkommensarmut

Zu den zentralen Ursachen von Armut zählen a) (Langzeit-) Arbeitslosigkeit, b) Erwerbseinkommen im Niedriglohnbereich wie auch c) eine Erwerbstätigkeit auf Teilzeitebene. Der Zugang zu qualifizierter Erwerbsarbeit stellt damit eine zentrale Ressource dar, um der Armutsfalle zu entkommen. Dies gilt insbesondere für Mütter in Paarbeziehungen und für Alleinerziehende, denen aufgrund der Erziehungs-, Haus- und Pflegearbeit die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit häufig verwehrt bleibt. Die Brisanz des beschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt von Müttern verdeutlichen Klenner und Klammer (2009) mit ihrer Studie über Familieneinkommen auf der Basis des sozio-ökonomi-



schen Panels (SOEP): Gefunden wird dort ein sinkender Anteil männlicher Hauptverdiener in Deutschland gegenüber einem steigenden Anteil erwerbstätiger alleinerziehender Mütter und Familienernährerinnen.

Die zunehmende sozioökonomische Existenzsicherung einer Familie durch eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Müttern wird in der Bundesrepublik Deutschland vor allem durch zwei Faktoren erschwert: Zum einen klappt nach wie vor eine große Lücke bei der Bezahlung von Frauen im Vergleich zu den Männern – der berühmte Gender Pay Gap EU betrug innerhalb der EU im Jahr 2006 22 Prozent; zum anderen behindert eine fehlende und unflexible Kinderbetreuungssituation eine gelingende Integration von Erwerbs- und Familienentätigkeit.

Der eigentliche, „distale“ Faktor für Kinderarmut soll ebenfalls benannt werden. Er wurzelt in einem entfesselten Marktradikalismus, der flankiert wird von einer Verbetriebswirtschaftlichung aller Lebensbereiche. Die grundsätzliche Lösung für das Kinderarmutproblem

liegt, neben den unten noch zu entfaltenden mittelfristigen Maßnahmen, in einer Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, was auch ein Beitrag zur Lösung des Problems der Zeitnot vieler Familien wäre (BMFSFJ 2009a).

3. Konsequenzen von Armutsbetroffenheit

3.1. Übergreifende Trends der „Konsequenzforschung“

Der zweite Schwerpunkt der Kinderarmutforschung liegt darin, die Konsequenzen der jeweils unterschiedlichen Formen von Armut sowohl auf das kindliche Wohlbefinden im Hier und Jetzt als auch auf die kindliche Sozialisation und Entwicklung zu rekonstruieren (Lange/Lauterbach 1999). Dabei hat sich der Forschungsstand in den letzten zehn bis 15 Jahren verfeinert und ausdifferenziert (Walper 2008). Die Ausdifferenzierungen und Verfeinerungen betreffen dabei die zunehmende Berücksichtigung unterschied-

licher Altersstufen, die ausgefächerte Betrachtung unterschiedlicher „outcomes“, also Wirkungen auf Seiten der Kinder (technisch gesprochen der abhängigen Variablen), und die Entwicklung komplexerer Modellvorstellungen dazu, wie und über welche Pfade bzw. aufgrund welcher Vermittlungsprozesse sich sozioökonomische Deprivationen in kindliche Persönlichkeit und Kompetenzen „einschreiben“. Als letzter Trend der neueren Forschung zu den Konsequenzen von Kinderarmut sei die zunehmende Orientierung an der sogenannten Resilienzperspektive benannt. Diese Perspektive (Zander 2008) arbeitet heraus, welche Schutzfaktoren auf der Ebene des Kindes selbst, in seinem unmittelbaren sozialen Umfeld (Familie, Ersatzfamilie) und in seinem weiteren sozialen Umfeld der Nachbarschaft sowie der Kita die Auswirkungen von Risiken, also auch der Armut mindern können (beispielhaft Biedinger (2009)).

3.2. Bandbreite der Konsequenzen und Modellvorstellungen

Nach diesem Einblick in eine aktuelle deutschsprachige Forschung mit ausdrücklichem Bezug zum Bildungsverhalten, erfolgt nun ein Versuch, die Forschungsliteratur zu synthetisieren. Aus der deutschen und internationalen Literatur lässt sich ein Kranz unterschiedlicher Bereiche benennen, die von Armut beeinflusst werden: (eigene Zusammenstellung nach BMFSFJ 2009b, Walper 2008, Zander 2008).

Armut hat:

- negative Auswirkungen auf Selbsteinschätzung und Selbstwert und auf die Selbstwirksamkeit,
- negative Auswirkungen auf das jeweils aktuelle Wohlbefinden,
- negative Auswirkungen auf das gesundheitliche Verhalten und auf den Gesundheitsstatus in psychischer wie physischer Hinsicht,
- negative Auswirkungen auf Kontrolle und Selbstregulation,
- negative Auswirkungen auf das Problem- und Sozialverhalten, damit auch auf die Fähigkeit, eigenständig soziales Kapital anzuhäufen,
- negative Auswirkungen auf allgemeine Kompetenzbereiche, insbesondere der sprachliche Bereich erweist sich als armutsensibel,
- negative Auswirkungen auf schulisch relevante Kompetenzbereiche,
- negative Auswirkungen auf die Bildungslaufbahn, insbesondere an den Gelenkstellen des deutschen Bildungssystems.

Als wichtige Moderatorvariablen haben sich dabei das

Alter, das Geschlecht und die Persönlichkeitskapitalien der Kinder erwiesen.

4. Schlussfolgerungen und Ausblick

Angesichts der überwältigenden Befundlage ist Zander (2008) zuzustimmen: Es liegt genügend belastbares empirisches Material vor, das trotz aller Bewältigungsleistungen der Kinder und Familien dringlich eine integrierte Handlungsstrategie begründet, die Maßnahmen zur aktuellen Linderung von Armutsbetroffenheit mit solchen kombiniert, welche die zukünftigen Entwicklungschancen von Kindern aus langfristig oder zeitweilig betroffenen Armutshaushalten verbessert. Auf einer konkreteren Ebene können Leitlinien, die im 13. Kinder- und Jugendbericht entwickelt worden sind, auf das Thema Armutsprävention und Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen in prekären sozialen Lagen übertragen werden:

- Armutsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen zielen auf eine Stärkung der Lebenssouveränität von Heranwachsenden durch die Verminderung bzw. den gekonnten Umgang mit Risiken und eine Förderung von Verwirklichungschancen, Entwicklungs- und Widerstandsressourcen. Bildung ist dabei nicht nur der Schlüssel für eine gute Chance auf zukünftige Erwerbsintegration, sondern auch für ein gelingendes Leben.
- Maßnahmen der Armutsvermeidung, Gesundheitsförderung und gesundheits- sowie armutsbezogenen Prävention müssen Antworten auf die Fragen beinhalten, in welche Gesellschaft Kinder und Jugendliche hineinwachsen und welche Ressourcen sie benötigen, um sich an dieser Gesellschaft aktiv beteiligen zu können. Es braucht also auch eine klare zeitdiagnostische Positionierung, um deutlich zu machen, dass die Armutslage von Familien strukturell bedingt ist – um dann an diesen strukturellen Faktoren anzusetzen und nicht weiter an der Sanktionsschraube im Bereich der Arbeitsvermittlung zu drehen!

In unserem Fall heißt dies: Die sicherlich richtige Einsicht, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern die wichtigste Armutsprävention darstellt, wie im Dossier des Bundesfamilienministeriums zur Kinder- und Familienarmut (Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen/ Prognos AG 2008) unterstrichen wird, muss ergänzt werden um die Frage, wie eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen erreicht werden kann

(Massarrat 2009), wie die Zeitnot (Jurczyk 2009), die oftmals „toxischen“ Arbeitszeitbedingungen (Lange 2008; Moen/Chesley 2008) und die ökonomische Ressourcenarmut im Gesamtzusammenhang gelindert werden können.

Prof. Dr. Andreas Lange
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2, 81541 München
Tel: 089/62306-253
Fax: 089/62306-162
E-Mail: lange@dji.de
Homepage: www.dji.de

Literatur

- Betz, Tanja: Ungleiche Kindheit, Weinheim 2008.
- Biedinger, Nicole: Kinderarmut in Deutschland. Der Einfluss von relativer Einkommensarmut auf die kognitive, sprachliche und behavioristische Entwicklung von 3- bis 4-jährigen Kindern, Zeitschrift für Soziologie der Entwicklung und Sozialisation, 29, 2, 2009, S. 197-214.
- Böhnke, Petra: Facetten des Verarmens. Wie Armut Wohlbefinden, Gesundheit und Teilhabe beeinträchtigt“ WZB-Mitteilungen, H. 123, 2009, S. 8-11.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Memorandum Familie leben. Impulse für eine familienbewusste Zeitpolitik, Berlin 2009a.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 13. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2009b.
- Castel, Robert: Die Wiederkehr der sozialen Ungleichheit, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die Soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2009, S. 21-34.
- Chassé, Karl August: Wenn Kinder die 'falsche' Familie haben – Soziale Arbeit und die ‚Neue Unterschicht‘, in: Beckmann, Christof/Otto, Hans-Uwe/Richter, Martina/Schrödter, Mark (Hrsg.): Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe, Neue Praxis – Sonderheft 9, 2009, S. 59-64.
- Frick, Joachim/ Markus M. Grabka: Gestiegene Vermö-

- gensungleichheit in Deutschland, DIW-Wochenbericht 76, 4, 2009, S. 54-67.
- Groh-Samberg, Olaf: Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden 2009.
- Jurczyk, Karin: Familienzeit – knappe Zeit? Rhetorik und Realitäten, in: Heitkötter, Martina/Jurczyk, Karin/Lange, Andreas/Meier-Gräwe (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen 2009, S. 37-66.
- Klenner, Christina/Klammer, Ute: Erosion des Ernährersmodells, Böckler-Impuls, H. 3, 2009, S. 3.
- Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen/ Prognos AG: Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Berlin, Basel 2008.
- Lange, Andreas: Verlässlichkeit und Beiläufigkeit. Familien- und Arbeitszeitarrangements aus der Perspektive von Kindern, Praktische Theologie 43, 4, 2008, S. 272-277.
- Lauterbach, Wolfgang/Lange, Andreas: Armut im Kindesalter. Ausmaß und Folgen ungesicherter Lebensverhältnisse, Diskurs, 9, 1, 1999, S. 88-96.
- Lessenich, Stephan: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld 2008.
- Massarrat, Mohssen: Krisenlösung Vollbeschäftigung, Blätter für deutsche und internationale Politik, 54, 6, 2009, S. 31-33.
- Moen, Phyllis/Chesley, Noelle: Toxic Job Ecologies, Time Convoys, and Work-Family conflict: Can Families (Re) Gain Control and Life-Course "Fit"?, in: Korabik, Karen/Lero, Donna S./Whitehead, Denise (Hrsg.): Handbook of Work-Family Integration. Research, Theory, and Best Practices, Amsterdam 2008, S. 95-122.
- Paritätischer Gesamtverband: Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland, Berlin 2009.
- Träger, Jutta: Familienarmut: Ursachen und Gegenstrategien. Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 17, 2009, S. 33-38.
- Walper, Sabine: Sozialisation in Armut, in: Hurrelmann, Klaus/Grundmann, Matthias/Walper, Sabine (Hrsg.): Handbuch Sozialisationsforschung, Weinheim 2008. S.203-216.
- Zander, Margherita: Armes Kind – starkes Kind? Wiesbaden 2008.



Hermann Schultenkämper

Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund



Der Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund versteht sich als eine nachhaltige gesamtstädtische Strategie, der zur Realisierung die Kompetenzen unterschiedlicher Fachrichtungen nutzt (Kinder und Jugend, Schule, Soziales, Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Wirtschaftsförderung), um Armut in Dortmund wirksam zu bekämpfen.

Strukturwandel, demografische Entwicklung, Exklusion – die industriell geprägte Stadtgesellschaft steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Hälfte der Menschen lebt in städtischen Ballungsräumen. Mit der Zukunft der Städte entscheidet sich die Zukunft der Gesellschaft. In benachteiligten Quartieren häufen sich Dimensionen sozioökonomischer, demografischer und ethnischer Segregation. Armutsbekämpfung kann nur

als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Stadt gelöst werden. Im Juni 2005 hat deshalb der Rat der Stadt Dortmund beschlossen, die bisherige Sozialberichterstattung unter den veränderten Rahmenbedingungen der Sozialgesetzbücher II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und XII (Sozialhilfe) weiter zu entwickeln und auf eine neue Grundlage zu stellen. Das Ergebnis wurde im Jahr 2007 mit dem „Bericht zur sozialen Lage“ und dem Sozialstrukturatlas veröffentlicht, deren Erstellung in Zusammenarbeit der Stadt Dortmund mit dem Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum erfolgte. Das Berichtssystem geht über eine rein quantitative Beschreibung von Lebenslagen hinaus und leistet eine detaillierte und qualifizierte Darstellung sozialer Problemlagen in den Stadtquartieren, zeigt, in welchen Quartieren sie unter dem Durchschnitt liegen, benennt Ziele und gibt Hinweise auf Handlungsnotwendigkeiten. Es ist damit Bestandteil eines flexiblen Sozialplanungsprozesses, eine solide Informationsbasis für präventiv orientierte, politische Entscheidungsprozesse in Dortmund und dient als Grundlage für den Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund.



Im Ergebnis des Analyse- und Auswertungsverfahrens sind die sozialen Problemlagen in 13 von 39 Dortmund-Sozialräumen deutlich größer als im städtischen Durchschnitt. Wie kann aus einem benachteiligten Sozialraum ein Aktionsraum werden? Im Februar 2008 fiel mit der zentralen Auftaktveranstaltung „Forum Soziale Stadt“ im Dortmunder Rathaus der Startschuss für einen dezentral organisierten Bürgerbeteiligungsprozess als Herzstück im Rahmen des Aktionsplans Soziale Stadt. Ziel war es, gemeinsam mit den Dortmunder(inn)en und den Fach-Akteur(inn)en herauszufinden, welche die besten und passgenauen Lösungen für das jeweilige Quartier sind, damit Projekte vor Ort ihre Wirkung entfalten und sich nachhaltig verfestigen können. Über 2.000 Personen aus Politik und Verwaltung, Verbänden und Kirchen, Vereinen und Organisationen beteiligten sich an den Diskussionen. In insgesamt fast 30 Veranstaltungen engagierten sie sich in Facharbeitsgruppen und haben ein Bündel von Handlungsfeldern identifiziert, die das Ziel haben, an den sozialen Grundbedürfnissen der Menschen anzusetzen. Im Mittelpunkt des abgestimmten Maßnahmenbündels stehen die Schwerpunkte Arbeit schaffen, Kinderarmut bekämpfen und Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Stadtteilen.

In den 13 Aktionsräumen, die einen besonderen Entwicklungsbedarf haben, werden gegenwärtig 34 der vom Rat der Stadt Dortmund beschlossenen Projekte gefördert und verwirklicht, die gemeinsam mit den Bürger/-innen vor Ort erarbeitet wurden. Zudem hat jeder Aktionsraum einen Aktionsfonds in Höhe von 5.000 Euro erhalten, um Beteiligungsprozesse zu unterstützen und kleinere bürgerschaftliche Projekte zu realisieren, die durch städtische Aktionsraumbeauftragte weiter voran gebracht werden sollen. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement haben eine neue Qualität erreicht.

Um alle geplanten Aktivitäten umzusetzen, wurden die Projektstrukturen weiter verstetigt und ein zentrales Projektbüro sowie ein entsprechendes Projektbudget eingerichtet.

Seit Einbringung in den Rat der Stadt im November 2007 hat sich der Aktionsplan soziale Stadt in verschiedenen Phasen entwickelt. In allen Bereichen konnten Erfolge erzielt werden. Viele Maßnahmen wirken gesamtstädtisch, wie beispielsweise der kommunale Lernmittelfonds, die Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf (Projekt Zeitgewinn) oder die Aktivitäten des JobCenter/ARGE. Insgesamt wurden im städtischen Haushalt bereits rund 5 Millionen Euro auf die neuen sozialpolitischen Schwerpunkte umgesteuert.

Armutsbekämpfung ist jedoch Langzeitaufgabe. Sozialpolitik in Dortmund wird sich auch in den nächsten Jahren auf bestimmte Schwerpunkte (Arbeit schaffen, Eltern und Kinder stärken – Kinderarmut bekämpfen) und die 13 Aktionsräume (Gemeinsam handeln) konzentrieren.

Hermann Schultenkämper
 Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund
 Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
 Tel: 0231/50-26448
 E-Mail: hschulte@stadtdo.de
 Homepage: www.sozialestadt.dortmund.de

Familienfreundliche und -gerechte Kommune

Ausgangspunkt für den Workshop war das Memorandum der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für ein Aktionsbündnis für mehr Familienfreundlichkeit und Familiengerechtigkeit vom November 2008. Diskutiert wurden die darin formulierten strategischen Ziele sowie deren Umsetzung im ersten halben Jahr nach deren Verkündung. Gefragt wurde nach den politischen Wirkungen des Memorandums, und zwar nicht zuletzt hinsichtlich einer verbesserten Unterstützung, Förderung und Stärkung von Familien.

Eva-Marie Frings

Familienfreundliche und -gerechte Kommune

Politik für Familien ist in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Debatte gerückt. Die Bedeutung der Familien für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft lässt sich angesichts der Symptome des demografischen Wandels nicht länger marginalisieren. Die ernüchternde Bilanz: Weniger Kinderwunsch, schwindende Geburtenzahlen, alternde Bevölkerung wirken sich regional unterschiedlich vor allem in den Kommunen aus. Zugleich sind die Gemeinden, die Stadtquartiere aus Sicht der Familien der Lebensort, an dem sich ihre Lebensqualität erweist. Es ist daher im ureigenen Interesse der Kommunen, dem Thema Familienpolitik mehr Aufmerksamkeit zu widmen, wenn sie zukunftsfähig bleiben wollen.

Dass die Bedeutung der Familien bei der Kommunalpolitik angekommen ist, zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Bürgermeister(inne)n in Deutschland im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2008): Danach steht das Thema Familie/Jugend/Kinder neben Wirtschaftsförderung/Jobs/Standortpolitik in der Wichtigkeit an erster Stelle. Dennoch ist Familienpolitik als Querschnittsthema noch wenig im kommunalen Management verankert. Der Eine oder die Andere fremdelt noch bei dem Gedanken, das lange als weiches „Gedöns“-Thema betrachtete Feld der Familienpolitik mit strategischen Managementinstrumenten anzupacken. Dieser Paradigmenwechsel muss aber gelingen, wenn es zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation von Familien kommen soll.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung verfolgt das Ziel, Kommunen dabei zu unterstützen, familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen und insgesamt familiengerecht zu werden. Im Wettbewerb der Länder möchte Nordrhein-Westfalen das kinder- und familienfreundlichste Bundesland werden.

Neben einer Vielzahl von Programmen und Projekten, die unmittelbar den Familien zu Gute kommen wie u. a. der Ausbau der U-3-Betreuung, die Sprachförderung, die Familienzentren, die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, die Familienbildung und die Familienberatung, Stadterneuerungsprojekte und Angebote im Sport für Gesundheit und Bewegung, hat Familienminister Armin Laschet die Landesinitiative „Familie kommt an. In Nordrhein-Westfalen“ gestartet.

Die Landesinitiative fußt auf drei Säulen. Das sind:

1. Das Informations- und Qualifizierungszentrum für die kommunale Fachöffentlichkeit – IQZ

Das IQZ wird getragen von ZEFIR und ist eine landesweite Servicestelle für Kommunen rund um die kommunale Familienpolitik. Wichtiges Medium ist das Portal www.familie-in-nrw.de, eine Wissensfundgrube und Vernetzungsplattform für die Fachöffentlichkeit mit stetig steigenden Nutzer- und Zugriffszahlen.

Außerdem greift das IQZ im Rahmen einer Werkstattreihe Themen auf, die sich den Kommunen aktuell stellen. Eine grundlegende Qualifizierung bietet der berufsbegleitende Zertifikatskurs zum kommunalen Familienmanager an. Insgesamt sind in den bisher durchgeführten vier Zertifikatskursen 77 Familienmanager/-innen aus Nordrhein-Westfalen zertifiziert worden. Derzeit aktiv sind 68 Familienmanager/-innen in 56 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens bzw. auf Kreisebene. Die meisten von ihnen arbeiten in der kommunalen Verwaltung. Einige sind in Institutionen und Verbänden aktiv. Im Herbst 2009 beginnt der fünfte Kurs, sodass sich die Zahl wiederum erhöhen wird.

Warum legen wir so großen Wert auf die Vernetzung und Qualifizierung der kommunalen Fachöffentlichkeit? Es war der Wunsch vieler Kommunen, die neben den vier Modellkommunen das Projekt „Kommunales Management für Familie – KOMMA, FF“ von 2001 bis 2006 begleitet haben. Im Rahmen dieses Modellprojekts hat ZEFIR im Auftrag der Landesregierung eine EDV-gestützte kommunale Familienberichterstattung und gemeinsam mit ISA e.V. den o.g. Qualifizierungskurs entwickelt. Gleichzeitig wurden auf Basis der Familienberichterstattung Strategien für ein kommunales Management für Familien als experimentelle Verwaltungsreform erprobt.

Die Evaluation des Projekts hat ergeben, dass mit diesem systematischen Vorgehen sowohl auf der strategisch-organisatorischen Ebene wie auch auf der operativen Ebene eindeutige Fortschritte erzielt wurden. Das Thema Familienpolitik wurde organisatorisch als Chefsache angesiedelt, sei es im Rahmen der Verwaltungskonferenz, zu der alle Vorstandsmitglieder und Fachbereichsleiter/-innen gehören, sei es durch ein Team „Familienförderung“, durch eine bereichsübergreifende Koordinierungsgruppe oder in einem Kreis durch die Verbindung von Wirtschaftsförderung und Kreisjugendamt. Auf der operativen Ebene wurden neue Projekte eingeführt wie aufsuchende Elternarbeit, Familienpatenschaften unter Einbeziehung von Ehrenamtlichen oder die Entwicklung neuer Baugebiete für verschiedene Familienformen unter deren Beteiligung.

Dass sich eine Stadt wie Gelsenkirchen in diesem Kontext sehr gut neu aufgestellt hat, zeigt, dass es nicht immer eine Frage des Geldes ist, Rahmenbedingungen besser zu gestalten. Vielmehr kommt es auf einen planmäßigen und gezielten Einsatz der Ressourcen an, die verfügbar sind.

Neben dem eindeutigen politischen Willen der Verwaltungsspitze kann die Bedeutung der Beteiligung von Familien und von Akteuren außerhalb der Verwaltung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Beteiligung sichert Zielgenauigkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit und fördert die Akzeptanz im gesamten Steuerungsprozess von Analyse, Planung, Umsetzung bis hin zur Evaluation.

2. Das Audit familiengerechte Kommune

Um den Kommunen zusätzliche Anreize zu geben, entwickeln wir derzeit gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und der berufundfamilie gGmbH ein Audit familiengerechte Kommune. Dabei handelt es sich um ein strategisches Managementinstrument zur Optimierung einer familiengerechten Kommunalpolitik, das Kommunen darin unterstützt, politische Ziele und Bürgerinteressen in eine tragfähige, auch wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen. Vier Test- und vier Pilotkommunen unterschiedlicher Größenklassen in Nordrhein-Westfalen erproben das Konzept. Wir hoffen, Anfang 2010 die ersten Zertifikate ausstellen zu können, ein qualitativ wertvolles Gütesiegel, mit dem sich die Kommunen werden schmücken können.

3. Das Aktionsbündnis für familiengerechte Kommunen

Bündnisarbeit schätzen wir auch auf Landesebene sehr. Die Lebensqualität von Familien wird nicht nur von Politik und Verwaltung geprägt. Wir müssen zu einer neuen Verantwortungsteilung kommen, um unsere Kommunen für Familien lebens- und liebenswerter zu gestalten. Auf Landesebene haben wir uns mit 15 Bündnispartnern zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Dazu zählen die Kommunalen Spitzenverbände, die freie Wohlfahrtspflege, Familienorganisationen, auch das Elternnetzwerk von Familien mit Zuwanderungsgeschichte, Gewerkschaften, Wirtschaft, der Landessportbund und die Bertelsmann Stiftung. Gemeinsam mit diesen Partnern wurde ein Memorandum für familiengerechte Kommunen erarbeitet und am 24. November 2008 feierlich unterzeichnet. Das Memorandum betont die Bedeutung der Familien für die Gesellschaft und die Notwendigkeit, für Familien in jeder Lebensphase eine passgenaue Politik zu planen, deren Ergebnisse in der Praxis auch ankommen. Als wichtige strategische Ziele nennt das Memorandum:

Wir wollen Zukunftschancen von Kindern und Familien ausbauen

Hier geht es um die Verbesserung der wirtschaftlichen Teilhabe der Menschen, vor allem von jungen Familien mit Kindern und Alleinerziehenden, um die bessere Begleitung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf und um Strategien gegen Familien- und Kinderarmut. Außerdem werden verbesserte Bildungschancen in allen Lebensphasen von der frühen Kindheit bis ins Alter thematisiert. Besonderes Augenmerk wird auf das Thema Gesundheitskompetenz gelegt.

Wir wollen Heimat und Zugehörigkeit schaffen

Betont wird hier die Bedeutung des Stadtteils als Ort des Zusammenlebens und der Integration. Es geht um die Schaffung familiengerechter Wohnungen, um ein Wohnumfeld, in dem sich Familien unterschiedlicher Herkunft und Zusammensetzung zu Hause fühlen, um familiengerechte Angebote für sinnvolle Freizeitaktivitäten und um die Unterstützung sozialer Netzwerke.

Wir wollen verlässliche Hilfen, Schutz und Sicherheit gewährleisten

Thematisiert werden hier alle Unterstützungsangebote, die Familien darin bestärken, ihren komplexen Alltag eigenständig und selbstbestimmt zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um Kinderbetreuung, sondern auch um Pflegeleistungen für Ältere und um Überforderungssituationen, die aus Krisen entstehen können.

Das Memorandum hebt abschließend die Bedeutung einer partnerschaftlichen und dialogorientierten Politik hervor, wie sie vielerorts in Form von Stadtteilkonferenzen, Arbeitsgemeinschaften, Runden Tischen und Lokalen Bündnissen für Familie bereits praktiziert wird. Die Landesregierung hat zeitgleich mit dem Memorandum einen Aktionsplan vorgelegt, der einen umfangreichen Überblick über die familienbezogenen Projekte der Landesregierung gibt, die in den Kommunen wirksam werden. Hier gibt es tatsächlich schon eine ganze Menge, bei der wir aber nicht stehen bleiben wollen.

Familienunterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen

Das Aktionsbündnis sieht weiteren Entwicklungsbedarf zunächst bei der Familienunterstützung durch haus-

haltsnahe Dienstleistungen. Dieses Thema haben wir uns für das Jahr 2009 als gemeinsamen Schwerpunkt vorgenommen.

Wir gehen davon aus, dass Familien einen leichteren Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen erhalten müssen. Der Familienalltag ist allzu häufig durch Zeitnot geprägt. Insbesondere Eltern, die nicht nur Kinder, sondern auch hilfebedürftige ältere Angehörige zu betreuen haben, reiben sich zwischen den verschiedenen Anforderungen auf. Wenn sich dann die Hilfsstruktur als intransparente Landschaft erweist und keine zentrale Stelle vorhanden ist, die einen Überblick gewährt, bleiben Familien häufig auf sich gestellt und werden zunehmend überfordert.

Am 9. September 2009 werden wir im Rahmen eines Fachkongresses „Worauf Familien sich verlassen können – Dienstleistungen für den Haushalt“ in der Stadthalle Bielefeld gemeinsame Empfehlungen vorstellen und in einem Ideenforum gelungene Praxisbeispiele präsentieren.

Ein Bündnis dieser Größenordnung zum Thema Familienpolitik ist bundesweit übrigens einmalig. Es zeigt die engagierte und konstruktive Dialogkultur aller relevanten Träger in Nordrhein-Westfalen, wenn es darum geht, die Lebensbedingungen von Familien zu verbessern.

Eva-Marie Frings

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Referatsleitung Kommunale Familienpolitik,
Allgemeine Fragen der Familien- und Lebensformen
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Tel: 0211/8618-3562
E-Mail: eva-marie.frings@mgffi.nrw.de
Homepage: www.mgffi.nrw.de

Literatur

Bertelsmann Stiftung/Deutscher Städtetag/Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.): Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland, Mannheim 2008. (www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23926_23927_2.pdf, Stand: 11.11.2009).

Ina Woelk

Konzept der Familienförderung in Gelsenkirchen

Das präventiv ausgerichtete Konzept der Familienförderung in Gelsenkirchen wurde Ende 2004 entwickelt und seit 2005 umgesetzt. Zur Umsetzung wurden durch Umorganisationen im Referat Erziehung und Bildung 5 ½ Stellen geschaffen.

Ziele sind es, Eltern frühzeitig in ihren Erziehungskompetenzen durch Familienbildungsangebote zu stärken und Problemlagen frühzeitig zu erkennen, um so die Entstehungen von schweren Erziehungskrisen zu verhindern oder zumindest abzumildern.

Das Konzept richtet sich insbesondere an Eltern in der ersten Familienphase, da die erste Familienphase als die wesentliche Entwicklungsphase des Kindes zu bewerten ist.

Zur frühen Kontaktaufnahme erhalten Eltern erstgeborener Kinder in den Wochen nach der Geburt das Angebot zu einem Begrüßungshausbesuch. In diesem Hausbesuch erhalten Eltern umfassende Informationen zu begleitenden Angeboten in ihrer Nähe sowie eine Tasche mit Babygeschenk. Zentrales Anliegen des Hausbesuches ist es, Eltern individuell zu motivieren, sich für den Erziehungsalltag fit zu machen.

Dazu wurden bedarfsgerecht Angebote entwickelt, die sich an den sich verändernden Lebenslagen der Eltern ausrichten. So gibt es spezielle Angebote für Alleinerziehende, muttersprachliche Angebote für Familien mit Migrationshintergrund, sowie unverbindliche Treffpunkte wie „Offene Eltern-Baby/Kind-Treffs“ (19 Treffs an 16 Standorten).

Die Angebote sind kostengünstig (für finanzschwache Eltern oft kostenfrei) sowie wohnraumnah installiert und meist mit paralleler Kinderbetreuung organisiert.

Die Kursreihe „Gelsenkirchener Elternschule“ vermittelt z. B. in sieben Treffen ein praktisches Basiswissen zu den Themen „Wie setze ich altersgerecht Grenzen?“, „Was muss ich zu Ernährung und Hygiene wissen?“ oder „Wie können Eltern wieder Kraft tanken?“ usw.

Die Angebotsideen entstehen z. B. nach Bedarfserhebungen und werden im Zusammenwirken mit stadtteilbezogenen Arbeitsgruppen zunächst erprobt und

bei Erfolg flächendeckend durch die Familienförderung umgesetzt.

Im Rahmen des Konzeptes wird eng mit Familienbildungseinrichtungen, Kitas und Familienzentren sowie mit dem Gesundheitswesen kooperiert.

Ina Woelk

Stadt Gelsenkirchen
Referat Erziehung und Bildung,
Teamleitung Familienförderung
Kurt-Schumacher-Str. 4, 45875 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/169-9432
E-Mail: ina.woelk@gelsenkirchen.de
Homepage: www.gelsenkirchen.de



Inszenierte Großelternschaften. Generationenbegegnung außerhalb der Familie

Kinder wachsen zunehmend nicht mit Großeltern auf, die im gleichen Haushalt leben. Dieser Workshop ging der Frage nach, inwieweit im öffentlichen Raum für beide Generationen wichtige Möglichkeiten der Begegnung geschaffen werden können. Erste Ansätze hierbei sind Mehrgenerationenhäuser, Projekte der Schule sowie der Kinder- und Jugendarbeit oder auch generationsübergreifende Wohnprojekte.

Monika Reichert

Inszenierte Großelternschaft – Generationenbegegnung außerhalb der Familie

Seit einigen Jahren hat das Thema „freiwilliges/ bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen“ in Deutschland „Hochkonjunktur“ bzw. ist in den Blickpunkt der sozialpolitischen Diskussion, aber auch der (gerontologischen) Forschung geraten. Hierfür können viele Gründe benannt werden, die von der „Nutzung der Potenziale Älterer“ bis zur „Krise des Wohlfahrtsstaates reichen“ (BMFSFJ 2006). Darüber hinaus wird auch immer wieder betont, welche Vorteile ein Engagement für ältere Menschen selbst haben kann (BMFSFJ 2006; Olk 2009). Besondere Erwähnung findet in diesem Zusammenhang, dass das freiwillige Engagement zum Erhalt und zur Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten beiträgt, sowie eine sinnvolle (Frei-) Zeitbeschäftigung und die Gelegenheit zu sozialen Kontakten bietet. In Bezug auf den letztgenannten Aspekt kommt den intergenerativen Projekten eine besondere Rolle zu, die den Austausch bzw. die gegenseitige Unterstützung von jüngeren und älteren Menschen fördern sollen (MGSFF NRW 2005). Ein Beispiel für ein solches intergeneratives Projekt ist die sogenannte inszenierte Großelternschaft, besser bekannt unter den Namen „Leih-Oma bzw. Leih-Opa“, „Paten-Oma bzw. Paten-Opa“.

Es sind im Wesentlichen sozio-demografische Veränderungen, die dazu führen, dass die inszenierte Großelternschaft an Bedeutung gewinnt. So ist einerseits eine kontinuierlich steigende Zahl von Müttern zu beobachten, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen: In Deutschland waren 2005 von den 7,3

Millionen Müttern mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren im Haushalt 4,1 Millionen (56,5 Prozent) aktiv erwerbstätig (Statistisches Bundesamt 2007). Andererseits zwingt der Arbeitsmarkt Mütter und Väter zunehmend zu einer berufsbedingten Mobilität. In der Konsequenz sind multilokale Mehrgenerationenfamilien (Bertram 2002) keine Seltenheit mehr – d. h., verschiedene Generationen einer Familie leben nicht mehr räumlich eng zusammen, sondern u. U. hunderte von Kilometern voneinander entfernt. Dies wiederum bedeutet, dass erwachsene Kinder nicht auf die Unterstützungsleistungen ihrer Eltern zurückgreifen können (z. B. bei der Betreuung der Enkelkinder) bzw. leibliche Großeltern für ihre Enkelkinder nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen (z. B. für die Freizeitgestaltung). Es erstaunt somit nicht, dass gemäß des NRW-Generationensurveys 22 Prozent der befragten Kinder im Alter von acht bis 13 Jahren angeben, ihre Großeltern selten oder gar nicht zu sehen, weitere 30 Prozent antworten auf diese Frage mit „manchmal“ (MGFFI NRW 2007). Aus Sicht der Großeltern bedeutet dies, dass ein nicht unerheblicher Teil ebenfalls wenig Gelegenheit zu einem „face-to-face“-Kontakt mit den eigenen Enkelkindern hat.

Hinzu kommt, dass auch die Zahl der Alleinerziehenden – es handelt sich hierbei überwiegend um Frauen – ebenfalls in den letzten Jahren angestiegen ist. Auch hierzu einige Zahlen: In Westdeutschland – hier war der Anstieg größer als in Ostdeutschland – erhöhte sich die Zahl der Alleinerziehenden (mit mindestens einem



Kind unter 18 Jahren) zwischen April 1996 und 2006 von 910.000 auf 1,21 Millionen. Darunter befinden sich 1,08 Millionen Frauen (Statistisches Bundesamt 2007). Gerade Alleinerziehende sind jedoch auf ein Erwerbseinkommen angewiesen; sie haben jedoch keinen Partner/keine Partnerin, der/die die Kinderbetreuung (mit) übernehmen könnte. Kommt es zu einer Kumulation von Problemlagen, so stellt sich die Situation für die Betroffenen besonders schwierig dar. Als Beispiel sei hier eine alleinerziehende, erwerbstätige Mutter, deren Eltern weit entfernt wohnen und die ansonsten nur wenig Unterstützung durch Dritte hat, genannt.

Inszenierte Großelternschaft kann hier eine Lösung bieten und zur Entlastung beitragen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es hierbei um mehr geht, als um reine Betreuung bzw. Beaufsichtigung von „Leih-Enkelkindern“. Vielmehr lassen sich viele Vorteile einer inszenierten Großelternschaft anführen (für einen Überblick siehe Zinser 2005). Für ältere Menschen bietet diese Form des freiwilligen Engagements nicht nur die Nutzung und Weitergabe von (Lebens-) Erfahrung, Wissen und Fähigkeiten, sondern auch die Möglichkeit des intensiven Kontakts zu Kindern und Jugendlichen. Der letztgenannte Aspekt dürfte gerade für Großeltern, die wenig Gelegenheit haben, ihren Enkelkindern persönlich zu begegnen sowie für ältere Menschen, die keine Kinder und/oder Enkelkinder haben, von besonderer Bedeutung sein. „Leih-Enkelkinder“ wiederum haben mit den „Leihgroßeltern“ bzw. mit einem

„Leihgroßeltern“ verlässliche Helfer bzw. Freizeitpartner, eine feste Bezugs- und Vertrauensperson und damit einen „Ersatz“ für die leiblichen Großeltern, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur Verfügung stehen können. Mütter und Väter schließlich, die „Leihgroßeltern“ nachfragen, können auf eine verlässliche, erfahrene, kostengünstige und flexible Betreuung hoffen und haben im Idealfall eine Gesprächspartnerin/ einen Gesprächspartner für unterschiedlichste Belange. Inszenierte Großelternschaft kann somit die Lebenssituation aller Beteiligten verbessern und damit zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen.

Neben diesen Vorteilen auf individueller Ebene trägt die inszenierte Großelternschaft zu einem gesamtgesellschaftlich relevanten Wissens- und Leistungstransfer von Alt nach Jung bzw. von Jung nach Alt und somit zur Generationensolidarität bei. Hierdurch und durch die regen Kontakte können realistische Vorstellungen über die jeweils andere Generation entwickelt und gefördert werden, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine gute Voraussetzung für ein Miteinander der Generationen bilden. Uhlendorff (2008) schreibt in diesem Zusammenhang sehr treffend: „Fehlende Kontakte [zwischen alten und jungen Menschen außerhalb der Familie, M. R.] erhöhen die Gefahr, negative Stereotypisierungen aufzubauen, daran festzuhalten und weitere Interaktionen zu vermeiden. Intergenerative Projekte, (...) können helfen, diese Segregation zwischen den Generationen zu überwinden“ (Uhlendorff 2008: 139).

Dass die inszenierte Großelternschaft durchaus positiv gesehen wird, belegen ebenfalls die Daten des Generationensurveys. Demnach finden 85 Prozent der Befragten – Grundgesamtheit ist die deutschsprachige Bevölkerung im Alter von 14 bis 99 Jahren in NRW – die Idee „Ältere bieten Betreuung für Kinder an, wie etwa als Leih-Oma oder Leih-Opa“ gut (MGFFI NRW 2007). Die Bereitschaft, sich an einem solchen lebenspraktischen Projekt zu beteiligen, ist mit 50 Prozent ebenfalls hoch. Weitere 12 Prozent sind sich diesbezüglich noch unsicher und 33 Prozent lehnen eine Beteiligung ab (MGFFI NRW, 2007).

In der Tat ist eine inszenierte Großelternschaft nicht für jeden älteren Menschen eine geeignete Form des freiwilligen Engagements bzw. sie ist an Voraussetzungen geknüpft, die sowohl auf Seiten interessierter älterer Menschen als auch auf Seiten der „Nachfrager“ notwendig sind (Zinser 2005). Ältere Menschen, die sich als „Leih-Oma“ oder „Leih-Opa“ engagieren möchten, sollten neben der unabdingbaren Voraussetzung „Kinderliebe“ insbesondere Zeit, körperliche Gesundheit und ein breites Interessenspektrum – gerade im Umgang mit älteren Kindern und Jugendlichen hilfreich – mitbringen. Da eine Beziehung zwischen „Leihgroßeltern“ und ihren „Enkelkindern“ nicht immer problemlos ist, stellen Belastbarkeit und die Fähigkeit mit Konflikten umzugehen, ebenfalls wichtige Bedingungen dar. Konfliktfähigkeit kann aber auch im Umgang mit Eltern notwendig sein, so z. B., wenn von „Leihgroßeltern“ ständige Verfügbarkeit, Babysitting oder aber Hilfe im Haushalt erwartet wird. Solche und ähnliche unrealistischen Erwartungen – auch auf Seiten der „Leihgroßeltern“ und „Leihenkelkinder“ – können eine „Zusammenarbeit“ der „Familienmitglieder“ ebenso beeinträchtigen wie ungeklärte Haftungsfragen und mangelnde Vorbereitung der Beteiligten. Es müssen also bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein, damit eine inszenierte Großelternschaft auch erfolgreich ist und die weiter oben beschriebenen Vorteile auch zum Tragen kommen (Zinser 2005). In diesem Zusammenhang ist allerdings zu konstatieren, dass die Familienforschung ebenso wie die gerontologische Forschung sich des Themas „inszenierte Großelternschaft“ bislang kaum angenommen hat. Zwar gibt es mittlerweile bundesweit eine Vielzahl von (sicherlich auch erfolgreichen) Projekten und Initiativen (Arnheim/Schüler 2005), deren eingehende wissenschaftliche Evaluierung steht allerdings noch aus.

Prof. Dr. Monika Reichert
Technische Universität Dortmund
Fakultät 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie
Soziale Gerontologie mit dem Schwerpunkt
Lebenslaufforschung
Emil-Figge-Straße 50, 44227 Dortmund
Tel.: 0231/755-6549
Fax: 0231/755-6559
E-Mail: mreichert@fk12.tu-dortmund.de
Homepage: www.sozialgerontologie.uni-dortmund.de

Literatur

- Arnheim, V./Schüler, B.: Dialog der Generationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn 2005, S. 9-17.
- Bertram, H.: Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen Mehrgenerationenfamilie, in: Berliner Journal für Soziologie 12, Heft 4, Berlin 2002, S. 517-529.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Fünfter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin 2006.
- [MGSFF NRW] Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen: Intergenerative Projekte in NRW – Bestandsaufnahme, Bewertung, Vernetzungs- und Qualifizierungsbedarf. Abschlussbericht der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V., Dortmund 2005 (www.ffg.uni-dortmund.de/medien/publikationen/Intergenerative_Projekte_in_NRW.pdf vom 07.12.2009).
- [MGFFI NRW] Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: Kleiner Generationensurvey Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2007.
- Olk, Th.: Bestandsaufnahme und Chancen zur Verbesserung der Integration von älteren Menschen, in: Kocka, J./Kohli, M./Streeck, W. (Hrsg.): Altern in Deutschland. Band 8: Familie, Zivilgesellschaft, Politik, Stuttgart 2009.
- Statistisches Bundesamt: Leben und arbeiten in Deutschland. Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus, Wiesbaden 2005.
- Uhlendorff, H.: Alt und Jung außerhalb und innerhalb der Familie, in: Hoffmann, D./Schubarth, W./Lohmann, M. (Hrsg.): Jungsein in einer alternden Gesellschaft, Weinheim/München 2008.
- Zinser, C.: Aktive Seniorinnen und Senioren betreuen Kinder. Eine Arbeitshilfe für die Lokalen Bündnisse für Familie, München 2005.



Markus Warnke

Insenzierte Großelternschaften: Praxisbeispiele aus Nordrhein-Westfalen für die Generationenbegegnung außerhalb der Familie

Vor dem Hintergrund des demografischen und sozialen Wandels rücken familiäre und außerfamiliäre Generationsbeziehungen und ihre Bedeutung für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung immer häufiger in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Geringe Geburtenzahlen, eine steigende durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung und der Wandel der Lebens- und Familienformen werden sich auf das gesellschaftliche Gefüge auswirken.

Es gilt, die Frage zu stellen, was die Generationen zusammenhält, wenn familiäre Bindungen nachlassen. Wie kann ein positives Miteinander der Generationen langfristig erhalten werden, wenn man davon ausgehen muss, dass es immer weniger selbstverständlich sein wird, dass sich Junge und Ältere begegnen, austauschen und auch verstehen. Natürlich ist und bleibt die Familie ein zentraler Ort der Begegnung von Jung und Alt. Es gilt darüber hinaus, neue und zusätzliche Bindungen auch außerhalb von Familie zu unterstützen. Nordrhein-Westfalen steht hier nicht am Anfang. Es gibt bereits zahlreiche Projekte und Initiativen in Nordrhein-Westfalen in Trägerschaft von Verbänden, Kommunen, Unternehmen, Vereinen etc., die das Ziel verfolgen, die Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Altersgruppen zu fördern und so das Band zwischen den Generationen zu stärken.

Im Folgenden werden einige Beispiele innovativer generationenübergreifender Projekte in Nordrhein-Westfalen kurz vorgestellt.

Leverkusener Leihomas und Leihopas – Stadt Leverkusen

Das Projekt „Leverkusener Leihomas und Leihopas“ findet bereits seit 1986 großen Anklang in der Stadt. Aktuell sind 21 Frauen im Alter zwischen 45 und 80 Jahren, als „Leih-Omas“ im Einsatz. Sie waren im vergangenen Jahr 288 Mal stadtweit mit insgesamt 859 Stunden zur Stelle. Nebeneffekt: Viele der Kinder bekommen damit zugleich einen persönlichen Draht zu älteren Menschen, eben zu „Großeltern“. Bei diesem Engagement handelt es sich lediglich um „Kinderbe-

treuung in Notsituationen“, nicht um eine Haushalts- oder Putzhilfe oder um einen Babysitter. Einmal im Monat findet ein Treffen mit allen Betreuer/-innen statt.

Zirkus der Generationen – Seniorenzentrum Bethel Bad Oeynhausen und Zirkus Montani

Vom 17. bis 23. August 2009 findet im Seniorenzentrum Bethel, Bad Oeynhausen zum zweiten Mal der „Zirkus der Generationen“ statt. Dabei handelt es sich um mehrere Auftritte in einem Zirkuszelt im Garten des Seniorenzentrums, in dem Kinder und Jugendliche mit Senioren (im Alter zwischen 3 und 103 Jahren) artistische Kunststücke einüben und aufführen. An diesem Projekt beteiligen sich zwei Schulen, Kindergärten, Senioren des Seniorenzentrums Bethel und Senioren aus der Region sowie der Zirkus Montani (ca. 130 Personen). Angehörige, Eltern, Kinder, Jugendliche und einige Mitarbeiter des Seniorenzentrums engagieren sich ehrenamtlich für das Projekt.

EULE – Erleben, Unterrichten, Lernen und Experimentieren – Friedrich-Ebert-Gymnasium, Bonn

Ein wichtiges Ziel von EULE ist, die generationenübergreifende Kommunikation zu verbessern. Dabei geht es genauso um Unterrichtsinhalte, wie auch um Erfahrungsaustausch und Kontakt zur jeweils anderen Generation. Bei der „EULE“ übernehmen Schüler/-innen einmal wöchentlich die Rolle der Lehrpersonen. Sie unterrichten Menschen älterer Generationen aus der Wohnumgebung ihrer Schule. Das Projekt basiert auf dem ehrenamtlichen Engagement der Jugendlichen. Die Teilnahme der Senioren/-innen ist daher kostenfrei. Die Unterrichtsinhalte sind vielschichtig und reichen vom Umgang mit dem Computer oder dem Mobiltelefon über Sprachunterricht bis hin zu Theaterspiel, etc.

Eines der ältesten EULE-Projekte wird im Fürstenberg-Gymnasium in Recke seit September 2000 durchgeführt.

Dr. Markus Warnke

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Abteilung Integration und Generationen
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/8618-3687
E-Mail: markus.warnke@mgffi.nrw.de
Homepage: www.mgffi.nrw.de



Familiennahe Dienstleistungen – ein Markt?

Der demografische Wandel und die häufig problematische Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben erfordern familiennahe bzw. -unterstützende Dienstleistungen für immer mehr Personenkreise. Jenseits der öffentlichen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsinstitutionen werden entsprechende Dienstleistungen zunehmend auch von privaten Unternehmen oder Einzelpersonen angeboten. Prognostiziert wird ein Markt mit großen Entwicklungspotenzialen.

Hier setzte der Workshop an und ging der Frage nach, was diesen neuen Dienstleistungssektor überhaupt ausmacht bzw. wie familiennahe Dienstleistungen generell organisiert werden können. Hierbei darf die Frage nach der Qualität dieser Angebote nicht fehlen.

Indre Zetzsche
Ilka Nofz

Der Markt für familienunterstützende Dienstleistungen (FUD)

Das Programm „Unternehmen Familie“

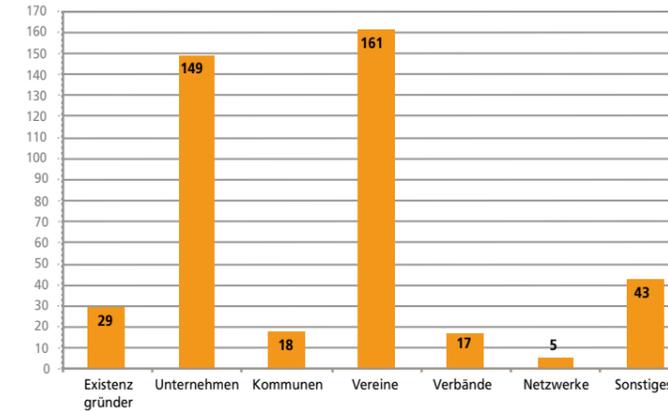
Um auf Dauer ihre Innovationskraft und ihren Wohlstand zu erhalten, braucht unsere Gesellschaft auf der einen Seite leistungsstarke Menschen und auf der anderen Seite – gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung – Nachkommen. Karriere und Kinder bzw. Karriere und pflegebedürftige Angehörige dürfen sich daher nicht wechselseitig ausschließen, sondern müssen gut miteinander vereinbar sein. Dabei kann ein vielfältiges Angebot entsprechender familienunterstützender Dienstleistungen (FUD) einen entscheidenden Beitrag leisten.

Angesichts der Veränderungen der Arbeitswelt und der Altersentwicklung unserer Bevölkerung birgt der Markt für familienunterstützende Dienstleistungen ein beträchtliches Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Dieses gilt es zu fördern und – besser als bisher – zu nutzen. Mit diesem Ziel hat die Robert Bosch Stiftung in Kooperation mit dem Bundesfamilienministerium 2007 das Programm „Unternehmen Familie – Innova-

tionen durch familienunterstützende Dienstleistungen“ ins Leben gerufen. Mit zwölf beispielhaften Pilotprojekten sollen bis Ende 2010 Wege für flexible, bezahlbare Angebote im legalen Geschäftsbetrieb identifiziert und neue Initiativen in der Fläche motiviert werden. Hierfür steht ein Volumen von 1,8 Millionen Euro aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung, des Bundes und der Europäischen Union/Europäischer Sozialfonds zur Verfügung.

Um richtungsweisende Konzepte für familienunterstützende Dienstleistungen zu identifizieren, wurde zum Programmstart ein zweistufiger Wettbewerb ausgerufen. Die erste Wettbewerbsphase endete am 15. Oktober 2007. Kommunen, Unternehmen, freie Träger, Netzwerke und Existenzgründer waren eingeladen, ihre Geschäftsideen in Form einer kurzen Interessensbekundung zu skizzieren. Insgesamt gingen 422 Interessensbekundungen aus allen 16 Bundesländern und von unterschiedlichen Organisationen ein (vgl. Abbildung 1).

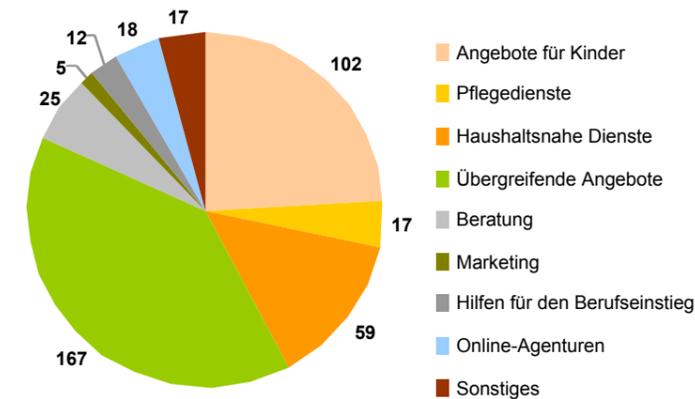
Abbildung 1: Interessensbekundungen nach Wettbewerbsteilnehmern



Quelle: IFOK

Das Dienstleistungsspektrum deckte sämtliche Bereiche ab. Dies wird in Abbildung 2 dargestellt.

Abbildung 2: Dienstleistungsspektrum der Wettbewerbsteilnehmer nach Bereichen

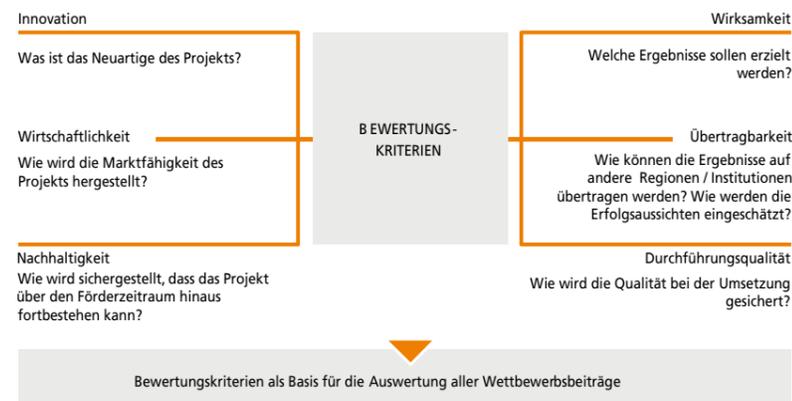


Quelle: IFOK

Die 40 vielversprechendsten Interessensbekundungen wurden zur Antragstellung aufgefordert. Eine hochkarätige Jury wählte anschließend die zwölf innovativsten und zukunftsfähigsten Geschäftsmodelle aus, die bis 2010 jeweils mit insgesamt bis zu 150.000 Euro gefördert werden. Die Gewinner wurden auf der Prämierungsveranstaltung am 8. April 2008 im Beisein von Bundesministerin Ursula von der Leyen feierlich bekannt gegeben.

Der Auswahl lag in beiden Wettbewerbsstufen ein bestimmtes Kriterienraster zu Grunde (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Kriterienmuster des Wettbewerbs



Quelle: IFOK

FUD im Zentrum politischen Handelns

FUD stehen aus verschiedenen Gründen im Fokus politischen Handelns:

- Sie sind ein Instrument zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und damit verbunden
- ein Ansatz zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit.

Das BMFSFJ setzt daher gezielt auf den Ausbau von FUD als Instrument nachhaltiger Familienpolitik.

- Darüber hinaus birgt der Markt für FUD ein hohes Wachstumspotenzial (0,2 bis 0,4 Prozent Beitrag zum BIP, (Robert Bosch Stiftung 2006))
- und ein hohes Beschäftigungspotenzial: Die Schätzungen reichen von 60.000 bis zu 770.000 Vollzeitstellen pro Jahr (Enste u. a. 2009).

Die Große Koalition hat sich auf der Kabinettsklausur im August 2007 in Meseberg für eine bessere Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen ausgesprochen. Im Fokus stehen dabei:

- die Entwicklung der Angebotsseite
- die Optimierung der steuerlichen Förderung
- flankierende Maßnahmen durch aktive Arbeitsmarktpolitik (Existenzgründungsförderung)

Ausschlaggebend dafür waren unter anderem die Ergebnisse des Siebten Familienberichts, der 2003 noch von Bundesministerin Renate Schmidt in Auftrag gegeben und im August 2005 vorgelegt wurde. Darin wird die Bedeutung FUD herausgestellt:

„Der Ausbau dieser [...] Dienstleistungen steht in den nächsten Jahren in Deutschland dringend an, weil dadurch die Balance zwischen Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit [...] erleichtert und Zeitstress vermieden wird.“ (BMFSFJ 2006: 221)

Was sind FUD?

Eine verbindliche Definition von familienunterstützenden Dienstleistungen existiert bisher nicht. In Anlehnung an verschiedene Begriffsbestimmungen wird im Rahmen des Programms „Unternehmen Familie“ folgende Definition verwendet: Familienunterstützende Dienstleistungen sind Tätigkeiten, die

- Familien in ihrem familiären Alltag entlasten,
- von Nicht-Haushaltsmitgliedern gegen Entgelt für private Haushalte erbracht werden und
- durch ähnliche Leistungen von den Nutzern zumindest teilweise substituiert werden können.

Es werden drei Arten von FUD unterschieden:

- haushaltsnahe Dienstleistungen (sachbezogen),
- Betreuungsdienstleistungen (personenbezogen),
- Vermittlungs- und Beratungsdienstleistungen zu sach- und personenbezogenen FUD.

Der Markt für FUD: Die Nachfrageseite

Blickt man auf die Nachfrageseite, so sprechen viele Faktoren dafür, dass der Bedarf und die Nachfrage stetig steigen werden:

- In zunehmend mehr Familien sind beide Elternteile erwerbstätig. Sie brauchen Entlastung im Haushalt bzw. Unterstützung bei der Alltagsorganisation.
- Unsere Gesellschaft wird immer älter. Auf familiäre Hilfeleistungen im Alter kann immer weniger zurückgegriffen werden.
- Die Erwartungen ans Familienleben sind gestiegen: Familienzeit und Freizeit werden zunehmend wichtiger, so dass die Zeit zu Hause weniger in Hausarbeit investiert wird.

Dies bestätigen auch verschiedene Umfragen. Dennoch stagniert die tatsächliche Nachfrage nach FUD. Als Gründe hierfür werden u. a. folgende Faktoren identifiziert:

- Kosten: Eine Hilfe kostet zu viel Geld (IfD-Umfrage Januar 2008).
- Hoher bürokratischer Aufwand: Anmeldung, Einarbeitung, Abrechnung etc. liegen bei den Familien (IfD-Umfrage Januar 2008).
- Mangelnde Qualität: Jeder zweite Haushalt bewertet die Qualität der geleisteten Arbeit als gering (GIB 2007).
- Fehlende Markttransparenz: Es fehlt ein funktionierender Markt mit Angebot und Nachfrage, weshalb die Suche nach einer geeigneten Hilfe zu aufwendig sei (IfD-Umfrage Januar 2008).
- Kulturelle Muster: Haushalt = Domäne der Hausfrau; Kindererziehung = Aufgabe der Mutter

Der Markt für FUD: Die Anbieterseite

Auf der Anbieterseite ist eine starke Expansion zu beobachten. Eine Vielzahl neuer Anbieter ist auf den Markt getreten, die sich sowohl an Privathaushalte als auch an Unternehmen richten. Darunter sind viele etablierte Anbieter verwandter Produkte sowie gemeinnützige und karitative Organisationen, die vielfach steuerlich begünstigt sind. Dadurch erhöht sich der Wettbewerbsdruck für private Anbieter. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Markt für FUD sich durch folgende Merkmale auszeichnet:

- Märkte für FUD sind primär lokale Märkte.
- Der Markt für FUD ist ein kundendominierter Markt.
- Die Nachfrage richtet sich stark nach Opportunitätskosten, Preis, Qualität und Verlässlichkeit.
- Schwarzarbeit ist der Hauptkonkurrent für Anbieter von FUD im Privatbereich. Er deckt bis zu 95 Prozent der Nachfrage ab (DIW 2009).
- Die Markteintrittsbarrieren für private Anbieter sind durch die Wirtschaftskrise und den Preisdruck durch gemeinnützige Anbieter sehr hoch.
- Dienstleistungsagenturen sind eher als Minijobber und Selbstständige in der Lage hohe Qualität, Verlässlichkeit und Flexibilität zu gewährleisten. Sie sind jedoch gegenüber diesen Anbietern aufgrund der Umsatzsteuerpflicht und der Kosten für Sozialbeiträge im Nachteil.

Staatliche Maßnahmen zur Stärkung des Marktes für FUD

Von Seiten der Politik werden verschiedene Hebel bewegt, um den Markt für FUD zu stärken: Die Nachfra-

ge wird primär durch Steuervergünstigungen aktiviert.

- seit Januar 2009 können bis zu 20 Prozent der Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich geltend gemacht werden
- bei Minijobbern maximal 510 Euro im Jahr

Zur Förderung der Anbieterseite werden primär folgende Instrumente angewendet bzw. diskutiert:

- Anschubfinanzierungen über Modellprogramme (Soziale Stadt, MGH, LOS, LBfF, Unternehmen Familie)
- Preissubventionierung
- Vereinfachung der Regulierungen und Vorschriften für Existenzgründungen im Bereich FUD
- Reduktion der Sozialversicherungsabgaben
- Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung von Ehepartnern zur Reduktion der Schwarzarbeit

Darüber hinaus werden flankierende Maßnahmen ergriffen wie Existenzgründerförderung für FUD, Qualitätsförderung, Vermittlungsdienste.

Indre Zetzsche (Leitung)

c/o IFOK GmbH
Reinhardtstraße 58, 10117 Berlin
Tel.: 030/536077-17
E-Mail: info@unternehmen-familie.de
Homepage: www.ifok.de

Ilka Nofz

IFOK GmbH
Kronprinzenstraße 82–84, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211/385475-30
E-Mail: ilka.nofz@ifok.de
Homepage: www.ifok.de

Literatur

[BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht, Berlin 2006.

Enste, D.H./Hülkamp, N./Schäfer H.: Familienunterstützende Dienstleistungen. Marktstrukturen, Potenziale und Politikoptionen, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 44, Köln 2009 (www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Analyse.pdf, Stand: 11.11.2009).

Robert Bosch Stiftung: Unternehmen Familie, Stuttgart 2006.

Martina Meurer

SAFE – Serviceagentur für Familie und Eltern¹

Dem Projekt Serviceagentur für Familie und Eltern, kurz: SAFE, der QuaBeD gGmbH in Witten, welches von der Robert Bosch Stiftung, vom BMFSFJ und ESF gefördert wird, liegt folgende Geschäftsidee zu Grunde: die Entwicklung von breit gefächerten Dienstleistungsangeboten für Familien, Singles und Senioren – individuell an den Bedürfnissen der Kunden orientiert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und die Versorgung von Menschen aller Altersgruppen in besonderen Lebenslagen stehen dabei im Vordergrund.

Ausgangssituation und Struktur

Die Entwicklung des Dienstleistungsangebotes SAFE basiert auf der bereits seit längerem bestehenden Aushilfsagentur, deren Schwerpunkt die Bereitstellung hauswirtschaftlicher und tatkräftiger Hilfe rund ums Haus war. Die Dienstleistungen werden von Mitarbeiter(inne)n ausgeführt, die in der Regel auf 400-Euro-Basis bei der Serviceagentur beschäftigt sind und dies aus persönlichen Gründen überwiegend auch so wünschen. Grundsätzlich ist eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ebenfalls möglich.

Der innovative Ansatz

SAFE stellt sich der Herausforderung, für Menschen in sehr schwierigen, belasteten Lebenssituationen individuelle Lösungskonzepte zu erarbeiten und für diese anspruchsvollen Einsätze das passende Personal zu finden und auch zu entwickeln. Das Dienstleistungsangebot umfasst folgende Tätigkeiten:

- Betreuung von unterstützungsbedürftigen Menschen jeden Alters
- Hauswirtschaftliche Unterstützung
- Begleitung
- Einkaufen
- Beratung zu Finanzierungsmöglichkeiten
- Organisationsunterstützung bei besonderen Anlässen
- Tatkräftige Hilfe in Haus und Garten
- Umzüge

Die Herausforderung

Jeder Auftrag, der Betreuungsanteile enthält, ist im Vorfeld sehr beratungsintensiv. Die passgenaue Besetzung erfordert genaue Kenntnis der Mitarbeiter/innen. Die Mitarbeiter/-innen brauchen kontinuierliche entlastende Begleitung je nach Anforderungen des Einsatzes.

Erfolg

Die Stadt, Betreuer/-innen, Krankenkassen und auch Privatpersonen fragen zunehmend die speziell auf SAFE basierenden entlastenden Dienstleistungsangebote an. Das Projekt arbeitet erfolgreich an seinem Ruf, für nahezu alle möglichen und unmöglich erscheinenden Aufgaben zeitnah eine passende Lösung entwickeln zu können.

Risiken und Nebenwirkungen

Intensive individuelle Beratung und sorgfältig ausgewähltes Personal sind die Voraussetzung für einen qualitativ hochwertigen Service – das kostet Zeit und Zeit kostet Geld.

Hohe Qualität wird allseits gewünscht, die Bereitschaft, angemessen zu zahlen ist gering – selbst dann, wenn langfristig erhebliches Einsparpotential damit verbunden ist (Vermeidung von Heimaufhalten, Einsatz der SPFH, gesundheitliche Risiken usw.) Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für SAFE Serviceagentur für Familien und Eltern ist dies nicht nur ein Thema im Hinblick auf das Dienstleistungsangebot.

Als Arbeitgeber mit flexiblen Einsatzmöglichkeiten gewinnt SAFE zunehmend das Interesse auch qualifizierter Kräfte. SAFE arbeitet inzwischen erfolgreich mit Arbeits- und Jobagenturen zusammen.

Zahlen (Stand Mai 2009)

Geleistete Stunden: 1400
Aufträge: 137
Mitarbeiter im Pool: 98
Eingesetzte Mitarbeiter im Mai 2009: 63
Alter der Mitarbeiter: 18 bis 65 Jahre

Martina Meurer
QuaBeD gGmbH
Annenstr. 118-122
58453 Witten
Tel.: 02302/282460
Fax: 02302/2824622
E-Mail: martinameurer@quabed.de
Homepage: www.quabed.de



¹ Vgl. auch Newsletter 1/2009 der Robert-Bosch-Stiftung www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Unternehmen_Familie_Newsletter_No_1.2009.pdf, vom 02.12.2009).

Familie ist kein Auslaufmodell, Familie ist Zukunft!

Thesen des Dortmunder Familienkongresses zum Aufwachsen zwischen öffentlicher und privater Verantwortung

Die nachfolgenden Thesen zur Situation und den Unterstützungssystemen für Familien sowie zu den familienpolitischen Herausforderungen basieren größtenteils auf ausgewählten Ergebnissen der den Familienkongress abschließenden Podiumsdiskussion „Aufwachsen zwischen privater und öffentlicher Verantwortung“ mit Sabine Andresen, Bernhard Bueb und Thomas Rauschenbach. Moderiert wurde die Diskussion von Judith Grümmer. Ferner fließen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – zu den in der Podiumsdiskussion angesprochenen Aspekten ausgewählte zentrale Erkenntnisse aus den zahlreichen Beiträgen sowie aus Statements von Teilnehmer(inne)n während der zwei Tage und im Nachgang zur Veranstaltung mit ein.¹

(a) Private und öffentliche Erziehung sind keine Gegensätze, sondern notwendige zeitgemäße Ergänzungen

Private Verantwortung der Eltern für ihre Kinder und die Aufgabe der öffentlichen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsorganisationen sowie ihrer Fachkräfte für ein Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Die elterliche Erziehungsverantwortung und das Engagement für die Förderung und Unterstützung von Familien durch Kommunen, Zivilgesellschaft und Unternehmen müssen ineinandergreifen. Familiäre und öffentliche Erziehung sind längst nicht mehr zwei getrennte Welten. Die familienpolitische Herausforderung besteht darin, diese Allianz zwischen den genannten Akteuren zu stärken. Das heißt umgekehrt: Die Zeiten, in denen öffentliche Anstrengungen, Familien zu fördern und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu unterstützen, stets als Einmischung in die Privatsphäre kritisch gesehen worden sind, sind vorbei (vergleiche Rauschenbach in diesem Band).

„Elterliche Erziehung und Öffentlichkeit sollen sich nicht ersetzen, wenn es in der Familie zum Unterstützungsbedarf kommt, sondern als Gemeinschaftserziehung betrachtet werden. Eine Gemeinschaftserziehung kann das Familienleben stärken; es werden neue Dimensionen der Beziehung zwischen Eltern und Kindern geschaffen.“

Bernhard Bueb

Es geht heute also um eine geteilte Verantwortung zwischen Eltern und Akteuren der öffentlichen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsorganisationen, aber auch – und das gehört nach dem 11. Kinder- und Jugendbericht ebenfalls zur öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen (BMFSFJ 2002) – darum, Eltern in ihren Erziehungs-kompetenzen zu stärken. Gerade in Erziehungsfragen zeigen Eltern vermehrt Unterstützungs- und Förderungsbedarf, und dies betrifft nicht nur Familien aus sozial benachteiligten Milieus. Zu konstatieren ist eine gestiegene Nachfrage und Nutzung von entsprechenden Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten seitens der Eltern. Das verweist auf eine zunehmende Akzeptanz dieser Angebote, aber eben auch auf einen gestiegenen Bedarf von Eltern nach Unterstützung in Bildungs- und Erziehungsfragen. Zudem werden öffentlich organisierte, institutionelle Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote in einem zunehmenden Maße von den Eltern gewünscht und in Anspruch genommen.

„Wir als Gesellschaft können uns der Mit-erziehung nicht mehr entziehen. Die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wird eher noch zu- als wieder abnehmen.“

Thomas Rauschenbach

¹ Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Annette Müller vom Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, die als Tagungsbeobachterin während der beiden Tage bei den Vorträgen aufmerksam zugehört, viele Gespräche mit Teilnehmer(innen) geführt und vor allem umfangreich mitgeschrieben hat.

(b) Das Paradigma vom Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung verlangt Veränderungen bei den Förder- und Unterstützungsstrukturen

Die Zunahme einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen geht einher mit einer sich verändernden Infrastruktur von Förder- und Unterstützungsangeboten in Sachen Betreuung, Bildung und Erziehung. Hierzu gehört beispielsweise der gegenwärtige und weiter voranzubringende Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige oder auch für Nordrhein-Westfalen die bereits begonnene flächendeckende Einführung der offenen Ganztagschule. Diese Beispiele verdeutlichen zudem, dass eine stärkere Akzentuierung eines Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung mit einer alles in allem veränderten gesellschaftlichen Bewertung entsprechender Angebote einhergeht. Gesehen werden diese überwiegend nicht mehr länger als eine Bedrohung für die Familie und ihre Privatsphäre oder auch als gefährlich für die Entwicklung der Kinder, sondern im Gegenteil werden sie als Unterstützung zur Organisation eines Betreuungsnetzwerks sowie nicht zuletzt als eine wichtige Ressource für die kognitive, aber auch soziale Entwicklung junger Menschen gesehen.

Im Fokus steht jedoch nicht nur die Organisation von Betreuungsarrangements für berufstätige Eltern bzw. die individuelle Förderung junger Menschen. Vielmehr müssen auch die Sozialräume und deren Ressourcen für Familien mit eingebunden werden. Angebote, die institutionelle Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsleistungen miteinander verbinden, müssen demnach die Sozialräume mit gestalten und weiterentwickeln. Beispiele hierfür sind Familienzentren (vgl. Altermann in diesem Band) mit ihrem vielfältigen Angeboten, beispielsweise aus der Familienbildung, oder auch die Lokalen Bündnisse für Familien (siehe exemplarisch Weist in diesem Band). Das sind jeweils Ansätze, im Sozialraum passgenaue Angebote für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu entwickeln und zu verstetigen.

Allerdings muss hier auch die Diskussion über einen adäquaten finanziellen und zeitlichen Ressourcenansatz geführt werden. Gegebenenfalls sind hier Neujustierungen notwendig. Probleme und Hürden, wie z. B. das begrenzte Budget von Familienzentren bei gleichzeitigem Anspruch der Sozialraumöffnung zur Erreichung externer Familien und Investition in neue Kooperationspartner müssen im kommunalen politischen Raum nicht nur diskutiert, sondern es muss auch über adäquate Rahmenbedingungen einer familienfreundlichen

Infrastruktur und Unterstützungskultur in diesem Kontext nachgedacht werden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, um beispielsweise bislang noch nicht erreichten Familien mit einem Unterstützungsbedarf den Zugang zu passgenauen Angeboten zu ermöglichen. Anders formuliert: Die Anpassung der Ausgestaltung einer Infrastruktur an Angeboten und Leistungen für Familien in Sachen Förderung und Unterstützung in den Bereichen Betreuung, Bildung und Erziehung ist vor dem Horizont eines Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung nicht zum Nulltarif zu haben. Das hat bereits die Vergangenheit mit Blick auf die steigenden Ausgaben der Kommunen für z. B. die Kindertageseinrichtungen gezeigt und dürfte sich für die Zukunft bestätigen.

(c) Vertrauens- und Ressourcenkultur statt eine Kultur der Ängste und Defizite

Die Kinder- und Jugendhilfe bewegt sich mit Blick auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einem Spannungsfeld von Hilfe und Kontrolle, von Unterstützung und Intervention. Auf der einen Seite ist die Kinder- und Jugendhilfe eine Dienstleistung für Familien, die bei ihrem grundgesetzlich garantierten und verpflichtenden Fürsorge- und Erziehungsauftrag gestärkt und unterstützt werden müssen. Hierauf besteht ein Rechtsanspruch. Auf der anderen Seite hat die Kinder- und Jugendhilfe einen Schutzauftrag für Kinder und Jugendliche zu erfüllen, und zwar gegebenenfalls auch gegenüber ihren Eltern. Diese Balance zwischen einer modernen Dienstleistungskonzeption und der Erfüllung des staatlichen Wächteramtes scheint derzeit zu Ungunsten einer die Familie unterstützenden Kinder- und Jugendhilfe aus den Fugen zu geraten (siehe Ziegler in diesem Band).

Gleichwohl ist es richtig, dass eine große Gruppe von Eltern sich heutzutage mit steigenden Anforderungen in Erziehungsfragen konfrontiert sieht und auch infolge dessen eine verstärkte Erziehungsunsicherheit verspürt. Die große Verbreitung an Erziehungsratgebern, -kursen und -trainings, die hohen Einschaltquoten bei der „Super-Nanny“ und anderen Fernseh-Formaten dieser Art oder wissenschaftliche Befunde wie die der Studie „Eltern unter Druck“ (Merkle/Wippermann 2008), die auf dem Familienkongress vorgestellt worden ist (Forschungsverbund in diesem Band), verweisen auf die erhöhte Verunsicherung in Erziehungsfragen von vielen Eltern. Auch die verstärkte Medienberichterstattung über Fälle von Kindeswohlgefährdung und -misshandlung entwerfen ein Bild von in der Regel überforderten Eltern.

Hiermit gehen Überdramatisierungen bzw. Reduzierungen von Eltern bzw. Familien auf Probleme, Unzulänglichkeiten und Defizite einher. Diese gehen nicht selten an der Realität vorbei (Rauschenbach in diesem Band). Zweifelsohne gibt es tatsächlich eine kleine Gruppe von Eltern, bei denen auf ein latentes Erziehungsversagen hingewiesen werden kann, und die ohne Zweifel einer besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung bedürfen, und bei denen mitunter es sogar besser sein kann, das Kind oder den Jugendlichen bei Pflegeeltern oder stationär unterzubringen. Davon allerdings, dass Familien vollständig versagen und ihrer Erziehungsverantwortung nicht gerecht werden, kann als verallgemeinerbares gesellschaftliches Phänomen keine Rede sein.

Es scheint notwendig, bei Familien im Allgemeinen sowie solchen mit Erziehungsunsicherheiten oder -schwierigkeiten weniger die Defizite als deren Ressourcen und erzieherische Kompetenzen zu sehen. Gerade Verunsicherung und eine daraus möglicherweise resultierende Inanspruchnahme von Hilfen darf in diesem Zusammenhang nicht immer mit Inkompetenz gleichgesetzt werden. Vielmehr geht es darum, die mitunter verunsicherten Eltern zu unterstützen, sie zu begleiten und in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken.

(d) Gemeinsam stark für Familien – für mehr Kooperation und Beteiligung in den Kommunen

Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Alltagssituationen zu begleiten, sie bei möglichen Problemen zu unterstützen und durch ein familienfreundliches Umfeld umfassend zu stärken, muss vor allem in den Kommunen vor Ort organisiert werden. Es müssen differenzierte Konzepte und Strategien entwickelt werden, um dem Bedarf von Familien an Förderung und Unterstützung vor Ort Rechnung zu tragen. Dies ist eine Herausforderung für die Fachpraxis vor Ort und für die kommunale Familienpolitik und deren Akteure. Gefordert sind dabei die Verwaltungen und die gewählten politischen Vertreter(innen), ferner die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Vereine und Initiativen, die Wirtschaftsverbände und Unternehmen sowie allgemein die Bürger/-innen. Nicht zuletzt von ihrem Engagement hängt es ab, inwiefern es gelingt, ein familienfreundliches und -gerechtes Gemeinwesen zu gestalten sowie familienunterstützende Strukturen zu schaffen.

„Die Referate, Workshops und Materialien tragen dazu bei, Schnittstellen der unterschiedlichen Bereiche noch besser zu erkennen (...) und [zeigen wie] durch gemeinsame Ressourcennutzung in Zeiten engerer finanzieller Mittel trotzdem möglichst kein Qualitätsverlust entsteht.“

*Inge-Lore Christ,
Fachberaterin für Familienbildung im Amt für Jugend und Soziales der Stadt Rostock*

Notwendig sind also konzertierte Aktionen von Kommune, Wirtschaft und sozialen Netzwerken. Hierüber können Synergieeffekte bei der Schaffung und Ausgestaltung einer Infrastruktur zur Förderung und Unterstützung von Familien erzielt werden. Aber auch die Familien selber dürfen dabei nicht vergessen werden. Sie müssen genauso in diesem politischen Prozess beteiligt werden wie sie sich selbst einbringen müssen. Anders formuliert: Der Dialog mit den Familien selbst und die Einbindung von Kindern, Jugendlichen und Eltern in kommunale Planungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse spielt dabei für Familienfreundlichkeit und -gerechtigkeit eine entscheidende Rolle.

„Nicht zuletzt hat uns die große Anzahl kommunaler Vertreter, insbesondere der Jugendämter, unter den Teilnehmern und Teilnehmerinnen davon überzeugt, dass man vielfältige Akteure zum ‚Mitmachen‘ vor Ort interessieren und gewinnen kann.“

*Maxi Stapelfeld,
Mitarbeiterin des Projektes „Kinderbetreuung24“
der LEG Thüringen*

Allerdings war man sich auch auf dem Kongress darüber einig, dass die gemeinsame Arbeit mit unterschiedlichen Handlungsakteuren Steuerung, Organisation und Koordination erfordert, um zielorientiert und adäquat den komplexen Aufgaben bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Umgebung und familienunterstützenden Infrastruktur nachzugehen. Bei dieser Aufgabe kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu.

„Die Kommune ist Initiator, Netzwerker und Moderator örtlicher Familienpolitik!“

Klaus-Peter Strohmeier

(e) Chancengleichheit fördern, Ungleiches ungleich behandeln – Unterschiedliche Lebens- und Problemlagen erfordern unterschiedliche Unterstützungsangebote

Familie ist kein statisches Gebilde. Wenn über die Stärkung und Unterstützung von Familien diskutiert wird, so liegt dem kein einheitliches Bild von Familien zugrunde. Wie Familie heute tatsächlich gelebt und der Alltag gestaltet wird, ist in hohem Maße heterogen und basiert oftmals auf divergierenden Vorstellungen und Wertesystemen. Hinzu kommt noch, dass die Lebenslagen nicht zuletzt unter ökonomischen Gesichtspunkten höchst unterschiedlich sind. Kurzum: Die Lebenslagen von und die Lebensqualität für Familien unterliegt erheblichen regionalen Disparitäten, und das sogar innerhalb von Stadtteilen.

„Es ist in Essen immer noch entscheidend für das Aufwachsen, ob man nördlich oder südlich von der A40 geboren wird.“

Klaus Peter Strohmeier

Regionale Disparitäten dürfen nicht einfach hingenommen werden. Vielmehr sollte gelten: Wo mehr soziale Probleme sind, muss auch konsequenterweise mehr Geld fließen und investiert werden. Gerade in sozial und strukturell benachteiligten Stadtteilen gilt es, den Fokus verstärkt auf den besonderen Unterstützungs- und Hilfebedarf der dort lebenden Familien und den damit verbundenen Anforderungen zu richten, um ihren Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen zu ermöglichen, das zumindest zu einem Teil die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Chancen kompensieren kann.

„Ungleiches ungleich behandeln.“

Klaus Peter Strohmeier

Das Problem der sozialen Ungerechtigkeit und die Forderung nach mehr Chancengleichheit ist im Bildungswesen ein besonderes Problem. Beispiel Nordrhein-Westfalen: Es gibt viele sozio-ökonomisch benachteiligte Familien, deren Kindern aufgrund ihrer Lebenssituation der Zugang zum Ganztags erschwert wird, beispielsweise deshalb, weil sie das kostenpflichtige Mittagessen nicht finanzieren können. Wissenschaftliche Untersuchungen unterstreichen dies: Der Besuch der Offenen Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen ist noch wesentlich vom beruflichen und sozialen Status der Eltern abhängig. Es sind auch vor allem Eltern mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status, die aus Kostengründen ihr Kind nicht bei der

Ganztagschule anmelden (Beher et al. 2007). Hier zeichnet sich Handlungsbedarf ab.

„Es muss ein kostenloses Mittagessen in den Ganztagschulen für alle Kinder gewährleistet werden. Damit könnte ein erster kleiner Schritt in Richtung eines Abbaus von sozialen Schranken im Bildungssystem gegangen werden.“

Sabine Andresen

(f) Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nicht nur ein Thema für Frauen und Berufstätige

Mit Blick auf die Frage nach der Ermöglichung einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte eine Botschaft des Familienkongresses vorangestellt werden: Weibliche Teilzeitarbeit ist nicht mehr länger die Patentlösung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das gilt in doppelter Weise: Zum einen bezogen auf die Teilzeitarbeit – es ist nur ein, wenn auch zentrales Instrument zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf –, aber auch mit Blick auf die Inanspruchnahme von Möglichkeiten der Teilzeitarbeit durch Frauen und Männer. Auch für Männer werden Teilzeitarbeitsformen interessant, wenn sie einen größeren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihre Familie leisten wollen. Dies unterstreichen nicht zuletzt die Befunde der Väter-Studie 2008 des DJI im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung 2008).

Allerdings ist das in der Untersuchung deutlich gewordene veränderte Bewusstsein von Männern zu Familienthemen offensichtlich noch längst nicht als Selbstverständlichkeit in der Personalentwicklung von Unternehmen angekommen. Das gilt insbesondere für das Leitungs- und Führungspersonal. Die Gestaltung einer Organisationskultur, vor allem in männerdominierten wirtschaftlichen Arbeitsbereichen, die Familienorientierung von ihren männlichen Mitarbeitern nicht nur akzeptiert, sondern auch fördert und vorantreibt, ist eine zentrale Aufgabe bei der Schaffung von Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kaluzka in diesem Band).

Sabine Andresen unterstreicht im Rahmen der Abschlussdiskussion die Notwendigkeit des Umdenkens vieler Arbeitgeber in Sachen Familienfreundlichkeit und plädiert dafür, dieses Thema breiter als bislang in den Blick zu nehmen. Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht nicht nur die Frauen etwas an.

Angebote der Unternehmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind vielfältig: Flexibilisierung von Zeit und Ort für die Leistungserbringung (z. B. Teilzeitarbeit, Home-Office), flankierende Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern in Form von Plätzen in Kindertageseinrichtungen, Wiedereinstiegsprogrammen oder auch haushaltsnahen Dienstleistungen. Dies Angebote sind für die Betriebe ein Mittel, um bewährte und qualifizierte Mitarbeiter/-innen zu binden bzw. auch um für letztere als Arbeitgeber attraktiv zu werden. Dies ist keine Frage kurzfristiger konjunktureller Schwankungen, sondern – folgt man Jurczyk in diesem Band – ein Aspekt, der nicht zuletzt auch die Zufriedenheit und die Leistungsbereitschaft von Mitarbeiter(inne)n fördert. Immerhin ist empirisch belegt: Familienorientierung rechnet sich ökonomisch für Unternehmen (siehe Gerlach in diesem Band).

Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann im Übrigen auch für die Ausbildung junger Menschen, und zwar auch an Hochschulen, von zentraler Bedeutung sein. Nicht unterschätzt werden darf die Lebenssituation junger Eltern in Deutschland, die einer Ausbildung nachgehen oder studieren. Hinzuweisen ist dabei auf die prekäre ökonomische Lage vieler junger Eltern in der Ausbildungs- bzw. Studiumszeit. Unterstützung könnte in diesen Lebenslagen nach Thomas Rauschenbach ein sogenanntes „Eltern-Bafög“ für Auszubildende/Studierende mit Kindern leisten.

Wir müssen die Diskussion um die Ermöglichung einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf um junge Eltern in der Ausbildung erweitern.

Sabine Andresen

(g) „Aus Leuchttürmen müssen Reihenhäuser werden“² – voneinander Lernen für eine bessere Stärkung und Unterstützung von Familien

Eine zentrale Zielsetzung des Familienkongresses bestand in der Zusammenführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen sowie dem Austausch von Politik, Praxis, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit dem Fokus auf familienrelevante Themen. Deutlich geworden sind dabei

zum einem ein breites Themenspektrum rund um die Förderung, Stärkung und Unterstützung von Familien und ein breites Fundament empirischen Wissens, zum anderen eine bunte Palette an innovativen Ansätzen zur Förderung, Unterstützung und Vernetzung von Familien. Hier hat sich in der Vergangenheit Beachtliches entwickelt und ist viel auf den Weg gebracht worden.

Auch wenn sicherlich zu vielen Fragen noch ein zusätzlicher Forschungsbedarf besteht, auch wenn zweifelsohne noch die eine oder andere kreative Idee auf ihre Umsetzung wartet, so ist auf dem Familienkongress deutlich geworden, durch welche konkreten Angebote Lebensräume familienfreundlich und -gerecht werden können. Hierzu gehört neben einem angemessenen finanziellen Auskommen eine Infrastruktur, die neben einer Stärkung von Eltern und erzieherischer Kompetenzen gleichermaßen Angebote für die Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen anbietet und miteinander verknüpft. In den Blick genommen werden müssen darüber hinaus gleichzeitig der Sozialraum und zu schaffende Möglichkeiten für Familien, an soziale Netzwerke anzuknüpfen bzw. selbst welche zu initiieren.

„Familien brauchen sicher eine solide ökonomische Basis. Es bedarf Angebote, die institutionelle Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsleistungen verbinden und die in den Sozialraum hineinwirken. Zusätzlich müssen Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung und -kompetenz gestärkt werden.“

Thomas Rauschenbach

Mit dem Familienkongress ist beabsichtigt worden, die zahlreichen Erkenntnisse und Erfahrungen sowie diverse Untersuchungen und Praxisprojekte für einen begrenzten Zeitraum an einem Ort zu bündeln. Den Teilnehmer(innen) sollte hierüber die Möglichkeit gegeben werden, sich zu informieren und sich auszutauschen, aber auch weiterführende Ideen zu entwickeln, und neue Kooperationspartner zu gewinnen. Denn: Der Blick über die Grenzen der eigenen Arbeit, des eigenen Projektes oder auch der Kommune regt zu neuen Ideen und Projekten bei der Stärkung und Unterstützung von Familien an. Das Rad zur Förderung,

Stärkung und Unterstützung von Familien muss nicht in jeder Kommune, in jedem Sozialraum bei jeder aktuellen Bedarfslage vor Ort neu erfunden werden.

„Ich habe ja nur an einem Tag und am Workshop ‚Leih-Großeltern‘ teilgenommen. Dort habe ich neue Erkenntnisse bekommen, die ich hier vor Ort gerne weitergebe. Auch hatte ich den Eindruck, dass die Experten von unseren Vorschlägen angehtan waren und diese hoffentlich in ihre Überlegungen einbeziehen werden.“

Eva Maria Kremer

„Anregungen von außen sind für die eigene Motivation, für neue Projekte und für die persönliche Weiterentwicklung dringend erforderlich.“

Christiane Wilk,
Demografie- und Gleichstellungsbeauftragte
der Stadt Plettenberg

Anders formuliert: Auf die Frage nach einer Förderung, Stärkung und Unterstützung von Familien gibt es konkrete Antworten. Die Grundvoraussetzungen für erfolgreiche Projekte und Maßnahmen scheinen zumindest grob bekannt. Die Anzahl gelingender Beispiele vonseiten der Kommunen, im Kontext bürgerschaftlichem Engagements oder auch im Rahmen unternehmerischer Personalentwicklung ist mittlerweile beachtlich. Es ist daher dringend geboten, bei der Verteilung der finanziellen Ressourcen nicht aus den Augen zu verlieren, dass die erfolgreichen Modellprojekte in eine Regelförderung überführt werden. Wenn hier die Kommunen mit Blick auf die hierfür erforderlichen finanziellen Ressourcen überfordert sind, so müssen nach Ansicht von Thomas Rauschenbach bei allen damit verbundenen strukturellen und rechtlichen Hürden nicht zuletzt auch Bund und Länder diesbezüglich Verantwortung übernehmen.

Zusammenfassung:
Jens Pothmann und
Agathe Wilk

Agathe Wilk
Technische Universität Dortmund
Fakultät 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie
Forschungsverbund DJI/TU Dortmund
Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund
Tel.: 0231/755-6583
Fax: 0231/755-5559
E-Mail: awilk@fk12.tu-dortmund.de
Homepage: www.fb12.uni-dortmund.de/
einrichtungen/dji

Literatur

- Behr, K./Haenisch, H./Hermens, C./Nordt, G./Prein, G./Schulz, U.: Die offene Ganztagschule in der Entwicklung. Empirische Befunde zum Primarbereich in Nordrhein-Westfalen, Weinheim und München 2007.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft, Gütersloh 2008.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2002.
- Merkle, T./Wippermann, C.: Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten, Stuttgart 2008.

² Thomas Rauschenbach in der im Anschluss an den Familienkongress stattfindenden Pressekonferenz.

Uta Rotermund ist Autorin, Schauspielerin und Kabarettistin. Den nachfolgenden Text schrieb sie anlässlich des Kongresses als Auftragsarbeit zum Abschluss des ersten Kongresstages und präsentierte ihn in einer Bühnenfigur.

Uta Rotermund

Was sind die Bausteine von einer Familie?

Ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind. Und Sie haben auch noch nicht schlapp gemacht. Ihnen müssen ja schon die Ohren klingeln. In'ner letzten Zeit kommt man ja aussem Zuhören gar nich mehr raus.

Superwahljahr, 90 Jahre AWO, 60 Jahre Bundesrepublik, 20 Jahre Deutsche Einheit ... übrigens heute ist der 17. Juni, das war jahrzehntelang der Tag der Deutschen Einheit. Da sind die sowjetischen Panzer über die eigenen Leute gerollt, weil die Brüder in der sozialistischen Zone nicht so wollten wie sie. Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt! Kommt inne besten Familien vor. Sie sehen, wir sind schon im Thema. Wie im Kleinen so im Großen!

Ja, 1953! Das war vor Ihrer Zeit. Zwei deutsche Staaten und die Familien hüben und drüben, vor und hinter der Mauer, kam immer auf die Blickrichtung an. Hat eben doch 40 Jahre gedauert von dem Satz „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen“ bis zu „Tear that wall down, Mr. Gorbatschow!“

Nun, gucken Se nicht so entgeistert. Sehen Se doch, dass ich nich ausse MTV-Generation bin. Ich kenn eben außer Tokio-Hotel noch ein paar andere Zeitgenossen.

Ja, Feiern und Gedenken, ist bei jedem ordentlichen Hochzeitstag auch so! Und geht ja immer noch gruseliger!

Denn was sind die Bausteine von einer Familie? Mann und Frau! Oder Münte und Michelle!

Ja, Männer! Hat schon der alte Fontane gesacht: Manche Hähne glauben, dass die Sonne ihretwegen aufgeht.

Aba, gezz hab ich mich schon wieder verplaudert. Ich hab ganz vergessen mich vorzustellen.

Ich bin ökumenische Männerbeauftragte für den Großraum Ruhrgebiet, also Ruhr 2010. Und ne ökumenische Männerbeauftragte macht das, was alle Frauen machen: Wir nehmen Männer aller Glaubensrichtungen und Verhaltensstörungen.

Also: Mann und Frau das ist die Grundlage für eine Familie. Und das heißt dann: Vater, Mutter, Kind inne Grundfassung. Wobei mitte Kinder, das können Sie ja nach Gusto dann aufstocken. Wenn es der Staat erlaubt! Das is dann Familienpolitik! Ich sach nur China und Einkindpolitik. Oder Indien, Japan und noch 'n paar andere Länder – wo die Mädchen gleich bei de Geburt umgebracht werden, weil nur ein Junge ein wertvoller Mensch is. Im Westen heißt so was Stammhalter.

Und Sie sehen schon: Familie gibt es nich im luftleeren Raum, sondern da is eine Gesellschaft und ein Staat. Und wer macht de Politik im Staat? Männer!

Und warum sollten die eine Politik machen, wo Se sich ein Eigentor verpassen?

Und gerade so schwergläubige Männer ham ja Probleme mitte Sexualität. Mit ihre eigene und mit der vonne Frauen ers recht. Also, eine Frau is Mutter oder Hure! Weil eine Frau mit Erfahrung hat ein eigenes Leben, zumindest gehabt, eine eigene Meinung und was noch gefährlicher is – einen eigenen Willen! Und wie soll man se dann noch einnorden?! Sexualität is Macht! Und das mögen Männer gar nich, wenn an ihre Macht gekratzt wird! Frauen müssen abhängig sein, sonst hat man se nich unter Kontrolle! Un dazu brauch man Moral und Religion un Strafen! Und da sind wir schon gleich bei Ihrem Workshop No 5. Culture Clash – Klatsch der Kulturen! Also, wenn so 15-jährige muslimische Mädchen ankommen und verzweifelt weinen, weil se nich wissen, wie se ihr Jungfernhütchen reparieren sollen, dann ham die Todesangst! Ehrenmord heißt

sowas! Un da kann die Claudia Roth noch so viel von Multikulti schwärmen, das kann man nich schönreden! Ich warte bei de Roth ja sowieso immer noch darauf, dass se de Schwulenehe in Afghanistan einführt! Wär ja politisch korrekt!

Uns nutzen doch alle Verbote nix! Sehen se sich doch mal die andere Seite vonne religiöse Medaille an, also gezz keine Hardcore-Muslime sondern Hardcore-Christen! Gucken Sie doch mal über den großen Teich – Sarah Palin! Wissen Se noch, die Gouverneurin von Alaska, mit der McCain das Weiße Haus erobern wollte! Ja, was hat die gesacht: Keinen Sex vor der Ehe! Und in der Schule wollte se wieda den Klapperstorch un de Blümchen und Bienchen einführen ..., da hat der Klapperstorch mal ihrer Tochter ins Bein gebissen und dann hatte die so'nen dicken Bauch, da muss ihr Bien aber ein paar Mal richtig zugestochen haben! Großer Renner übrigens inne Staaten, speziell inne Südstaaten: Father-daughter-purity-balls! Auf deutsch Vater-Tochter-Reinheits-Bälle! Die Mädchen sind wie zu einem Ball aufgebretzelt und schreiten dann an der Hand ihres Vaters zu einem Altar, legen ne weiße Rose für ihre Jungferschaft dahin und dann gebn se Daddy einen kleinen Schlüssel und der gibt ihn dann an den Mann, den sie dann mal heiraten – oder besser, der sie mal heiratet. Irgendwann bringen Se auch noch pinkfarbene Keuschheitsgürtel mit Strasssteine auffen Markt. Aber Mutti is zu Hause bei diesa Feier! Selbstredend! Die praktiziert ihre Heilige Rolle als Hausfrau un Mutter! Mir is bei diese Vater-Tochter-Inszenierung immer ganz plümerant! Ich muss da imma an Herrn Fritzl in Österreich denken! Papis Liebe tut ihr weh! Meine Tochter gehört mir!

In der Nacht is der Mann nich gern alleine und schwänget dann seine Tochter im Keller!

Moral, Religion und Angst – das is ein mächtiges Trio Infernale und das sitzt in jede Familie wie Schimmelpilz inne Wände! Sind ja auch mindestens drei Spielarten von sexuellem Auftritt: heterosexuell, homosexuell und metrosexuell! Wobei ich als ökumenische Männerbeauftragte ja am Anfang gedacht hab, metrosexuell is, wenn sich inne U-Bahn bei einem Herrn plötzlich so ein Türmchen inne Hose aufstellt. Also, wenn so sein Pinsel der Liebe signalisiert, ich würde gezz mal gerne aktiv werden. Metro is aba nur die Abkürzung für Metropole – sowie Berlin oder New York.

In Dortmund gibt's so was nich. Wir ham zwar eine U-Bahn, aber wir sind keine Metropole. Also noch mal: Mann und Frau sind die Grundlagen für eine Familie.

Wobei gezz mit Münte und Michelle ... mit dem Kind ... ich meine, das sind ja nur 40 Jahre Unterschied. Also zwischen beiden! Und dann bei'nem Kind ... Da war man in der DDR schon Großmutter mit 40!

Und Münte weiß ja auch genau, mit welcher Generation er da zu tun hat. Seine Töchter sind schließlich nur zehn Jahre älter!! Und sie kennt sich auch aus, weil ihre Eltern ja nur 15 Jahre jünger sind als Münte. Ich muss sagen, eine zielstrebige junge Frau. Hat Journalismus und PR studiert und ich mein, wo die Zeitungen doch alle eingehen wie de Fliegen ... gezz schön inne Partei! Witwer sind so dankbar! Und sie hat sich schon beim Studium für Müntes rhetorische Fähigkeiten begeistert. Kann se ja gezz vielleicht auch ein Statement in Müntesprech rausbringen. Oder wie Münte selbst gesacht hat: „Es gibt sie. Sie ist hier. Wir mögen uns.“ Sie hat ja auch gesacht: Sie will Politik machen, bis se 70 is! Kann se bei ihm ja schon ma anfangen ...!

Und wenn er gezz noch fünf Jahre durchhält, und Sauerländer sind ja zäh, dann hat se ne Supperrente und erbt den Parteivorsitz!

Natürlich is das Liebe!

Wenn die Andrea Nahles das gewusst hätte! Was hätte die sich für'n Ärger sparen können! Männer brauchen Bewunderung, keine Auseinandersetzung! Ich ordne mich liegend gern unter!

Meine Damen, da haben Sie aber entschieden was falsch gemacht! So funktioniert Familienpolitik!

Und damit Sie nich meinen, ich bevorzuge hier eine Partei ... eine ökumenische Männerbeauftragte is parteilich nich gebunden. Ich kann nur ein bestimmtes Maß an Blödheit am Tag ertragen und die is ja gleichmäßig über alle Parteien verteilt.

Die Kleine von Kohl, das sind 37 Jahre, aber schäbbig is, dass se de Kleidung von Hannelore auftragen muss. Der Gerd mit den nich getönten Haaren, das is die Vierte, dieses Überdoris-Gedöns, das sind auch son paar 25 Jahre, früher hieß sowas ja Ehebruch – wie die Köpfe zu Schröder-Kopf geworden is, heute is das serielle Monogamie. Immer ne Neue, aba nur eine zur gleichen Zeit. Und dann unser ehemaliger Außenjoschka, das is die Fünfte, zumindest is'e aba ein paar Jahre älter als seine älteste Tochter. Irgendwann kommen die Herren noch mal beim Embryo an.

Bleibt alles in der Familie! Fragen Sie mal Herrn Fritz!

„Familie ist Zukunft“, das haben Sie ja heute morgen schon von Prof. Dr. Rauschenbach gelernt. Aber Familie ist ja auch Vergangenheit. Wir sind ja alle nicht vom Himmel gefallen oder aussem Seerosenteich gefischt worden. Leider!, muss man ja in vielen Fällen sagen.

Auf manche Erfahrungen könnten Kinder wirklich verzichten. Ich bin ja auch noch aus der Generation, wo auf so'ne Tafel ane Wand das Bibelzitat hing: Wer sein Kind liebt, der züchtigt es! Elterliche Gewalt, hieß das! Und zack hing der Kopf daneben! Oder der Teppichklopfer feierte Kirmes auf ihn Hinterteilchen. Mein Bruder musste den Kochlöffel, den meine Mutter auf ihm zerhauen hat, sogar selbst kaufen.

Und nun glauben Sie mal nich, dass das vorbei is! Ganz im Gegenteil, kommt alles wieder!

Wie ich neulich inne Beurhausstraße runter in de U-Bahn-Station will, man is ja als ökumenische Männerbeauftragte für'n Großraum Ruhrgebiet immer unterwegs, hör ich so mit einem Ohr: „Kärr, Janine, gezz setz Dich anständig inne Karre, sons brech ich Dich de Arme!“

Ich mein, wär günstig gewesen, war ja direkt vor de Kinderklinik!

Die Dame war, wie man unschwer hört, Angehörige des bildungsfernen Prekariates, bewegte sich also direkt zwischen „Erkenntnislücke und Handlungsdefizit“, wie das so in Ihrem Workshop No. 7 heißt.

Ich meine, ich verstehe schon, dass Sie das politisch korrekt und pädagogisch formulieren müssen, aber ich muss das nich! Ich bin ökumenische Männerbeauftragte für'n Großraum Ruhrgebiet, da gelten drei Lebensregeln:

Wer Ärger macht, fliecht raus!

Wer ficken will, muss freundlich sein!

Und wenne Mittwoch überlebs, is Donnerstag!

Anders ausgedrückt: Die Dame war sooo breit mitten Hintern wie'n Aldiparkplatz, kurz vor de kosmische Formlosigkeit. Eins hatte se im Bauch, eins ane Hand, eins inne Karre, als Ausgleich hatte se aber dafür ne Flasche Bier inne Hand und ne Kippe im Mundwinkel, und nen Kerl daneben, der war ein Viertel von diesem Geschoss!

Ich hab dann natürlich gesacht: „Wollen Se das Kind nich direkt einliefern, wenn Se fertich sind?“

Und die Antwort: „Willse was inne Schnauze, du alte Pisse?“

Wie Sie sehen, wir sind immer noch bei Workshop No. 7 – Armut als Bildungs- und Erziehungsrisiko!

Oder anders: Wer unten is, bleibt unten! Also wenn Se Familien stärken und fördern wollen, dann kaufen Se für einige Familien schon ma'n paar Stahlträger für de Stütze ein.

In Eving und Scharnhorst gibt's Familien, die leben seit 1964 von Stütze. Alter Sozialhilfeadel kann ich da nur sagen!

Ich frach mich immer, ab wann darf man Menschen eigentlich verbieten Kinder in die Welt zu setzen?

Und bei de kosmische Formlosigkeit sind auch wir auch gleich schon bei Workshop No. 6 – Fit durch den Alltag – Gesundheitsförderung in öffentlicher Verantwortung.

Oder anders: Wer immer Pizza isst, sieht auch wie Pizza aus!

Wenn Kinder nich lernen, das es Möhren gibt, dann müssen Sie und ich die Krankenkassenkosten für jemanden übernehmen, der aus Pizza, Bier und Zigaretten besteht! Und das is teuer!

Übergewicht, Diabetes und Knochenschäden ... das sind die Krankheitsbilder von 14-Jährigen heutzutage!

Ich meine, im Endeffekt ist ja imma alles ne Kostenfrage! Gerade gezz!

Und da landen wir ja wieder am Anfang. Der Herr Prof. Rauschenbach, also von dem Vortrach „Familie ist Zukunft“ sacht ja, der Schlüssel ist der „Bildungsort Familie“. Oder ohne pädagogische Verzierung: Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!

Und da bin ich, als ökumenische Männerbeauftragte, direkt angesprochen, weil so'n Hans ja inzwischen auch Ahmed oder Sergeij heißt.

Und da sind wir noch ma bei Workshop No. 5: Dem Klatsch der Kulturen!

Zack, gib's was auffe Schnauze! „Äh, Alte pass auf ey, ich komm gleich bei Dich bei!“

Bei Ihnen heißt das: Kulturelle Diversität als Herausforderung für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule ...

Is das nich schön?!

Ich übersetze das mal: Wenn Ihnen so ein pubertierender Testosteronbomber aus den östlichen oder südlichen Mittelmeeranreinerstaaten innen Kicker pinkelt, dann dürfen Se den nich erschießen, sondern dann müssen Se sagen: „Das finde ich jetzt echt nicht gut, was Du machst, Ahmed, und das macht mich auch ein Stück weit traurig!“

Ich bin als ökumenische Männerbeauftragte natürlich auch mit de Wissenschaft vertraut, deshalb will ich nur ganz kurz auf ein paar andere Forschungsergebnisse und Studien hinweisen: Also einmal gezz der neueste Bericht, ne nich aus Bonn, sondern aus Berlin: Männlich, ohne Bildung, ohne Job und mit einer Ansage zu Frauen, dass Ihnen das Blech wechfliecht ... das heißt bei Ihnen im Workshop No. 5 „Kulturelle Vielfalt“, das heißt ist der jugendliche Migrant an sich.

Und dann der Prof. Dr. Christian Pfeiffer, der Leiter vom Kriminologischen Institut Hannover, der hat ganz schlicht in einem ZEIT-Artikel geschrieben: „Machos, die Feinde der Menschheit!“, und dann hat er belegt, dass doppelt so viele Jungs aus türkischen, marokkanischen, albanischen und russischen Familien kriminell sind wie deutsche Jungs. Also alles Jungs aus Familien mit so'ne Männlichkeits- und das heißt Frauenfeindlichkeitsinszenierung.

Und da bin ich gezz natürlich wieder gefracht!

Ich, als ökumenische Männerbeauftragte, frage Sie: Wen meinen Sie denn eigentlich, wenn Sie von Familienpolitik reden?

Ich sach immer, die Qualität von eine Gesellschaft lässt sich daran ermessen, wie Sie mit ihre Frauen umgeht!

Und nun gucken Sie doch mal um sich! Ja, meinen Sie denn, ein Mann, der meint, seine Frau muss innen Kleidersack rumlaufen und ane Küchentür mitte Wiege festgeschmiedet sein, der unterstützt den Satz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt!?“

Auffe westliche Seite der Welt, also nich im Iran, in den entscheidenden Funktionen von Wirtschaft, Wissen-

schaft, Medizin und Politik sitzen weltweit nur vier Prozent Frauen, der Rest sind Männer!

Jetzt wissen Sie einmal, warum es soviel Elend auf der Welt gibt. Meine Damen, Sie müssen also, wenn Sie allein in Westen in den Familien über Kongresse oder Politik was bewegen wollen, über 96 Prozent fest-sitzende Männer springen. Das wird ein absolut neuer Weitsprungrekord!

Sehen Sie doch, dass Männer und zwar quer durch alle Parteien, und ich spreche hier von der westlichen Welt, auf ihre Festplatte und in ihre Herzen und vor allem auch noch ein bisschen tiefer ein ganz schlichtes Bild von einer Frau haben.

In Ruhrgebiet heißt das: Ne Frau gehört an Herd und der steht im Schlafzimmer!

Und ich finde dies wird in letzter Zeit so ganz besonders deutlich, an diesen Herren, die im Licht der Öffentlichkeit stehen. Der Seehofer is ja nur nach München zurück, weil er in Berlin nich mehr inne Babyklappe gepasst hat.

Aber wir sind ja hier im Ruhrgebiet und in Dortmund ham wir ma ganz schlicht über 13 Prozent Arbeitslosigkeit. Und wer hat de Vorschläge für de Arbeitsmarktpolitik gemacht? Das war der Herr Hartz, drei Brasilianerinnen mit sechs Federn für de Körperbedeckung, also auch ein Kumpel von den Gedöns Schröder! Und der Hartz ist für de Frauen ja ein echter Hartzinfarkt geworden!

Obwohl Poesie hat er ja gehabt, nich. Er hat z. B. gesagt: „Am wichtigsten ist der Mensch mit all seiner Emotionalität.“ Vielleicht hätte der Herr Hartz eine Poesie-Kommission aufmachen und den Arbeitsmarkt für Frauen verschonen sollen.

Ja, ehret die Männer, sie flechten und weben jegliche Mühsal ins weibliche Leben!

Und da sind wir schon bei Workshop No. 11 Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Ha! Kann ich nur sagen: Männer haben Familie, Frauen machen Familie!

Und gezz mit dem neuen Scheidungsrecht! Warum bitte schön sollten Frauen überhaupt noch Kinder in de Welt setzen? Haben se doch, wenn der Göttergatte dann mit ein 20 Jahre jüngeres Modell eine neue Familie aufmacht, aber nun so gar nichts mehr von, sondern zahlen auch noch drauf!

Ich meine, wenn'se eine gute Frau waren und geheiratet haben und Kinder inne Welt gesetzt haben ... und zum Beispiel so alt sind wie ich ... Also meine Freundin Tesi bekommt für ihre Kinderaufzuchtzeiten 10,70 Euro auffe Rente. Da kann man direkt vergnügungssüchtig werden. Wenn die nich bei ihm netten Rewe umme Ecke immer de Lebensmittel kriechte, die se nich mehr verkaufen können ... Altersarmut heißt das. Frauen leben länger, aber wovon! Und wir sind die Generation, die nich zum Sozialamt geht. Sowas hieß bei uns zu Hause: Wohlfahrtsstolz! Ich komme schon alleine klar und ich brauche nix und ich nehme nichts!

Wir sind nicht die Generation mit der offenen Hand!

Also als Frau muss man ja schon mit'nem Klammerbeutel gepudert sein oder Rittergüter in Ostpreußen haben, wenn man gezz noch Kinder in de Welt setzt. Ich bin ja eher immer vonne Abteilung gewesen: „Lieber niederträchtig, als hochschwanger!“

Vielleicht sollten wir Frauen in unserem nächsten Leben alle als Fußballer auffe Welt kommen. Weil 45 Millionen Euro in fünf Jahren verdienen wie Michael Ballack – so alt können Sie gar nich werden, meine Damen. Sie sehen also: Familienpolitik muss imma Frauenpolitik sein! Das heißt für de Frauen!!

Und ich zitier gezz noch mal den Christian Pfeiffer, der hat gesagt: „Geburtenkontrolle heißt auch Zeugungsverhütung!“ Und wie bitte, wollen Se das durchsetzen, wenn Ihr Herzblatt direkt anne Schlafzimmertür ne Gummiallergie befällt oder noch schlimmer, wenn er nen Stall voller Kinder haben will, weil das seine Männlichkeit beweist?

Da muss de Politik und die Juristen dann auch mal ganz klar festmachen: Eine Frau ist kein Haustier und Vergewaltigung ist kein Kavaliersdelikt ... ganz egal, was das für ein kultureller Hintergrund ist!

„Lasset, die ihr eintretet, alle Hoffnung fahren“ heißt das ja in Dantes Göttlicher Komödie auf dem Tor zum Inferno.

Und weil wir uns gezz ja im Westfalenstadion, also mitten inne heiligen Hallen von Dortmund versammelt haben, gucken se doch ma eben so mental auffe heiligen Hallen vonne gesamtdeutsche Politik.

Ich finde überm Portal vom Reichstag sollten se einmei-Beln „Lasset, die ihr wählt, alle Illusionen fahren!“

Wie sacht unser Vizekanzler Münte: „Es is unfair, Parteien nache Wahl an ihre Versprechen zu messen!“ Das is sauerländisch untertrieben. Das is nich unfair! Das is blöd!!

Aba geht ja imma weiter nach vorne – mit Nordrhein-Westfalen und de Technologie und dem Ruhrgebiet – nur mitte Frauen da geht es imma wieda zurück inne Abteilung „Trautes Heim, Glück allein!“ Is das Familienpolitik?

Geht die Wirtschaft inne Knie, gehen die Frauen zurück inne Küche!

Deshalb ham ja alle Parteien auch wieder die Frauen für die Familie entdeckt, oder die Familie für die Frauen! Selbst die Grünen, die wussten vorher noch nich ma, wie man Familie schreibt.

Ne, is doch schön! Inne Praxis is das Marktberreinigung. Irgendwann kommse auch wieder mittem Mutterkreuz umme Ecke.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sicher! Aber nich für Frauen!

2010 werden wir, also das Ruhrgebiet, Kulturhauptstadt von Europa. 2009 is Nordrhein-Westfalen als Ausgleich dafür schon ma Schlusslicht, was die Arbeit für Frauen angeht. Bezahlte Arbeit wohlgemerkt!

40 Prozent arbeitslose Akademikerinnen in Dortmund, das muss uns erst ma einer nachmachen!

„Wer eine menschliche Gesellschaft will, der muss die männliche überwinden!“ hat der Heiner Geißler vonne CDU mal gesacht. Ich weiß nich, ob er das selbst erkannt hat, oder ob er nur schön zitiert hat. Wobei Helmut Schmidt Schnauze vonne SPD hat gemeint: „Wer Visionen hat, der sollte zum Arzt gehen!“

Lassen Se mich daher als ökumenische Männerbeauftragte, die die Nöte von Männern und Frauen kennt, festhalten: Wenn wir, also die Frauen, nich schon jahrzehntelang de Männer zu Hause und inne Politik immer wieder streng, aber liebevoll, korrigiert hätten, dann bestünde die ganze Bundesrepublik ja aus Autobahnen und Fußballstadien.

Sehen Se ma, so'n Kopf is doch rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann! Wenigstens bei Frauen! Bei den meisten Männern is'er rund, damit ein Ball reinpasst!

Ich sachs daher noch ma in aller Deutlichkeit: Familienpolitik muss in eine Demokratie Politik für und nich gegen Frauen sein!

Also meine Damen, legen Sie los! Von nichts kommt nichts! Jede Woche eine neue Welt, das gibt's nur bei Tchibo!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Uta Rotermond

Wilhelmstraße 70

44137 Dortmund

Tel.: 0231/596597

E-Mail: info@untarotermund.de

Homepage: www.utarotermund.de

Impressum

*Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e. V./TU Dortmund,
Stadt Dortmund/Familien-Projekt (Herausgeber):
Familien stärken und unterstützen.
Dokumentation des Familienkongresses Dortmund, 17.-18.06.2009.
Dortmund 2010.*

*Fotos: René Oehlgen, Dennis Schmelter
ISBN 978-3-9813472-0-3*

Kontakt:

*Stadt Dortmund
Familien-Projekt
Märkische Straße 24-26
44141 Dortmund
Tel.: 0231/50-29890
Fax: 0231/50-29888
familie@dortmund.de
www.familie.dortmund.de*